REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 370 · 21.9.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schläger in Uniform - ES, Hamburg
2. Da gibt es keinen Grund zum Feiern! Gegen die zentralen Nationalfeiern in Bremen - Bremer Bündnis
3. Todesstrafe auf Raten. Heidi Schulz erneut zu lebenslang verurteilt - ga.
4. Beckstein für Deckert. NPD-Aufmarsch und Gegendemonstration in Erlangen - Al., Nürnberg
5. Zwei Frauen in Beugehaft. Die Aussagen des VS-Agenten Steinmetz ziehen weiter ihre Kreise - ga.
6. Die "Ferienmaschine". Das KdF-Bad auf der Insel Rügen
7. Politik gegen Frauen. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo - at.
8. Altlast. Kommentar zum Auftreten von Charlotte Höhn auf der Weltbevölkerungskonferenz - Ludger Weß
9. Polizeilicher Rassismus in Hamburg: Skandalmanagement statt Aufklärung - Ein Genosse der anti-rep-Kommission
10. "Die Frauen haben keine Lobby." Interview mit Dr. Wahabir, Kurdistan - Thomas Uwer, WADI
11. "Zuerst werden die Frauen entlassen ..." Zur Lage der Frauen in Irakisch-Kurdistan - Thomas von der Osten-Sacken, WADI
12. "Ich war dort die einzige Frau." Interview mit einer südkurdischen Peschmerga - Oliver Piecha, WADI
13. Nordirland: Der Kampf geht weiter - Dietrich Schulze-Marmeling
14. Faschismus, autoritäres Regime, Mediendiktatur? 100 Tage Berlusconi-Regierung - Jens Renner
15. Eritrea zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft - Olaf Neußner
16. Wahlen in Mexiko: Same procedure as every year? - Juan Chicoy
17. Spendenaufruf: Dürrekatastrophe in Nicaraguas Norden - Informationsbüro Nicaragua
18. Produktion genormter Bananen. Hintergründe zum Streik in Costa Rica - Boris Scharlowski, Rudi Pfeifer; BanaFair
19. Eine böse Stunde. Interview mit E.F. Huidobro - MLN-Tupamaro - Albert Sterr
20. Glasperlen für Gefangene. Uruguay liefert baskische Gefangene an Spanien aus - Jonas, Berlin
21. Urlaubsland Spanien. Menschenrechte in einem Mitgliedsland der EG - Rainer Keil
22. Die Welten des Islam. Rezension - Klaus Mellenthin
23. Eine Richtungsentscheidung? Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen und Bundestagswahl - he. Hamburg
24. Gute Gründe zum Weitermachen. PDS/Linke Liste im Bundestag mit positiver Bilanz - Js.
25. Für einen Wahlkampf gegen Rassismus
26. Kleine Wahlgeschichte von KB und AK - he., Hamburg
27. Georg Fülberth: Warum PDS wählen?
28. Abschöpfung oppositioneller Potentiale. Zur Funktion von Grünen und PDS im parlamentarischen System (aus: Graswurzelrevolution)
29. "Dem fühle ich mich verbunden." Christian Ströbele kandidiert für Bündnis 90/Grüne
30. "Linke Politik ist möglich." Gespräch mit der grünen Bundestagskandidatin Amke Dietert-Scheuer
31. Günter Deckert - brandgefährlich (aus Publikationen Mannheimer AntifaschistInnen)
32. Europa: Made in Germany? CDU will europäische Integration nach deutscher Art - J., Westberlin
33. "Lebenslänglicher Knast." Bundestags- Kommission befindet über "SED-Diktatur" - Angela Martin
34. "Wie lange geht das noch gut?" Gedanken über mögliche Perspektiven von analyse & kritik - hhH, Berlin
35. Zwangsrekrutierungen in Armenien - Graswurzelrevolution
36. Der Krieg um Karabach - Graswurzelrevolution
37. Kälte, Hunger, Massenflucht. Die aktuelle Lage in Armenien unter den Bedingungen der Blockade - Graswurzelrevolution
38. Die deutsche Mitschuld. Völkermord an den ArmenierInnen 1915/16 - Graswurzelrevolution
39. Deportationen ins "Nichts". Armenien: Verfolgungen (1977-1922) und der Völkermord von 1915/16 - Graswurzelrevolution

40. Abschied vom Marxismus? Rezension - Werner Rätz
41. Gegenwelten. Notizen über eine ungewöhnliche Frau. Rezension - gg.
42. Rechts and Crime: Das sind Amigos! - Peter Kratz
43. Neue Nachbarn: Die NPD erbt eine Villa - Antifaschistische Aktion Reutlingen und Gruppe AK
44. "Deutsche Demokraten." Ein wichtiges Buch über die rechte Elite und ihre Pläne - Js.
45. Jeschajahu Leibowitz, 1903-1994. Zum Tod eines jüdischen Staatsfeinds - Klaus Mellenthin
46. Quelldatei 12.htm
47. Quelldatei 13.htm
48. Quelldatei 22.htm
49. Quelldatei 46.htm
50. Quelldatei brandenb.htm
51. Quelldatei sachsen.htm

1. Schläger in Uniform

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:39

Fortsetzung von Seite 1

Da wird geleugnet, geschwiegen und vertuscht; da verschwinden Akten oder werden Anzeigen nicht zügig verfolgt. Da werden Kritiker in den eigenen Reihen versetzt, um sie mundtot zu machen. Kritik aus der Öffentlichkeit, wie sie z.B. von der "Reistrommel e.V." in Berlin, "Helsinki watch" oder "amnesty international" geäußert wird, wird als "parteiisch", "unbewiesen" zurückgewiesen oder - wenn die Fälle sich nicht mehr leugnen lassen, als "in Klärung befindlich" und wegen eines "Eingriffs in ein schwebendes Verfahren" als nicht diskutierbar abgebügelt. Innerbehördliche "Aufklärungsgruppen" dienen offenbar eher der Vertuschung denn ihrem angeblichen Zweck. Was dann - nach der "Klärung" der Vorwürfe - meist übrig bleibt, ist der Freispruch für die betroffenen Polizisten.

Prominenteste Fälle dieser Tage sind die beiden Polizisten aus Eberswalde, die der Ermordung des Angolaners Antonio Amadeu Kiowa durch Nazi-Skins im Herbst 1991 tatenlos zugesehen hatten. Auch die Ermittlungen gegen den Mecklenburger Innenminister Kupfer und seinen Polizeieinsatzleiter Cordes wegen ihrer Versäumnisse während der Rostocker Pogrome vom August/September 1992 sind nun, nachdem zwei Jahre lang Gras über die Sache gewachsen ist, sang- und klanglos eingestellt worden.

In dem Anfang Juli 1994 vorgestellten Jahresbericht von amnesty international wird Deutschland als eines von 26 Ländern Europas aufgeführt, in denen Gefangene im Polizeigewahrsam gequält würden. Speziell in Deutschland habe es im Vergleich zu früher deutlich mehr Berichte über Mißhandlungen durch Polizisten gegeben. In den meisten Fällen seien Ausländer die Opfer gewesen, während gleichzeitig die Polizei bei rassistischen Übergriffen nicht entschlossen genug reagiert hätte (Welt, 7.7.94).

Mitunter ist für die Opfer auch gar nicht mehr auszumachen, ob es nun Nazis oder Zivilbeamte sind. So wurde der Israeli Nadir Watad von fünf Männern zusammengeschlagen und ins Krankenhaus eingeliefert, als er nachts die lautstark Feiernden um Ruhe bat. Als diese ihm zusetzten, versuchte er, die Polizei um Hilfe zu rufen. Er mußte feststellen, daß die fünf allesamt Polizeibeamte der Neustädter Wache (bei Hannover) waren, die ihn nun erst recht zusammenschlugen (drei der fünf sind mittlerweile zumindest vom Dienst suspendiert; Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung sind aufgenommen worden).

Ähnliche Erfahrungen machen in Deutschland lebende VietnamesInnen, die systematischer Verfolgung ausgesetzt sind. Mit dem Argument, gegen den massiven Zigarettenschmuggel und -handel vorzugehen, sind insbesondere in den neuen Bundesländern VietnamesInnen Opfer polizeilicher Willkür. In einer ganzen Reihe von Fällen wurden sie von Personen überfallen, geschlagen und getreten, die sich im nachhinein als Zivilbeamte entpuppten. Mit dem beispielsweise in Berlin von der obersten Polizeiführung abgesegneten "Argument", "alle" vietnamesischen Zigarettenhändler seien bewaffnet, wird den Beamten ein Freifahrtschein für Brutalität erteilt.

Anzeigen, die von den betroffenen Opfern erstattet werden, führen in den meisten Fällen erst einmal dazu, daß die beschuldigten Beamten ihrerseits das Delikt "Widerstand gegen die Staatsgewalt" entdecken. Belegte Fälle sehen dann so aus, daß die mißhandelten VietnamesInnen ohne mündliche Verhandlung beispielsweise Strafbefehle über mehrere tausend DM erhalten, während ihre zuerst erstattete Anzeige gar nicht weiter verfolgt wird.

Die Anzeige gegen den beamteten Schläger wird so in vielen Fällen zum Bumerang. Aus Angst, durch ihre Anzeige erst recht die Staatsgewalt gegen sich herauszufordern, trauen sich viele AusländerInnen überhaupt nicht mehr, ihre Mißhandlung anzuzeigen. In der Mehrzahl der Fälle finden die Mißhandlungen "unter Ausschluß der Öffentlichkeit" statt, in der Arrestzelle, im Gebüsch, in der dunklen Hofeinfahrt. Unbeteiligte Zeugen gibt es fast nie. In Bremen meinte der ermittelnde Staatsanwalt resignierend, es habe keinen Sinn, Beamte zur Vernehmung vorzuladen, wenn nicht andere Zeugen zusätzlich benannt werden könnten.

Tatsächlich wurden 1992 zum Beispiel in Berlin 646 Ermittlungsverfahren gegen Prügelpolizisten wegen Körperverletzung im Amt angestrengt, ganze 19 davon führten zur Anklage (nur etwa 15% der 646 Verfahren

hatten Ausländer als Opfer zum Gegenstand, was auf eine immens hohe Dunkelziffer schließen läßt). Diese Verfahren endeten alle mit Freispruch für die beschuldigten Beamten. Ähnliches ist aus Frankfurt bekannt: Von 153 Ermittlungsverfahren wurden 1993 132 eingestellt. Eine soziologische Untersuchung weist etwa 9.000 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte pro Jahr aus. Während die Verurteilungsquote bei Taten außerhalb der Dienstzeit bei etwa 6% liegt, ist sie bei Straftaten im Amt signifikant geringer (Spiegel, 31/94).

Es könne sein - so ein Hamburger Polizeisprecher - daß für Nazis und andere Rechte der Beruf eines Polizisten eine gewisse Attraktivität - selbstverständlich irrtümlich - böte, da die eigenen Vorstellungen von Recht und Ordnung dort den entsprechenden legalen Rahmen bekämen. Immerhin gehen zwei Beschuldigungen im Hamburger Polizeiskandal genau in diese Richtung: Einer der Beamten wollte sich zum LKA 3 (Staatsschutz), Abteilung Rechtsradikalismus, versetzen lassen, weil er "Neger hasse" und dort dann "mit seinen Freunden Bier auf Staatskosten trinken" könne; ein zweiter soll Mitglied einer Wehrsportgruppe sein, die regelmäßig im Sachsenwald (ein Waldgebiet bei Hamburg) übe. Es wird sich wohl um die gleichen Zusammenhänge handeln, wie die des Nazi-Anwaltes Jürgen Rieger. Denn dieser war gerade erst zu mehreren tausend DM Strafe verurteilt worden, weil er in Reinbek (ein Ort im Sachsenwald) mit seinem mit NS-Runen verzierten Jeep durch die Straßen brauste.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Aussage im Solinger Prozeß zu sehen, daß neben dem "offiziellen" VS-Spitzel auch mindestens ein Angehöriger der GSG 9 in der Nazi-Kampfsportschule Hak Pao zum "Training" erschienen sei. Im Mai 94 wird bekannt, daß ein Ausbilder des BGS in Lübeck Chef eines rechtsradikalen "Arbeitskreis für deutsche Politik" und Mitglied der "Republikaner" ist. Schon vor Jahren waren gegen den Beamten Ermittlungen geführt wurden, bei denen in seinem Keller Nazi-Schriften gefunden wurden. Eine disziplinarische Konsequenz unterblieb, weil er "sich im Rahmen seiner Ausbildungstätigkeit auch mit derartigen Schriften auseinandersetzen" müsse. In Brandenburg wurde im Juni eine Wehrsportgruppe ausgehoben, die von einem Unteroffizier der Bundeswehr geleitet wurde. Soldaten des Wachbataillons der Bundeswehr, also der Truppe, die bei offiziellen Anlässen wie Staatsempfängen oder aktuell der Verabschiedung der Alliierten repräsentative Aufgaben übernehmen, haben in Siegburg Pfingsten 94 in einem Linienbus nazistische Parolen gebrüllt. In Berlin wurde ein 17jähriger Polizeianwärter, offenbar mit Kontakten zur neonazistischen FAP und zur verbotenen Nationalistischen Front, festgenommen, weil er mit Kumpeln einen Schwarzafrikaner mit einem Messer bedrohte; im bayrischen Bamberg wird gegen einen REP-Polizisten wegen Freiheitsberaubung im Amt - begangen an zwei Bulgaren - ermittelt. Diese Liste ließe sich bei weiterer Recherche sicher verlängern. Schon in der Vergangenheit war ja bekannt, daß rechtsradikale Parteien wie Ende der 60er Jahre die NPD und in den letzten Jahren insbesondere die REPs ihre Klientel in besonderem Maße unter den Repressionsorganen gesucht und gefunden haben. Das aus REP-Kreisen stammende "Asylanten-Gedicht" beispielsweise wurde auch schon mal in einer Bremer Polizei-Hauszeitung abgedruckt.

Und nicht nur Rechte sehen in der Polizei offenbar eine berufliche Chance. Gleich mehrfach wurden in Berlin Polizisten beschuldigt, ohne Quittung VietnamesInnen Geld und Zigaretten abgenommen zu haben, in Bremen haben zwei Beamte einem Ukrainer offenbar 35.000,- DM und weitere 2.500,- US-Dollar geklaut, die dieser zum Ankauf gebrauchter Lkws bei sich trug. 1991 wurden in Ostberlin mehrere Polizisten erwischt, weil sie gegen Geldzahlungen auf Anzeigen gegen Zigarettenverkäufer verzichtet hatten.

Ganz selten ist es, daß Beamte die Mauer des Schweigens durchbrechen. Eingebunden in die straffe Hierarchie mit ihren Möglichkeiten der Schikane, der Versetzung, der Gefährdung der eigenen Karriere etc. gibt es bisher nur ganz wenige Fälle von Zeugen aus den eigenen Reihen. Zu den wenigen Ausnahmen gehören mittlerweile ein Beamter in Berlin, der umfangreiche Aussagen gemacht hat, sowie der Beamte, dessen Bericht Auslöser für den Rücktritt des Hamburger Innensenators Hackmann gewesen ist. Doch auch dieser Zeuge wird jetzt schon im Vorfeld demontiert: Seine Behauptungen seien aus dritter Hand, "vom Hörensagen" etc. Der Berliner Beamte, dessen Vorwürfe selbstverständlich "geprüft" werden sollen, sei - so der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in Berlin - selbst wegen Körperverletzung und Nötigung auf Bewährung verurteilt und entlassen - will sagen, er ist als Zeuge unglaubwürdig. In den Entlassungspapieren des Zeugen jedenfalls steht von diesen Vorwürfen nichts und das Verfahren selbst ist noch nicht rechtskäftig abgeschlossen: Er war als einziger einer Gruppe von sechs Beamten wegen der Mißhandlung eines Mannes aus dem ehemaligen Jugoslawen angeklagt (und verurteilt) worden, hat aber Berufung eingelegt.

Die Polizei sei ein "Spiegel der Gesellschaft" - so lautet heute eine Standardformulierung. Und in der Tat: Warum sollte die Polizei nicht auch jene etwa 30% der Personen umfassen, die ausländerfeindliche

Einstellungen haben, wie die übrige Bevölkerung. Warum sollten gerade dort signifikant weniger als die 15% zu finden sein, die ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild haben. Was aber derzeit in den Polizeitruppen (und offenbar auch anderen Teilen des staatlichen Apparates) vonstatten geht, ist offenbar ein Prozeß, in dem diese Einstellungen zunehmend handlungsbestimmend werden - es nicht nur dürfen sondern offensichtlich auch sollen, weil die Vorgaben der offiziellen staatlichen Politik immer weniger diesen Einstellungen widersprechen.

Die folgende Aufstellung ist keine sehr systematische Zusammenstellung von Ereignissen des letzten halben Jahres.

Berlin: Die Liste der Vorwürfe an die Polizei ist am längsten in Berlin, wo seit Monaten demokratische Gruppen wie die "Die Reistrommel e.V.", "Helsinki watch", die "internationale Liga für Menschenrechte", "SOS Rassismus" oder "amnesty international" versuchen, die kriminellen Praktiken der Polizei gegenüber Ausländern, insbesondere vietnamesischen Zigarettenhändlern, aufzudecken und die verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen.

Insbesondere die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter, deren Aufenthaltsrecht und Erwerbstätigkeit völlig ungeklärt ist, wurden in den letzten Monaten immer mehr zum bevorzugten Objekt polizeilicher Willkür und Brutalität. Auf etwa 500 Fälle werden die Mißhandlungen von VietnamesInnen im letzten Jahr im Bereich Berlin und Bernau geschätzt. Allein die "Reistrommel e.V." hatte bis Juli 94 über 20 Fälle ausführlich dokumentiert. An die Aussagen der Betroffenen kam dieser Verein aber nur heran, weil die Opfer anonym bleiben durften, da sie teilweise illegal in Berlin leben oder weitere Repressalien fürchten.

Eine vom Senat eingerichtete Sonderkommission "Vietnam" hatte Mitte Juli schon 30 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bis heute allerdings hat diese Kommission kein greifbares Ergebnis produziert. Die Suspendierungen von Polizisten in Berlin (insgesamt 10, soweit dem Autor bekannt) haben allesamt nach Aussagen der Polizeiführung mit den spezifischen Vorwürfen der Brutalität gegenüber den Vietnamesen nichts zu tun. Wie eine derartige Sonderkommission zur Vertuschung der konkreten Vorwürfe eingesetzt werden kann, machte der Sprecher des Berliner Innensenators exemplarisch in einer Talkshow deutlich, als er alle konkreten Fragen nach eventuell ermittelten Sachverhalten mit dem Hinweis abwürgte, er könne zu schwebenden Verfahren nichts sagen, außerdem hätten ja auch die Beamten das Recht auf Fürsorge durch den Dienstherrn und auch für sie gelte die Unschuldsvermutung.

Mannheim, Mai 1994: 25 Polizisten - ein gesamtes Revier - wurden vom Dienst suspendiert, weil nicht mehr zu leugnen war, daß sie drogenabhängige Frauen zum Sex gezwungen und als Gegenleistung Straffreiheit zugesagt hatten. Dabei fotografierten sich die Beamten gegenseitig. Der Skandal flog auf, weil sich eine Frau geweigert hatte, nach ihrer Festnahme auf dieses ihr wohlbekannte Revier zu kommen. Diese Vorfälle reichen teilweise bis zu zwei Jahre zurück; 1993 starb unter bisher ungeklärten Umständen ein Obdachloser auf diesem Revier. Erst jetzt wird ein Rüffel des baden-württembergischen Innenminister Birzele (SPD) bekannt, den dieser wegen der offensichtlichen amtlichen Vertuschung der ausländerfeindlichen Straftaten anläßlich der Ausschreitungen vor dem Asylbewerberheim in Mannheim-Schönau am "Vatertag" 1992 ausgesprochen hatte (taz, 7.5.94).

Hetendorf/Celle, Mai 94: Unter den Augen der Polizei demonstriert die rechtsextreme Wiking-Jugend in Hetendorf, wo sie seit Jahren auf dem Gelände des Hamburger Obernazis Rieger ihre Lager abhält. JournalistInnen werden bedroht, angegriffen und geschlagen, ohne daß die Polizei Handlungsbedarf sieht (Die Woche, 26.5.94).

Köln, Juni 94: Ein obdachloser Rollstuhlfahrer, der einem "Platzverweis" auf der Kölner Domplatte nicht nachkommen wollte, wurde von mehreren Polizisten gewaltsam und unter brutalen Schlägen vor laufenden Fernsehkameras in ein Polizeiauto geschleift und abtransportiert. Gegen die Beamten wird wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amt ermittelt.

Bernau, Brandenburg: Wegen der systematischen Folterung vietnamesischer mutmaßlicher Zigarettenhändler wurden im Verlaufe der Ermittlungen mittlerweile eine ganze Reihe von Polizeibeamten in Bernau nördlich von Berlin, alle Mitglieder einer Abteilung, suspendiert. Die zuständige Polizeidirektorin von Eberswalde, ein Mitglied der DDR-Bürgerbewegung, reagierte nach Kenntnis der Vorwürfe resolut und durchbrach als bisher einzige Polizeiverantwortliche die Kameraderie, die auch in Bernau die wochenlangen Exzesse gedeckt

hatten. Der Leiter der Polizeistelle, ein erst im März dorthin versetzter Wessi, hat prompt seine Rückversetzung eingeleitet.

Dessau, Juni 94: Gegen fünf Beamte sind Ermittlungen wegen mehrfacher Mißhandlung von drei mutmaßlichen Autodieben eingeleitet.

Frankfurt/Main, Juni 94: Schwere Vorwürfe werden gegen 16 Wachmänner, die von den Frankfurter Stadtwerken über den privaten "Sicherheitsdienst" IHS in U-Bahnen etc. eingesetzt werden, erhoben. Sie lauten auf Körperverletzungen und werden von zwei dort noch arbeitenden bzw. schon ausgeschiedenen IHS-Mitarbeitern erhoben. Untereinander sei "Heil Hitler" und "Herr Obersturmbannführer" die normale Sprache gewesen, gegen Obdachlose und Ausländer würden systematische Razzien unternommen.

Rüdersdorf, Brandenburg, Juli 94: Entgegen den ausdrücklichen Anordnungen des Innenministers unterließ es ein Polizeirat, eine als Liederabend angekündigte Versammlung von 400 - 900 Neonazis in Rüdersdorf aufzulösen, sondern setzte die zur Verfügung gestellten Einsatzkräfte zur reibungslosen Organisation der An- und Abreise ein. Während der Polizeirat vom Dienst suspendiert wurde, bleibt ungeklärt, warum dessen Vorgesetzte nicht reagierten, als der Bürgermeister von Rüdersdorf mehrfach anrief und die Unterbindung der Versammlung einforderte (taz, 22.7.94).

Frankfurt/Main, Juli 94: Gegen Zivilfahnder des Sonder-Einsatzkommandos wird aufgrund einer Anzeige einer Anwohnerin wegen Körperverletzung ermittelt. Bei der "Überprüfung" von mehreren Iranern waren diese geschlagen worden. Gegen die Iraner lag nichts vor. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die Beamten wollen diese nun ihrerseits Anzeigen gegen die Iraner wegen Beleidigung und Widerstands stellen, um ihre Prügelei zu rechtfertigen.

Stuttgart, Juli 94: Als "Verdrehungen, Halbwahrheiten, diffuse Verdächtigungen und falsche Aussagen" wies das Grenzschutzkommando Süd des BGS Beschuldigungen zurück, die im Westdeutschen und Süddeutschen Rundfunk erhoben worden waren. Seit Sommer 93 sollen auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof Mißhandlungen und willkürliche Festnahmen an der Tagesordnung gewesen sein. Auch hier die übliche Argumentation: Ein Mann, der Fotos seiner Verletzungen vorlegen konnte (Blutergüsse an Beinen, Ellenbogenverletzung), hat nach Meinung des BGS "in Wirklichkeit zunächst selbst gezielt auf eine Beamtin mit Fäusten und Ellenbogen" eingeschlagen.

Hannover/Lüneburg, Juli 94: Nicht vom Dienst suspendiert wurden zwei Kriminalbeamte, die einen Asylbewerber mit Handschellen gefesselt, in einen Wald verschleppt und dort geschlagen hatten. Die beiden, ein Kriminaloberkommissar und ein Kriminalhauptwachmeister wurden zu sieben bzw. sechs Monate auf Bewährung verurteilt (FR, 23.7.94). Ebenfalls nicht suspendiert wurde ein Polizist, der bei einer Feier in der Landespolizeischule Hannoversch-Münden den Hitlergruß entbot und "Heil Hitler" rief.

Regelrecht typisch ist folgender Fall, in dem ein Türke in Hannover einen Bahnpolizisten wegen Mißhandlung anzeigte. Selbst wegen Beleidigung des Bahnpolizisten vor Gericht gestellt, wurden beide Verfahren eingestellt.

Magdeburg, Juli 94: Der Abschlußbericht zum Magdeburger "Herrentag" im Mai 94, bei dem Dutzende von Hooligans und Nazis eine regelrechte Treibjagd auf ausländische Bürger unternommen hatten, kommt zu einem denkwürdigen Ergebnis: Es gäbe "keinen Anlaß für dienstrechtliche oder disziplinarische Maßnahmen gegen leitende Beamte der Polizeidirektion". Einziges Bauernopfer des Magdeburger "Herrentags" auf Polizeiseite ist der Polizeichef Antonius Stockmann, der Anfang August gefeuert wird.

Bremen, August 94: Eingestellt wegen "Beweismangels" wurden Ermittlungen gegen Drogenfahnder wegen Körperverletzung im Amt gegen Asylbewerber. Die Vorfälle waren 1993 in dem Jahresbericht von "amnesty international" veröffentlicht worden.

Aufgenommen wurden dagegen Ermittlungen gegen Polizisten, die antifaschistische Demonstranten bei ihrer Festnahme mißhandelt hatten. Daß da kaum mit Erfolg zu rechnen sein wird, macht ein anderes Verfahren deutlich, das in Bremen gerade eingestellt wurde. 1991 war ein Demonstrant, der mit Leuchtspurmunition auf ein Polizeifahrzeug geschossen hatte (neun Monate Haft auf Bewährung) bei seiner Festnahme krankenhausreif geschlagen. Das Verfahren gegen die Beamten wurde jetzt ohne Vernehmung der Beamten

eingestellt. Staatsanwalt von Bock und Polach: "Ich habe schon häufig Beamte vernommen, und die sagen dann: Ich habe es nicht getan" (FR, 19.8.94).

Leipzig, August 94: Vier Streifenpolizisten wurden wegen verschiedener Delikte verurteilt, einer davon zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten, zwei zu Bewährungsstrafen und der vierte zu einer Geldstrafe. Sie hatten deutsche Jugendliche aus eindeutig kriminellem Milieu und vietnamesische Zigarettenhändler mehrfach zusammengeschlagen, in die Hoden getreten. Bis zuletzt leugneten die vier ihre Taten, faselten von "Racheakten" ihrer "Stammkunden" etc.

Gera, August 94: Gegen vier Polizisten der Polizeidirektion Saalfeld wurden strafrechtliche Ermittlungen wegen Strafvereitelung im Amt eingeleitet, weil sie 22 rechtsradikale Skins, die in der Gedenkstätte Buchenwald randaliert und eine Mitarbeiterin mit Verbrennung bedroht hatten, nach Personalienfeststellung wieder hatten laufen lassen. Gegen elf weitere Polizisten laufen Disziplinarverfahren. Zuvor waren die Skins, die mit einem Bus unterwegs waren, stundenlang - offenbar in Erwartung rechtsradikaler Ausschreitungen - observiert worden; kurz vor der Randale in Buchenwald aber war die Beobachtung eingestellt worden.

Berlin, August 1994: Zehn Beamte eines Zuges, eine ganze Gruppe (acht Männer, zwei Frauen) wurden vom Dienst suspendiert, der komplette Zug aufgelöst. Der Zugführer, der von den kriminellen Machenschaften der zehn nichts gewußt haben soll, wurde versetzt. Die zehn hatten nicht nur drei Skinheads und einen Rumänen festgenommen und schwer mißhandelt, sondern offenbar auch sich auch an unverzollten Zigaretten bedient, Urkunden gefälscht, sich nicht genehmigte Waffen (hölzerne Schlagstöcke) beschafft etc. Mit den Vorwürfen, die Berliner Polizei mißhandele vietnamesische Zigarettenhändler, habe dieser Fall aber nichts zu tun

"Die Polizei ist generell keine kriminelle Vereinigung" - sah sich CDU-Eylmann (Vorsitzender des rechtpolitischen Ausschusses im Bundestag) veranlaßt, in Erinnerung zu rufen. (Welt, 16.9.94). Fast hätten wir es ja vergessen.

ES, Hamburg

2. Da gibt es keinen Grund zum Feiern! Gegen die zentralen Nationalfeiern in Bremen

Gegen die zentralen Nationalfeiern am 3.10.94 in Bremen

Autor: Bremer Bündnis · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:16

Am 2. und 3. Oktober 1994 wird sich die "creme de la creme" aus Politik und Wirtschaft in Bremen treffen. Mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes ist ein ebenso umfangreiches wie kostspieliges Programm geplant, um diesen neuen Nationalfeiertag würdig zu begehen. Mehr noch als in den Jahren zuvor werden die diesjährigen Feierlichkeiten der Selbstbeweihräucherung des deutschen Staates, der Regierung und der herrschenden Elite aus Politik und Wirtschaft dienen. Sie werden ihre Erfolge feiern wollen, den wiedererstarkten Nationalismus, den in Gesetze gegossenen Rassismus und ihre Fortschritte in der sozialen Ausplünderung der Mehrheit der Menschen in diesem Land und international. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wird der diesjährigen Einheitsfeier also eine besondere Bedeutung zukommen: Denn dann sollen millionenfache Kreuzchen auf den Wahlscheinen ihre Politik bestätigen und ihre Fortsetzung legitimieren.

Rund 650.000 DM wird Bremen für dieses Spektakel lockermachen. Sponsoren wie Eduscho, Jacobs, Maritim und die Sparkasse wollen nochmal ca. 850.000 DM dazusteuern. Geladen sind 1000 Gäste für die offizielle Feier im Kongreßzentrum (CCB) - alle 500 Bundestagsabgeordneten, alle Abgeordneten der Bürgerschaft, und etwa 400 VertreterInnen der Industrie, der Gewerkschaften, Botschaften usw. Ihre Sicherheit lassen sie sich einiges kosten, nämlich zwischen 600.000 und 1 Mio. DM. Die dazu benötigten Kasernen für BGS und Polizeimannschaften aus anderen Bundesländern sind schon im Vorfeld beschlagnahmt worden.

Es erwartet uns also ein großes Spektakel in dieser Stadt. Im Rahmen des Musikfestes am 2.10. geben sich die Bonzen, ManagerInnen und VertreterInnen der herrschenden Elite in einer leergeräumten Werfthalle des Rüstungskonzerns Lürssen-Werft in Lemwerder ihr Stelldichein beim Beethoven-Konzert. Am Tag darauf folgt ein klassisches Konzert in der Glocke.

Vom 1. bis 3.10. findet in der unteren Rathaushalle eine "Präsentation der Bundesländer" statt, und drumherum auf Marktplatz und Domshof ein sog. "Volksfest" mit entsprechenden Freß- und Saufständen, und um die rassistische Wirklichkeit zu verdecken, werden sie ein "Spektakel der Weltkulturen" (Drums of the world) am 2.10. inszenieren.

Der 3.10. selbst soll ganz im Zeichen des offiziellen Festaktes im Kongreßzentrum stehen, dem traditionsgemäß ein ökumenischer Gottesdienst vorangehen wird. Im CCB und auf dem Volksfest werden sie ihre schönfärberischen Reden schwingen, ihre Lügen, Heucheleien und Wahlslogans zum Besten geben, sich und ihre Erfolge feiern - in der Gewißheit, daß die 700 erwarteten JournalistInnen ihre Botschaften in die Köpfe und Herzen der Menschen bringen werden.

Gegen dieses Propaganda-Spektakel organisieren zahlreiche Gruppen am 3.10.1994 eine bundesweite Demonstration.

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern, denn es gibt nichts zu feiern. Die Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschärft sich. Die Armut hat zugenommen, die Reichen werden reicher, Flüchtlinge drangsaliert und abgeschoben, und die BRD giert weltweit nach militärisch-ökonomischem Machtzuwachs.

Mehr als tausend gute Gründe sprechen dafür, dieser Politik und diesem ekelerregenden Propagandaspektakel, eine entsprechende Antwort zu geben. Die bundesweite Demo am 3.10. ist eine Antwort, wir sehen hier eine Möglichkeit, die berechtigte Wut und den Zorn, den Protest und Widerstand gemeinsam auf die Straße zu tragen. Unser Ziel ist es, den reibungslosen Ablauf der nationalistischen Feiern zu verhindern. Sie sollen sich in ihrem Kongreßzentrum verschanzen müssen, so daß ihnen jede ihrer "feierlichen Reden" im Halse stecken bleibt. Unser Ziel ist es klarzumachen, daß und warum es für Millionen keinen Grund gibt, die "Einheit" zu feiern. Deshalb werden wir auf den Straßen sein, wollen das Kongreßzentrum belagern und blockieren, weil wir ihren Lügen keinen Glauben schenken, weil wir ihre Politik ablehnen und weil wir ihre Profit- und Gewinnsucht verachten.

Ihrem Versuch, durch eine Brot & Spiele-Inszenierung massenhafte Zustimmung vorzutäuschen, wollen wir einen Strich durch die Rechnung machen. Mit ihrem "Volksfest" und dem Vorstoß, den 2.10. zu einem verkaufsoffenen Sonntag (!) zu erklären, sollen die Menschen in die Innenstadt gelockt werden:

Geht nicht zum Fest und laßt euch nicht für den nationalistischen Rummel mißbrauchen!

Während die einen konsumieren und ihr Geld in der City lassen sollen, werden die ohnehin gutbetuchten und elitären VolksvertreterInnen, Rationalisierer und Profiteure aus Industrie und Handel zusammen mit allerlei BotschaftsvertreterInnen sich kostenlos ihren Champagner zuprosten.

Für uns läßt sich daraus nur schließen: die Einheitsfeier findet so nicht statt!

Oder anders: wenn wir feiern, dann aber richtig. Let's go!

Bremer Bündnis

gegen die Nationalfeiern

3. Todesstrafe auf Raten. Heidi Schulz erneut zu lebenslang verurteilt

Autor: ga. · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:29

Adelheid Schulz, die im März 1985 wegen der Beteiligung an der Entführung und der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und vier seiner Begleiter, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, wurde Anfang September erneut wegen zweifachen Mordes, zweifachen Mordversuchs und wegen schweren Raubes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Der 5. Strafsenat des Oberlandesgericht (OLG) glaubte den Aussagen der KronzeugInnen Beer, Friedrich, Helbing und Lotze und verurteilte Heidi Schulz. Sie soll zusammen mit Rolf Heißler 1978 in Kerkade an der deutsch-niederländischen Grenze an einer Schießerei beteiligt gewesen sein, in deren Verlauf zwei Polizisten getötet wurden. Außerdem stellte das Gericht in der Urteilsbegründung eine besondere Schwere der Schuld fest. Diese Festschreibung der Schuldschwere in der Urteilsbegründung wirkt sich z. B. aus auf die Anhörungsverfahren zur "vorzeitigen" Entlassung, die bei Gefangenen mit lebenslanger Haftstrafe nach 15 Jahren eingeleitet werden.

Heidi ist im Knast schwer erkrankt und ihre medizinische Versorgung ist nicht ausreichend gewährleistet. Dieses Urteil bedeutet, wie ihr Verteidiger Andreas Groß sagt, für seine Mandantin faktisch die "Todesstrafe".

ga.

4. Beckstein für Deckert. NPD-Aufmarsch und Gegendemonstration in Erlangen

Autor: Al., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/erlangen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:erlangen

Der NPD-Vorsitzende Günter Deckert fand erneut verständnisvolle Richter. Wenige Wochen nach dem Mannheimer Skandalurteil genehmigten zwei Gerichtsinstanzen (Verwaltungsgericht Ansbach, Verwaltungsgerichtshof München) einen NPD-Aufmarsch in Erlangen und verboten die antifaschistische Gegendemonstration. Dabei ist die Urteilsbegründung bemerkenswert: Es sei unwahrscheinlich, daß einer der anwesenden Redner oder Teilnehmer des NPD-Treffens "gewichtige verfassungswidrige oder strafbare Äußerungen mache" urteilten die Ansbacher Richter (Nürnberger Nachrichten, 17.09.1994). Dabei war als Hauptredner der notorische Antisemit Deckert angekündigt.

Die von der Erlanger SPD und der Grünen Liste angemeldeten Gegenaktionen wurden verboten, weil "nicht alles auf einmal stattfinden" könne, so das Gericht. Die Stadt Erlangen, deren SPD-Oberbürgermeister Hahlweg zunächst alle Aktionen wegen "erheblicher Sicherheitsbedenken" verboten hatte, klagte in ersten Instanz gegen den NPD-Aufmarsch, ging jedoch nicht in die Berufung.

Ein massives Polizeiaufgebot sorgte dafür, daß die NPD das ihr von den Gerichten zugestanden Recht, rechtsradikale Parolen zu verbreiten, auch praktizieren konnte. Damit wird gleichzeitig auch deutlich, daß die CSU und ihr Innenminister Beckstein trotz ihrer Wahlplakate "gegen die Radikalen" in der Praxis auf dem rechten Auge blind sind. Seine Polizeiführer ließen mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei sowie das Unterstützungskommando (USK) aufmarschieren, um den NPD-Lautsprecherwagen durch etwa 400 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten zu bugsieren und den Platz vor dem Lautsprecherwagen weiträumig abzusperren. Ein Pulk von gut einem Dutzend Nazi-Skins, die mit Verspätung eintrafen, wurde von USK-Beamten vor das Erlanger Rathaus eskortiert. Nach seiner Rede, in der Deckert die pfeifenden Antifaschistinnen und Antifaschisten unter anderem als "rote Brüllaffen" bezeichnete, "mit denen ich in fünf Minuten fertig werden" würde, "wenn wir an der Macht wären", brachten ihn zwei Hundertschaften USK im Laufschritt zu seinem Auto. Die zurückgebliebenen Neonazis, etwa 15 Personen, wurden von den sie umringenden Gegendemonstranten in Schutz genommen. Schließlich wurden die feixenden Nazi-Skins in drei Polizei-Bullis weggefahren.

Daß es der NPD überhaupt gelang, insgesamt etwa zwei Dutzend Neonazis sowie etwa gleich viele Nazi-Rentner, die sich am Rande des Geschehens herumdrückten, im Erlanger Stadtzentrum aufmarschieren zu lassen, war nur aufgrund der übermächtigen Polizeipräsenz möglich. Für Erlanger Verhältnisse war die Gegenmobilisierung durchaus passabel. Die Störaktion kann, berücksichtigt man auch den knappen Vorlauf von nur zwei Tagen, als Teilerfolg der Linken gewertet werden.

Al., Nürnberg

5. Zwei Frauen in Beugehaft. Die Aussagen des VS-Agenten Steinmetz ziehen weiter ihre Kreise

Autor: ga. · Rubrik: Geheimdienste; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:28

In Folge der Zusammenarbeit von Klaus Steinmetz mit dem Staatsschutz kam es zur Tötung von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld im Juni 1993 in Bad Kleinen. Jetzt werden die Aussagen des VS-Spitzel ausgewertet und darüber versucht einzelne Linke unter Druck zu setzen und ihrerseits zu Aussagen zu zwingen.

Bisher sind zwei Ermittlungsverfahren bekannt: Eines gegen Stefan Frey, der wegen Mitgliedschaft in der RAF schon im Knast gesessen hat. Ein zweites gegen Gila Pohl, die Ehefrau eines politischen Gefangenen. Im Zusammenhang mit diesem zweiten Verfahren sind Gisela Dutzi, Anne Rauch und Axel Wäldele von der früheren "Infostelle für die politischen Gefangenen in der BRD" in Frankfurt als ZeugInnen geladen vorgeladen worden. Steinmetz hat in einer seiner Aussagen behauptet, eine Angehörige hätte ihm in der "Infostelle" einen Zettel mit einem Kontakttermin für die RAF zugeschoben. Zu dieser Behauptung des VS-Bullen Steinmetz sollen die drei befragt werden.

Der Justiz liegt sehr viel daran, wenigstens von einer Person mindestens eine Aussage von Steinmetz bestätigt zu bekommen. "Wir wollen doch nur wissen, ob Steinmetz in der Infostelle war", so die Bundesanwaltschaft (BAW). Dahinter steckt das Kalkül, wenn Steinmetz dort gewesen sein könnte, könnte auch eine angebliche Zettelübergabe stattgefunden haben, wenn das möglich gewesen sein könnte, könnte vielleicht auch an den anderen Aussagen etwas dran sein ...

Die Justiz braucht gerichtsverwertbare Informationen, die Steinmetz glaubwürdig machen. Das ist der Hintergrund der ZeugInnenladungen. Stück für Stück soll damit versucht werden die Szene aufzurollen und Prozesse gegen Angehörige und UnterstützerInnen der politischen Gefangenen zu führen.

Das hat sich schon beim ersten Ladungstermin abgezeichnet. Da wurde die angebliche Zettelübergabe plötzlich ins Treppenhaus - günstigerweise gab es da keine weiteren anwesenden ZeugInnen des von Steinmetz behaupteten Vorganges - verlegt etc. Ob es denn wirklich eine Angehörige gewesen ist, war da auch schon nicht mehr so eindeutig. Damit sind schon die nächsten Ermittlungsverfahren und ZeugInnenladungen vorprogrammiert.

Das große Interesse der Justiz, unbedingt an ZeugInnenaussagen heranzukommen, zeigt sich an dem stringenten Vorgehen: Zuerst kam die Ladung zum BKA - da ist niemand hingegangen; am 14.7. kam eine Ladung zur BAW - dort wurde die Aussage verweigert, was mit einer Ordnungsstrafe von je DM 400 belegt wurde; als Nächstes flatterten die Vorladungen zum Bundesgerichtshof (BGH) für den 30.8. und 1.9. 1994 ins Haus - damit wurde die Situation weiter eskaliert. Zusammen mit der Ladung wurde auch gleich angedroht, daß bei nicht Erscheinen oder Nichtaussage die Möglichkeit besteht, die Drei in Beugehaft zu nehmen.

Krankheitsbedingt war es den drei Vorgeladenen nicht möglich den Termin beim BGH wahrzunehmen. Am Nachmittag des 1.9.1994 erschienen zehn Polizeibeamte bei Axel; am nächsten Morgen klingelten sie um sieben Uhr früh bei Anne und Gisela, müssen aber überall unverrichteter Dinge wieder abziehen, kranke Menschen können nicht zum BGH.

Am 5.9.1994 wird Anne morgens, Gisela nachmittags und Axel abends zur Zwangsvorführung beim BGH festgenommen. Alle drei verweigern die Aussage. Axel, gegen den selbst ein Verfahren läuft, verweigert die Aussage unter bezug auf §55 (Gefahr einer Selbstbelastung). Er wird als einziger freigelassen. Gisela wird für fünf Monate in Beugehaft in die JVA Stuttgart-Leonsberg gebracht. Anne kommt für vier Monate in die JVA Bühl.

ga.

nach Informationen

von UnterstützerInnen

Die Genossinnen brauchen eure Unterstützung: Schreibt Briefe, stellt Besuchsanträge und spendet Geld!

Anschrift: Gisela Dutzi / Anne Rauch

über Ermittlungsrichter Beyer beim BGH

Herrenstraße 45 a, 76133 Karlsruhe

Spendet für Einkauf, Zeitungsabos, Anwaltskosten und was die Gefangenen sonst brauchen:

Christiane Barabas, Konto Nr. 0276156600 Postgiro FFM BLZ 500 100 60. Stichwort: Spende

6. Die "Ferienmaschine". Das KdF-Bad auf der Insel Rügen

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:11

In Deutschland tat man sich schon immer schwer mit den Zeugnissen der jüngsten Vergangenheit. Nicht nur in Westdeutschland, auch in der ehemaligen DDR wurden architektonische Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus beseitigt - und mit ihnen das Unbehagen beim Anblick der eigenen (Vor-)Geschichte verdrängt - oder deren Existenz wie im Falle des "Kraft durch Freude"-Bades Prora auf der Insel Rügen verschwiegen. Ende der 40er Jahre war das Gebiet zum militärischen Sperrbezirk erklärt worden; gezielte Desinformation und Legenden sorgten dafür, daß außer den Inselbewohnern nur wenige von der Existenz dieses nationalsozialistischen Monuments wußten.

Nach der Wende ist die Anlage des KdF-Bades wieder aus der Vergessenheit "aufgetaucht": eines der wenigen zivilen Großprojekte des Nationalsozialismus, bis 1939 im Rohbau im Auftrag der "Deutschen Arbeitsfront" fertiggestellt.

Wer von Binz aus in Richtung Saßnitz fährt, wird kaum auf den Gedanken kommen, daß der an der Straße liegende Gebäudekomplex aus nationalsozialistischer Zeit stammt. Der Bau erinnert vielmehr an Gebäude aus den fünfziger Jahren - allenfalls die eintönige Reihung der einzelnen Bausegmente, die in regelmäßigen Abständen durch Quertrakte unterbrochen wird, sowie das Monumentale des Blocks zeigen etwas von der einschüchternden Wirkung nationalsozialistischer Architektur. Der etwa zwei Kilometer lange Gebäudekomplex, der nach dem Auszug der Nationalen Volksarmee (NVA) teilweise bewohnt ist - einige Schilder von Initiativen und kleinen Firmen lockern die Monotonie etwas auf - ist der südliche Wohnflügel des "Kraft durch Freude"-Seebades Prora, einer Ferienanlage, die sich ca. 6 km parallel zum Strand der Prorer Wiek im Nordosten Rügens erstreckt. Der nördliche Wohnflügel - ebenfalls mit einer Länge von 2 km - blieb bis auf wenige Teile, die nach 1945 als Lager für militärisches Material genutzt wurden, im Rohbauzustand bestehen: Stahlbetonkonstruktionen, durch die Sprengversuche der NVA in ruinösen Zustand versetzt.

Zwischen den beiden Wohnflügeln, in der Mitte der Anlage, sollte der "Festplatz" entstehen. Die überdimensionale Festhalle im Zentrum des Komplexes blieb allerdings bis zum Baustopp 1939 nur Modell: ein Kolossalbau im Stil der nationalsozialistischen Staatsarchitektur, der für die geplanten Massenkundgebungen bis zu 20.000 Menschen aufnehmen sollte. Am südlichen Rande des Platzes stehen noch die Empfangshalle und das Café, das den südlichen Wohnflügel abschließt. Weite Teile des Platzes bieten eine unheimliche Szenerie: Übereinandergestürzte Betonklötze, aus denen noch die Stahlbügel ragen, von der Vegetation überwuchert. Und nach Norden schließen sich die bereits erwähnten ruinösen Stahlbetonskelettkonstruktionen des Nordflügels an - nach dem Ende der Aufräumungsarbeiten durch die Bundeswehr hinter einem mit Stacheldraht bewehrten Zaun: "Betreten strengstens untersagt".

Während das Café am Ende des südlichen Wohnflügels - wie die beiden Wohnflügel im Stil des "Neuen Bauens" der Weimarer Republik errichtet - einen vergleichsweise leichten, der Urlaubsatmosphäre angemessenen Eindruck vermittelt, zeigt die Empfangshalle mit der hartkantigen, monotonen Pfeilerreihung die Merkmale faschistischer Staatsbauten. Das gleiche gilt für die Kaianlage, die, dem Festplatz vorgelagert, sich wie ein Bollwerk ins Meer schiebt.

Die lückenlose Erfassung

der Freizeit

Die Anlage des Ferienbades "war konzipiert als eine perfekt organisierte Ferienmaschine".(1) In den beiden sechsgeschossigen Wohnflügeln von je 2 km Länge, die durch rechtwinklig angebaute Quertrakte für Treppenaufgänge, Speise- und Gemeinschaftsräume unterbrochen werden, sollten bis zu 20.000 Menschen untergebracht werden. Auf den landseitig angelegten Gleisen sollten die Urlauber an den für ihre Unterbringung vorgesehenen Gebäudeblocks aussteigen. Der Bau eines Krankenhauses war geplant, die Gebäude für das Postamt und die Gärtnerei wurden bis 1939 fertiggestellt.

1936 begannen die Bauarbeiten in Prora als das erste von fünf geplanten Seebädern der Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Prora galt als "Prestigeobjekt" des Dritten Reiches. Mit

erheblichem propagandistischen Aufwand feierten die nationalsozialistischen Medien die "Bauschlacht von Prora". Nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Organisation "Opera Nazionale Dopolavoro" (dopolavoro: nach der Arbeit) begann der Nationalsozialismus bereits 1933, einen Apparat zur Kontrolle der Freizeit der Arbeitenden aufzubauen. "Anders als ‚Dopolavoro` konzentrierte sich KdF auf ästhetische Aufgaben und massenkulturelle Veranstaltungen. Ihre Realisierung lag in der Regie spezieller Ämter: Für Massenunterhaltung war das ‚Amt Feierabend` zuständig, für Massentouristik das ‚Amt Reisen, Wandern und Urlaub`, für den Volkssport das ‚Sportamt` und für die sogenannte Volksbildung das ‚Amt Deutsches Volksbildungswerk`." (2)

KdF wurde innerhalb kürzester Zeit zur populärsten Organisation innerhalb der unbeliebten Deutschen Arbeitsfront, der "Nachfolgerin" der zerschlagenen Gewerkschaften. "Kulturelle Angebote", wie beispielsweise die seit 1934 angebotenen Reisen waren Teil des nationalsozialistischen Programms der "Befriedung der Arbeit", das die Entrechtung der Arbeiter und die verstärkte Ausbeutung kompensieren sollte.

Die Kontrolle der Arbeitenden über die Arbeit hinaus, in Freizeit und Urlaub, war erklärtes Ziel der DAF. "Es soll sich niemand einbilden, daß er sich in diesem nationalsozialistischen Meer auf eine Insel der Seligen retten kann", so Robert Ley, der "Führer" der "Deutschen Arbeitsfront", unmißverständlich.(3) Daß die KdF-Organisation darüber hinaus vor allem der Vorbereitung auf den Krieg diente, betonte Ley bei vielen Gelegenheiten: "Der beste Staatsmann kann mit einem Volke mit zerrütteten Nerven keine Politik treiben. Der verlorene Weltkrieg sollte uns diese Erkenntnis für alle Ewigkeit eingehämmert haben (...) Wir verloren den Krieg, weil wir die Nerven verloren haben." Starke Nerven und "fanatische Lebensbejahung" durch die Identifikation mit der Ideologie der "Volksgemeinschaft" würden, so Ley, das deutsche Volk befähigen, "alle Stürme des Lebens zu überwinden".(4)

Zweifellos gelang es der DAF mit ihrer Freizeitorganisation "Kraft durch Freude", auch Arbeiter für die propagierte "Volksgemeinschaft" zu gewinnen. Aufgrund der Berichte von Informanten kam man in der Exil-SPD zu der Einschätzung, KdF scheine zu beweisen, "daß die Lösung der sozialen Fragen umgangen werden kann, wenn man dem Arbeiter statt mehr Lohn mehr ‚Ehre`, statt mehr Freizeit mehr ‚Freude`, statt besserer Arbeits- und Lebensbedingungen mehr kleinbürgerliches Selbstgefühl verschafft. KdF ist nicht nur eine raffiniert erdachte und geleitete Organisation zur ‚Betreuung` der Massen, sondern geradezu ein Symbol des von der NSDAP repräsentierten ‚nationalen Sozialismus`."(5)

Undurchdringlich, bodenständig

Die als "neue Baukunst" gefeierte Architektur übernahm der Nationalsozialismus von den konservativen Architekturströmungen der Weimarer Republik. Entsprechend der jeweiligen Bauaufgaben und der beabsichtigten propagandistischen Wirkung wurden diese Baustile so verändert, daß ihre historische Kontinuität nicht mehr zu erkennen war.

Für die Partei- und Staatsarchitektur, die nach Hitler "steingewordene Weltschauung" sein sollte, griff der Nationalsozialismus auf den neoklassizistischen Stil zurück. In einem Gespräch mit dem Architekturkritiker Wolfgang Pehnt äußerte sich Albert Speer 1977 über den Zweck und die beabsichtigte Wirkung der Nazi-Architektur: "Das Beeindrucken der Menschen war die Hauptabsicht von Hitler, wenn er über seine Vorstellungen irgendeines Baues sprach. Er hat beispielsweise davon geschwärmt, wie ein kleiner Bauer, der aus der Provinz irgendwo herkommt, nun in die große Halle in Berlin tritt (die Halle am Ende der geplanten, nicht ausgeführten Nord-Süd-Achse in Berlin, d. Verf.), diesen riesigen Raum um sich sieht und durch diesen Eindruck einfach zerschmettert sein müßte. (...) Auch der sogenannte Lichtdom in Nürnberg war für ihn und auch für mich ein Höhepunkt in der Beeindruckung von Menschen, mit dem politischen Ziel, den Menschen einzuordnen, unterzuordnen, seine Persönlichkeit zu eliminieren, damit er sich einordnet in das Gesamte."(6)

Auch der "festungsartige Charakter der Bauten" sollte die Menschen disziplinieren: "Die großen mit Natursteinplatten verkleideten glatten Wandflächen - die wenigen tief eingeschnittenen Fenster sind durch steinere Fensterkreuze unterteilt und steigern den Eindruck der Kompaktheit und schaffen eine Wirkung der Undurchdringlichkeit."(7) Isolierung der Bauten auf großen Platzanlagen, strenge Symmetrien und monotone Reihungen von Pfeilern mit "massiven Kantenstrukturen" sind weitere Charakteristika dieser Architektur.

Bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik war der konservativ geprägte Heimatschutzstil im Wohnungsbau führend geworden. Auch in Prora sind mehrere Häuser in diesem Baustil erbaut: als

Wohnungen für das Personal des Kdf-Bades. Mit dieser Architektur nahm der Nationalsozialismus eine weitverbreitete Abneigung gegen die Großstadt und die in weiten Kreisen der Bevölkerung der Weimarer Republik abgelehnte Architektur der "neuen Sachlichkeit" auf, förderte die Sehnsucht nach Eigenheim, kleinstädtischer Lebensweise und "Bodenständigkeit". Der Variantenreichtum der seit den 30er Jahren entstandenen Heimatschutzarchitektur wurde allerdings durch die Reglementierung der Bauordnung beseitigt. "Die ‚Bodenständigkeit` ... bestand ... von der Nordsee bis zu den Alpen in den gleichen Merkmalen: dem steilen Dach, dem Fensterkreuz, Fensterläden und teilweise Fachwerk."(8) Das "Starre", "Überzeitliche" der Partei- und Staatsarchitektur ist somit auch für die in diesem Stil gebauten Wohnsiedlungen charakteristisch.

Der sachliche Baustil, der sich an der Architektur der "Neuen Sachlichkeit" aus der Weimarer Republik orientierte, kam im Nationalsozialismus im Brücken- und im Fabrikbau zu verbreiteter Anwendung. Diese Bauweise bediente sich der modernen Konstruktionsweisen und Materialien, u.a. Skelettkonstruktionen, Beton und Glas. Dies dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, daß die großen Wohnblocks in Prora in diesem Stil, als Betonskelettbauten, ausgeführt wurden.

Die genannten, vom Nationalsozialismus bevorzugten Baustile finden sich mithin sämtlich auch im KdF-Bad Prora. Prora ist - so ließe sich vielleicht formulieren - ein architektonisches "Gesamtkunstwerk" des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus hatte mit den KdF-Reisen und den geplanten Massenbädern in den 30er Jahren die Tür zum Massentourismus einen Spalt weit geöffnet, gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen nach Erholung und Urlaub in einer bis dahin ungeahnten Weise pervertiert.

Insbesondere der bis 1939 nicht gebauten großen Festhalle im Zentrum der Anlage war die Funktion zugedacht, bei Veranstaltungen die Menschen zu disziplinieren und auf das Regime einzuschwören. Hierzu diente auch - was heute schwer nachzuvollziehen ist: allenfalls die Fotos der Architekturmodelle und -zeichnungen geben eine Vorstellung davon - der große Platz, der nach allen Seiten streng abgegrenzt war und zur See hin mit der festungsähnlichen Kaianlage abschloß.

Von der monumentalen Anlage der Wohnbauten war bereits die Rede. Die ebenfalls schon erwähnten Quertrakte, die sich sowohl zur Landseite als auch zum Meer hin erstreckten, schlossen einen Wohnbereich gegen den anderen ab. Überschaubare, kontrollierbare Räume waren so geschaffen: Freizeit, die "überprüfbar" für das Regime bleiben mußte und keinesfalls den Gedanken an "Freiheit", und sei es auch nur individuelle Freiheit und individuelle Freizeitgestaltung wecken durfte. Auf den Architekturzeichnungen und Modellen des Architekten Klotz, der auch Spezialist für den Bau von NS-Ordensburgen war, erscheinen zusätzlich in regelmäßigen Abständen die Embleme des Nationalsozialismus. Selbst die Liegestühle auf der Architekturzeichnung, in "Reih und Glied" aufgestellt, wecken Assoziationen an Marschkolonnen.

Ungewisse Zukunft

Die zukünftige Nutzung der Anlage - über die derzeit heftig gestritten wird - wird auch darüber Auskunft geben, wie man mit dem ungeliebten architektonischen Erbe des NS-Regimes umgehen wird. Da Prora mittlerweile für denkmalswürdig erklärt wurde, steht ein Abriß des Komplexes nicht mehr zur Diskussion. Der Bund, vertreten durch die Oberfinanzdirektion Rostock, will schnell privatisieren. Auf dem ersten "Proraer Symposium" im Mai dieses Jahres erhoben Kritiker den Vorwurf, "hier würden Eigentumsrechte übertragen, bevor der Investor an Auflagen gebunden wird, die soziale, ökologische oder denkmalschützerische Interessen berücksichtigen".(9)

In ihren Überlegungen über die zukünftige Nutzung des ehemaligen KdF-Bades schreiben die Autoren des Buches "Paradiesruinen": "Der ursprüngliche Zweck des KdF-Bades, der Massentourismus, kommt heute als Nutzungsform nicht in Betracht. (...) Die Rügensche Landschaft verträgt Massentourismus genauso wenig wie große Industrie-Ansiedlungen." Statt dessen plädieren die Autoren für "vielfältige Nutzungsformen des Tourismus, der Kultur, für Rehabilitation und Erholung, für Konferenzen und Wissenschaft, für Lehre und Forschung. (...) In der Differenzierung der Nutzung kann eine zukunftsträchtige Konzeption für das KdF-Bad bestehen. Das würde auch die ursprünglichen Ziele des Hitler-Regimes in ihr Gegenteil verkehren. Ein Element der Verwendung könnte dabei ein Museum zur Geschichte des ‚Dritten Reiches' sein, insbesondere zur KdF-Geschichte der ‚Deutschen Arbeitsfront`." (10)

Zu wünschen wäre, daß Positionen wie diese sich in den Auseinandersetzungen um die Zukunft Proras durchsetzen könnten. Nur so ist es meines Erachtens möglich, sich mit der nationalsozialistischen Architektur nicht nur theoretisch auseinanderzusetzen, sondern deren Wirkung auch zu "erfahren".

Empfindungen wie Abscheu, Entsetzen angesichts einer menschenverachtenden Architektur sind dabei unvermeidlich, die häufig spontan geäußerten Forderungen nach Abriß verständlich. Einer derartigen Aktion wäre allerdings nur ein kurzfristiger zweifelhafter Erfolg beschieden. Architektonische Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus stehen in vielen Städten, sie sind Teil der deutschen Geschichte. Viele dieser Bauten werden weitergenutzt, ihre Herkunft indes verdrängt. Auch die Forderung nach Abriß wäre nur die Kehrseite des Versuchs, die Erinnerung an den Nationalsozialismus auszulöschen. Nur ein "reflektierter" Umgang mit diesen Relikten könnte verhindern, daß mit ihnen auch ein Teil der Geschichte zum Verschwinden gebracht wird.

ge., Hamburg

Anmerkungen:

1) Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 1971, S. 210

2) Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, Fischer Taschenbuch Verlag 1993, S. 244

3) Kunst im Dritten Reich, S. 183

4) zit. nach Jürgen Rostock, Franz Zadnicek, Paradiesruinen. Das KdF-Seebad der Zwanzigtausend auf Rügen, Ch. Links Verlag, Berlin 1992, S. 23f

5) Reichel, S. 249

6) Die Manipulation des Menschen. Albert Speer im Gespräch, in: Wolfgang Pehnt, Die Erfindung der Geschichte. Aufsätze und Gespräche zur Architektur unseres Jahrhunderts, Prestel-Verlag, München 1989, S. 131

7)Joachim Petsch, Kunst im Dritten Reich. Architektur, Plastik, Malerei, Alltagsästhetik. Vista Pont Verlag, Köln 1994, S.25

8) Kunst im Dritten Reich, S. 201

9) Thomas E. Schmidt, Die Ferienfestung, in Frankfurter Rundschau v. 7.6.1994

10) Rostock, Zadnicek, S.113f.

7. Politik gegen Frauen. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo

Autor: at. · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:25

Veranstaltungen und Filme zum Thema Bevölkerungspolitik

Hamburg:

22. 9. 94, 19.30 Uhr: Veranstaltung (Werkstatt 3)

Weltbevölkerungskonferenz in Kairo

Referentinnen: NN

Der Bericht über den Verlauf der Konferenz wird sich vor allem mit den Aktivitäten der Frauengruppen befassen, die sich kritisch mit Bevölkerungskontrollpolitik auseinandersetzen. Es soll unter anderem von dem Hearing berichtet werden, in dem Frauenorganisationen aus Bangladesh und den Phillipinen ihre Erfahrungen mit bevölkerungspolitischen Programmen, Reproduktionstechnologien, Rassismus, Eugenik und Fundamentalismus dargestellt haben.

***

26.9.94, 19.30 Uhr: Film - ausschließlich für Frauen (Lichtmeß)

"Wie ein Krieg", Deepa Dhanraj, Indien/GB 1991, 52 Min.

Der Film dokumentiert die Geschichte der Familienplanung in Indien, zeigt den Zynismus, die Korruption und die Brutalität ihrer Durchführung, und er fragt nach der Verantwortung der Mediziner, Funktionäre und Entwicklungsexperten.

Anschl. Diskussion mit Ulla Penselin

***

27.9.94, 19.30 Uhr: Film (Lichtmeß)

"Wie ein Krieg", Deepa Dhanraj, Indien/GB 1991, 52 Min.

Anschl. Diskussion mit Ingrid Schneider

***

29.9.94, 19.30 Uhr: Veranstaltung (Werkstatt 3)

"Interessen der Industrieländer"

Referentinnen: Susanne Schulz, NN

Welche Positionen haben die bundesdeutschen Delegierten der Weltbevölkerungskonferenz? Wie erscheint die These der Überbevölkerung bei uns, z.B. in Schulbüchern?

***

6.10.94, 19.30 Uhr: Veranstaltung (Werkstatt 3)

Menschen als ökologisches Problem

Referentin: Ingrid Spiller

Aus einfachen Erklärungsmustern wird das Recht abgeleitet, zum "Schutze der Umwelt" eine härtere Gangart gegen das Gebärverhalten von Frauen der "Dritten Welt" einzuschlagen, damit wird die Umwelt gegen die Frauen (des Südens) ausgespielt.

***

10.10.94, 19.30 Uhr: Film (Lichtmeß)

"Antikörper gegen Schwangerschaft"

Der Traum von der perfekten Geburtenkontrolle aus dem Labor

Ulrike Schaz, Mitarbeit Ingrid Schneider, 1991, 45 Min.

Anschl. Diskussion mit Ulrike Schaz

***

12.10.94, 19.30 Uhr: Film (Lichtmeß)

"Passion Recherche"

Ulrike Schaz unter Mitarbeit von Tina Kratz, Bene Pfeiffer, Udo Sierck u.a.,1992, 54 Min.

Zu verwegenen Forschern, wissenschaftlichen Eroberungen, neuen Kolonien und toter Natur

***

14.10.94, 19.00 Uhr: Veranstaltung (Filmhaus Foyer)

Pillen, Planer und die Zukunft des Planeten - Gegenbilder

Eine Veranstaltung in der Reihe "Zwischen den Filmen"

Veranstalterin: Filmarchiv Frauen/Filmbüro

***

17.10.94, 19.30 Uhr: Film (Lichtmeß)

"Der Pannwitzblick"

Didi Danquart Medienwerkstatt Freiburg, 1991, 90 Min.

Euthanasie ist wieder ein Thema geworden in Deutschland. Der Blick der Nichtbehinderten auf die Behinderung hat oft etwas mit Fremdheit und dadurch mit Angst zu tun, die umschlägt in Abwehr. Dies wird sichtbar in Bildern und menschlichem Verhalten.

Anschl. Diskussion mit Udo Sierck

***

20.10.94, 19.30 Uhr: Veranstaltung (Werkstatt 3)

Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik

Bevölkerungspolitik in der BRD heißt "Qualitätskontrolle" und Kosten-/Nutzenrechnung. Gesetzgebung und Organisation des Sozial- und Gesundheitswesens sind die Vorgaben für die Aussonderung.

Referentinnen: Ulla Penselin, Udo Sierck

***

24.10.94, 19.30 Uhr: Film (Lichtmeß)

"... und andere Ergüsse"

Eine assoziative Montage unter Mitwirkung führender Wissenschaftler der Genetik

Mirjam Quinte, Juliane Gissler Medienwerkstatt Freiburg, 1991, 56 Min.

Wir betreten ein Terrain, auf dem über die Entstehung von Leben, über Fortpflanzung und Geburt neu verhandelt und die Erzeugung von Lebendigem erprobt wird.

Werkstatt 3, Nernstweg 32, Altona

Lichtmeß-Kino, Gaußstr. 15, Altona

Filmhaus, Friedensallee 7, Altona

Berlin:

30.9.94, 19.30 Uhr: Podiumsdiskussion

Was kommt nach Kairo?

Perspektiven der Bevölkerungspolitik

***

1.10.94, 10.00 Uhr: Arbeitsgruppen

mit Teilnehmerinnen am NRO-Gipfel in Kairo aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Rathaus Schöneberg, J.F.Kennedy-Platz, Berlin

"Ohne die Überbevölkerung könnten die Menschen mit der Natur in Harmonie leben." Esprit Werbetext

Wieder schwappen Wellen und Fluten durch die Medien. Eine Bevölkerungsexplosion, die die gesamte Welt zu verschlingen droht, Ökokatastrophe, Seuchen und Epidemien haben Hochkonjunktur.

Gleichzeitig werden die Ängste der Besitzenden der Nordhemisphäre geschürt: "Heute klopfen die Vorboten einer millionenfachen Migration, verursacht durch Bevölkerungsexplosion, Armut, Bürgerkrieg und Ökokatastrophen an unsere Türen, wenn nichts geschieht, wird aus dem Klopfen ein Pochen und später ein Rütteln werden und wenn weiter nichts passiert, werden diese Menschen unsere Türen einschlagen." (H. Geißler, Politische Ökologie, Nr. 38, 1994)

Schuld an dem angeblich zügellosen Bevölkerungswachstum im Süden und damit verantwortlich für die drohenden Katastrophen sollen die Frauen in der "Dritten Welt" mit ihrem "irrationalen Fortpflanzungsverhalten" sein. Das Instrument, was Abhilfe schaffen soll: die Bevölkerungspolitik.

Durch die Presse geistern unmenschlichste "Lösungsansätze", die die "B-Bombe am Explodieren" hindern sollen. Die Palette reicht von Ansichten, daß vielleicht das AIDS-Virus helfe oder eine weitere Verringerung der Kindersterblichkeit nicht angestrebt werden müsse bis hin zu der "Berechnung", daß wenn jeden Tag eine HiroshimaBombe abgeworfen würde, mit der Folge von 90.000 Toten, die Bevölkerung trotzdem jeden Tag um 180.000 Menschen anwachsen würde.

Hintergrund dieser Visionen sind Berechnungen der UN, daß im Jahr 2025 zwischen 7,9 und 9,1 Milliarden Menschen die Erde bevölkern werden - im Gegensatz zu den heutigen 5,7 Milliarden Menschen. Bis zum Jahr 2050 ist es nicht unrealistisch, daß es 12,5 Milliarden seien, so die Hypothese.

Ziel der "Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung" (ICPD), die vom 5. bis 13. September in Kairo stattfand, ist die Stabilisierung der Weltbevölkerung auf ein Niveau von 7,3 Milliarden bis zum Jahr 2015 und die internationale Festschreibung der jeweiligen Maßnahmen und Programme der Bevölkerungspolitik für die nächsten 20 Jahre. Insgesamt soll zur Erreichung des angesetzten Zieles die "Rate" der "modern" verhütenden Paare im Süden von 55 auf 69% erhöht werden.

Im Vorfeld der Kairoer UN-Weltbevölkerungskonferenz wurden mehrere internationale Vorbereitungskonferenzen (PrepCom) abgehalten, auf denen die konsensfähigen Ziele und Maßnahmen im vorhinein festgeklopft werden sollten. Im Gegensatz zu den zwei vorangegangenen Weltbevölkerungskonferenzen (in Bukarest im Jahr 1974 und in Mexico City 1984) sollten Frauenorganisationen mitbeteiligt werden, um die bevölkerungspolitischen Maßnahmen frauenfreundlicher und damit effektiver zu gestalten. Schon seit mehreren Jahren wurde versucht, lokal agierende Frauenorganisationen für die Durchführung bevölkerungspolitischer Maßnahmen zu gewinnen.

Feminisierung

der Bevölkerungspolitik?

Die Folge des Eingreifens der Frauenlobby in die Diskussion bei den Vorbereitungskonferenzen ist, daß einige Kapitel des zu verabschiedenden Programms deutlich ihre Handschrift tragen, Begriffe, die bisher Bestandteil der feministischen Diskussion war, wurden mit neuen bevölkerungspolitisch verträglichen Inhalten versehen.

Die neuen Schlagworte der Bevölkerungspolitik sind "reproduktive Rechte", "reproduktive Gesundheit", "womens empowerment" (Besserstellung der Frauen); und anstelle von Bevölkerungskontrolle wird nun z.B. von einem "unerfüllten Bedarf" an modernen Verhütungsmitteln gesprochen, den angeblich 120 Millionen Frauen weltweit haben. (C. Wichterich, FR 20.8.94)

Laut Nafis Sadik, Generalsekretärin der ICPD und Chefin des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), müsse die Bevölkerungspolitik in Konzepte wirtschaftlicher, sozialer und ökonomischer Entwicklung integriert werden. Die "Investition in die Frauen" spiele bei Bevölkerungskonzepten die entscheidende Rolle, da sich gezeigt habe, daß Bildung, Einkommen und Gesundheitsversorgung für Frauen ein wirksamer Weg zur Senkung der Geburtenrate sei. (I. Schneider, iz3w Nr. 198, 1994) Oder kurzgefaßt: "Wenn Frauen mehr Kontrolle über ihr Leben haben, bekommen sie weniger Kinder."

Dieser reformistische Ansatz hat zu einer heftigen Auseinandersetzung um die "Feminisierbarkeit der Bevölkerungspolitik" innerhalb der Frauenorganisationen geführt. Ausgangspunkt dieser Kontroverse war die Erklärung "women's voices 94", die von über hundert Organisationen (auch gemischt-geschlechtlichen) unterzeichnet wurde. In dieser Erklärung setzen sich Frauenorganisationen aus der "Ersten" und "Dritten" Welt für eine grundsätzliche Reform der Bevölkerungspolitik ein. Ausgehend von der Forderung, daß Frauen über Sexualität und Fortpflanzung selber entscheiden sollen, sprechen sie sich für eine Stärkung der Frauenrechte aus. Die Qualität der medizinischen Fürsorge für reproduktive Gesundheit soll Vorrang haben vor der Erfüllung von demographischen Plansolls. Der Aufruf beinhaltet unter anderem auch die Forderung nach einer vierfachen Erhöhung der finanziellen Ressourcen für bevölkerungspolitische Maßnahmen, von denen 20% der Frauengesundheitsbewegung zugesprochen werden sollen.

KritikerInnen lehnen den Ansatz des "women's voices" ab, da sie Bevölkerungspolitik für nicht reformierbar halten und nach wie vor strikt ablehnen. Von ihnen wird ein neuer effektiver Ansatz zur Lösung der Umweltkrise und zur Überwindung der Armut gefordert, der die Menschenrechte respektiert und auf einer reproduktiven Freiheit beruht. Die Verknüpfung des Rechtes der Frauen auf selbstbestimmte Fortpflanzung mit Bevölkerungspolitik wird kritisiert. Steht doch das Recht auf Selbstbestimmung im Gegensatz zu der Logik jeder Bevölkerungskontrollpolitik. Zudem wird aufgrund der gewünschten finanziellen Aufstockung der Bevölkerungspolitik befürchtet, daß Bevölkerungskontrollprojekte in der "Dritten" Welt zunehmen.

Die Besserstellung der Frauen ist nicht das eigentliche Ziel der Programme, sondern nur Mittel zum Zweck der Senkung der Geburtenrate. Die Frauenbefreiung droht somit für demographische Zwecke instrumentalisiert zu werden. Für viele Frauenorganisationen ist das Schlagwort des "womens empowerment" aber auch eine Eintrittskarte für die erneute Diskussion um die Situation der Frauen, und die Möglichkeit eigene Forderungen darzustellen. Sich an dieser Diskussion zu beteiligen wird neben strategisch-4taktischen Beweggründen sicher auch von der Hoffnung getragen, die Lebensbedingungen für Frauen in der Dritten Welt zu verbessern. Im Verlauf der Konferenz wurden diese Hoffnungen allerdings täglich weiter zunichte gemacht.

"Geklammerter" Aktionsplan

Auf der Bevölkerungskonferenz sollte nun der zuvor auf den Vorbereitungskonferenzen debattierte, 116 Seiten lange "Bevölkerungs-Aktionsplan" verabschiedet werden. Doch waren zu Beginn der Konferenz noch ca. ein Zehntel des Dokumentes "geklammert" und das heißt, diese Abschnitte sind strittig und müssen auf der Konferenz neu ausgehandelt werden. Bei diesem geklammerten Zehntel handelt es sich hauptsächlich um Abschnitte in denen von den reproduktiven Rechten der Frauen die Rede ist, also von dem Recht der Frauen über Sexualität und Fortpflanzung selbst zu entscheiden. Nicht konsensbereit sind in diesem Punkt vor allem der Vatikan und islamische Fundamentalisten.

Auf der neuntägigen Mammutkonferenz mit ca. 15.000 TeilnehmerInnen aus über 180 Ländern standen sich im wesentlichen drei Intressengruppen gegenüber. Die größte Rolle spielte nach wie vor die Bevölkerungslobby: Vertreter bevölkerungspolitischer Institutionen vom UN Bevölkerungsfonds bis zur Rockefeller-Stiftung, deren Ziel es war, mehr Geld für Familienplanungsprogramme durchzusetzen. Sie verlangten eine Vervierfachung der Mittel bis zum Jahr 2000 (C. Wichterich, FR 6.9.94). Die zweite Gruppe

bildeten die engagierten Frauenorganisationen, die sich für die Besserstellung der Frauen einsetzten und sich im Vorfeld der Konferenz mit der Bevölkerungslobby auf den gemeinsamen Aktionsplan einigten. Als dritte standem diesem Aktionsplan aber die Vertreter des Vatikans und islamische Fundamentalisten gegenüber.

Nicht konsensfähig waren alle Abschnitte in denen es um Verhütung und Abtreibung geht. Die Heiligen Hardliner kritisieren, daß Abtreibung und außerehelicher Geschlechtsverkehr in dem Aktionsplan nicht moralisch verurteilt würden. Es würde dadurch, daß die Forderung nach reproduktiver Gesundheit nicht auf Ehepaare eingeschränkt werde, sondern explizit auch Individuen zugestanden wird - also auch Unverheirateten, Lesben und Schwulen - die Sexualmoral sinken und der, wie es heißt, "Freizügigkeit" Vorschub geleistet.

Vertreter des islamisch fundamentalistischen Lagers sehen in den Konzepten des Weltbevölkerungsgipfels nicht nur die moralischen Grundlagen der Gesellschaft und im engeren Sinne der Familie als Keimzelle der Gesellschaft gefährdet, sondern bewerten die angestrebte Reduzierung der Bevölkerung als einen Angriff gegen die gesamte "islamische Welt". "Der Islam solle nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Bevölkerungskontrolle bekämpft werden", so die Befürchtung. (Fahmi Huweidi, nach taz 6.9.94 und WOZ 26.8.94)

Die Propaganda der Fundamentalisten im Vorfeld der Konferenz zeigte Wirkung. Die pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto kam als einzige Regierungschefin eines islamischen Staates persönlich nach Kairo. Libanon, Saudi-Arabien und Irak boykottierten die Konferenz. Die bangladeschische Regierungschefin Khaleda Zia und die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller hatten kurzfristig eine halbe Woche vor Beginn der Konferenz abgesagt.

Hüter der Weltmoral ...

Als angeblicher Hüter der Weltmoral hat sich der Vatikan wiedereinmal vehement gegen jegliche Verbesserung der Situation der Frauen ausgesprochen und hat die Konferenz fast über den gesamten Verlauf mit der Diskussion um Abtreibungsrecht und Familie als höchste Wertinstanz blockiert.

So sieht der Vatikan z.B. in der Forderung nach mehr sozialer Mitverantwortung der Männer die Familie gefährdet. Frauen hätten eine andere Berufung in der Gesellschaft, komplementär aber gleichwertig zum Manne. Mutterschaft als einziges Privileg der Frau in der Ehe dürfe nicht abgewertet werden, so der Vatikan (I. Schneider, iz3w, Nr. 198, 1994)

Am zweiten Tag der Konferenz veröffentlichte der Vatikan ein Positionspapier, in dem er zwar anerkannte, daß Frauen "ernste Schwierigkeiten im Zusammenhang mit ihrer Schwangerschaft" haben könnten, denen sei mit "intensiverer und freier medizinischer Versorgung und mitfühlender Beratung" zu begegnen, aber auf keinen Fall sei eine Abtreibung (oder in den Worten des Vatikans "das Recht Leben zu verletzen") gerechtfertigt. (FR, 7.9.94)

Mit dieser Haltung zementieren die selbsternannten "Lebensschützer" und Glaubensbrüder nicht nur die unwürdigen, frauenverachtenden Lebensbedingungen und Machtverhältnisse, sondern nehmen auch den Tod von Frauen als Folge von "illegalen" Abtreibungen in Kauf.

50 bis 60 Millionen Abtreibungen gibt es jährlich. 200.000 Frauen sterben infolge von Schwangerschaftsabbrüchen, die in der Illegalität vorgenommen werden müssen. Weitere 500.000 Frauen überleben Schwangerschaften nicht, weil sie keine entsprechende Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können. (FR, 6.9.94) Nach einer in diesem Jahr erschienenen Studie kommen in den sechs katholischen Ländern Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, Peru und Dominikanische Republik auf zehn Geburten im Durchschnitt vier heimliche Schwangerschaftsabbrüche. (taz, 2.9.94)

Auch die viel zitierte und "heiligste Institution" Familie ist im traditionellen Sinn - auch zum Nachteil der Frauen - oft keine Realität. So nimmt die Zahl der alleinerziehenden Frauen und auch die der Alleinernährerinnen von "Familien" zu. Die Männer/Väter verlassen die Familien, häufig um mit einer anderen Frau zu leben, aber auch weil sie der gesellschaftlichen Anforderung Ernährer der Familie zu sein, nicht gerecht werden konnten.

... verhindert Debatte

um reale Probleme

Die Polarisierungspolitik des Vatikans hat wie auch schon auf den Vorbereitungskonferenzen dazu geführt, daß viele andere Konfliktfelder überdeckt wurden und nicht zur Sprache kamen. Vertreter der parallel stattfindenden NGO-Konferenz (NGO: nongovermental organisations) hofften bis zum Schluß, Themen wie Entwicklung, Armut, ungerechte Weltwirtschaftsordnung oder Migration noch einbringen zu können. Doch diese Hintergründe kamen nur am Rande vor. So steht zwar in dem zum Schluß doch verabschiedeten, für die einzelnen Länder aber unverbindlichem Aktionsplan, daß die Konferenz den "exzessiven Konsum und die verschwenderische Produktion" im Norden rügt, aber konkrete Handlungsvorschläge oder Richtlinien zum "Ende der Verschwendung" wurden weder diskutiert noch festgeschrieben. Immerhin beanspruchen die 22% der Weltbevölkerung, die im Norden leben, etwa 70% des gesamten Energieverbrauchs, 85% des geschlagenen Nutzholzes und 60% aller geernteten Nahrungsmittel. (Politische Ökologie, Nr. 138, 1994)

Auch um die reale Situation der Frauen und um die Hintergründe der wachsenden Geburtenrate ging es nicht. Dabei herrscht durchaus eine Wechselbeziehung zwischen Armut und Kinderzahl. Nach wie vor stellen Kinder in vielen Regionen eine alltägliche Unterstützung beim Erwerb des Lebensunterhaltes und eine Alters- und Krankheitsversorgung für die Eltern und speziell für die Mütter dar. Es gibt eben diese freie Entscheidung der Frauen über die gewünschte Kinderzahl oft nicht. Hier stehen aber nicht nur wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, sondern auch die Rolle der Frau in der patriarchalen Gesellschaft. Oft können sich Frauen, wenn sie sich weniger Kinder wünschen, nicht den Kinderwünschen des Mannes entziehen. Viele Männer verbieten ihren Frauen zu verhüten, weil sie so glauben, eine Kontrolle darüber zu haben, daß die Frauen nicht untreu werden. Ein anderer Aspekt ist, daß für viele Frauen eine ansehnliche Kinderzahl die (einzige) wichtigste Quelle des gesellschaftlichen Status ist. Zum anderen hoffen Frauen über die Geburt weiterer Kinder den Mann an sich und die Familie binden zu können, um so dem Schiksal der Alleinerziehenden zu entgehen.

Verletzung der

reproduktiven Rechte

Auch um die Hintergründe der angeblich freien Wahl der Verhütungsmittel ging es nicht - auch oder weil, das Schlagwort "reproduktive Rechte" die gesamte Konferenz beherrschte.

In der Realität bedeutet die Wahlfreiheit zumindest für weiße, nicht behinderte Frauen der nördlichen Hemisphäre, daß sie entscheiden können, ob sie überhaupt verhüten wollen und wenn ja welche Methode sie wählen, ob z.B. Pille, Spirale, Diaphragma, Temperaturmethode, oder ob der Sexualpartner Kondome benutzt. (Auch hier sind die Entscheidungen natürlich nicht unabhängig von patriarchalen und gesellschaftlichen Strukturen.)

In den Ländern, in denen eine Verringerung der Geburtenrate propagiert wird, erleben viele Frauen aber ständig die Verletzung ihrer reproduktiven Rechte. In der Realität besteht für sie nach wie vor kaum eine Wahlmöglichkeit, der stehen Ärzte, Pharmavertreter und die Regierungsprogramme entgegen. Neben Zwangsmaßnahmen werden sie häufig mit Geldprämien, Versprechungen und materiellen Anreizen (z.B. neuer Kleidung) zur Anwendung von Verhütungsmaßnahmen gebracht über die sie zuvor nicht oder mangelhaft informiert wurden. Z.B. werden Frauen mit Geldprämien, die ein glückliches Leben nach dem Eingriff ermöglichen sollen, zu einer Sterilisation überredet, ohne zuvor über die Endgültigkeit des Eingriffs informiert zu werden. Auch die Vermittler von "sterilisierungswilligen" Frauen erhalten Prämien aus den staatlichen Familienplanungsprogrammen.

Andere Verhütungsmethoden, die in den Ländern der sogenannten Dritten Welt eingesetzt werden, sind unter anderem Norplant und die noch in Erprobung befindliche Anti-Schwangerschafts-Impfung. In beiden Fällen handelt es sich um Langzeitmethoden. Norplant hat eine Wirkungsdauer von fünf Jahren, die Anti-Schwangerschafts-Impfung nach offiziellen Angaben eine von einem Jahr. Es wird aber befürchtet, daß in einigen Fällen eine lebenslange Sterilität die Folge ist. (J. Richter, Forum Wissenschaft 2, 1993) Durch diese Hormonpräparate werden z.T. erhebliche "Nebenwirkungen" verursacht. Es handelt sich weiterhin um Verfahren, die nicht selbstbestimmt von den Anwenderinnen abgesetzt werden können. Norplant, ein Hormonimplantat, das in den Oberarm der Frauen eingesetzt wird, kann nur von Ärzten wieder entfernt werden. Häufig wurde berichtet, daß sich die Ärzte trotz erheblicher gesundheitlicher Beschwerden und Nebenwirkungen weigerten, das Implantat wieder zu entfernen.

Einen weiteren Zwang üben die sogenannten integrierten Programme aus, bei denen Entwicklungshilfe an Bevölkerungskontollprogramme gekoppelt ist. Als Beispiel sei hier genannt, daß einer Dorfgemeinschaft ein Brunnen versprochen wird unter der Prämisse, daß eine bestimmte Sterilisierungsquote der Frauen des Dorfes erreicht wird.

Besonders deutlich wird diese Unfreiheit der Wahl vergleicht man die prozentualen Häufigkeiten der verwendeten Verhütungsmethoden der Entwicklungsländer mit denen der Industrieländer. Eine UN-Studie belegt, daß die häufigste Verhütungsmethode in den Entwicklungsländern die Sterilisation mit über 45% ist, gefolgt von der Verwendung der Intrauterin Pessare (IUD; z.B. Kupfer-T-Spiralen, mit Hormonen gefüllte Pessare) mit 23,1%, während die in den Industrieländern am häufigsten verwendete "natürliche" Verhütungsmethode (mit 30,5%) in den Entwicklungsländern kaum eine Rolle spielt (8,5%). (ASW-Informationen)

In Indien ist die Sterilisation sogar mit 90% die gängigste aller angewandten Methoden (taz, 8.9.94) Wiederum 90% dieser Sterilisationen werden an Frauen vorgenommen, obwohl die Vasektomie (Sterilisation von Männern) einfacher vorgenommen werden kann und zudem ungefährlicher ist.

Ein anderer Aspekt der "Freiwilligkeit" ist, daß z.B. in Brasilien für Frauen die vorgelegte Sterilisationsbescheinigung oft Voraussetzung zum Erhalt eines Arbeitsplatzes ist. (BUKO Pharma-Brief 7/91)

Alles wie gehabt

Der verabschiedete Aktionsplan soll mit einer Finanzierung von insgesamt 25 Milliarden DM bis zum Jahr 2015 durchgeführt werden. Die Länder des Nordens sagten eine Finanzierung von einem Drittel des Finanzvolumens zu, gaben aber gleichzeitig bekannt, daß sie "gezwungen seien" diese Gelder aus anderen Bereichen der allgemeinen Entwicklungshilfe zu entnehmen. Die forcierte Bevölkerungskontrollpolitik wird also auf Kosten anderer Entwicklungsprojekte durchgeführt werden. Von einem Aktionsplan für Entwicklungsmaßnahmen, besonders zur Besserstellung der Frauen, kann nicht mehr die Rede sein, betrachtet man die Aufteilung der Finanzen.

Für die während der Konferenz so eindringlich geforderte Bildung von Frauen wurde gar kein Geld eingeplant, für die "reproduktive Gesundheit" nur ca. ein Viertel des Geldes. Damit bedeutet Bevölkerungspolitik nach wie vor, ob als Familienplanung oder mit welchen Worten auch immer beschrieben: Verhütungsmittel. Die Frauen werden weiterhin Objekte der Bevölkerungspolitik sein, reduziert auf ihre Gebärmutter und ihre Fruchtbarkeit, die mit allen Mitteln zerstört werden soll.

at.

"Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um Epidemien zu vermeiden, stellt der Antischwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muß." David Griffin, Direktor des Sonderprogramms der WHO zur menschlichen Reproduktion (WHO-HRP), 1987

8. Altlast. Kommentar zum Auftreten von Charlotte Höhn auf der Weltbevölkerungskonferenz

Autor: Ludger Weß · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:47

Charlotte Höhn, die Leiterin des Wiesbadener Bundesinstitus für Bevölkerungsforschung, hat Schlagzeilen gemacht. In einem Interview zur Bevölkerungspolitik, das die taz Anfang September veröffentlichte, hatte sie "Denkverbote" beklagt. Zur Erläuterung führte sie an, man dürfe heute nicht mehr sagen, daß die "durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner" niedriger sei als die anderer Völker. Auch sei es nicht erstrebenswert, daß sich Erbkranke vermehrten. In ihrer Stellungnahme hat sie nochmal nachgelegt und "Toleranz und Freiheit des Denkens" für solche Äußerungen eingeklagt. Die FAZ titelte passend: "Für manche Rassismus, für andere Wissenschaft."

So ist das heute: Nach den revisionistischen Thesen der Historiker werden jetzt auch rassistische Theorien über Ungleichheit und Wertigkeit von Menschen wieder salonfähig. Frau Höhn mag jetzt auch noch so viel klagen über Mißverständnisse, Unterstellungen und Verdrehungen und noch so oft auf ihre saubere Publikationsliste verweisen: Ihre Äußerungen sind deutlich genug und ihr Verhalten auch. Zu lange hat sie sich in ihrem Institut, auf Kongressen und Mitgliederversammlungen ihrer Fachgesellschaft mit ausgewiesenen Rassisten, Ewiggestrigen und Schreibtischtätern des Dritten Reichs an einen Tisch gesetzt, mit ihnen diskutiert und publiziert.

Die fehlende Abgrenzung hat Tradition. Die Bevölkerungswissenschaft wurde in der Bundesrepublik von Experten aufgebaut, die fast alle als Schreibtischtäter des NS-Regimes schwer belastet waren. Sie gründeten in den fünfziger Jahren die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, deren zweite Vorsitzende Charlotte Höhn ist, und aus ihren Reihen kamen die ersten beamteten Statistiker und Volkszähler der Bundesrepublik.

Dieses Netzwerk von Sozialtechnikern der Nazidiktatur beriet seit den fünfziger Jahren alle Bundesregierungen über Flüchtlingsfragen ebenso wie über die Vermehrung von "Asozialen" und "Zigeunern", schrieb an Familien- und Bildungsberichten mit und kungelte Berufungen aus. Die Gründung des jetzt von Höhn geleiteten Bundesinstituts im Jahre 1973 war ihr größter Erfolg, denn seitdem konnte höchst offiziell über die "Probleme des nationalen Geburtenrückgangs" und die "Wanderungen" von Ausländern geforscht und Gegenmaßnahmen entwickelt werden.

Der Rat der altgedienten Experten war dabei auch weiterhin gewünscht: Sie gaben im Kuratorium den Ton an, berieten das Institut und sorgten für den rechten Direktor - z.B. den Kieler Anthropologen Hans Wilhelm Jürgens, der das Institut von 1973 bis 1979 leitete. Jürgens empfahl sich durch seine Habilation über die Biologie der Asozialen und machte mit Modellen zur Ausgliederung von Ausländern und zur Ankurbelung der deutschen Geburtenziffern über beamtete Berufsmütter Schlagzeilen.

Wenn - wie es inzwischen Politiker von CDU, FDP und SPD fordern - Charlotte Höhn jetzt abgesetzt und das Institut aufgelöst wird, ist das sicher zu begrüßen. Es wäre ein deutliches Signal an alle, die über "Denkverbote" klagen und damit die Aufwertung nationalistischen und rassistischen Gedankenguts meinen. Dennoch wird es weiterhin Politikberatung durch Bevölkerungswissenschaftler geben. Solange keine gründliche Auseinandersetzung mit der deutschen Bevölkerungswissenschaft stattgefunden hat, wird sich weder an den Themen noch an den Lösungsvorschlägen viel ändern.

9. Polizeilicher Rassismus in Hamburg: Skandalmanagement statt Aufklärung

Autor: Ein Genosse der anti-rep-Kommission · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:48

Ein Paukenschlag bildet den Höhepunkt des Hamburger Polizeiskandals: Wegen systematischer rassistischer Mißhandlungen durch Hamburger Polizisten tritt Innensenator Hackmann (SPD) zurück. Der am meisten umstrittene "Einsatzzug Mitte 1" wird aufgelöst. - So weit, so gut. Doch vieles weist darauf hin, daß Senats- und Polizeispitze die Weichen längst wieder auf Vertuschung gestellt haben. Die von dem Hauptverantwortlichen für die Verdunklung von Polizeiaffären, Staatsrat Dirk Reimers, eingeleitete Suspendierung von 27 Polizisten könnte sich als "katastrophaler Rohrkrepierer" (Hafenstraßenanwalt Jens Waßmann) erweisen.

Nur wenige Tage zuvor hatte Reimers, der als "graue Eminenz" der Innenbehörde galt, eine Suspendierung von zwei rassistischen Schlägern in Uniform (siehe Kasten) als disziplinarrechtlich völlig unmöglich bezeichnet. Die Suspendierung fast aller Mitglieder einer ganzen Einheit und die Ankündigung ihrer straf- und disziplinarrechtlichen Verfolgung, wo nur wenige auf einzelne namentlich bekannte Beamte bezogene Vorwürfe vorliegen, sei "ohne konkrete Beweise ganz sicher zum Scheitern verurteilt", so Rechtsanwalt Manfred Getzmann: "Das ist eine riesige Vertuschungs-Arie, die verhindern soll, daß jemals wieder ein Polizist auspackt." (Mopo, 17.9.)

Zusammen mit der Senatsumbildung - Hackmann tritt zurück und ist aus dem Spiel, Staatsrat Reimers wirft noch eine Blendgranate und wechselt dann ehrenhaft ins ruhige Finanzressort, ein öffentlich kaum bekannter Finanz-Staatsrat wird zum neuen Innensenator ernannt - könnte die Suspendierung sich als optimaler Schachzug erweisen:

- Der polizeikritischen Öffentlichkeit wird der Eindruck vermittelt, daß endlich etwas passiert,

- die diversen Polizeigewerkschaften und -verbände sowie die CDU haben Gelegenheit, empört aufzujaulen und von Sippenhaft zu sprechen,

- die öffentliche Debatte wendet sich von den polizeilichen Mißhandlungen und deren Opfern ab und konzentriert sich auf die Frage, ob vielleicht den Tätern Unrecht geschieht,

- weil (als Täter oder als Mitwisser) jeder Beamte Dreck am Stecken hat, wird durch die Maßnahme zuverlässig verhindert, daß einer aus dem gemeinsamen Schweigen ausbricht.

Was zu einer ernsthaften Aufklärung des Rassismus in der Polizei dagegen fehlt, ist eine Veröffentlichung aller bekannten Vorwürfe durch den Senat. Was fehlt, ist ein öffentlicher Aufruf an die Opfer rassistischer Prügelbullen, Anzeige zu erstatten - verbunden mit einer Garantie der politisch Verantwortlichen, daß die Betroffenen vor Schikanen der Behördenmafia, konstruierten Anklagen etc. geschützt werden.

Anstatt unabhängige Polizeiexperten zu den Untersuchungen hinzuzuziehen, wurde die polizeiinterne Ermittlungsgruppe PS 3 mit den Ermittlungen betraut. PS 3, die "Abteilung zur Aufklärung von Beamtendelikten", hat sich in der Vergangenheit als Instrument zur Zentralisierung und Kanalisierung von Informationen zum Zwecke der Vertuschung erwiesen. Das Beispiel Dialle D. (s. Kasten) zeigt, wie weit diese unter der direkten Leitung von Reimers stehende Truppe zu gehen bereit war: Zeugen wurden eingeschüchtert und sollten (mit den Mitteln des "Rechtsstaates") beiseite geschafft werden.

In enger Kooperation mit den zuständigen Staatsanwälten wurden so beispielsweise alle 130 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten des berüchtigten Reviers Lerchenstraße in der Vergangenheit eingestellt. Daß Justizsenator Haardraht diese Staatsanwälte am 14.9. abgelöst hat, kann als Eingeständnis der Kumpanei gewertet werden. Die Einsetzung von "Sonderermittlern" gibt aber nur wenig Hoffnung: Schon mehrfach war auf massive öffentliche Kritik hin die Wiederaufnahme von Ermittlungen versprochen worden, ohne daß beschuldigte Polizisten bisher tatsächlich zur Rechenschaft gezogen wurden.

Das Ergebnis gegen den Einsatzzug Mitte jedenfalls ist jetzt schon vorherzusehen: Die Ermittlungen werden - zumindest in ihrer großen Mehrzahl - eingestellt und die Beschuldigten "müssen" wieder eingesetzt werden.

Eine der übelsten Sondereinheiten der Hamburger Polizei kann damit auf ihre weitgehende öffentliche Rehabilitierung hoffen. Die Verantwortlichen in der Polizeiführung - Landespolizeidirektor Krabben und Direktion-Mitte-Chef Peters - haben kaum etwas zu befürchten.

Vor allem aber sind damit polizeilichen Strukturen aus der Schußlinie, die das ungehemmte Ausleben von Rassismus erst möglich machen. Die Forderung nach Auflösung aller polizeilichen Sondereinheiten braucht so gar nicht mehr diskutiert zu werden.

Korpsgeist und Sondereinheiten

Das "unselige Korps-Denken", das Hackmann nun beklagte, hat er selbst zu verantworten - und eine lange Reihe sozialdemokratischer Innensenatoren: Schmidt, Staak, Pawelczyk, Lange, um nur einige zu nennen, vor ihm. Seit den 70er Jahren wurden in Hamburg polizeiliche Sondereinheiten aufgestellt. Neben dem Mobilen Einsatzkommando (MEK) waren das die "Einsatzzüge" für jede Polizeidirektion. Sie wurden bei Demonstrationen, Razzien, Verkehrskontrollen und sonstigen Großlagen zusammengetrommelt.

Der letzte "große" Hamburger Polizeiskandal war der Hamburger Kessel, in dem 860 Anti-AKW-Demonstranten rechtswidrig und unter menschenunwürdigen Umständen 16 Stunden lang von Polizeiketten festgehalten worden waren. Am Abend des Kessels, am 4. Juni 1986, fielen Beamte des Einsatzzuges Mitte über einen Taxikonvoi her und schlugen die Autos kaputt. Sie wurden nie richtig zur Verantwortung gezogen. Hackmann, seit 1988 Innensenator, ging noch weiter: Nachdem ein Gericht die Rechtswidrigkeit des Kessels festgestellt und vier führende Polizeioffiziere verurteilt hatte, sprach ihnen Hackmann sein "volles Vertrauen" aus. Der damalige Chef der Polizeidirektion Mitte, Heinz Krabben, wurde demonstrativ zum Landespolizeidirektor befördert. Klaus Rürup wurde Chef der Polizeidirektion Ost. Beide sind noch heute auf ihren Posten. Ein Videofilm über den Kessel wurde von der Polizeiführung an der Landespolizeischule als polizeitaktischer Lehrfilm eingesetzt. (taz, 14.9. und HA, 17.9.)

Nach dem Kessel wurde im März 87 ein "neues Konzept gegen gewalttätige Demonstranten" vorgestellt. Die Einsatzzüge wurden verstärkt und als feste Eliteeinheiten gemeinsame ausgebildet und eingesetzt. Durch eine Vielzahl besonders brutaler Prügeleinsätze machten sie bald auf sich aufmerksam. (Eine Broschüre des "Arbeitskreises gegen Staatsgewalt" dokumentiert eine Vielzahl von Einzelfällen; s. Anm.) Schon früh wurden Übergriffe auf Ausländer bekannt. Seit 1990 weiß man durch den Bericht eines ehemaligen Angehörigen des Einsatzzugs Mitte von den rechtsextremen Tendenzen in der Einheit. Der damalige Zugführer Spaude beispielsweise sah seinen Namen gern mit SS-Runen geschrieben.

Im November 1988 wurden in den "sozialen Brennpunktgebieten" St. Georg (Drogen), St. Pauli (Hafenstraße), Schanzenviertel (Flora) und Altona/Ottensen (Punks) sogenannte E-Schichten bei den Polizeirevieren eingerichtet. Auch sie taten sich immer wieder durch Prügeleinsätze und durch Mißhandlungen auf den Wachen hervor. Jedes Mal verteidigte Senator Hackmann die E-Schichten - auch noch, nachdem amnesty international aufmerksam geworden war und die Vorwürfe "schwerer Mißhandlungen" im Revier Lerchenstraße anhand zweier Fälle detailliert belegte. Amnesty beklagte besonders, daß die ausbleibende Strafverfolgung durch die Behörde "andere Polizeibeamte in dem Glauben (lasse), sie könnten ähnliche Handlungen begehen, ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen". Das trifft den Kern: Das Selbstverständnis als Eliteeinheit und die unbedingte Deckung von oben vermittelt den Polizeitrupps das Gefühl, außerhalb eines rechtlichen Rahmens agieren zu können.

Mit Hackmanns Vorreiterrolle in der Asylrechts-Hetzkampagne und mit seiner menschenverachtenden Abschiebepolitik konnten sich die rassistischen Schläger auch inhaltlich von ihrem obersten Dienstherrn bestätigt fühlen. Als die E-Schichten nach jahrelangen Protesten im April 94 schließlich aufgelöst wurden, geschah das dann auch ohne jede politische Begründung. Im Gegenteil: Hackmann lobte nochmal ausdrücklich die Arbeit der Truppen.

Was steckt wirklich hinter dem Hackmann-Rücktritt?

Es ist immerhin möglich, daß der Innensenator aufgab, weil er seinen Apparat seit Jahren nicht aus den Schlagzeilen bekam und immer wieder braune Flecken auf seiner rechtssozialdemokratischen Law-and-Order-Politik sichtbar wurden. Aus Behördenkreisen wird kolportiert, daß Meinungsverschiedenheiten mit Staatsrat Reimers, bis dahin Hackmanns rechte Hand, den Ausschlag für den Rücktritt gegeben hätten. So

richtig plausibel wäre das aber nur dann, wenn Hackmann erpreßbar wäre, wenn Reimers und/oder die Polizeispitze ihn in der Hand hätten. Weit eher könnte sein plötzlicher Rückzug ein Indiz dafür sein, daß mehr hinter dem Skandal steckt, als bisher öffentlich bekannt geworden ist.

Erinnerungen an Bad Kleinen liegen nahe. Sukzessive kamen dort immer mehr Details ans Tageslicht, die den Verdacht des Mordes an Wolfgang Grams stützten. Bundesinnenminister Seiters hatte sich durch seinen zunächst ganz unvermittelt wirkenden Rücktritt rechtzeitig aus der Schußlinie gebracht. Gibt es Parallelen zum Hackmann-Rücktritt? Welche Leichen liegen in dessen Keller?

Vielleicht spielt eine bestimmte Passage in dem Bericht eine Rolle, der Hackmanns Rücktritt ausgelöst haben soll (siehe nebenstehenden Faksimile-Abdruck). Über einen Angehörigen des Einsatzzuges Mitte I, der sich für die Abteilung Staatsschutz des LKA, Bereich Rechtsextremismus beworben hatte und dort auch tatsächlich unangefochten bis Mitte September Dienst tat, heißt es: Der Beamte habe "ebenfalls geäußert, daß er Kontakt zu rechten Personen hat. Wörtlich sagte er ‚Wenn ich beim LKA 3 bin, kann ich in Ruhe mit meinen Freunden ein Bier trinken und bekomme noch Geld dafür.`"

Der Zusammenhang weist eindeutig darauf hin, daß es sich nicht um private, sondern um politische Freunde handelt, die sich dort beim Bier versammeln. Der Mann, der beim Einsatzzug Mitte I als Vorgesetzter tätig war, soll Presseberichten zufolge (Bild und FR, 14.9.; in dem polizeiinternen Bericht wird ein anderer Einsatzzug-Bulle als - weiterer? - WSGler genannt) Mitglied einer rechtsextremen Wehrsportgruppe sein und an entsprechenden Übungen teilgenommen haben. Hatte Hackmann Angst, daß jemand diese Hinweise verfolgt und womöglich die Rechtsextremismus-Abteilung des LKA fest in der Hand von NS-Sympathisanten findet?

Jedenfalls würde das eine schlüssige Erklärung für die auffällige Schonung liefern, die bundesweit bekannte Drahtzieher der neofaschistischen Szene wie Christian Worch oder Jürgen Rieger in Hamburg seit langem genießen.

Apropos Wehrsportgruppen: Werden dort eigentlich die Praktiken gelehrt, die in den nebenstehenden Berichten über Hamburger Polizeieinsätze so herausstechen? Oliver Neß wurde von zwei Polizisten festgehalten, während ein dritter ihm mit präzisen Bewegungen eine doppelten Bänderriß beibrachte. Victor P. wurde so auf die Straße gestoßen, daß ein Meniskus abriß. Menschen gezielt schwere und langanhaltende körperliche Schäden zuzufügen, um sie zu "bestrafen" und sie und andere einzuschüchtern, gehört zu den finstersten Praktiken von Polizeistaaten wie auch von faschistischen Banden und Mafia-Organisationen. Dies quasi unter den Augen der Öffentlichkeit zu tun, ohne daß die Absicht allzu offensichtlich wird, erfordert eine sorgfältige Auswahl der eingesetzten Techniken. Wo haben die betreffenden Polizeibeamten diese Methoden gelernt und trainiert?

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Anmerkung:

Über die Hamburger Polizei in den Jahren 1987-91 finden sich detaillierte Informationen in der Broschüre "Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel". Der zitierte amnesty-Bericht "Mißhandlungen in Hamburger Polizeigewahrsam" erschien unter AI-Index 23/01/94 German. Erst im August fand erneut eine dreiwöchige Untersuchungsreise eines Amnesty-Vertreters aus London statt, die polizeilichen Mißhandlungen - vor allem gegen Ausländer - galt. Stationen waren Berlin, Magdeburg und Hamburg. Ein Bericht darüber ist angekündigt.

Hamburger Polizei 94

Neuer Pferdemarkt, 15.1.94: In der Nähe des berüchtigten Reviers Lerchenstraße zerren zwei alkoholisierte Polizisten den Senegalesen Dialle D. in einen Baucontainer und schlagen ihn zusammen, weil der eine Mütze mit dem Spruch "Gebt Nazis keine Chance" trägt. Obwohl sie angeblich nicht im Dienst waren, treten sie gegenüber einer Zeugin als Polizisten auf.

Als Dialle D. Anzeige erstattet, wird er von der Dienststelle PS 3 vernommen. Die Beamten ziehen seinen Paß und seine Aufenthaltsgenehmigung ein. Da er ohne Papiere nicht mehr reisen darf, verliert er seinen Job. Damit nicht genug: Am 25. Januar kommen PS 3 und Ausländerbehörde überein, die "erneute Prüfung des Status" von D. einzuleiten. Offenbar auf massiven Druck von PS 3 hin wird seine Aufenthaltsgenehmigung

nicht verlängert; am 11. April teilt ihm die Ausländerbehörde mit, er werde ausgewiesen. Nur weil sein Anwalt Beschwerde beim Verwaltungsgericht einlegt, kann er sich derzeit noch in der BRD aufhalten.

Die Staatsanwaltschaft erläßt in aller Stille einen Strafbefehl gegen die beiden Schläger. Durch die Zahlung eine Geldstrafe von 5850 Mark entgehen sie einer öffentlichen Gerichtsverhandlung. Hinweise in der Akte auf "Körperverletzung im Amt" (Mindeststrafe drei Monate) bleiben unbeachtet. Als Dialle D.s Anwalt nach sieben Monaten endlich Akteneinsicht erhält, sind die Strafbefehle bereits rechtskräftig - juristisch ist die Sache gelaufen.

Erst nach dem taz-Bericht werden die beiden Polizisten versetzt. Hackmann behauptet am 9.9., er habe von dem Vorgang im Mai Kenntnis bekommen, damals sei er ihm aber "durch die Lappen gegangen". Einige Tage darauf stellt sich heraus, daß die Innenbehörde und die Polizeispitze bereits am Morgen nach den Mißhandlungen von dem Fall erfahren hatten. (HA, 17.9.)

Marktstraße, 22.3.94: Nach einer Rangelei im Karolinenviertel, bei der Streifenbeamte auch einen "Warnschuß" abgegeben hatten, wird ein festgenommener bosnischer Jugendlicher auf die Revierwache 16 (Lerchenstraße) gebracht. "In der Wache, so der Jugendliche, sei er mit den Worten begrüßt worden: ‚Schlagt ihn, aber paßt auf, daß kein Blut fließt.` Ein Beamter habe ihm sodann die Finger in die Augen gedrückt." (taz, 24.3.94)

Gänsemarkt, 30.5.94: Bei einer Kundgebung des österreichischen Salonfaschisten Haider geht der Einsatzzug Mitte mit größter Brutalität gegen protestierende Antifaschisten vor. Insbesondere der ARD-Fernsehjournalist Oliver Neß wird von mehreren Beamten zu Boden geworfen, festgehalten und geschlagen. Zugführer Dommel hatte Neß zuvor bedroht. Er versucht auch, durch Chemical Mace-Einsatz die folgende Szene abzuschirmen: "Jemand zog mir den Schuh aus und hat den Fuß nach rechts gedreht, bis es geknackt hat. Dann hat er nochmal nach links gedreht, bis es nochmal knackte." (HA, 4.6.)

Schanzenpark, 1.6.94: Bei einer Razzia werden drei Afrikaner von Angehörigen des Einsatzzuges Mitte als "Negersäue" bezeichnet, willkürlich festgenommen und mißhandelt. Einsatzleiter Dieter Dommel läßt einen zweifelsfrei Unschuldigen sechs Stunden lang festhalten. Ein Polizeisprecher rechtfertigt die Ingewahrsamnahme: "Sie dient der Verunsicherung der Szene - vier bis sechs Stunden sind erlaubt." Und als die Presse über den Fall berichtet, läßt Hackmann erklären: "Das ist eine gezielte Kampagne gegen eine effizient arbeitende Polizeitruppe." Nach taz-Informationen (15.9.) gaben sich schon zu diesem Zeitpunkt einige Beamte der Einheit offen als Sympathisanten der DVU zu erkennen und warben innerhalb der Polizei für diese Partei.

Kirchenallee, Revierwache 11: Auf Senator Hackmanns Geheiß macht die Polizei und insbesondere deren Einsatzzug Mitte in der Bahnhofsgegend Jagd auf Kleindealer. Damit geraten alle Schwarzafrikaner ins Visier. "Immer wieder sollen Zivilpolizisten der St. Georg-Wache wahllos Farbige festnehmen. Sie müssen sich im Keller ausziehen, werden mit rassistischen Sprüchen provoziert. Viele flippen aus, brüllen zurück oder werden handgreiflich. Für die Beamten bedeutet dies: Der Verdächtige leistet Widerstand. Aus ‚Notwehr` schlagen die Beamten zu, oft mit drei Mann. Anzeigen erstatten die Farbigen fast nie. Denn sie wissen: Wer Ärger macht, landet wieder im Prügel-Keller." (Bild, 14.9.) Das Blatt zitiert einen "St. Georg-Kenner": "Jeden zweiten Tag hält ein Rettungswagen vor der Wache. Dann tragen Sanitäter einen Farbigen heraus - oft bewußtlos, Platzwunden, blutüberströmt."

St. Pauli, 30.7.94: Der Schwarzafrikaner Comlavi B. wird von zwei Zivilfahndern angehalten und festgenommen. In Handschellen wird er "wie ein Stück Vieh" die Straße entlang bis zur Davidwache getrieben und dort in eine Kellerzelle verfrachtet. Als er sich beschwert und fragt, was er denn getan habe, pöbeln ihn die Bullen an: "Du Afrikaner, was willst du hier" und "Halt die Schnauze, wir stellen hier die Fragen". Dann schlagen die Zivilfahnder Comlavi B. mehrfach mit der Faust ins Gesicht, die Hose wird ihm heruntergerissen.

Da ihm tatsächlich absolut nichts vorzuwerfen ist, erhält er einige Zeit später seine Kleidung zurück. "Du wirst jetzt nach Hause gehen. Was hier unten passiert ist, wirst du draußen niemandem erzählen." Trotz der polizeilichen Drohungen erstattete Comlavi B. Strafanzeige. (nach taz, 6.8.)

Hansaplatz, 16.8.94: Vier zivile und zwei uniformierte Polizisten stürzen sich von hinten auf Viktor P., der vor einem Lokal im Stadtteil St. Georg steht. Sie legen ihm Handschellen an und stoßen ihn so brutal auf den

Asphalt, daß der Meniskus an seinem rechten Knie abreißt. Der Arzt attestiert ihm neben Prellungen an Hals, Armen und Oberschenkeln einen Kreuzband- und Innenbandriß. Die Polizisten schleifen ihn zur Wache 11 (Kirchenallee), wo er sich erst einmal nackt ausziehen muß. (Einem N3-Bericht vom 15.9. zufolge ist letzteres inzwischen auf allen Hamburger Polizeiwachen üblich - wenn die Festgenommenen Ausländer sind!)

Schnell stellt sich heraus, daß Victor P. Opfer einer Verwechslung wurde. Als er Anzeige erstattet und an die Öffentlichkeit geht, erklärt ein Polizeisprecher, der Mann sei keineswegs zusammengeschlagen worden. Er sei lediglich auf die Knie gestürzt, als er sich gewehrt habe, auf die Wache mitzukommen.

10. "Die Frauen haben keine Lobby." Interview mit Dr. Wahabir, Kurdistan

Interview mit Dr. Wahabir, Suleymania, Kurdistan April 1994

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Frauen; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:04

Dr. Wahabir arbeitet seit 1979 als Psychologin und Psychiaterin im Zentralkrankenhaus von Suleymania. Neben ihrer Arbeit im Krankenhaus hat sie verschiedene sozialpsychologische Analysen über die kurdische Gesellschaft veröffentlicht, sowie politische Bücher und Kurzgeschichten. Ihre letzte Studie über die Rolle der kämpfenden Frauen in der PKK sollte gedruckt werden, aber ging im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen ICP (Kommunistische Partei Iraks) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) 1993 verloren. Dr. Wahabir arbeitet außerdem als Journalistin für verschiedene linke Zeitungen. Zusammen mit unabhängigen Frauen und Frauen aus der Liga der Frauen Kurdistans (Komalla Afretan) gab sie eine Frauenzeitung heraus, dengi afretan ("Die Stimme der Frau"), die aber aus Geldmangel nach zwei Nummern eingestellt werden mußte.

Dr. Wahabir war bis 1970 Mitglied der ICP. Grund für ihren Austritt war, daß nach der Machtübernahme der Baath-Partei 1963 die Kommunisten auf den Befehl der Sowjetunion hin ab 1970 mit der Regierung kooperierten. Mit ihr zusammen trat eine große Gruppe KommunistInnen aus der Partei aus. Bis zu ihrer Rückkehr in den Irak 1979 lebte Dr. Wahabir in der UdSSR und England. Sie ist seit langem am Aufbau einer unabhängigen Frauenbewegung in Kurdistan aktiv beteiligt.

Das Interview führte Thomas Uwer, Mitarbeiter von WADI e.V., im April 1994 in Suleymania auf englisch. Übersetzung von WADI.

Thomas Uwer: Die Situation der Frauen in Kurdistan ist ausgesprochen schlecht. Frauenverbrennungen und Strafen wegen "moralischer Vergehen" scheinen durchaus üblich zu sein. Wie schätzen Sie den rechtlichen Hintergrund dieser Problematik ein?

Dr. Wahabir: Die rechtliche Situation der Frauen ist sehr schwierig. Ein großes Problem ist, daß in juristischen Fragen, die Frauen betreffen, das islamische Recht angewandt wird. Ich möchte das islamische Recht nicht pauschal verurteilen. Zur Zeit der Entstehung des Islams war dieses Recht von großer Bedeutung für Frauen. Vor dem Hintergrund einer feudalen Gesellschaft betrachtet, bedeutet es einen objektiven Fortschritt, wenn vormals gänzlich recht- und besitzlose Frauen plötzlich einen gewissen Schutz erfahren. Das reichte vom Schutz der Person bis zu Scheidungs- und Erbrechten. Vorher war Mord an Frauen durchaus üblich. Väter verbrannten ihre Töchter. Das ist aber kein Phänomen, das nur in der islamischen Welt geschehen ist.

Heute aber sind wir historisch über den Punkt hinaus, an dem das islamische Recht einen Vorteil für Frauen bedeutet, und daß es angewandt wird, bedeutet gerade im Irak eine Regression. Die Frauenbewegung war im Irak und also auch in Irakisch-Kurdistan, traditionell sehr stark und fand Unterstützung vor allem von der ICP. Auf einer bestimmten Ebene waren eine ganze Reihe von sozialen Rechten einmal im Irak verwirklicht. Das galt auch für Frauen.

Die kurdische Gesellschaft ist aber, vor allem in den ländlichen Gebieten, noch sehr stark feudal geprägt. Der Mord an Frauen ist - denke ich - hier zudem ein akutes gesellschaftliches Problem. Erst vor kurzem wurden zwei Mitglieder der Liga der Frauen Kurdistans (Komalla Afretan) ermordet ...

Das stimmt. Nach dem Aufstand begannen einige Gruppen damit, Frauen zu ermorden; vor allem die PUK und die Islamisten. Die Morde richteten sich gegen Frauen, die mit der früheren Regierung zusammengearbeitet haben, bzw. sich mit Baath-Mitgliedern eingelassen hatten. Diese Morde haben, jenseits dessen, daß man sie als unmenschlich verurteilen muß, eine ganze Reihe von Problemen aufgeworfen. Die meisten dieser Frauen waren Mütter, und ihre Kinder mußten mitansehen, wie diese neue Gesellschaft, die sich befreit hat, ihre Mütter ermordet. Was soll aus diesen Kindern werden?

Die Ursachen dafür, daß diese Frauen mit der früheren Regierung in dieser oder eben jener Weise, sagen wir, kooperiert haben, liegen auf einer gesellschaftlichen, ökonomischen Ebene. Die meisten dieser Frauen

standen im Abseits. Eine starke Regierung hätte nach dem Aufstand das Problem anders angehen müssen, aber dafür fehlte es auch an Mitteln. In Vietnam lief das anders; als die Amerikaner abzogen, hinterließen sie eine große Anzahl solcher Frauen, jede Menge Prostituierte und Bordelle. Hätte die vietnamesische Regierung die alle ermordet, hätten fünf Prozent der gesamten Bevölkerung sterben müssen. Das Problem aber liegt nicht bei einer moralischen Verfehlung der Frauen, sondern bei den Umständen, die sie dazu zwingen, so zu leben. Dort hat die Regierung also Rehabilitationszentren eingerichtet, in denen den Frauen geholfen wurde, wieder ein Leben innerhalb der Gesellschaft, als ganz normale, akzeptierte Bürgerinnen, zu führen.

Hier wollte man das Problem einfach beseitigen, ohne ein Konzept zu haben. Das liegt daran, daß in vielen Bereichen keine sozialen Konzepte existieren, sondern nur Machtstrukturen.

Es gab aber eine ganze Reihe Leute, die vor dem Aufstand kooperierten, kollaborierten. Djasch ("Esel") nennt man diese Leute, glaube ich. Für diese Leute gab es gleich nach dem Aufstand eine Amnestie - dennoch wurden die Frauen ermordet.

Ja, das waren nicht nur Djaschs. Um es zu verdeutlichen, nenne ich einfach mal ein Beispiel: In Suleymania gab es ein Geheimdienstzentrum, in dem auch eine ganze Reihe Kurden arbeiteten, als Aufseher und als Folterer. Nach dem Aufstand aber, als das Zentrum gestürmt war, hatte jeder von denen plötzlich immer schon gute Kontakte zu dieser oder jener Partei gehabt und viele sind Mitglieder dieser Parteien geworden. Diese Leute haben jetzt irgendwo einen Posten oder machen ihren gleichen Job weiter für eine der Parteien. Hast Du gehört, daß einer von denen gehängt wurde? Die Frauen hatten jedoch keine Lobby. Die gleichen miesen Umstände, die sie damals zu diesem Leben zwangen, bedingten also auch ihren Tod. Sie hatten keine Partei, keine Lobby, die sich hinter sie gestellt hat, was typisch ist. Deshalb kann man sagen, daß sie nicht gestorben sind, weil sie Folterer oder Kollaborateure gewesen wären, sondern sie sind gestorben, weil sie Frauen waren.

Gab es von Seiten der Regierung keine Versuche, diese Morde zu stoppen?

Wer sollte das in Kurdistan verhindern, selbst wenn man es wollte. Die Regierung setzt sich jeweils zur Hälfte aus zwei Parteien zusammen. Eine unabhängige Institution, die Recht auch durchsetzen könnte, gibt es nicht. Diese sogenannten moralischen Vergehen sind außerdem in jedem Fall ein gutes Instrument, Frauen aus verschiedensten Gründen zu unterdrücken.

Mit einer kleinen Bewegung haben wir versucht, diese Gesetze zugunsten der Frauen zu ändern. Eine Juristin hat in Zusammenarbeit mit uns eine Gesetzesänderung formuliert, die wir dem Parlament vorlegten. Der Entwurf wurde natürlich abgelehnt. Keine der großen Parteien wollte mit uns etwas zu tun haben. Sie sagten: "Wir haben unsere eigenen Frauenorganisationen." Damit haben sie ziemlich deutlich formuliert, was unser Problem hier ist.

Ein besonderes Phänomen stellen glaube ich die große Anzahl von Witwen aus der Anfal-Offensive dar. Viele von ihnen leben unter erbärmlichsten Bedingungen in den collectiv-towns, wo es kaum Arbeit gibt. Sie müssen ihre Familien ernähren und haben meistens weder die Chance zu arbeiten, noch die Chance eine Ausbildung zu machen.

Und es gibt das Gesetz, das ihnen verbietet wieder zu heiraten.

Warum?

Entsprechend des islamischen Rechts kann eine Frau nicht wieder heiraten, wenn ihr Mann vermißt ist (1), also wenn auch nur irgendeine Möglichkeit besteht, daß er zurückkehren könnte. Sie kann sich nicht scheiden lassen und also nicht heiraten. Männer können aber so oft heiraten, wie sie möchten.

Und dann gibt es da noch ein anderes Problem. Von ihren Feldern und Dörfern vertrieben, wurden diese Frauen in eine totale Abhängigkeit in diesen Sammelstädten gezwungen. Sie müssen, wie Du schon sagtest, unter schwersten Bedingungen oft alleine eine große Familie ernähren. Sie wurden schon von Saddam gezwungen, arbeitslos wie Parasiten zu leben. Ähnlich ist es übrigens mit den arabischen Flüchtlingen aus dem Irak (2). Während man den kurdischen Familien immer noch hilft, ihre Dörfer langsam wieder aufgebaut werden, gibt es für sie keinerlei Projekte, keinerlei Arbeit, keinerlei Kleinerwerb. Sie müssen schmuggeln, um zu überleben.

Das sind gesellschaftliche Probleme; Frauen müssen sich mit gesellschaftlichen Problemen befassen und sich nicht vorschreiben lassen, was Frauenfragen sind.

Sind das nicht die Folgen einer gezielten Politik, die das irakische Regime in Kurdistan betrieben hat?

Saddam hat die Dörfer zerstört, die Menschen verschleppt und in Sammelstädte gezwängt. Diese Leute waren Dörfler, sie haben gekämpft. Sie haben die kurdische Revolution gemacht, waren die Familien der Peshmergas und plötzlich nach dem Aufstand müssen sie wieder elend und parasitär leben, weil grundlegende Probleme nicht angegangen werden.

Der Regierung fehlt jegliches soziales Konzept: Wenn man ein Haus bauen will, braucht man einen Plan und dann benötigt man ein massives Fundament, auf dem man baut. Bei einer Gesellschaft ist es ähnlich und in Kurdistan fehlt an vielen Stellen beides. Die Parteien haben versucht, eine Gesellschaft aufzubauen, die aussieht wie eine wacklige Mauer. Es fehlt das ökonomische Fundament, es fehlen die unabhängigen Institutionen, die einen Staat machen, es fehlt das Konzept. Nicht einmal die grundlegendsten Dinge einer Gesellschaft kann man im Moment voraussetzen; der Staat ist nicht in der Lage z.B. das Gesetz durchzusetzen. Die Sicherheit der Bürger kann nicht garantiert werden.

Seit drei Jahren gibt es eine kurdische Regierung, aber keine genauen Studien über Bevölkerung und Wirtschaft. Jeder weiß, daß der Schwarzmarkt eine Katastrophe ist. Die Menschen werden zu Bettlern und Schiebern. Niemand scheint aber dagegen etwas zu tun; der Name Kurdistan wird immer mehr zur Bezeichnung für eine chronische Krankheit.

Neben einer direkten wirtschaftlichen und gesetzlichen Diskriminierung haben Frauen wahrscheinlich auch mit Problemen zu kämpfen, die mit der Familienstruktur zusammenhängen?

Ja, aber es gibt dennoch einen Zusammenhang zu dem, was ich versucht habe darzustellen. Du hast vorhin von der feudal geprägten Gesellschaft gesprochen. Das trifft auch auf dieser Ebene zu: Der Vater, der Patriarch, beherrscht noch immer die Familie. Die Mutter ist vielfach nicht mal die Nummer zwei, sicher. Ohne eine grundlegende Veränderung der Lebenssituation in Kurdistan aber werden diese Versuche im Nichts enden. Die Schlüsselprobleme Kurdistans, die sozialen Probleme, das Fehlen eines Staates und die Zwei-Parteien-Regierung, ziehen sich durch alle Bereiche der Gesellschaft.

Haben Frauen überhaupt die Möglichkeit von zentralen Stellen aus die Politik zu ändern? Ich meine, sind Frauen nicht von den zentralen Machtpositionen ausgeschlossen? Soweit ich weiß, sitzen zwar sieben Frauen im Parlament, aber nur an vollkommen unbedeutenden Positionen.

Aber was sollte das auch? Margret Thatcher ist eine Frau und Tansu Ciller ist auch eine. Also, was haben sie getan? Natürlich ist es wichtig, daß Frauen die gleichen Chancen haben, an jeden Posten heranzukommen. Im Moment sind diese Frauen aber nur schlechte Kopien ihrer männlichen Kollegen. Für die Frauenbewegung tun sie nichts.

Wesentlich wichtiger ist es, in Kurdistan ein breite und unabhängige Frauenbewegung aufzubauen und von diesen Hintertreppenvereinen der Parteien wegzukommen, also die PUK- und PDK-Frauen (Patriotische Union Kurdistans und Demokratische Partei Kurdistans).

Es gibt aber noch andere Frauenorganisationen.

Ja, es gibt vor allem die Komalla Afretan ("Liga der Frauen Kurdistans"), die ein Ableger der irakischen Liga der Frauen, der ältesten Frauenorganisation hier ist. Die Komalla Afretan ist ein Teil der linken Bewegung in Kurdistan und sie ist sehr schwach, wie die gesamte Linke. Sie macht gute Arbeit, aber sie hat nicht die Macht und den Einfluß im Moment, die Vorzeichen zu ändern. Auch die Kommunistische Partei hat im Prinzip kaum Macht, sie hat Einfluß und ist so etwas wie eine moralische Instanz, aber Entscheidungen trifft sie auch nicht. Und die Komalla Afretan ist schließlich der KP auch verbunden.

Die Unabhängige Frauen-Union ist sehr radikal, hat gute Ideen, ist aber eigentlich unbedeutend.

Gibt es Einflüsse anderer Frauenbewegungen auf die kurdischen Diskussionen? Ich meine, tauchen Ideen beispielsweise ägyptischer Frauenrechtlerinnen auf?

Kaum, die Frauenbewegung hier ist sehr stark von eigenen, sich aus der kurdischen Geschichte ableitenden Ideen und Fragen geprägt. Die Einflüsse aus Ägypten sieht man nur jeden Tag im Fernsehen: Popshows und Fernsehfilme. Viel mehr kommt nicht an.

In der Frauenbewegung gibt es verschiedene Strategien und Ansätze, die ich vielleicht beschreiben könnte.

Die Komalla Afretan folgt quasi einer klassisch materialistischen Strategie. Sie arbeitet mit Frauen aus den unteren sozialen Schichten und versucht eine materielle Grundlage zur Emanzipation zu schaffen. Grob gesagt geht sie davon aus, daß Ungleichheit eine materielle, also ökonomische Ursache hat. Diese Arbeit ist gut und hat auch Erfolg.

Dann gibt es die Organisationen von PUK und PDK. Sie folgen einem eher privatistischen Partizipationsgedanken. Frauen sollen sich demnach als Frauen verhalten, anders sein, anders aussehen, sich dementsprechend kleiden und schminken und als solche Frauen auch ein paar Rechte haben, also partizipieren. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht immer die Partei: Die einen kleiden ihre Kinder gelb (PDK), die anderen grün (PUK). Sie haben eigentlich keine große Strategie, die sie befolgen können, sondern folgen ihren Parteien, die sie am Leben halten.

Und am Ende gibt es die Unabhängige Frauen-Union, die den kommunistischen Splittergruppen nahesteht, den Arbeiterkommunisten und so. Sie fordert vor allem auch eine sexuelle Befreiung der Frauen und vergißt dabei gerne den sozialen und historischen Background unserer Gesellschaft.

Ist das so verkehrt?

Nein, aber ich denke, daß sich diese Ideen um eine individuelle sexuelle Freiheit drehen, die sicherlich wichtig ist, die Unfreiheit aber ein gesellschaftlicher Fakt ist. Das Problem von sexueller Unfreiheit steht bei uns allerdings nicht an erster Stelle. Die kurdische Gesellschaft ist nicht vertraut mit sexuellen Fragen; und unsere Männer und Frauen wurden verfolgt, erniedrigt, ermordet und auch jetzt noch geht es ihnen dreckig. Die Forderungen müssen sich auf einen breiteren sozialen Hintergrund beziehen, nicht nur auf religiöse, soziale oder sexuelle Normen. Das heißt die Gesellschaft muß einbezogen werden. Schließlich leiden unter der sexuellen Rollenverteilung nicht nur Frauen, sondern auch Männer.

Die typische Rollenverteilung, die Frauen als Mütter, Haus- und Ehefrauen definiert, hindert sie wahrscheinlich aber auch daran, als Arbeiterin, Akademikerin oder Politikerin am ökonomischen und politischen Leben teilzunehmen?

Die Familien haben Erwartungen an die Frau, eine gute Hausfrau zu sein, eine gute Mutter. Und ihrem Mann soll sie dienen. Das ist auch in der Linken noch so. Deshalb arbeiten diese Frauen dreifach: zu Hause, in der Partei oder Organisation und in der Frauenbewegung. Wenn Frauen gute Arbeit leisten wollen, machen sie sich entweder kaputt, oder sie entscheiden sich, ohne Familie zu leben. Denn auch wenn sie eine noch so bedeutende Wissenschaftlerin ist, zu Hause ist sie immer nur die Frau ihres Mannes. Die Öffentlichkeit verlangt das; die Eltern, die Männer, aber genauso die Frauen, die aus diesem System logischerweise nicht ausgeschlossen sind.

In den sozialistischen Staaten zum Beispiel lag die Erziehung von Kindern sehr stark in der Verantwortung der Gesellschaft, was die Familienstruktur sicherlich entlastet hat. Es gibt also noch eine andere Perspektive für die Rolle der Frau in Kurdistan?

Ja, ich habe das in der SU kennengelernt. Es gab Erziehungsinstitutionen, die sehr gut ausgebaut waren, wo es Kinderküchen gab, Tagesstätten, etc. Die Frauen arbeiteten, und eine Frau, die nicht arbeitete, also nicht gesellschaftlich produktiv war, hatte kein besonders hohes Ansehen. Ich weiß nicht wie das jetzt ist. Damals aber waren auf einer rein ökonomischen Ebene Frauen relativ gleichgestellt. Aber trotz alledem waren sie nicht gleichberechtigt.

Die Teilung gesellschaftlicher Arbeit ist sicherlich ein entscheidender Punkt, um die Unterdrückung der Frauen zu erklären. Aber auch andere Dinge spielen eine Rolle. Vor allem in den westlichen Staaten funktioniert eine Maschinerie des Fernsehens, der Werbung etc., die Frauen zu schönen Objekten degradiert.

Der Wahn sich zu schminken, schick anzuziehen und die Schönheitskönigin zu werden, macht Frauen zu Objekten des männlichen Gefallens.

Das hat jetzt nichts mit einer antizivilisatorischen Haltung zu tun, die ich sicherlich nicht vertrete. Diese Dinge aber werden eingesetzt, Frauen zu Objekten zu machen, das heißt zu dem, wie sich Männer Frauen so vorstellen.

Auf der anderen Seite haben Frauen in den westlichen Staaten natürlich auch eine Menge Freiheiten, in sozialen und moralischen Fragen vor allem. Aber als Objekt, als "Frau", möchte ich nicht partizipieren. Die Frau sollte ein Teil der Menschenbewegung sein, einer revolutionären Bewegung menschlicher Wesen.

Wo ist der Unterschied zwischen "Menschenbewegung" und Frauenbewegung?

Die sozialistischen Staaten haben es geschafft, die Frauen vom Herd zu befreien. Aber es konnte einfach keine Frauenbewegung entstehen, die mit den Ressentiments aufräumt und eine starke Kraft für alle wird, eine Bewegung für die gesamte Welt. Das Problem konnte nicht gelöst werden, weil die Gleichstellung nur auf einer formalen, staatlichen Ebene stattgefunden hat. Eine Bewegung muß umfassender sein. Man kann nicht einfach Frauen befreien, ohne ihr soziales Umfeld zu ändern und gleichzeitig nicht einfach die ökonomische Basis verändern, ohne daß eine Frauenbewegung fester Bestandteil dieser Veränderungen ist.

Wie will man Frauen befreien, wenn überhaupt keine ökonomische, gesellschaftliche Basis besteht? Die Probleme hängen zusammen und laufen auf eine Umwälzung der Verhältnisse hinaus!

Anmerkungen:

1) Während der Anfal-Kampagne wurden ca. 250.000 Männer verschleppt und sind nie wieder aufgetaucht. Es muß davon ausgegangen werden, daß sie ermordet wurden.

2) Vor allem im Süden des Iraks gibt es seit dem Golfkrieg bewaffnete Aufstände gegen das irakische Regime, die brutal von Militär und Geheimdienst bekämpft werden. Große Teile des Süd-Iraks sind zerstört. Alleine im Iran leben rund 450.000 Flüchtlinge aus dem Südirak. Einige Tausend Flüchtlinge aus diesen Gebieten, sowie Deserteure sind in den befreiten kurdischen Nord-Irak geflohen.

11. "Zuerst werden die Frauen entlassen ..." Zur Lage der Frauen in Irakisch-Kurdistan

Autor: Thomas von der Osten-Sacken, WADI · Rubrik: Frauen; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:06

Die Lage von Frauen in Irakisch-Kurdistan hat sich seit der militärischen Befreiung 1991 nicht wesentlich verbessert. Glaubten viele anfangs noch, daß nach der Vertreibung der irakischen Armee in Kurdistan auch tiefgreifende soziale Veränderungen durchgeführt werden würden, hat sich jetzt eher Resignation ausgebreitet.

Besonders betroffen von der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Situation sind die sogenannten "Anfal-Witwen": Frauen, deren männliche Angehörige 1988 von dem irakischen Militär verschleppt und ermordet wurden. Diese Frauen leben in künstlichen Sammelstädten unter unwürdigen Bedingungen. Die Wasserversorgung funktioniert nicht oder schlecht, sanitäre Einrichtungen sind katastrophal.

Ganz besonders für Frauen gibt es kaum Arbeit. Teilweise müssen sieben- bis achtköpfige Familien mit umgerechnet weniger als zehn Mark monatlich auskommen. Viele Frauen wollen wieder in ihre Stammdörfer, die von Saddams Truppen dem Erdboden gleichgemacht wurden, zurückkehren. Wenigen bietet sich diese Chance, da gerade im Südwesten des Landes und an der Grenze zum Iran große Gebiete völlig vermint sind. Auch sind Erbrechte an Land bis heute ungeklärt, ein Gesetz des Parlaments, das die Landfrage regelt, steht weiterhin aus. So vererbt sich Land laut bisher gültigem Recht auf der männlichen Linie. Besaß eine Familie, deren Ernährer umgebracht worden ist, Land, steht dieses nicht der Frau, sondern dem Bruder, Cousin oder anderen männlichen Verwandten zu. Bisher sind nur wenige Fälle bekannt, in denen Frauen Landanspruch durchsetzen konnten. Das liegt nicht zuletzt an der hohen Quote an Analphabetinnnen in den Sammellagern. Die Vorsitzende der Komalla Afretan, ("Liga der Frauen Kurdistans") schätzt, daß ca. 80% aller "Anfal-Witwen" weder lesen noch schreiben können. So unterliegen oftmals Frauen in Rechtsstreitigkeiten deshalb, weil die Männer eine bessere Bildung genossen haben. Erste Alphabetisierungsprogramme von Hilfsorganisationen finden deshalb auch großen Anklang. "Wenn wir mit einem Lautsprecher durch die Straßen gehen und ankündigen, daß eine Frauenschule eröffnet wird, haben sich am nächsten Tag schon mehr Interessenten gemeldet, als Plätze zur Verfügung stehen", erklärt Peruin von der Komalla Afretan (1).

Aber auch im ökonomischen Bereich müßte mehr getan werden. Die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für diese Frauen ist es, auf den Feldern für Aghas (Großgrundbesitzer) zu arbeiten. Diese Arbeit ist allerdings schamlose Ausbeutung: Der monatliche Lohn von umgerechnet elf Mark reicht nicht einmal aus, fünf Kilo Reis zu kaufen. Erste Versuche kleinere ökonomische Projekte für "Anfal-Frauen" einzurichten waren bisher relativ erfolgreich, allerdings helfen sie nur einem verschwindend kleinen Anteil der Witwen. Denn bisher beschränken sich die internationalen Hilfsmaßnahmen hauptsächlich darauf, dörfliche Strukturen wiederaufzubauen. Viele der Frauen in den Sammelstädten, denen es nach der Gruppe der innerkurdischen Flüchtlinge anerkanntermaßen am schlechtesten geht, werden wohl nie wieder in einem Dorf leben. Doch bisher gibt es weder von der kurdischen Regierung noch von Hilfsorganisationen Programme oder Perspektiven, wie den Menschen, vor allem den Frauen geholfen werden kann.

Frauenorganisationen, die fast alle an eine Partei angeschlossen sind, versuchen, so gut es geht, mit wenig Geld selbstverwaltete Frauenprojekte durchzuführen. Dies gestaltet sich allerdings wesentlich schwieriger, als in anderen Trikont-Staaten. Denn die Baath-Diktatur hat jahrzehntelang jede Art von Selbstorganisation verhindert. Anders als in Palästina oder Indien können Frauengruppen auf keine langjährige Erfahrung zurückgreifen. So wurden besonders in den ersten beiden Jahren viele Fehler gemacht. Da auch internationale Geber keinen Schwerpunkt auf Frauenprojekte legen, bleiben diese relativ vernachlässigt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die drei größeren Frauenorganisationen mehr oder weniger eng an Parteien gebunden sind. So spielt oftmals Parteienpolitik eine größere Rolle als die wirklichen Belange der Frauen. Versuche im Parlament gemeinsam ein Gesetz zur Gleichstellung der Frau einzubringen, scheiterten unter anderem an parteipolitischen Querelen. Auch sitzen im 1992 gewählten Parlament nur sieben Frauen. Dagegen stehen die Mullahs und konservative Großgrundbesitzer.

Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Rückschritte. So war beispielsweise die Mehrehe im Irak verboten. "Jetzt sitzen wieder Männer, die mit mehreren Frauen verheiratet sind, im Parlament", sagt Peruin.

Außerdem existiert noch immer ein "Gesetz der persönlichen Moral", nach dem es z.B. für eine Frau verboten ist, ihren Mann zu verlassen. Vermehrt wurden wieder Fälle bekannt, daß Frauen aufgrund dieses Gesetzes inhaftiert wurden (2). Die Abschaffung dieses Gesetzes ist eine wichtige Forderung der Frauenorganisationen.

Aber ihre Situation ist schwierig, nicht zuletzt, weil auch in Kurdistan die islamischen Fundamentalisten an Einfluß gewinnen. Finanziell unterstützt vom Nachbarland Iran, breiten sie sich vor allem in der Region um Halabja aus. Dort sieht man die ersten verschleierten Frauen, ein Novum im ansonsten traditionell eher laizistischen Kurdistan. Da die Islamisten über finanzielle Ressourcen verfügen, folgen sie ihrem klassischen Konzept auf unterster sozialer Ebene karitativ zu helfen, Suppenküchen werden unterhalten und Schulen eingerichtet.

"Ein Problem bei uns, das jetzt seine Auswirkungen zeigt", sagt Peruin, die selber bewaffnet am Widerstand teilnahm, "ist, daß Frauen im südkurdischen Widerstand nur eine geringe Rolle gespielt haben. Es gab nur sehr wenige weibliche Peschmergas. Da unterscheiden wir uns völlig von dem Befreiungskampf in Nordkurdistan, in dem die Frauen eine wichtige Rolle spielen. Ich glaube, daß die Frauenproblematik im Norden auch in Zukunft ein wichtiges Thema sein wird."

Die zunehmende Entrechtung von Frauen ist auch in den Städten zu spüren, da als erstes Frauen von den wenigen existierenden Arbeitsplätzen entlassen werden. So waren in der staatlichen Kleiderfabrik in Suleymania vor der Befreiung ca. 3.000 Frauen angestellt, heute sind es nur noch 500 Arbeiterinnen. Die Produktionskapazitäten sind drastisch eingeschränkt, da das UN-Embargo es nicht ermöglicht, Rohstoffe und Ersatzteile zu importieren. "Gerade wenn die Arbeit knapp ist, werden zuerst Frauen entlassen. Es gibt nichts, wo wir die Kinder hingeben können, wenn wir arbeiten gehen. Kindergärten sind mehr als rar. Nur wenn wir ökonomisch von den Männern in der Familie unabhängig sind, dann haben auch die Gesetzesänderungen einen Sinn. Wir müssen die gleichen Ausgangspositionen für einen Job haben wie die Männer. Daß heißt aber auch, daß die Hausarbeit, die uns automatisch zugerechnet wird, als Aufgabe der Gesellschaft begriffen werden muß." (3) Diese und andere Forderungen, die von der radikal linken Unabhängigen Frauenunion gestellt werden, gelten vielen anderen Aktivistinnen als überzogen. Doch auch sie kritisieren die Tendenz, wieder verstärkt aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt und in den privaten Bereich verbannt zu werden.

Bis jetzt ist völlig unklar, wie sich in Zukunft die Situation der Frau in der kurdischen Gesellschaft gestalten wird.

Die folgenden Interviews zeigen, mit welchen Problemen die Frauen in Kurdistan konfrontiert sind. Sie zeigen ebenfalls, daß eine breitere Auseinandersetzung mit diesen Fragen auch hier mehr als notwendig wäre.

Thomas von der Osten-Sacken,

Mitarbeiter von WADI e.V.

Anmerkungen:

1) Alle nicht markierten Zitate stammen aus Interviews und Gesprächen die WADI in Irakisch-Kurdistan geführt hat

2) Über die zahlreichen Frauenmorde siehe das Interview mit Dr. Wahabir

3) zitiert nach einem Artikel von Lissy Schmidt im ak vom 13.4.1994, S.5

12. "Ich war dort die einzige Frau." Interview mit einer südkurdischen Peschmerga

Autor: Oliver Piecha, WADI · Rubrik: Frauen; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:05

Peruin ist irakische Kurdin. Sie ist eine der wenigen Frauen aus Südkurdistan, die vor der Befreiung 1991 aktiv in einer der kurdischen Widerstandsgruppen gekämpft hat. Nach der Befreiung 1991 liegt einer ihrer Arbeitsschwerpunkte darin, Projekte für und mit Frauen zu organisieren. Sie ist Verantwortliche der Komalla Afretan ("Liga der Frauen Kurdistans"), für die Betreuung von innerkurdischen Flüchtlingen aus Kirkuk und die Organisation von Frauenprojekten in verschiedenen Sammelstädten.

Das Interview führte Oliver Piecha, Mitarbeiter von WADI e.V. im Spätherbst 1993 in Suleymania, Irakisch-Kurdistan. Der Übersetzer sprach deutsch.

Oliver Piecha: Wie hat Deine politische Entwicklung begonnen?

Peruin: Ich komme aus einer bäuerlichen Familie, die politisch sehr aktiv war. Als ich sechs war, wurde mein Vater zu lebenslanger Haft verurteilt, er war Kommunist. Danach waren wir abhängig von Verwandten und Nachbarn, die uns unterstützt haben. Da erkennst du von selbst die Bitterkeit der sozialen Lage. Wer hier aufgewachsen ist, hat jede Menge Gründe, eine "politische Richtung" einzuschlagen.

Wie hast Du Deine Jugend verbracht?

Als die Kommunisten, deren Partei ich seit 1974 angehöre, nach dem ersten Putsch der Baath-Partei 1963 verfolgt wurden, haben wir Suleymania verlassen müssen und sind in ein anderes Dorf geflohen. Erst Anfang der 70er Jahre, als es zu der Zusammenarbeit zwischen Baath- und Kommunistischer Partei kam, konnten wir zurückkehren. Bis 1977 haben wir dann sehr ruhig gelebt. Die Familie konnte meine Schulausbildung nicht finanzieren. Ich erinnere mich noch, daß Klassenkameraden in der neunten Klasse für mich Schuhe und Essen gesammelt haben. Später mußte ich sehr hart arbeiten, unter anderem habe ich auf einer Baustelle gearbeitet. Das ist bei uns unüblich und gilt als reine Männerarbeit.

Was passierte 1979 nach dem Bruch der Kommunisten mit dem Baath-Regime?

Der große Schlag gegen die Kommunisten kam am 19. November 1978. Ich bin in Kirkuk festgenommen worden. Zwölf Tage lang haben die Baath-Leute alle Foltermethoden, die sie kannten an mir angewandt. Ich habe in diesen zwölf Tagen kein Wort über die Partei gesagt! Weil Verwandte von mir Beziehungen zu dem Sicherheitsdienst hatten, bin ich - unter der Bedingung keinen Kontakt zur Partei aufzunehmen - rausgekommen. Andernfalls wäre ich hingerichtet worden.

Was hast Du gemacht bevor Du zu den Peschmergas gegangen bist?

Da meine Ausbildung beendet war, sollte ich in Kirkuk eine Stelle bekommen. Die Sicherheitspolizei hat das verhindert und mich in einen kleinen Ort geschickt, der zur Region Kirkuk gehört und in dem nur Araber lebten. Die Baath-Partei war dort sehr stark. Ich mußte in diesen Ort, weil sie mich dort besser überwachen konnten. Dort bin ich zwei Jahre geblieben. 1981 konnte ich nach Kirkuk zurückkehren und meine Stelle antreten, aber schon nach 45 Tagen wurde ich wieder verhaftet. Auf dem Büro der Sicherheitspolizei waren außerdem acht Schwestern und Brüder von mir. Diesmal wurde ich nicht wegen meiner politischen Aktivität verhaftet, sondern weil mein Vater seit 1978 in den Bergen als Peschmerga kämpfte, und sie Informationen über ihn erpressen wollten. Wir haben ihnen keine Auskunft gegeben und wurden für ein Jahr in Bagdad inhaftiert. Danach haben sie uns für sechs Monate in die neutrale Zone zwischen Irak und Saudi-Arabien in ein Lager gebracht.

Was passierte dann?

Von sieben Uhr morgens bis vier Uhr nachts am nächsten Tag sind wir ohne Halt transportiert worden. Wir waren über 400 Leute, knapp sechzig Familien, alles nur Kurden aus den verschiedenen Parteien, PUK, PDK und Kommunisten.

Im Lager gab es keinen Stacheldraht, aber man konnte nicht fliehen. Nicht nur wegen der sechs Polizisten und dem Geheimdienstler. Dieses Lagerdorf befand sich mitten in der Wüste.

Wir haben das Dorf Awara ("Vertrieben") genannt.

Das erste was sie uns gaben, waren Bilder von Saddam. Keine Familie hat die Bilder von Saddam aufgehängt, alle haben die Bilder weggeschmissen.

Das Leben dort war hart mitten in der Wüste, die wir ja nicht gewohnt waren. Wenn ein Sandsturm kam, haben wir mit Mehl und Wasser die Löcher und Ritzen in den Häusern verkittet, trotzdem war danach alles immer voller Sand. Es gab nichts zu tun, und wir waren dem Sicherheitsdienst völlig ausgeliefert. Da war die ständige Angst, daß sie jetzt wieder irgend etwas tun. So wurden, einen Monat bevor wir da rausgekommen sind, alle Jungen der Jahrgänge 1950-63 abtransportiert, darunter drei aus meiner Familie. Wir haben gemutmaßt, daß sie eingezogen werden oder aus Rache für einen Schlag der Peschmergas hingerichtet werden sollen.

Irgendwann kamen Gefangenentransporter. Sie haben alle Kommunisten aufgerufen. Uns wurde nicht gesagt, was sie mit uns vorhaben, nur, daß wir unsere Sachen packen sollen. Gerüchte kamen auf, daß man alle unsere Verwandten im Widerstand erschossen hätte, denn normalerweise war das die einzige Möglichkeit aus der Lagerhaft entlassen zu werden. Die Geheimdienstler haben sich auffallend freundlich verhalten.

Wir wurden nach Bagdad gebracht. In einer großen Halle, in der schon über dreihundert Leute saßen, alles Kommunisten, waren Kameras und Scheinwerfer aufgestellt. Barzan Tikrit, der jetzt irakischer Innenminister ist, hat zu uns gesprochen. Er sagte unter anderem, daß unsere Verwandten, die in den Bergen kämpften, Verräter des Vaterlandes seien, und daß sie gegen die Sache des Iraks kämpften. Man gäbe uns aber die Möglichkeit wieder in die Nation aufgenommen zu werden. Dafür sollten wir, bei laufenden Videokameras, unsere Verwandten beschimpfen und verteufeln. Alle haben sich geweigert. Schließlich hat man uns freigelassen. Eigentlich haben wir damit gerechnet, umgebracht zu werden. Doch zur selben Zeit hatten die Peschmergas drei deutsche Ingenieure festgenommen, und wir sollten die Austauschobjekte sein.

Wann bist Du zum bewaffneten Widerstand gegangen?

Nun, die Soldaten haben uns ins Haus meines Onkels gebracht, weil unser Haus und die Einrichtung längst verkauft waren. 1982 bis 1985 sind wir ständig von der Geheimpolizei aufgesucht worden. Zeitweise mußte ich jeden Morgen zum Sicherheitsdienst gehen, wo sie mich dann beschimpft und mir gedroht haben. Ende 1985 entschloß ich mich, nach Germian zu gehen und mich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Ich habe das nicht getan, weil ich die Waffen liebe oder weil ich glaube, daß Frauen militaristisch denken sollten. Es war eine Stellungnahme gegen das Baath-Regime, und der bewaffnete Widerstand war die einzige Möglichkeit dieses System zu stürzen.

Ich war die erste Peschmerga in Germian. Es war schwierig akzeptiert zu werden. Man hat gesagt, ich soll doch lieber in einem Dorf für die Guerilla sorgen oder ins Ausland gehen. Ich habe meinem Willen durchgesetzt, und die vielen Gerüchte, die es in so einer Männergesellschaft gibt, durchgestanden.

Was war die Rolle der Frauen bei den Peschmergas ?

Bei uns waren ab 1981 Frauen in allen Bereichen aktiv, auch im militärischen Kampf.

Wenn Du in den Bergen lebst, geht es ja nicht die ganze Zeit nur um den Kampf gegen die Armee! Wir hatten zum Beispiel einen Radiosender, mit dem wir in die Städte gesendet haben. Trotzdem spielten Frauen in der Guerilla bei uns eine viel geringere Rolle als jetzt etwa in Nordkurdistan.

Wie hast Du die Anfal-Kampagnen (1) erlebt und den darauf folgenden Zusammenbruch des kurdischen Widerstandes?

Im April 1988 haben sie die Anfal-Kampagne in unserem Gebiet gestartet, wir waren alle ständig auf der Flucht, die irakischen Soldaten waren überall, sie hatten uns umzingelt. Die Parteifunktionäre haben Druck ausgeübt, daß ich mit den Familien flüchten sollte. In dieser Zeit hat man noch gedacht, daß Frauen und Kindern nichts passieren würde.

Niemand konnte ahnen, was die irakische Regierung geplant hatte. Ich wollte bleiben, egal was passiert. Wir haben dann, als es sinnlos geworden war in Germian zu bleiben, versucht in das Nachbargebiet, nach Karadach zu gelangen. Ich erinnere mich besonders an eine Nacht im April. Es regnete und wir hatten etwas zu Essen gefunden, in einem Dorf, das bereits anfalisiert, also völlig zerstört war. Wir waren ungefähr

dreihundert Peschmergas, von der PUK, der PDK und den Kommunisten, davon vier Frauen, zwei von den Kommunisten und zwei von der PUK.

Viele Leute sind in dieser Nacht verlorengegangen, jeder für sich alleine mußte sehen, daß er mitkam. Die ganze Region war unter Kontrolle der Armee. Unser Kommandeur hat dann das ganze Mehl aus dem verlassenen Dorf weggeschmissen, es war zu schwer bei der Flucht. Schließlich versteckten wir uns in einem Flußtal. Vielleicht 50 Meter weiter war die Armee gerade dabei, ein Dorf zu zerstören. Wenn auch nur ein Soldat zu dem Flußbett geschlendert wäre, in dem wir lagen, wäre das unser Ende gewesen. Wir mußten schließlich die Hauptstraße nach Suleymania überqueren, da haben wir uns eine Stelle ausgesucht, an der besonders viel Armee war, denn sie haben wirklich nicht vermutet, daß wir dort sind. Wir sind durchgekommen und haben uns in Richtung Iran durchgeschlagen. Das Essen war ein Problem, wir hatten ja alles weggeworfen. In einem anderen zerstörten Dorf haben wir Mehl gefunden, das bestand zu einem Viertel nur noch aus Mäusekot; mit Wasser gemischt ergab das grünes Brot. In den folgenden drei Tagen habe ich nichts gegessen.

Dort im Grenzgebirge zum Iran gab es 1988 die letzten Peschmerga-Stützpunkte, alle anderen Kämpfer waren entweder ins Ausland geflohen oder befanden sich irgendwo im Iran.

Ich war dort die einzige Frau und mußte leider meist in der Küche bleiben, denn wenn die Iraner dort eine Frau gesehen hätten, hätten sie entdeckt, daß wir der KP angehörten. Wir haben immer so getan, als ob wir von der PUK oder PDK seien, denn nur die hatten Beziehungen zum Iran. Das war ein ziemlich beschissenes Leben in dieser Zeit, gerade weil die bewaffneten Kräfte völlig zerschlagen worden waren. Es gab sehr wenig Perspektive, aber ich habe diese Zeit ertragen, weil meine politische Überzeugung dahinter stand.

Neun Monate vor der Intifada nach dem Golfkrieg bin ich im Parteiauftrag zurück in den Irak gegangen.

Welche Perspektive habt ihr nach dem totalen Zusammenbruch des Widerstandes und der Anfal-Offensive noch gehabt?

Nur weil wir mit Überzeugung gekämpft haben, sind wir dabei geblieben. Aber eine Hoffnung, daß die ganzen Dörfer eines Tages wieder aufgebaut werden würden, hatten wir eigentlich nicht mehr. Wir waren eher bereit auszuharren, als in den Irak Saddam Husseins zurückzukehren.

Die Kommunisten waren in einer besonders schlechten Lage, entweder hatten diese Kämpfer keine Familie mehr, oder diese lebten, meist versteckt, im Irak. Von den großen Parteien dagegen konnten die meisten Angehörigen ins Ausland gehen, oder sie hielten sich im Iran auf, wo die Kämpfer ihre Familie besuchen konnten.

Wie hast Du den kurdischen Aufstand, die Intifada im Frühling 1991 erlebt?

Vor dem Aufstand war ich sowohl in Suleymania wie in Kirkuk, niemand hat so einen Aufstand erwartet, denn der Widerstand war zu diesem Zeitpunkt ziemlich zerschlagen. Man hat höchstens mit Unruhen und vielleicht einer Änderung im Regime gerechnet. Deshalb waren wir hauptsächlich mit Überlegungen über eine Reorganisierung der Peschmergas beschäftigt. Daß die Leute in den Städten einen Aufstand machen, kam ziemlich unvorbereitet.

Nach Suleymania wurde für nur zehn Tage Kirkuk befreit. Zwei Stunden danach war ich in der Stadt. Dort war extrem viel Militär stationiert, schließlich sind in Kirkuk große Ölquellen. Die Armee hat von allen Seiten die Stadt bombardiert. Es war ganz normal, daß du den Luftdruck der Explosionen im Gesicht gespürt hast. Ich habe mit einem IFA-Laster Lebensmittel für die Peschmergas gesammelt. Ein Erlebnis werde ich mein Leben lang nicht vergessen: Ich hatte von einem Mann gekochte Hähnchen gekriegt, und wir hatten uns kurz unterhalten. Als ich ein paar Meter weitergegangen war, wurde er von einer Granate zerrissen.

Warst Du weiter an den Kämpfen beteiligt?

Ja, ich habe die Peschmergas zu einem großen Militärlager gebracht. Ich kannte die ganzen Gebäude, weil mein Bruder dort stationiert gewesen ist.

Ich bin dann mit einem kleinen Raketenwerfer zum Flughafen gefahren und war auch bei den Kämpfen um ein Soldatenviertel beteiligt, das wir bis zuletzt nicht erobern konnten. Später war ich dabei, als die Geheimdienstzentrale gestürmt wurde.

Es war für alle von uns ein Schock, die Unterlagen des Geheimdienstes zu sehen. Wer ermordet, gefoltert oder nur überwacht wurde, war genau dokumentiert. Kollaborateure hatten zwar schon einiges verbrannt, aber ich kenne jetzt alle namentlich, die mich gefoltert und bespitzelt haben.

Was sind jetzt, nach der Befreiung, die wichtigsten Forderungen für die kurdischen Frauen?

Wir müssen gleichberechtigt am Wiederaufbau Kurdistans teilnehmen können. Der Analphabetismus muß bekämpft und die Frauen politisiert werden. Sie sollen aus den Häusern heraus kommen können und am wirtschaftlichen Leben partizipieren. Die frauenfeindlichen Gesetze müssen abgeschafft werden, und wir brauchen als erstes die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung der Frauen.

Besonders problematisch ist die Lage der Anfal-Witwen, ihnen muß besonders dringend wirtschaftlich und sozial geholfen werden, damit sie eigene Perspektiven entwickeln können.

Was denkst du heute, zwei Jahre nach der Befreiung über die Lage der Frauen?

Ich habe für ein freies Kurdistan und einen befreiten Irak gekämpft. Ich hätte nie erwartet, daß diese Freiheit nicht für Frauen gelten würde. Bis jetzt hat diese Freiheit eher Ungerechtigkeit, Rückschritt und sogar Terror zur Folge. Der kurdische Widerstand war sehr stark bestimmt durch den Kampf gegen die Diktatur der Baath-Partei, hat aber kaum soziale Konzepte entwickelt. Das führt unter anderem jetzt zu diesen Problemen.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: In Bezug auf Frauen war die Sozialpolitik der Baathisten in den siebziger Jahren relativ fortschrittlich. So war beispielsweise die Mehrehe verboten.

Im kurdischen Regionalparlament sitzen jetzt wieder Männer, die mit mehreren Frauen verheiratet sind. Dafür habe ich nicht gekämpft. Von der kurdischen Demokratie hätte ich nicht erwartet, daß sie sich so rückständig entwickeln würde.

Als Reaktion auf diese Entwicklung sollten alle Frauenorganisationen der verschiedenen Parteien, auch wenn sie sich nicht zusammenschließen wollen, zumindesten in Zukunft eng zusammenarbeiten. Von der PUK und der PDK sitzen ein paar Frauen im Parlament, allerdings viel zu wenige, um gesetzliche Initiativen vorbringen könnten. Für uns gäbe es dann die Möglichkeit, sie öffentlich zu unterstützen.

Ein großes Problem ist aber, daß die Regierung die Islamisten nicht provozieren will. Daher haben solche Versuche jetzt wenig Chancen.

Die Attacken gegen Frauen scheinen ein akutes Problem zu sein. Wie stellen sie sich für euch dar?

Momentan gibt es eine Art Terrorwelle gegen Frauen, wegen sogenannten Ehrensachen zum Beispiel. In den Collective-Towns, aber auch in Suleymania sind schon Frauen erschossen worden. Eine Witwe mit drei Kindern, deren Mann während der Anfal-Kampagne ermordet wurde, ist getötet worden, weil sie öffentlich angekündigt hatte, daß sie wieder heiraten wolle. Wir wollten mit den PUK-Frauen gegen diesen Terror eine Kampagne starten und Flugblätter schreiben. Die haben aber gesagt, daß sie da nichts unternehmen könnten. Vermutlich hätten diese Frauen ein solches Schicksal als Kollaborateure verdient, denn es würde Gerüchte geben, daß seien Frauen, die mit der Baath-Regierung zusammengearbeitet hätten. Wir haben uns strikt gegen dieses Verhalten gewehrt. Pistolen und Selbstjustiz können ordentliche Gerichte niemals ersetzten.

Mit den Frauen, die im Parlament sitzen, haben verschiedene Frauengruppen die Gesetzesvorlage für ein emanzipatorisches Scheidungsrecht entworfen. Als dieses dann von einer Frau vorgestellt wurde, haben die männlichen Parlamentarier nur gelacht. "Was erzählst Du da", haben sie gerufen, "lebst Du denn nicht in dieser Gesellschaft?"

Du siehst, es liegen noch sehr viele Aufgaben vor uns. Gerade die Frauen, die damals aktiv am Befreiungskampf beteiligt waren, dürfen sich jetzt nicht zurückziehen.

Anmerkungen

1) Die sogenannte Anfal-Kampagne war der Höhepunkt der Vernichtungspolitik der irakischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung. Tausende von Dörfern wurden zerstört; ca. 250.000 Menschen "verschwanden". Die Stadt Halabja wurde im Rahmen dieser Kampagne mit Giftgas aus bundesdeutscher Produktion bombardiert.

13. Nordirland: Der Kampf geht weiter

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:27

"Der gewalttätige Charakter der Auseinandersetzung im Norden steht außerdem in Zusammenhang mit dem Versagen und dem begrenzten Charakter des bürgerlichen Nationalismus. Möglicherweise wäre der Konflikt längst beendet, hätten die führenden Parteien der Republik sowie die SDLP nicht darauf verzichtet, nationalen wie internationalen Druck auf die britische Regierung zu erzeugen und sie international zu isolieren. Zudem hat die SDLP keinen ernsthaften Versuch unternommen, die katholischen Unterklassen aus der brutalen Kälte ihrer politischen und sozialen Realität herauszuholen."

(Dietrich Schulze-Marmeling/Ralf Sotscheck, Der lange Krieg - Macht und Menschen in Nordirland, Göttingen 1989)

Am 31. August verkündete die IRA das Ende ihrer militärischen Kampagne. Für diejenigen, die es gewohnt sind, auch zwischen den Zeilen von IRA- und Sinn Féin-Statements zu lesen, kam diese Entwicklung nicht überraschend.

In den katholischen Gettos wurde die Entscheidung der IRA mit spontanem Jubel bedacht. Jugendliche erklommen die Kameratürme der Polizei- und Armeeforts, um auf ihnen die irische Trikolore zu hissen, ohne daß die "Sicherheitskräfte" eingriffen. Mit den Deckeln von Mülltonnen wurde gegen die Wände der Forts geschlagen, und Autokorsos veranstalteten Hupkonzerte.

In die spontane Freude mischte sich allerdings bald die Ungewißheit über die Reaktion der Loyalisten. Diese ließ nicht lange auf sich warten. Keine 24 Stunden später ermordete die UDA (Ulster Defence Association) einen katholischen Zivilisten. Einige Tage später explodierte eine Autobombe vor dem Sinn Féin-Hauptquartier. Des weiteren wurde ein Dubliner Bahnhof "gebombt". Glücklicherweise wurde bei den Anschlägen niemand ernsthaft verletzt.

Trotz dieser Attacken fiel die Antwort der loyalistischen Paramilitärs bislang weniger massiv aus als von vielen befürchtet. Offensichtlich gibt es im loyalistischen Lager erhebliche Widersprüche und Orientierungsprobleme.

Erste Reaktionen

Die Regierung in Dublin reagierte umgehend. Nur wenige Tage nach der IRA-Erklärung kam es in Dublin zu einem historischen Treffen zwischen Sinn Féin-Präsident Gerry Adams, dem SDLP (Socialdemocratic and Labour Party) -Vorsitzenden John Hume und dem irischen Ministerpräsidenten Albert Reynolds.

Unterstützung fand die irische Regierung für ihr schnelles Vorgehen vor allem bei der Clinton-Administration. Einen Tag später traf der irische Ministerpräsident den US-Vizepräsidenten Al Gore. Dabei wurden nicht nur Differenzen zwischen London und Dublin, sondern auch London und Washington sichtbar, die vor allem Tempo und Dynamik des "Friedensprozesses" wie den Umgang mit Sinn Féin betreffen.

Die britische Regierung reagierte sichtlich irritiert. Offensichtlich wurde sie von der IRA-Entscheidung auf dem falschen Fuß erwischt. Im Gegensatz zu Dublin, Washington und der SDLP fehlte London das Wörtchen "permanent" in der IRA-Erklärung, obwohl deren Tenor insgesamt eindeutig war. Außerdem war London nicht bereit, noch vor Ablauf einer dreimonatigen Bewährungszeit, wie sie mit Dublin in der "Joint Declaration" vom Dezember 1993 vereinbart worden war, mit Sinn Féin offizielle Gespräche zu führen.

Daß die IRA in ihrer Erklärung das Wörtchen "permanent" wohlweislich vermieden hat, um sich statt dessen für "complete" (vollständig) zu entscheiden, ändert nichts daran, daß die militärische Kampagne beendet ist. Aber die IRA hat sich mit der Einstellung aller militärischen Aktivitäten nicht aufgelöst. Auch wird sie vorerst ihre Waffen nicht abgeben. Es ist sogar wahrscheinlich, daß ihre "geheimdienstlichen" Aktivitäten (Beschaffung von Informationen über die "Sicherheitskräfte" und loyalistische Paramilitärs) unvermindert fortgesetzt werden. "Business as usual" also, mit der Ausnahme direkter militärischer Operationen.

Damit hält sich die IRA zumindest theoretisch die Option offen, im Falle einer militärischen Offensive der Loyalisten oder eines Betrugsmanövers der britischen Regierung, den bewaffneten Kampf erneut aufzunehmen. Die IRA hatte zwischen einem zeitlich begrenzten Waffenstillstand von ca. drei Monaten, einem Waffenstillstand mit "offenem Ende" sowie einer permanenten Einstellung ihrer Aktivitäten zu entscheiden. Ein

zeitlich begrenzter Waffenstillstand wäre von ihren Kontrahenten und Teilen der Öffentlichkeit als purer Bluff und Erpressungsmanöver interpretiert worden, während das Wörtchen "permanent" wohl kaum den Konsens der gesamten Republikanischen Bewegung gefunden hätte, da dies zu stark nach Kapitulation gerochen hätte. Ganz abgesehen davon, daß die Republikanische Bewegung keine Entscheidungen für zukünftige Generationen treffen kann.

Nicht nur bei militanten Republikanern trifft die Entscheidung der IRA, sich vorerst nicht aufzulösen und ihre Waffen zu behalten, auf Verständnis. Die Erinnerung an 1969, als die katholischen Gettos den Angriffen loyalistischer Mobs und der sektiererischen nordirischen "Sicherheitskräften" schutzlos ausgesetzt waren, ist noch immer lebendig. Die IRA ist bei gemäßigten Katholiken/Nationalisten alles andere als populär, aber niemand möchte die Uhr um 25 Jahre zurückdrehen.

Der Zeitpunkt, wo die älteste Guerillaorganisation der Welt endgültig abtreten kann, ist somit noch nicht gekommen. Der Prozeß der Demilitarisierung des Konflikts muß mehr beinhalten als eine einseitige Waffenruhe und Waffenabgabe der IRA. Nun sind zunächst die anderen bewaffneten Parteien an der Reihe.

Die Briten sind gefordert

Die Erklärung vom 31. August ist der vorläufige Höhepunkt einer diplomatischen Offensive der Republikanischen Bewegung, an deren Erfolg wohl nur wenige geglaubt hatten. Mit Hilfe von John Hume ist es der Bewegung gelungen, eine "Front" gegenüber London zu errichten, wie sie in der Geschichte der anglo-irischen Beziehungen noch nie existiert hat.

Mit taktischem Geschick hatte es die Führung der Republikanischen Bewegung verstanden, alle Erpressungsmanöver, die der "Joint Declaration" vom letzten Dezember folgten, zu unterlaufen und den Zeitplan der Entwicklung selbst zu bestimmen.(1)

Erneut muß an dieser Stelle die Rolle John Humes hervorgehoben werden. Allen Anfeindungen aus der eigenen Partei, der Medien und der britischen Regierung zum Trotze, ließ er sich von seinem Dialog mit Gerry Adams nicht abbringen, ohne dabei irgendwelche Bedingungen zu formulieren. Die Beziehung zwischen den beiden Parteiführern wird von "Insidern" als eine des gegenseitigen Vertrauens und Respekts beschrieben. Die IRA-Kampagne lief unvermindert weiter. Die Hume-Adams-Gespräche überlebten auch die Bomben der IRA in England und das Eigentor der "Provos" auf der Belfaster Shankill Road, bei dem zehn protestantische Zivilisten getötet wurden. Im Gegensatz zu vielen seiner gut situierten ParteikollegInnen, die sich mit den "troubles" und der britischen Herrschaft weitgehend arrangiert haben, da sie davon ungleich weniger betroffen sind als die katholische Gettobevölkerung, hat John Hume die katholische Unterklasse niemals im Stich gelassen. Es war nicht die SDLP, die den Dialog mit Sinn Féin führte, sondern ihr Vorsitzender John Hume. Er erkannte, anders als seine Partei, daß es innerhalb der Republikanischen Bewegung - im Gegensatz zu den unionistischen Parteien - einen genuinen Wunsch nach Frieden gab.

Die Verantwortung für die weitere Entwicklung des "Friedensprozesses" liegt nun bei den Briten, was von diesen keineswegs so beabsichtigt war. Einmal mehr wird deutlich, daß die Regierung John Majors' über keine ausformulierte Strategie verfügt. Mit der "Joint Declaration" hatte sie sich noch alle Türen offen gehalten. Möglicherweise hatte sie mit dieser lediglich bezweckt, ihre bisherige Nordirlandpolitik neu zu legitimieren und den wachsenden Druck, in einen Dialog mit der Republikanischen Bewegung einzuwilligen, abzuschwächen. Sinn Féin und IRA haben dem Dokument im übrigen bis heute nicht zugestimmt.

Ein wesentliches Problem Londons ist, daß gleich mehrere Spieler zu bedienen sind. Am Tag, an dem Albert Reynolds erstmals Gerry Adams traf, schmiß ein gereizter Premierminister John Major den DUP-(Democratic Unionist Party) Führer Ian Paisley aus seinem Amtssitz, als dieser darauf insistierte, es habe eine geheime Absprache zwischen London und der IRA gegeben und sein Gegenüber mit Hitler verglich.

Unionistische/loyalistische Paranoia und Intransigenz machen der britischen Position erheblich zu schaffen. Anstatt einer neo-unionistischen Wunschkonstellation aus SDLP und UUP (Ulster Unionist Party)/DUP sieht sich die britische Regierung nun dem Druck einer "pan-nationalistischen Front" gegenüber, die im Augenblick die politische Dynamik bestimmt. Und dies in eine Richtung, mit der sich London noch nicht angefreundet hat.

Nun wird die Regierung kaum umhin können, ihrerseits Maßnahmen zur Demilitarisierung des Konflikts zu ergreifen. Einen Tag nach dem Reynolds-Adams-Treffen kündigte Nordirlandminister Mayhew eine

Reduzierung der Armeepatrouillen an. In West Belfast patroullierten Soldaten erstmals ohne Panzerwesten und Helme und gönnten sich Zigarettenpausen. Seit den Tagen der berühmten Tee-Partys 1969 herrschte in West Belfast nicht mehr eine derart entspannte Atmosphäre zwischen lokaler Bevölkerung und Armee. Damals begrüßten Teile der West Belfaster Bevölkerung die Ankunft der Armee, weil sie sich von ihr Schutz vor den loyalistischen Angriffen versprachen.

Trotzdem können derartige Gesten nur der Anfang sein. Die Armee muß vollständig aus den katholischen Vierteln verschwinden. Sofern sie überhaupt noch eine Funktion in Nordirland hat, so hat sich diese auf die Eindämmung des loyalistischen Terrors zu reduzieren. Auch die RUC (nordirische Polizei), die aufgrund ihrer konfessionellen Zusammensetzung (über 90% ihrer Mitglieder sind Protestanten) und Kollaboration mit loyalistischen Paramilitärs bei Katholiken/Nationalisten keine Akzeptanz erfährt, muß sich zurückziehen. Als weitere Schritte müssen folgen: die Freilassung aller Gefangenen (als erste Geste darf man in diesem Zusammenhang die Repatriierung von IRA-Gefangenen, die in England einsaßen, betrachten), die Aufhebung der Zensurgesetze gegen Sinn Féin, die eine offene politische Debatte behindern, sowie die Beseitigung der Sperren entlang der Grenze, die grenzüberschreitende Bewegungen der IRA verhindern sollten.

Der politische Erfolg von Sinn Féin/IRA

Die Beendigung der IRA-Kampagne ist das Ergebnis eines mehrjährigen politischen Prozesses innerhalb der Republikanischen Bewegung, der eng mit den Namen Gerry Adams, Martin McGuinness und Danny Morrison verknüpft ist. Unter der Führung dieses Trios beendete der politische Arm der republikanischen Bewegung sein Mauerblümchendasein und entwickelte sich zu einer eigenständigen und bedeutenden politischen Kraft. Der Aufstieg Sinn Féins beförderte die Diskussionskultur und das politische Selbstbewußtsein der Bewegung. Denn in einer Partei konnte man anders diskutieren als in einer "Secret Army". Hinzu kam, daß sich die Bewegung mit ihrem Einzug in die Parlamente plötzlich mit dem Feind direkt und permanent konfrontiert sah - in der Form unionistischer/loyalistischer Politiker wie Mitarbeiter der britischen Administration. Entwicklungen im gegnerischen Lager wurden so nachvollziehbarer.

Auch die negativen Nebenwirkungen der militärischen Kampagne - die Vertiefung der sektiererischen Spaltung in Nordirland wie der Militarisierung der Bewegung - waren nun keine Tabuthemen mehr. Des weiteren wurde verstärkt diskutiert, wie die protestantische Community, die bis dahin mehr oder weniger vernachläßigt worden war, in die republikanische Theorie und Praxis zu integrieren sei.

Der bewaffnete Kampf in Nordirland war bezüglich seiner Legitimation immer ein Grenzfall. Einerseits konnte er auf eine lange Tradition und signifikante Unterstützung verweisen, was die IRA auch stets von bewaffneten Gruppen auf dem Kontinent unterschied; andererseits stellte sich die Frage, ob das Ausmaß der britischen Repression eine militärische Kampagne dauerhaft rechtfertigen konnte. Nordirland ist nicht Lateinamerika. Die Repression war zu einem Gutteil auch ein Produkt der Militarisierung des Konflikts. Natürlich war die IRA nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom, denn die Militarisierung war von den Briten ausgegangen. Aber spätestens Anfang der 90er war eine Situation erreicht, wo die IRA-Kampagne politisch nicht mehr viel bewirken konnte, wo die Kosten der Kampagne - hier vor allem die Vertiefung und Zementierung des Grabens zwischen den beiden Communities - in keinem rechten Verhältnis mehr zu ihrem Nutzen stand.

Gleichzeitig fühlten sich die IRA/Sinn Féin nun politisch stark genug, um auf das Gewehr verzichten zu können. Der bewaffnete Kampf war immer auch ein Produkt politischer Schwäche und Isoliertheit gewesen. Hinzu kamen gewisse Bewegungen auf der britischen Seite sowie Erfolge im Bemühen um den Aufbau einer breiten diplomatischen Front. Bereits seit Jahren befindet sich die Führung der Republikanischen Bewegung unermüdlich auf der Suche nach Möglichkeiten, den bewaffneten Kampf überflüssig zu machen. Adams und Co. hatten wiederholt durchblicken lassen, daß ein Ende der militärischen Konfrontation denkbar sei; allerdings nicht als Kapitulation, und nur unter der Voraussetzung einer realitätstüchtigen alternativen Strategie. Diesbezüglich war immer wieder von einem taktischen Bündnis mit der SDLP und Dublin die Rede. Dabei galt es allerdings unter allen Umständen, eine Spaltung der Bewegung zu verhindern.

Die Abkehr vom militärischen Kampf ist keine prinzipielle Entscheidung, sondern eine taktische. Die Republikanische Bewegung steht zu ihrer Geschichte und beendete ihre militärische Kampagne keineswegs als Verlierer, sondern sie öffnet lediglich eine neues Kapitel in der Auseinandersetzung, in der politische Methoden für zweckmäßiger erachtet werden als militärische. Der bewaffnete Kampf hat (jedenfalls vorerst)

seine Schuldigkeit getan. Der Kampf als solcher ist damit allerdings alles andere als beendet, wie die politische Führung der Bewegung klarstellte, sondern tritt lediglich in eine neue Phase. So lautete der Tenor der spontanen Kundgebungen, die Sinn Féin nach der Verkündung des Waffenstillstands in Belfast und Derry veranstaltete: "The struggle goes on!"("Der Kampf geht weiter")

Tatsächlich bleibt die IRA militärisch unbesiegt. Die "Experten" sind sich darin einig, daß die Organisation sowohl die Waffen wie die Leute besitzt, um ihre Kampagne fortführen zu können. Auch gibt es aktuell keine Rekrutierungsprobleme. Nicht die Britische Armee und die RUC haben die IRA dazu bewegt, ihre Kampagne zu beenden. Hier verläßt keine Organisation das Schlachtfeld, die von der Kriegsführung der Gegenseite zermürbt und frustriert wurde. Im Gegenteil: Die gegenwärtige Stimmung innerhalb der Bewegung ist eher von großem Selbstbewußtsein geprägt.

Sinn und Zweck

der militärischen Kampagne

War der bewaffnete Kampf der IRA vielleicht von vorneherein überflüssig? Hätte die Entwicklung möglicherweise einen positiveren Verlauf genommen, wenn die Republikanische Bewegung schon damals eine gewaltfreie Strategie verfolgt hätte, anstatt gegenüber London den Krieg aufzunehmen? Hätte man die über 3.000 Toten, die der Konflikt bis heute gefordert hat, möglicherweise vermeiden können?

Nur die letzte Frage wird vielleicht einmal mit "ja" zu beantworten sein. Die Verantwortung hierfür liegt aber nicht bei denen, die sich für den bewaffneten Kampf entschieden, weil ihnen alle anderen Wege versperrt wurden, sondern bei den politisch und diplomatisch ungleich einflußreicheren Kräften, die der unterdrückten und diskriminierten katholischen Gettobevölkerung damals nicht in ausreichendem Maße beistanden - vor allem der Regierung in Dublin und den katholischen Mittelklassen im Norden. Mit massivem politischen und diplomatischen Druck wäre vielleicht schon damals mehr möglich gewesen.

Der bewaffnete Kampf der jüngeren Republikanischen Bewegung hatte seinen Ursprung in den Attacken loyalistischer Mobs, denen die katholische Gettobevölkerung wehrlos ausgeliefert war. Denn die bewaffneten Kräfte des Staates verweigerten ihnen nicht nur Schutz, sondern mischten auf Seiten der Angreifer sogar kräftig mit. Das Eintreffen der Britischen Armee brachte nur vorübergehend Entspannung, da sich die Truppen schon bald auf die Seite des unionistischen Regimes schlugen.

Im damaligen Milieu war die Entscheidung für den bewaffneten Widerstand eine logische, der sich ein nicht unerheblicher Teil der katholischen Unterklasse kaum entziehen konnte. Es waren die Briten, die die Militarisierung des Konflikts betrieben und den politischen Massenprotest ("Bloody Sunday" 1972) zusammenschossen.

Auf der anderen Seite war es die IRA, die 1972 das korrupte unionistische Stormont-Regime stürzte. Und nahezu jede Reform, die seit Ausbruch des Konflikts verabschiedet wurde, war von der Absicht geprägt, den Einfluß der IRA einzudämmen. Überdies hat die Kampagne der IRA erhebliche Denkprozesse im britischen Establishment und der britischen Öffentlichkeit ausgelöst, denen immer wieder vorgeführt wurde, daß eine britische und militärische Lösung des Konflikts nicht möglich ist. So statisch der Konflikt nicht nur Außenstehenden oft anmutete, so vollzogen sich unter seiner Oberfläche - gefördert durch die IRA-Kampagne - doch erhebliche Bewegungen. Die IRA hat - weit mehr als Dublin und die SDLP - internationale Aufmerksamkeit für die "irische Frage" mobilisiert. Und last but not least hat sie das Selbstbewußtsein der katholischen Unterklasse gestärkt. Es war die Generation der jungen IRA-Aktivisten, die mit der Resignation und Mutlosigkeit ihrer Eltern brach. Gleichzeitig trat sie damit eine Lawine los, deren Gewalt sie wohl selbst überschätzt hatte. Die jungen IRA-Aktivisten von damals sind die republikanische Führung von heute, sicherlich die intelligenteste, flexibelste und visionärste seit den Tage eines Michael Collins.

"Unterschiedliche Zeiten erfordern unterschiedliche Strategien", konstatiert Danny Morrison, der Anfang der 80er die Doppelstrategie vom bewaffneten und politischen Kampf formulierte und sich z.Zt. noch in Haft befindet. (2) Gefordert ist nun nicht nur Sinn Féin. Gefordert sind nun vor allem die linken Kritiker der Republikanischen Bewegung, die in der Vergangenheit (zu Recht) die Kultur des Militarismus und den elitären Charakter der IRA kritisierten, aber in den letzten Monaten auch mit Sinn Féins Verhandlungsdiplomatie arge

Schwierigkeiten hatten. Ihrem Traum von einer radikalen Massenbewegung steht die IRA nun nicht mehr im Wege.

Die Loyalisten in der Klemme

Die ersten Reaktionen der Unionisten/Loyalisten bestätigten einmal mehr, daß diejenigen, die sich am meisten über den "IRA-Terror" beklagen, in Wahrheit den Frieden mehr fürchten als den Krieg. Der Loyalismus benötigt klare Abgrenzungen und Feindbilder. Nichts ist für ihn schlimmer, als wenn alte Gewißheiten zusammenstürzen. Die Loyalisten fürchten nun, durch das Entstehen einer neuen politischen Dynamik, nämlich den Veränderungen in der britischen Politik und die Einbeziehung Sinn Féins in die Suche nach einer politischen Lösung, auf eine schiefe Ebene zu geraten, auf der sie geradewegs in ein vereinigtes Irland rutschen werden. Diese Annahme ist vermutlich nicht falsch, auch wenn es noch diverse Jahre dauern dürfte, bis es dazu kommen wird. Denn jede Reduzierung der Unterstützung durch London und jede Relativierung der britischen Souveränität entwickelt ihre eigene Dynamik, wie die Entwicklung seit der Unterzeichnung des Anglo-Irischen-Abkommens von 1985 gezeigt hat. Falsch ist indes die Annahme, eine irische Vereinigung würde sie ihrer religiösen und bürgerlichen Freiheiten berauben.

Ihre gegenwärtige Situation haben die Unionisten/Loyalisten selbst verschuldet. Jahrelang hatte sich nicht nur London, sondern auch Dublin und die SDLP um die Unionisten bemüht, um eine moderate Lösung auszuhandeln. Letzlich scheiterten alle diese Bemühungen immer wieder an den Unionisten/Loyalisten. Denn ihr politisches Programm ließ sich in diesen Jahren auf zwei Buchstaben reduzieren: "No".

Die größten Gegner der protestantischen Community sind nicht Gerry Adams und John Hume, sondern deren eigene politische Führer, die sie in ihrer Abkapselung vom Rest der Bevölkerung auf der irischen Insel ständig bestätigt haben. Ihre politischen Führer haben ihr suggeriert, ein Dialog mit dem "Gegner" sei nicht notwendig. Nach der Verkündung des Waffenstillstands gab es innerhalb der protestantischen Arbeiterschaft auch Stimmen, die für Gerry Adams politisches und diplomatisches Geschick Anerkennung ausdrückten. Dies war nicht als politische Zustimmung für den "Hauptfeind", sondern vielmehr als Kritik an der eigenen Führung zu verstehen. Tatsächlich mangelt es der protestantischen Community an einer politisch qualifizierten, intelligenten, flexiblen und visionären Führung, die dazu in der Lage wäre, sie aus ihrer selbstgebauten Sackgasse herauszuführen.

Ein klein wenig kommt in der Bewunderung für Adams allerdings auch zum Ausdruck, daß wir es auch in Nordirland - trotz der sektiererischen Spaltung - mit einer Klasssengesellschaft zu tun haben. Das eigene politische Establishment ist bei der protestantischen Unterklasse alles andere als beliebt. Von Teilen wird es sogar gehaßt. Gleiches gilt auch für die katholische Mittelklasse, die (nicht ganz zu Unrecht) als der eigentliche Gewinner des Krieges betrachtet wird, während sich im Falle der "Provos" Haß mit Bewunderung mischt. Tatsächlich waren die "Provos" in den vergangenen 25 Jahren die einzigen, die gegenüber der protestantischen Community immer offen waren, die ihre Absichten nie verbargen. Ob nun hierin eine Chance liegt, die sektiererische Spaltung zu überwinden, muß allerdings zumindest vorerst bezweifelt werden, auch wenn sich die Sinn Féin-Führung erheblich bemüht. So sprach Adams in Dublin von seinen "protestantischen Brüdern und Schwestern" und bezeichnete die protestantische Unterklasse als "seine Leute". Und während einer Kundgebung zum Waffenstillstand in West Belfast wurden spezielle Lautsprecher aufgestellt, damit man die Rede Adams' auch auf der anderen Seite der hohen Mauer, die den katholischen Teil vom protestantischen trennt, hören konnte.

Dietrich Schulze-Marmeling

1) Eine ausführlichere Analyse der Entwicklung der verschiedenen am Nordirlandkonflikt beteiligten Fraktionen - der Regierungen in London und Dublin, der Unionisten/Loyalisten, der SDLP und der Republikanischen Bewegung - enthält mein Aufsatz "Nationalismus, Unionismus und Ulster-Nationalismus", erschienen in Komlosy/Hofbauer/Elsässer u.a., Krisenherd Europa - Nationalismus, Regionalismus, Krieg, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1994.

2) Einige Leser dieser Zeitung kennen Danny Morrison vielleicht noch von der Sinn Féin-Rundreise 1986. Morrisons Roman "West Belfast", der kurz vor seiner Verhaftung 1989 veröffentlicht wurde, liegt mittlerweile auch in deutscher Übersetzung vor (Danny Morrison, West Belfast, Münster 1994, UNRAST-Verlag).

Aktueller Nachtrag

Bei einem Besuch in Belfast am 16.9. gab John Major bekannt, daß der Medienbann gegen Sinn Féin aufgehoben sei. Jetzt können zum erstenmal seit sechs Jahren Gerry Adams und alle andere VertreterInnen von Sinn Féin in der BBC und anderen Sendern auftreten, ohne daß ihre Stimme von einem Schauspieler gesprochen wird. Gleichzeitig mit dieser Liberalisierung versprach Major aber auch, daß die Zukunft Nordirlands in Bälde mittels eines Referendums entschieden werden solle. Somit setzte der Premierminister seine Schaukelpolitik fort: einerseits einen kleinen Schritt in Richtung republikanische Bewegung und andererseits Aufrechterhaltung der Garantien und Absicherung für die Loyalisten/Unionisten.

as

14. Faschismus, autoritäres Regime, Mediendiktatur? 100 Tage Berlusconi-Regierung

Autor: Jens Renner · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:18

Eine Frist von 100 Tagen wird allgemein einer neuen Regierung eingeräumt, bevor eine erste Bilanz ihrer Tätigkeit gezogen wird. Wenn der ak sich an diese Gepflogenheit hält, geschieht das nicht etwa aus "Unvoreingenommenheit" gegenüber dem neuen Mann, der eine "faire Chance" verdient hätte. Die in einigen linken Blättern gefällten Urteile nach allzu kurzem Prozeß zeigen allerdings, daß übertriebene Eile der Analyse schadet.

Die Warnungen vor der Renaissance des Faschismus in Italien kamen nicht nur aus den Reihen der Linken. "Wehret Berlusconis Anfängen" titelte die Frankfurter Rundschau; Minister und Diplomaten aus anderen europäischen Ländern ließen durchblicken, daß sie ihren neofaschistischen Amtskollegen aus dem Wege zu gehen gedächten. Hier wird wohl nach einer gewissen Schamfrist business as usual eintreten. Gianfranco Fini (MSI/AN) versuchte sich und seine Partei insbesondere Israel als Partner anzudienen. Mit einigem Erfolg: Die Jerusalem Post gab gar ihrer Hoffnung Ausdruck, die Berlusconi-Regierung könne "vielleicht die israelfreundlichste sein, die Italien je gehabt hat". (1)

Eine internationale Ächtung der neuen italienischen Regierung ist jedenfalls völlig unrealistisch. Die antifaschistischen Kräfte Italiens werden ohne solchen diplomatischen Beistand auskommen müssen. Zuallererst werden sie sich Gedanken machen müssen, wie denn eine Verständigung der noch handlungsfähigen linken und demokratischen Opposition auf gemeinsame Gegenwehr erreicht werden kann. Mit den antifaschistischen Demonstrationen am 25. April 1994 - dem 49. Jahrestag des Volksaufstands gegen Faschismus und deutsche Okkupation - wurde dem neuen Rechtsblock eine erste deutliche Warnung übermittelt. (vgl. ak 366)

Gemeinsame Aktionen derer, die den Antifaschismus als Verfassungsgarantie verteidigen wollen, werden auch in Zukunft unverzichtbar sein. Die Rechten - in Italien wie in Deutschland - betreiben die Aussöhnung mit der schwarzen bzw. braunen Vergangenheit, um ein neues, auch aggressiv nach außen mobilisierbares Nationalbewußtsein zu schaffen. Allerdings können die eindrucksvollen antifaschistischen Aktionen des 25. April die Zerstrittenheit des "fortschrittlichen" Lagers in nahezu sämtlichen Fragen der Politik nicht verdecken. Rifondazione Comunista (RC), unter den Parlamentsparteien die entschiedenste Verteidigerin der antifaschistischen Kultur und Tradition, leugnet diesen Zustand zwar nicht. RC-Sekretär Fausto Bertinotti hebt auch die Notwendigkeit hervor, die "Kritikfähigkeit gegenüber kapitalistischer Modernisierung wiederherzustellen" und sich darin deutlich vom PDS abzusetzen, der "in all diesen Jahren dafür gearbeitet (hat), diese Modernisierung zu unterstützen." Dennoch plädiert er dafür, "die Diskussion über die internen Beziehungen der Linken zurückzustellen" und statt dessen eine Politik der Aktionseinheit zu betreiben: "Mit der ‚Aktionseinheit` wollen wir eine politische und soziale Massenbewegung schaffen, die in der Lage ist, die Rechte bei der Konstruktion ihres Regimes zu stoppen." Bertinotti spricht nicht vom Faschismus, sondern von Tendenzen der Rechtsregierung, "ein autoritäres Regime zu installieren." Folgerichtig will er auch "Kräfte mit christlich-demokratischer Tradition" (2) in Bündnisse einbeziehen.

Auch Rossana Rossanda, Mitbegründerin der kommunistischen Tageszeitung il manifesto, warnt davor, die Funktion des Antifaschismus als erledigt anzusehen oder "Garantien für die Unschädlichkeit eines Fini" abzugeben, wie das führende Intellektuelle - sie nennt Vittorio Foa, Norberto Bobbio und Lucio Colletti - seit einiger Zeit tun. Solche Erklärungen seien "einigermaßen unklug, da ein starker faschistischer Stimmenanteil den Weg zu einem Prügelstaat freimacht, und es ist nicht gesagt, daß sich dieser bei einer Verschärfung der sozialen Krise nicht noch als nötig erweisen wird: Nach einer ersten Unschlüssigkeit beneidet Le Figaro Italien um eine Regierung, die es vielleicht besser als Balladur verstehen wird, mit den Arbeitslosen und den Jugendlichen auf der Straße fertigzuwerden." (3)

Die Redaktion von il manifesto, die wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Mobilisierung zum 25. April 1994 hatte, geht in der Brandmarkung der Berlusconi-Regierung noch einen Schritt weiter als Bertinotti und Rossanda. Am Tag nach der Vorstellung der neuen Minister erschien das Blatt mit einer geschwärzten Titelseite und der Schlagzeile "Governo nero" ("Schwarze Regierung"); darunter einige wenige Zeilen Text:

"Faschisten und Monarchisten, Lega-Leute und christdemokratischer Schrott, Industrielle, Anwälte und Manager der Fininvest: das sind die Minister der Regierung Berlusconi. Eine kompakte Regierung der extremen Rechten, die drei nationale Fernsehkanäle und viele Zeitungen besitzt und die die (staatliche Fernsehanstalt) RAI kontrollieren wird. Eine Regierung, die Italien spaltet und der (Staatspräsident) Scalfaro pathetisch die Einheit des Landes anempfiehlt." (4)

Es wäre verfehlt, Berlusconi und seine Mannen (der Regierung gehört eine einzige Frau an) gegen diese Anklage in Schutz zu nehmen. Berlusconi hat sich mit den Kampfgefährten und Erben Mussolinis gemein gemacht und fünf von ihnen (drei aus dem alten MSI) in seine Regierung geholt; er hat damit ein verbrecherisches Regime rehabilitiert, das Oppositionelle ermorden ließ, in Afrika Völkermord betrieb, an der Seite Nazi-Deutschlands in den Weltkrieg zog und an der Vernichtung der Juden mitwirkte. Er muß es sich also gefallen lassen, ein Faschistenfreund genannt zu werden. Allerdings ersetzt die Agitation keine Analyse - aus der Vereidigung von fünf neofaschistischen Ministern folgt noch nicht, daß seit dem 10. Mai 1994 in Italien der Faschismus herrscht bzw. der Weg in den Faschismus unvermeidlich ist. Nicht wenige italienische Linke aber, insbesondere "die standhaften Teile der institutionellen Linken, aber auch der kämpferische Teil der Arbeiter (scheinen) davon überzeugt zu sein, daß es nun darum gehen muß, wieder eine Art antifaschistischer Front gegen die Rechte von Berlusconi, Fini und Bossi auf die Beine zu stellen, um somit einer Opposition Auftrieb zu verschaffen, die sich in vieler Hinsicht arm an Vorschlägen, Initiativen und Ideen darzustellen weiß", schreibt Cosimo Scarinzi und fährt fort: "Es fehlen auch nicht diejenigen, die sich schon in der Pose von Widersachern sowohl des Regimes, das sich mühsam aufbaut, als auch einer blinden und tierischen Masse sehen, die den schwarzen cavaliere (Berlusconi) gewählt hat." (5)

Andere Exponenten der außerparlamentarischen italienischen Linken bekennen offen ihre Auffassung, "daß das Gerede vom Faschismus eine Vereinfachung ist". Sergio Bologna u.a. ziehen es vor, von einer "konservativen Revolution" zu sprechen, und rufen einen außerhalb Italiens meistens übersehenen Umstand in Erinnerung: "Von der öffentlichen Meinung sind die Parteien der linken Koalition viel eher als Verteidiger denn als Reformer des alten Systems der ersten Republik empfunden worden." (6)

Die nüchterne Analyse der Situation fällt angesichts der faschistischen Provokationen schwer: Gianfranco Fini lobt Mussolini; Parlamentspräsidentin Irene Pivetti (Lega Nord) ergänzt, der Duce habe viel für die Frauen getan; ein Europakandidat von Alleanza Nazionale (AN) will Homosexuelle in Konzentrationslager sperren; Arbeitsminister Mastella (AN) spielt auf die Lüge von der "jüdischen Weltverschwörung" an und macht für die Schwäche der Lira die "jüdische Lobby" in New York verantwortlich; Umweltminister Matteoli (ebenfalls AN) bezeichnet Abtreibung ohne alle Einschränkung als Mord. Dazu kommt Berlusconis ungenierter Versuch, das Staatsfernsehen RAI auf Regierungskurs zu bringen.

Dennoch ist der Einwand von Cosimo Scarinzi richtig, daß die so "entstandenen Stimmungsbilder ... auf praktisch-politischer Ebene gefährlich sind." (7) Denn wo der Faschismus sich gerade etabliert oder unmittelbar bevorsteht, kann es für die demokratischen Kräfte, welcher Partei auch immer sie anhängen, nur eine Aufgabe geben: die antifaschistische Einheitsfront zu formieren. Tatsächlich aber hat sich in Italien der prinzipienlose, von vielen als konservativ empfundene Zusammenschluß der progressisti gerade als ein Grund für den Triumph der Rechten herausgestellt. Hier wäre gerade die deutliche Profilierung einer linken Alternative gefordert, die sich der Krisenbewältigung auf Kosten des unteren Drittels der Gesellschaft entgegenstellt.

Schlechte Ratgeber

für die gebeutelte Linke

Alles andere als zweckdienlich sind die Ratschläge, die der italienischen Linken, insbesondere dem PDS, von den Kräften der linken "Mitte" erteilt werden. Leute wie die Publizisten Eugenio Scalfari (La Repubblica) und Giorgio Bocca oder der Historiker Norberto Bobbio sind zweifelsohne "integre" Persönlichkeiten und über jeden Zweifel an ihrer demokratischen, antifaschistischen Gesinnung erhaben. Ihre Kritik am PDS aber kommt von rechts: Dem PDS fehle ein "Leader, der fähig ist, die gesamte Mitte-Links-Opposition zu vereinen, so wie Berlusconi die rechte Mitte vereint hat", meint Scalfari und hofft auf die Entstehung einer "Partei der liberalen Linken", die zwischen einem "sozialen Dirigismus" und einem "wilden Liberalismus" die Mitte hält. (8) Giorgio Bocca wirft dem PDS gar vor, die Prägungen des "Kommunismus der Dritten Internationale" noch nicht überwunden und der "Modernisierung des Landes" nicht ausreichend Rechnung getragen zu haben. (9) Für

eine Partei, die sich seit Jahren und mit Recht ihrer vollen Übereinstimmung mit der deutschen Sozialdemokratie rühmt, ist das eine ebenso schmerzliche wie ungerechte Kritik. Zu befürchten ist, daß der PDS sie sich zu eigen macht und mit weiterer Rechtsentwicklung beantwortet. Die von vielen geforderte Aufkündigung des Bündnisses mit Rifondazione Comunista würde dazu gehören.

Norberto Bobbio schließlich möchte ein seiner Meinung nach uneingelöstes Versprechen der bürgerlichen Revolution des Risorgimento auf die Tagesordnung setzen. "Italien haben wir geschaffen. Nun geht es darum, die Italiener zu schaffen" (10), hatte Graf Camillo Cavour nach der Ausrufung der Monarchie im Jahre 1860 erklärt. Bobbios Bestandsaufnahme 134 Jahre später: "Es gibt keine Italiener, es gibt Lombarden, Venetier, Piemontesen." Er selbst sei stolz, zum "kultivierten Italien, von Dante bis Verdi," zu gehören. Den Massen, denen diese Namen wenig sagen und denen dieses Italien nichts bedeutet, hat Forza Italia ein zeitgemäßeres Nationalgefühl angeboten. Bobbio: "Es gibt also andere Kriterien (für Nationalstolz als die der Gebildeten; Anm. J.R.): Forza Italia ist ein Kriterium. Der Fußball, die Helden des Sports, Ferrari: Viele Italiener identifizieren sich mit diesen Dingen; eben diesen Dingen, die so viel Konsens um Forza Italia geschaffen haben und auf die sich Präsident Berlusconi in seiner Rede vor dem Senat bezogen hat." (11) Bobbio sagt das nicht anklägerisch - er meint ein Defizit in der Politik der progressisti erkannt zu haben. Zwei Tage nach seiner Rede nahm Gianni Riotta, Kolumnist des Corriere della sera, den Ball auf. Der von Bobbio behauptete Gegensatz von Hochkultur und Massenkultur sei überholt. Die Linke könne nur dann siegen, wenn sie sich an das halte, "was Umberto Eco seit 30 Jahren lehrt: (...) es gibt keinen Bruch zwischen dem ‚kultivierten Italien` und dem von ‚Milan und Juventus`. Wann immer die Linke diese Lektion angewandt hat, hat sie auch Erfolg gehabt." (12) Riottas Vorschlag (der mit Eco nun gar nichts mehr zu tun hat): Die Italienerinnen und Italiener sollten sowohl auf Fausto Coppi (den Radrennfahrer) als auch auf Eugenio Montale (den Dichter) stolz sein. Ein absonderlicher Vorschlag: Der selektive Nationalismus von Forza Italia (Fußball und Ferrari) soll um Dante, Verdi und Montale erweitert werden.

In der Redaktion des PDS-Organs L'Unità wurde die Botschaft gehört und beherzigt. Während der Fußball-Weltmeisterschaft in den USA erschien die Zeitung von Chefredakteur Walter Veltroni, der im Kampf um den Parteivorsitz nur knapp unterlag, mit der Schlagzeile "Forza Italia" - wohl um die Anfeuerung der italienischen Mannschaft "nicht den Rechten zu überlassen". Eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern aus Rom setzte dieser Anbiederung an nationalistische Stimmungen die Gründung eines Komitees "Forza Nigeria" entgegen, um den Achtelfinal-Gegner der italienischen Mannschaft demonstrativ zu unterstützen. Die Initiative habe die alte Frage des Verhältnisses der Linken zur Nationalmannschaft neu gestellt, und das auf "teils scherzhafte, teils ernste Weise", kommentierte La Repubblica (2.7.1994) - eine gelungene, öffentlichkeitswirksame und zugleich unverbissene Aktion gegen den Alltagsnationalismus.

Während Kräfte der "Mitte" wie Norberto Bobbio dem PDS und dem Lager der "Fortschrittlichen" eine Extradosis Nationalgefühl verschreiben, meinen viele Linke, ein weiteres Defizit erkannt zu haben. Der Linken habe es nicht an Ideen und Projekten gemangelt, sondern an "Mythen und Träumen". Rossana Rossanda karikiert diese Diagnose mit beißendem Spott: "Das Fernsehen erteilt unserem schiefgewickelten Ökonomismus einen Verweis und lehrt uns, daß es nicht das Sein ist, das das Bewußtsein bestimmt, sondern daß es sich gerade umgekehrt verhält." Ihre Antwort auf die geforderte Abwendung vom "Konkreten und Materiellen" könnte nicht schärfer ausfallen: "Aus welchem Stoff sollten denn unsere Träume gemacht sein, wenn es ein Versehen war, daran zu glauben, daß man diese Welt ändern muß und kann? Auf was werden wir eine andere Gesellschaft gründen, wenn die Freiheitsrechte doch schon in dieser Gesellschaft gewährleistet sind? Wenn das alles keine Frage von Leben oder Tod mehr ist, die sieben von den acht Milliarden Menschen und einen bereits wachsenden Rand innerhalb unseres Umkreises betrifft?" (13)

Die Anpassung an den Publikumsgeschmack wird den unterlegenen Linken auch hinsichtlich der Politikdarstellung nahegelegt. Nötig sei ein Mann mit "Charisma" und Führungsstärke, ein "linker Berlusconi" eben. Massimo D'Alema, der neue Mann des PDS, wird das sicherlich nicht sein. Er setzt den Weg von Achille Occhetto unbeirrt fort, scheint nur im Unterschied zu seinem Vorgänger entschlossen, den Bruch mit den PCI-Traditionen noch schneller zu vollziehen: "Ich habe Dinge gesagt, die auch in unserem Lager Unruhe auslösen; Schluß mit der Rigidität hinsichtlich der Arbeit; Schluß mit dem Tabu der privaten Schule; Schluß mit einer Linken, die nur die Gefahren sieht, die aus Berlusconis Änderungen entstehen. (...) Ich bin gewählt worden, weil ich gesagt habe, ich will alles ändern ..." (14)

Deutsche Linke und der Sieg der Rechten in Italien

Die meisten deutschen Linksradikalen, die sich über den "Fall Italien" verbreitet haben, scheinen die praktisch-politischen Folgen ihrer wenig fundierten Thesen nicht sonderlich zu interessieren. Hier geht es eher nach der Devise: Je katastrophaler die "Analyse" und die Prognose für die baldige Kopie des italienischen Vorbilds in Deutschland ausfallen, um so "linker" darf sich deren Urheber fühlen. In den linken Tageszeitungen - taz, Neues Deutschland und junge Welt - erleben wir einen Wettbewerb der Oberflächlichkeiten, in dem der eigentliche Gegenstand des Streits mehr und mehr aus dem Blick gerät. Hier passen sich offensichtlich auch die linken Massenmedien dem allgemeinen Seichtigkeitstrend immer mehr an: Statt Information und Argumentation wird Spektakel geboten.

So präsentierte Frank Wehner im Neuen Deutschland nach den italienischen Wahlen "Europas neues Traumpaar: Shiri und Silvio" (Artikelüberschrift). Gemeint waren Schirinowski und Silvio, "so fern und doch in vieler Hinsicht nah". Das ist Populismus von links ohne jeden aufklärerischen Wert: Der Autor ist zufrieden, wenn sein Publikum sich im Angesicht des personifizierten Bösen so richtig gruselt. Sein ernst zu nehmender Hinweis, in Italien habe "1922 schon einmal etwas angefangen, das andere dann zu schlimmster Hochform brachten" (15), wird durch solche effekthascherischen Formeln gleich wieder entwertet.

Den genau entgegengesetzten Weg schlug der langjährige Italien-Korrespondent der taz, Werner Raith, ein. Vermutlich in der Absicht, dem häufig uninformierten Katastrophismus etwas entgegenzusetzen, redete er seinerseits die Gefahr klein. Auch gegenüber den Neofaschisten müsse "die uns doch sonst so heilige Unschuldsvermutung" gelten; zwar könne man annehmen, "daß viele Neofaschisten das Verbot der Neugründung der Mussolini-Partei in der Verfassung gerne streichen, internationale Verträge - wie den über die Zugehörigkeit von Istrien und Dalmatien zu Jugoslawien - brechen und gar kriegerische Abenteuer auf dem Balkan und in Nordafrika durchaus in Erwägung ziehen möchten. Nur: Aus dem Programm läßt sich dies nicht ableiten." (16) Hier irrt der Korrespondent: Die Revision des Vertrags von Osimo (bezüglich Istriens und Dalmatiens) ist eine programmatische Forderung von Alleanza Nazionale. Und das Verbot der faschistischen Partei Mussolinis - einschließlich des Verbots ihrer Neugründung - wollten die neugewählten neofaschistischen Abgeordneten gleich im Mai 1994 per Gesetzesinitiative aufheben lassen. Der entsprechende, dann als "nicht opportun" zurückgezogene Antrag, trug auch die Unterschrift von AN-Sekretär Gianfranco Fini. In seinem Übereifer scheint Raith das völlig vergessen zu haben.

Die Breitseite der dritten linken Tageszeitung ließ nicht auf sich warten. Zwei Tage nach Raiths mißlungenem Versuch, die "polizeilich unbescholtenen Minister der Nationalen Allianz" in Schutz zu nehmen, konterte Jürgen Elsässer in der jungen Welt mit einer persönlichen Beschimpfung des taz-Korrespondenten: "Zum Staatsbesuch von Berlusconi rollen FAZ und TAZ den schwarzbraunen Teppich aus. (...) Dieser TAZ-Korrespondent wird es im Neuen Italien noch weit bringen." Elsässer verschweigt das eigentliche Thema des verunglückten taz-Kommentars. Anläßlich von Berlusconis Antrittsbesuch bei Kohl hatte Raith gefragt: "Darf man so einem die Hand geben?" Er beantwortete sie mit einem klaren Ja - u.a. mit Hinweis auf die kriminellen Machenschaften von Berlusconis Vorgängern. Die Inschutznahme der AN-Minister ("Unschuldsvermutung") fälscht Elsässer um in ein "Lob"; zu den kriminellen Taten, die z.B. dem stets mit höchsten Ehren empfangenen Giulio Andreotti zur Last gelegt werden, äußert er sich nicht: Hier geht es immerhin um mafiose Bandenbildung und Anstiftung zum Mord.

Die demonstrative Ignoranz gegenüber der Vorgeschichte des März 1994 - den fast fünf Jahrzehnten "blockierter Demokratie" in Italien (Michael Braun) - ist überhaupt ein häufig anzutreffendes Merkmal der einschlägigen Kommentare deutscher Linker. Wo diese Vorgeschichte überhaupt zur Kenntnis genommen wird, muß sie geschönt und als "normal" ausgegeben werden. So ist die Mafia für Hermann L. Gremliza ein etwas anderer "Sozialstaat im Staat" (17), und Christian Schmidt erklärt die "sozialpolitischen Verhältnisse" Italiens für "normal" (18) (wenn auch mit Anführungszeichen). Zu diesen angeblich "normalen" Verhältnissen gehören Klientelismus, Korruption, Postenschacher und die systematische Bereicherung der Politiker und ihrer Parteien, die den Staat als ihre Beute betrachten.

Werner Raith kann man allenfalls zugute halten, daß er sich der nostalgischen Verklärung dieser jüngsten italienischen Vergangenheit entgegenzustellen versuchte. Schon in seinem ersten Kommentar zur "ganz neuen Lage" nach dem Erdrutschsieg der Rechten vergriff er sich dabei allerdings in der Wahl seiner Argumente: "Der sogenannte ‚Stammwähler` verweigert seine Dienste, an seine Stelle tritt der Pragmatiker. Das wird, zumindest in Italien, unter Umständen noch instabilere Verhältnisse als bisher schon bedingen. Doch muß das nicht unbedingt ein Nachteil sein. Es wird zumindest jenen Sargnagel der Demokratie tilgen, welcher

in der bisher nahezu unangefochten waltenden Sicherheit der Politiker bestand, ihr Amt qua festgefügter Partei nahezu unendlich festhalten zu können und sich ums Volk und seine Bedürfnisse einen Dreck zu scheren." (19) Woher er dieses Vertrauen in den "Pragmatismus" der Wählerinnen und Wähler nimmt, die sich bald wieder anderen Kräften als den Rechten zuwenden könnten, bleibt sein Geheimnis. Mit der provokatorischen Überschrift "Italiens Wahl hat auch Positives" machte der Kommentator seinerseits deutlich, daß ihm an einer konstruktiven Debatte über das italienische Wahlergebnis und seine Folgen für Europa nicht gelegen ist.

So stehen sich denn zwei Thesen gegenüber, mit deren Begründung sich ihre Urheber nicht weiter aufhalten: "Mehr als ein ‚Rechtsruck` nämlich ist das Wahlergebnis ein Nicht-Linksruck" (20) (Raith); und: "Wir erleben die Herausbildung eines modernen Faschismus", "Berlusconis Italien (wird) prototypisch für das werden, was westeuropäischer Standard von morgen sein wird" (21) (Schmidt). Alles halb so schlimm, findet der eine - die Katastrophe ist nicht mehr aufzuhalten, verkündet der andere.

Die Tücken des "Berlusconismus"

Wer für Italien eine Entwicklung hin zu einem neuen Faschismus annimmt - und dieser Annahme soll hier gar nicht widersprochen werden - wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich diese Entwicklung keineswegs geradlinig und bruchlos vollzieht.

Das Dekret über die Einschränkung der Untersuchungshaft (u.a. Haftverschonung für Korruptionsverdächtige) hätte schon im Juli fast zum Sturz der Regierung geführt. Der "Berlusconismus" - der sich über jeden Widerstand hinwegsetzende Führungsstil - hat einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Für den "lächelnden Diktator" (Indro Montanelli über Berlusconi) war die vom Volkszorn erzwungene Rücknahme des Dekrets mehr als die Niederlage in einer "Sachfrage". Er hat sich als unfähig erwiesen, seine Klientel, die in die Schmiergeldaffären verstrickten Unternehmer, Staatsbediensteten und Politiker, wirkungsvoll zu schützen. Mit seinen Drohungen, die dann allesamt folgenlos blieben, hat Berlusconi sich ein Stück weit lächerlich gemacht.

Fünf Tage dauerte die Kraftprobe, bei der es nicht nur um das Dekret, sondern um "den Berlusconismus als Methode des Regierens" (Eugenio Scalfari) (22) ging: Am 13. Juli legt Justizminister Alfredo Biondi (Unione di Centro - UDC) dem Kabinett ein Dekret vor, das einstimmig angenommen wird: "Danach darf nur noch in Untersuchungshaft genommen werden, wer des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels oder mafioser Bandenbildung verdächtig ist, allen anderen muß ‚Hausarrest` zugestanden werden, ‚sofern die überwachungstechnischen Voraussetzungen dafür vorliegen`." (23) Ein eklatanter Fall von Klassenjustiz - Hausarrest für die Reichen, deren Villen ohne Mühe überwacht werden können; Knast für die Armen, die in unübersichtlichen Mietshäusern wohnen.

Am folgenden Tag verbreiten Zeitungen und Fernsehen den Inhalt des Dekrets. Am Nachmittag erklären die Staatsanwälte des Mailänder Pools "Mani pulite" ("saubere Hände"), sie würden zurücktreten bzw. um ihre Versetzung nachsuchen. Durch die Freilassung der Korruptionsverdächtigen sähen sie ihre Arbeit gefährdet, weil es kaum noch Geständnisse geben werde und ungehindert Beweismittel vernichtet werden könnten. Minister Giuliano Ferrara (Forza Italia) antwortet: "Was interessieren uns die Mailänder Staatsanwälte." (24)

Die Öffentlichkeit sieht das anders. Innerhalb weniger Stunden erhält die Repubblica-Redaktion via Fax Tausende von Protestbotschaften, von denen viele von Forza-Italia-WählerInnen stammen sollen. Drei Tage nach seiner Zustimmung zu dem Dekret behauptet Innenminister und Regierungsvize Roberto Maroni (Lega Nord), er sei hintergangen worden. Ferrara beschimpft ihn deswegen öffentlich als Idioten. Bossi verlangt, daß das Dekret zurückgezogen wird, Fini fordert weitreichende Änderungen. Berlusconi droht mit einem Zusatz, der die Liste der nicht mit Untersuchungshaft bedrohten Delikte noch verlängern würde. Gleichzeitig kündigt er den Rücktritt seiner Regierung an, falls das Dekret nicht durchkomme. Einen Tag später legt Maroni noch einmal nach und spricht von einer Regierung von Betrügern. Berlusconi verlangt von seinem Innenminister Widerruf und Entschuldigung und droht ihm mit Entlassung. Im Gegenzug fordert Umberto Bossi (Lega Nord) den Rücktritt Berlusconis, der das "infame Dekret" zu verantworten habe. Fast alle Staatsanwaltschaften solidarisieren sich mit ihren Mailänder Kollegen. Wieder einen Tag später bietet Berlusconi Änderungen und Zusätze an, schließt aber die Rücknahme des Dekrets aus. Die Suche nach einem Kompromiß beginnt, während Bossi mit Teilen der Opposition Kontakt aufnimmt. Am 19. Juli überstürzen sich die Ereignisse. Um 13 Uhr kündigt Berlusconi eine Ansprache über sämtliche Fernsehkanäle des Landes an, die um 13 Uhr 15 beginnen soll. Um 13 Uhr 10 stellen Bossi und Fini aus Straßburg, wo sie an der konstituierenden Sitzung des

Europaparlaments teilnehmen, ein Ultimatum: Wenn das Dekret nicht zurückgenommen werde, würden sie ihre Minister aus der Regierung zurückziehen. Berlusconis Fernsehauftritt entfällt. Um 17 Uhr tritt das Kabinett zusammen und beschließt die Rücknahme des Dekrets, dessen Text nun als Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht werden soll.

Gemessen an seinen kraftstrotzenden Sprüchen hat Berlusconi eine überaus schmerzliche, beinahe tödliche Niederlage erlitten. Eugenio Scalfari zog eine vorläufige Bilanz der Ereignisse, für ihn eine Mischung aus "Farce" und "Tragödie": "Die Regierung und ihr Präsident haben jede innere und internationale Glaubwürdigkeit verloren." Auch Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro, der das Dekret unterschrieb, habe "keine gute Figur gemacht": Ein "Garant" der Verfassungsnormen, wie er von sich selbst behauptet, ist er offensichtlich nicht. "Die Minister der Lega und von Alleanza Nazionale - entweder weil sie von Berlusconi und Biondi betrogen wurden oder weil sie unfähig waren zu verstehen, was sich vor ihren Augen entschied - haben eine klägliche Vorstellung ihrer politischen Fähigkeiten geliefert." Schließlich: "Die Lira und die Staatspapiere haben ihre niedrigste Notierung erreicht." (25)

Der Staatsstreich

steht noch bevor

Daß die Juli-Krise zum frühzeitigen Abschied vom "berlusconianischen" Regierungsstil führen könnte, mag Scalfari nicht hoffen. Der "Berlusconismus" wird weiterleben: "Die Art, mit Arroganz zu regieren, die tiefe Verachtung der Opposition, welche die schlechtesten Eigenschaften der Italiener herausfordert und auf die Macht des Fernsehens und der Möglichkeiten, die Wahrheiten zu manipulieren, zielt." (26)

- Trotz des nicht besonders erfolgreichen Arbeitsbeginns der neuen Regierung ist das Rechtsbündnis sehr wohl politikfähig. Die politische Heterogenität der Rechtskoalition zwingt allerdings zu Kompromissen, die auch eine Milderung des ultraliberalistischen Sanierungsprogramms bedeuten. Cosimo Scarinzi schreibt: "Wahrscheinlich wird das neue Regime nichts unversucht lassen, zum Teil unvereinbare Politiken zusammenzubringen: Kürzungen bei den Staatsausgaben und zugleich Wahrung der Klientel, freier Markt und Schutzmaßnahmen für Kleinbetriebe, Entstaatlichung und autoritäre Regierung der sozialen Widersprüche, gute Beziehungen zur römischen Kirche und protestantische Ethik." (27)

Daß sich dagegen Widerstand bilden wird, scheint unausweichlich - und die Regierung bereitet sich entsprechend vor. Beim Ausbau der Repressionsinstrumente ist das Programm von Forza Italia konsensfähig. Zusätzlich zu dem bereits existierenden und uneingeschränkt einsatzfähigen Bürgerkriegsapparat sollen verstärkt "Kontaktbereichsbeamte" ("poliziotti di quartiere") einsetzen, um eine "engmaschige Überwachung" ("vigilanza capillare") vor allem in den städtischen "Problemgebieten" zu gewährleisten. Die für den Kampf gegen die "organisierte Kriminalität" geforderten Spezialeinheiten lassen sich bei Bedarf natürlich auch gegen revoltierende Massen einsetzen: Wie schnell kann in der Logik der Herrschenden eine Stadtteilinitiative oder ein Arbeitslosenzentrum zur "kriminellen Vereinigung" werden!

Über die Aufrüstung der Polizei hinaus will die Rechtskoalition den "starken Staat" auch per Verfassungsänderung weiter absichern. Gegen das Versprechen eines stärkeren "Föderalismus" hat auch die Lega Nord den Vorstellungen Berlusconis zugestimmt. Und die sind sehr weitreichend: Nach Ansicht des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Ettore Gallo käme die angestrebte Einführung der Präsidialrepublik einem "Staatsstreich" gleich. (28) Zusätzlich zur Direktwahl eines mit größeren Kompetenzen ausgestatteten Staatspräsidenten soll auch die Position des Regierungschefs gestärkt werden. Falls der designierte Ministerpräsident in gemeinsamer Wahl beider Kammern keine Mehrheit erhält oder falls der amtierende Ministerpräsident das Vertrauen verliert, soll das Parlament "automatisch" aufgelöst und neu gewählt werden - ein sehr wirkungsvolles Instrument in der Hand der Regierung, um das Parlament mit der Androhung von Neuwahlen zur Willfährigkeit zu erpressen. Die Rechte des Senats, der zweiten und bisher gleichberechtigten Kammer des Parlaments, sollen beschnitten werden. Er soll nur bei Verfassungsänderungen mitentscheiden; zu allen anderen Gesetzen soll er lediglich Vorschläge machen dürfen. Letztlich wirkungslos wäre auch die dem Senat zugestandene "Kontrolle der Regierung": Das Programm von Forza Italia sieht hierfür "Anhörungen", "Anfragen" und "Diskussion" vor. Die letztlich allein entscheidende Abgeordnetenkammer soll künftig nach reinem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen gewählt werden. Wie sich dieses System zugunsten der Mehrheit auswirkt, zeigt das französische Beispiel: Bei

den Wahlen im März 1993 gewann das konservative Bündnis UPF mit einem Stimmenanteil von nur 39,5% 484 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung!

Wenn dieser "Staatsstreich" gelingen sollte, wäre jede parlamentarische Opposition auf Jahre hinaus an die Kette gelegt. Die Möglichkeit des jederzeitigen Wechsels zwischen Regierung und Opposition, wesentliche Grundvoraussetzung der parlamentarischen Demokratie, wäre nur bei innerer Erosion des Mehrheitsblocks möglich, die die vorzeitige Auflösung des Parlaments und Neuwahlen nötig machen würde. Beim normalen Gang der Dinge hätte die Mehrheit fünf Jahre Zeit, ihre Wiederwahl abzusichern - durch Gesetzgebung ebenso wie durch Propaganda.

Jens Renner

Dieser Artikel ist ein für analyse & kritik bearbeiteter Vorabdruck aus einem Buch, das im Oktober erscheinen wird:

Jens Renner: Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur. Verlag Die Werkstatt, Göttingen; ca. 200 Seiten; ca. 24,- DM

Anmerkungen:

1) zitiert in Corriere della sera, 17.6.1994

2) Interview in junge Welt, 27.6.1994

3) il manifesto, 8.4.1994; deutsch in Die Aktion Heft 120/122

4) il manifesto, 11.5.1994

5) Die Aktion Heft 120/122

6) 1999 Heft 3/94

7) Die Aktion Heft 120/122 (Daß die "Stimmungsbilder" vom akut drohenden Faschismus "bar jeder Vernunft" wären, wie der Autor hinzufügt, ist eine unsinnige - und damit falsche - Überspitzung.)

8) La Repubblica, 14.6.1994

9) ebd.

10) zitiert nach Zibaldone. Zeitschrift für italienische Kultur der Gegenwart; Nr. 2 (Oktober 1986)

11) La Repubblica, 20.5.1994

12) Corriere della sera, 21.5.1994

13) il manifesto, 8.4.1994; deutsch in Die Aktion Heft 120/122

14) La Repubblica, 2.7.1994

15) Neues Deutschland, 30.3.1994

16) taz, 16.6.1994

17) konkret 5/94

18) Bahamas 14 - 7/94

19) taz, 30.3.1994

20) ebd.

21) Bahamas 14 - 7/94

22) La Repubblica, 20.7.1994

23) taz, 16.7.1994

24) La Repubblica, 20.7.1994

25) ebd.

26) ebd.

27) Die Aktion Heft 120/122

28) Handelsblatt, 11.4.1994

15. Eritrea zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft

Autor: Olaf Neußner · Rubrik: Eritrea · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:14

Nach 30 Jahren bewaffnetem Kampf gegen die äthiopische Zentralregierung gelang es der eritreischen Befreiungsbewegung Eritrean People's Liberation Front (EPLF) im Mai 1991, den militärischen Sieg zu erringen. Zwei Jahre später wurde dieser durch ein international überwachtes Referendum über die Unabhängigkeit besiegelt. Seit der Proklamation der Unabhängigkeit am 24.5.1993 ist Eritrea ein neuer Staat in der "Dritten Welt", der lange nach den anderen Staaten Afrikas eine eigenständige Entwicklung beginnen konnte.

Schuldenfrei, aber bitterarm und vom dreißigjährigen Konflikt halb zerstört, startete Eritrea in der internationalen Arena mit dem Anspruch, es besser zu machen als die vielen anderen afrikanischen Staaten, deren Entwicklung nach drei Jahrzehnten Unabhängigkeit kaum als erfolgreich zu bewerten ist. Oft führte dort ein stillschweigendes Einverständnis von einheimischen Staatseliten mit den Regierungen der westlichen Industriestaaten dazu, daß unfaire Handelsbeziehungen und Kredite zu hohen Verschuldungen und damit zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung sowie ökonomischer und politischer Abhängigkeit der Afrikaner vom Westen beitrugen. In Eritrea bietet sich die Chance, aus den Fehlern der anderen zu lernen und eine demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft für das Land zu eröffnen. Ob das gelingen kann, hängt einerseits vom Verhalten der eritreischen Führung und - vielleicht entscheidend - von internationalen Rahmenbedingungen ab.

Marxistische Traditionen

In Eritrea hatte man in den Befreiungsorganisationen schon Anfang der siebziger Jahre begonnen, intensiv über globale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu diskutieren. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der Studentenbewegung in Nordamerika und Europa wurden sozialistische Perspektiven favorisiert. Die Analysen der Situation Eritreas und die damals verfaßten Programme der Organisationen sind davon geprägt. Natürlich wurde vor allem der Kolonialismus scharf angegriffen, da Eritrea als eine äthiopische Kolonie begriffen wurde, doch darüber hinaus identifizierten die Eritrean Liberation Front (ELF) auf ihrem Kongreß 1971 und die EPLF in ihrem Programm von 1977 auch die Ausbeutung durch Feudalisten und ausländische Kapitalisten, Imperialisten und Zionisten als Probleme. Dementsprechend konfiszierte die ELF in den siebziger Jahren Land, das sich im Besitz von "kapitalistischen Farmern, Feudalisten und religiösen Institutionen" befand und verteilte es an landlose Bauern. Die EPLF sah den antikolonialen Kampf, die Entwicklung einer autarken Wirtschaft und die gesellschaftliche Transformation als ineinandergreifende Prozesse auf dem Weg zur Freiheit an. Sie hatte in ihrem Programm neben der Verstaatlichung von Grund und Boden auch die Einführung von Kooperativen und Staatsfarmen verankert, um die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion voranzutreiben. Die EPLF strebte auch eine nationale Planwirtschaft an, die die Nationalisierung aller größeren Industriebetriebe, Banken, Versicherungen und größerer Handelshäuser einschloß und die Preise für Konsumartikel staatlich regulieren sollte.

In ihren Forderungen zur Demokratisierung, Bekämpfung des Analphabetentums, der Gleichberechtigung der Frauen, einem säkularen Staat und in anderen gesellschaftlichen Bereichen unterschieden sich EPLF und ELF kaum. Beide betonten auch die Rechte der Arbeiterklasse stärker als die der Bauernschaft, obwohl das zahlenmäßige Verhältnis dieser Gruppen eine umgekehrte Reihenfolge nahegelegt hätte. Neben der eigenen Front mit politischem Führungsanspruch initiierten beide auch die Bildung von Massenorganisationen (Arbeiter, Bauern, Frauen, Jugend), die als Vorkämpferinnen für eine Veränderung des rückständigen Bewußtseins der breiten Massen dienen sollten. Die EPLF lehnte sich in ihren programmatischen Ausführungen nicht sehr eng an spezifische sozialistische "Schulen" an, während in der ELF (zumindest in den ersten Jahren) deutlich der Marxismus-Leninismus Moskauer Prägung populär war. So ist es auch nicht erstaunlich, daß sich eritreische Studenten in der UdSSR zunächst offen für die Unabhängigkeit ihres Landes einsetzen konnten.

Parallel zur Entwicklung in Eritrea gewannen sozialistische Ideen jedoch auch in Äthiopien an Einfluß, und die 1974 in Addis Abeba an die Macht gekommenen Militärs suchten immer stärker die Unterstützung der Sowjetunion. Diese Hilfe setzte dann 1977 auch in großem Maße militärisch ein. Durch diese neue Allianz und die sozialistisch orientierten Veränderungen in Äthiopien verlor die ideologische Begründung des

Befreiungskampfes von ELF und EPLF an Überzeugungskraft, da ein ideologisches Leitbild mit dem militärischen Feind paktierte, und dieser Feind zugleich ein dezidiert sozialistisches Image entwickelte. Daß für beide Seiten kommunistische Ideale (z.B. Verbrüderung der ausgebeuteten Klassen) gegenüber nationalistischen Zielen nur von sekundärer Bedeutung waren wurde deutlich, als trotz der ideologischen Nähe der Kriegsparteien die Kämpfe mit immer größerem Einsatz geführt und Verhandlungslösungen nie ernsthaft verfolgt wurden.

Eher machtpolitisch und nur unwesentlich ideologisch bedingte Konflikte zwischen der EPLF und der ELF endeten mit der militärischen Niederlage der ELF, die dann seit Anfang der achtziger Jahre nur noch im Exil Aktivitäten entwickelte und in rund ein halbes Dutzend Fraktionen zerfiel.

Die EPLF setzte ihre politischen Vorstellungen, soweit es die Bedingungen des Krieges zuließen, zügig um, wobei in dem über viele Jahre kontrollierten Gebiet im Norden Eritreas viele ökonomisch wichtigen Bereiche (Industrie und auch Ackerbau) in der weitgehend von Weidewirtschaft und Viehzucht geprägten Gegend nur eine marginale Bedeutung hatten. Innerhalb der EPLF-Strukturen selbst wurde eine praktisch bargeldlose und halbwegs egalitäre Gesellschaft praktiziert. Grundbedürfnisse wie Nahrung und Kleidung wurden in Naturalien ausgegeben, es wurde in Gruppen und nicht in Familienverbänden gelebt.

1987 wurde auf dem 2. Kongreß der EPLF ein leicht verändertes national-demokratisches Programm verabschiedet. Darin wurden einige radikale Formulierungen entschärft. Zum Beispiel wurde nicht mehr "die Nationalisierung aller Industrie, die sich in den Händen von Imperialisten, Zionisten, äthiopischen Kolonialisten, ihren eritreischen Lakaien sowie den Ausländern, die die Unabhängigkeit Eritreas bekämpft haben, befindet", gefordert, sondern nur noch "die Nationalisierung aller Industrie, die sich in den Händen von äthiopischen Kolonialisten, deren eritreischen Kollaborateuren sowie den Ausländern, die der Unabhängigkeit Eritreas feindlich gegenüber stehen, befindet". Die Kernpunkte allerdings: Verstaatlichung des Landes und aller größeren Betriebe, Planwirtschaft sowie die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft blieben jedoch weiter im Programm erhalten.

"Gemischte Wirtschaft"

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Abkehr der osteuropäischen Staaten vom Kommunismus und nach der Öffnung der Volksrepublik China für ausländische private Investoren wies man in EPLF-Kreisen darauf hin, daß man durch die Entscheidungen des Kongresses 1987, also noch vor der weltpolitischen Wende, bereits die entscheidende Kursänderung vorgenommen habe und keinesfalls nur dem Trend gefolgt sei. Hierbei wurde unterstellt, daß 1987 eine Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgt sei, was so freilich nicht korrekt ist, da das Programm weiter explizit eine Planwirtschaft für Eritrea forderte. Die mündlichen Äußerungen von EPLF-Führern um 1990 wichen allerdings bereits wesentlich vom EPLF-Programm ab. Man sprach von einer mixed economy, bei der private und staatliche Betriebe frei miteinander konkurrieren könnten. Schlüsselindustrien sollten weiterhin in Staatshand bleiben oder auch in joint ventures mit möglicherweise ausländischem Kapital operieren.

Eritrea hatte nach dem Ende der italienischen Kolonialperiode im Vergleich zu Äthiopien einen relativ hohen Industrialisierungsgrad erreicht. Da es inzwischen kaum noch zu Investitionen gekommen ist und teilweise sogar Anlagen demontiert wurden, sind die meisten noch vorhandenen Maschinen völlig überaltert. Rund vierzig staatliche Industriebetriebe arbeiten mit durchschnittlich weniger als 30 Prozent ihrer Kapazität. Die eritreische Regierung hofft darum auf Investoren aus dem Ausland, womit einerseits im Exil lebende finanzkräftige Eritreer, aber auch Ausländer angesprochen werden sollten.

Relativ kurz nachdem die EPLF in Asmara die Macht übernommen und eine Übergangsregierung gebildet hatte, wurde 1991 eine Investment Proclamation herausgegeben, die Steuervorteile, die Möglichkeit, Profite ins Ausland zu transferieren und Zollfreiheit u.ä. festlegte. Ein eigens zu diesem Zweck gebildetes Investment Center sollte für die Umsetzung der Proklamation sorgen. Bald darauf gingen auch relativ viele Anträge auf Gewährung der Vorteile ein: Die allermeisten potentiellen Investoren wollten Import-Export-Geschäfte eröffnen, die flexibel auf die Nachfrage des Marktes reagieren können, nicht unter der mangelhaften Infrastruktur des Landes leiden und relativ große Profite erwarten lassen. Produktive Betriebe jedoch wollte kaum jemand errichten. Die völlig unzureichende Verkehrs- und Kommunikationsstruktur, die schlechte Energieversorgung sowie das Verbot, in der Hauptstadt zu investieren (um die Dezentralisierung voranzutreiben), schreckte

offensichtlich einige ab. Nur sehr wenige Investoren erhielten schließlich die begehrten Vorteile, während die Bevölkerung und natürlich die Händler enttäuscht waren, weil kaum neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und sich nur wenige profitträchtige Unternehmen etablieren konnten. Vor kurzem wurde die Investment Proclamation in einer liberalisierten Fassung veröffentlicht, was wahrscheinlich etwas mehr Investitionen ins Land locken wird. Ob dies angesichts der ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen den gewünschten Erfolg hat, muß bezweifelt werden.

Der Boden bleibt Staatsbesitz

Hier dürfte auch eine Rolle spielen, daß die Landfrage noch immer nicht abschließend geklärt ist. Zwar beschloß der 3. EPLF-Kongreß im Februar diesen Jahres (die EPLF nannte sich hier in People's Front for Democracy and Justice, PFDJ, um), daß alles Land weiterhin im Staatsbesitz verbleiben wird und erteilte damit Privatisierungsbestrebungen eine Absage. Eine entsprechende Proklamation der Nationalversammlung zur Landfrage brachte aber wenig Klarheit. Präsident Issayas Afeworki meinte kurze Zeit später in einem Interview, es sei schwierig für ihn, das Dekret zur Landpacht in einer halben oder einer ganzen Stunde zu erklären, er sei nichtsdestotrotz sicher, daß viele Fragen beantwortet werden, wenn das Dekret umgesetzt wird.

Zukünftige Investitionen werden entscheidend davon abhängen, für wie lange Nutzungsrechte an Private vergeben werden und welche Entschädigung Investoren erhalten, wenn sie den Grundstückswert durch Errichtung von Anlagen erhöht haben. Relativ kurze Pachtfristen dürften potentielle Investoren abschrecken. In der Praxis spielt bei der Vergabe von Baugrundstücken auch eine Rolle, daß in den meisten Orten noch an Stadtentwicklungsplänen gearbeitet wird, so daß hier eine Verzögerung auftritt. Die auffallend geringe Bautätigkeit vor allem in Asmara und die damit einhergehende Wohnungsnot dürften vor allem darauf zurückzuführen sein.

Gebäude - nicht jedoch der Boden, auf dem sie stehen - können grundsätzlich Privatbesitz sein. Sie können ge- und verkauft und vermietet werden. In den letzten Jahren sind viele Häuser, die unter der Herrschaft der Äthiopier verstaatlicht wurden, an ihre ursprünglichen Besitzer zurückgegeben worden. In ländlichen, von der EPLF kontrollierten Gebieten wurde in den Jahren des Befreiungskampfes ein System der regelmäßigen Umverteilung der Felder praktiziert. Alle sieben Jahre wurden die Bewirtschaftungsrechte an die demographischen Veränderungen in der Dorfgemeinschaft angepaßt. Dies führte zwar zu einem hohen Maße an sozialer Gerechtigkeit, war jedoch gleichzeitig eine effektive Methode, Investitionen zu verhindern, da sie sich über einen Zeitraum von sieben Jahren nur selten rentieren. So waren die Bauern kaum bereit, Brunnen zu graben, Bewässerungskanäle anzulegen oder Bodenschutzmaßnahmen (z.B. Terrassenbau) einzuleiten. Inwieweit die neue Proklamation den Ackerbauern mehr Sicherheit bietet, bleibt abzuwarten.

In Eritrea gibt es noch keine eigene Währung, der äthiopische Birr ist weiterhin in Umlauf. Da der Birr eine recht stabile Währung und die eritreische Wirtschaft auf intensiven Handel mit Äthiopien angewiesen ist, besteht auch kein dringender Bedarf, eigenes Geld zu drucken; dies würde zunächst mehr Nach- als Vorteile mit sich bringen. Unklar ist allerdings, wie sich die in Äthiopien und Eritrea unterschiedliche Devisenregelungen und die jeweilige Zinspolitik langfristig vertragen werden.

Die Staatsfinanzen Eritreas waren zunächst äußerst beschränkt, da noch kein effektives Steuersystem etabliert war. Dadurch blieben die Angehörigen des obligatorischen Nationalen Dienstes (sechs Monate militärische Ausbildung, zwölf Monate Arbeitsdienst) praktisch ohne Bezahlung, was im Mai 1993 zu einem öffentlichen Protest führte. Inzwischen werden Steuern eingetrieben (Höchstsatz 48 Prozent) und hohe Importzölle erhoben, und der Nationale Dienst wird bezahlt.

Der Abschied vom EPLF-Programmpunkt Planwirtschaft ist ohne viel Aufhebens vollzogen worden. Eine gewisse staatliche Einflußnahme auf die Preise sichert allein das im Frühjahr 1993 ins Leben gerufene staatliche Eritrean Grain Board (EGB). Diese Organisation versucht, lokal Getreide aufzukaufen, wenn die Preise zu sehr fallen (was v.a. der Fall sein dürfte, wenn größere Mengen externer Nahrungsmittelhilfe verteilt werden), und verkauft das Getreide, wenn die Preise zu sehr steigen. Dadurch sollen sowohl die Produzenten vor zu niedrigen Preisen, als auch die Konsumenten vor zu hohen Preisen geschützt werden. Das EGB kann den Marktpreis nur dann spürbar beeinflussen, wenn es einen substantiellen Anteil am Handel hat. Dies dürfte bis jetzt noch nicht der Fall sein, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß der freie Binnenmarkt gegenüber der kostenlosen Verteilung von ausländischem Getreide häufig nur von untergeordneter Bedeutung ist. Die

eritreische Getreideproduktion ist bis jetzt noch weit davon entfernt, den Bedarf des Landes zu decken. Außerdem schwankt die Produktion abhängig vom Verlauf der Regenzeit extrem. In den letzten Jahren konnten häufig nur ca. 20 Prozent des Bedarfs durch die eigene Produktion gedeckt werden. 1993 waren es allerdings auf Grund außergewöhnlich guter Regenfälle rund 60 Prozent.

Finanzielle Hilfe

aus dem Ausland

Die Weltbank, der Internationale Währungsfond und auch die deutsche Bundesregierung scheinen mit dem wirtschaftspolitischen Kurs der eritreischen Regierung zufrieden zu sein und haben Unterstützung zugesagt, so daß Kredite zu erwarten sind. Dies würde Eritrea schnell in die finanzielle Abhängigkeit der Industrienationen bringen und wahrscheinlich das stille Ende des Ideals von der eigenständigen Entwicklung Eritreas bedeuten.

Die Bundesregierung hat jetzt Zusagen über 35 Millionen DM gemacht, wobei rund die Hälfte über Programme der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) abgewickelt werden sollen. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Versuch der bundesdeutschen Seite, im Gegenzug von der eritreischen Regierung eine Zusage zur Rückübernahme der etwa 3.000 Eritreer zu erhalten, die in Deutschland keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Diese Forderung war jedoch keine Vorbedingung für finanzielle Hilfen und ist aufgrund der Vorbehalte der Eritreer zunächst zurückgestellt worden. Die eritreische Regierung hat seit drei Jahren deutlich gemacht, daß sie die individuelle Rückkehr von Flüchtlingen nicht begrüßt, sondern die Heimkehr im Rahmen von Programmen wünscht, die die Reintegration dieser Exilanten sicherstellen kann. Solche von der Bundesregierung finanzierten Programme sind auch bereits angelaufen, jedoch bis jetzt noch nicht von vielen Eritreern wahrgenommen worden. Es handelt sich dabei zum einen um ein Fachkräfteprogramm (FKP), das fachlich qualifizierte zurückkehrende Eritreer für zwei Jahre mit einem an bundesdeutschen Verhältnissen orientiertem Gehalt unterstützt. Zum anderen können Eritreer, die in ihrer Heimat eigene Betriebe etablieren wollen, zinsgünstige Existenzgründungsdarlehen in Anspruch nehmen. (Insgesamt leben rund 700.000 bis 1 Million Eritreer im Ausland, bei einer Bevölkerung von rund 2 Millionen in Eritrea selbst.)

Die US-Regierung ist bisher auffallend zurückhaltend, was die Unterstützung Eritreas angeht, wobei nicht deutlich wird, ob man mit dem wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung noch immer nicht zufrieden ist oder die nur zögernd betriebene Demokratisierung ausschlaggebend ist. Eng ist hingegen die Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und Eritrea. Das nährt Spekulationen, denen zufolge die eritreische Führung ähnliche politisch-ökonomische Ziele wie China verfolgen würde. Ausländische, kapitalistische Investitionen seien zwar willkommen, aber ansonsten werde eine politische Liberalisierung abgelehnt.

Von einer solchen Liberalisierung ist in Eritrea bis jetzt in der Tat noch nicht viel zu spüren. Die PFDJ ist die einzige legale politische Organisation partei-ähnlichen Charakters. Andere Parteien werden wahrscheinlich erst in mehreren Jahren und dann auch nur unter sehr eng definierten Kriterien zugelassen. Ein Pressegesetz, das schon vor mehreren Monaten veröffentlicht werden sollte, um die Basis für die Abschaffung des staatlichen Medienmonopols zu legen, ist noch immer nicht herausgekommen und die vor einem halben Jahr offiziell ins Leben gerufene Verfassungskommission hat noch keine nennenswerten Aktivitäten entfaltet.

Sicher nicht zuletzt mit Blick auf die von inneren Konflikten geschüttelten Nachbarn Eritreas (Sudan mit den Auseinandersetzungen im Süden; Djibouti mit den aufständischen Afar; Äthiopien mit der polarisierenden ethnischen Regionalisierung; Jemen mit dem Nord-Süd-Konflikt) ist die Regierung bemüht, solche Entwicklungen zu vermeiden. In öffentlichen Stellungnahmen spielen die Beschwörungen der Einheit Eritreas eine immer größere Rolle. Eine rasche Demokratisierung mit der Umsetzung von weitgehenden bürgerlichen Freiheitsrechten wird in diesem Zusammenhang offensichtlich als gefährlich eingeschätzt.

Einem Ideal ist man in Eritrea treu geblieben und hat es auch, im arabischen oder afrikanischen Kontext betrachtet, mit einigem Erfolg umgesetzt. Die EPLF hat sich nachdrücklich für die Gleichberechtigung von Frauen engagiert. Innerhalb der Organisation und in den von ihr während des Befreiungskampfes kontrollierten Gebieten erhielten Frauen die gleichen Rechte wie Männer, die Ausbildung in technischen Berufen wurde stark gefördert und ca. ein Drittel der bewaffneten Kräfte waren Frauen. Heute sind Frauen in entscheidenden Positionen noch immer selten, Quotenregelungen sorgen allerdings für eine gewisse Repräsentanz von

Frauen im nationalen Parlament sowie den zehn regionalen Parlamenten. Es gibt allerdings unterschiedliche Ansichten darüber, wie weit diese Veränderungen in der heutigen eritreischen Gesellschaft tatsächlich verankert sind. Viele Anhaltspunkte sprechen dafür, daß die neue Rolle der Frau nicht sehr weitgehend akzeptiert ist. Speziell in ländlichen und moslemischen Gebieten haben Frauen im häuslichen Bereich, aber auch in der Öffentlichkeit, noch immer eine den Männern nachgeordnete Position.

Olaf Neußner

16. Wahlen in Mexiko: Same procedure as every year?

Autor: Juan Chicoy · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:19

"Ich sehe es einfach so, daß der Kampf viel länger dauern wird, als wir vorausgesehen haben", kommentierte Cuauhtémoc Cárdenas, Präsidentschaftskandidat der PRD (Partei der Demokratischen Revolution) die Wahlniederlage der Linken am 21. August. "Es war nicht so einfach, die Dinge nur mit Stimmzetteln zu ändern: Das Regime hat die Wahlen zu seinen Gunsten manipuliert."

Das Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mexiko war für die meisten Akteure und Beobachter eine Überraschung. Nach den offiziellen Angaben des Bundeswahlinstituts IFE erhielt der Kandidat der seit 65 Jahren regierenden Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), Ernesto Zedillo, 48,77%, gefolgt von Diego Fernández, dem Kandidaten der klerikal-konservativen PAN (Partei der Nationalen Aktion), mit 25,94%. Cuauhtémoc Cárdenas von der linken PRD liegt weit abgeschlagen bei 16,6%. Noch einen Tag vor den Wahlen hatte einer der bedeutendsten Intellektuellen Mexikos, der linke Politikwissenschaftler Adolfo Gilly in der Tageszeitung La Jornada geschrieben: "Morgen wird Cuauhtémoc Cárdenas zum neuen Präsidenten Mexikos gewählt werden."

Die realen politischen Kräfteverhältnisse dürfte dieses Ergebnis kaum widerspiegeln. Gemessen an den vor den Wahlen veröffentlichten Meinungsumfragen, die Cárdenas in der Regel um die 10% gaben, hat die Linke verhältnismäßig gut abgeschnitten. In Wirklichkeit gibt in Mexiko kein Mensch etwas auf solche Umfragen, weil sie durchweg von der Regierung manipuliert sind. Die wenigen, kaum verbreiteten Umfragen eher unabhängiger Institute sahen alle drei großen Parteien bei etwa 30%, was realistisch erscheint. Unbestritten ist jedoch, daß die Wahlkampagne der Linken weit mehr Menschen mobilisierte und eine größere Resonanz in der Gesellschaft fand, als die jeder anderen Partei. Allein an der Abschlußkundgebung der PRD am 13. August auf dem Zócalo von Mexiko-Stadt, dem Platz vor dem Regierungspalast, beteiligten sich 280.000 AnhängerInnen. Eine Zahl, die selbst die Staatspartei PRI nicht erreichte, obwohl sie ihren Statisten einen vollen Tageslohn fürs Fähnchenschwenken zahlte.

Die Kampagne der PRD wurde auf dem Lande in erster Linie von den unabhängigen radikalen Campesinogewerkschaften getragen, die sich in den 80er Jahren als Reaktion auf die neoliberale Agrarpolitik der Regierung herausbildeten. Diese Organisationen haben heute im Landesdurchschnitt ein etwa äquivalentes, wenn nicht größeres Gewicht als die regierungsabhängigen Verbände, vor allem in den dichtbesiedelten Staaten des Südens sind sie wesentlich stärker als diese. In den Städten wurde die Mobilisierung vor allem vom Movimiento Urbano Popular, den Stadtteilorganisationen der städtischen Unterklassen, wie der Asamblea de Barrios in Mexiko-Stadt und von Gruppen, die man am besten unter dem Begriff "Bürgerbewegung" zusammenfassen kann, organisiert. Die eigentliche PRD, eine Fusion aus einer Linksabspaltung der PRI und der PSUM (Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos) - der traditionell moskauorientierten KP - konnte damit eine Allianz aufbauen, die die Unzufriedenheit breiter Teile der ländlichen und städtischen Unterklassen sowie der städtischen Mittelklasse bündelte und auf zwei Punkte konzentrierte: Bruch mit dem System der Staatspartei und Schluß mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Auch die beiden anderen bedeutenden Kräfte der mexikanischen Linken, die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN) und die "Demokratische Nationalkonvention" (CND) unterstützten, wenigstens implizit, die Kandidatur Cárdenas. Nach einer Umfrage der eher regierungstreuen Zeitung Reforma erklärten 57% der Befragten ihre Unterstützung für die EZLN, während nur 24% diese ablehnten. Kein Präsidentschaftskandidat hatte vergleichbare Zahlen. Der größte Teil der liberalen Intellektuellen liebäugelte mit einem Wahlsieg Cárdenas.

Die PRI, angesichts der Perspektive, nun womöglich das Schicksal der Staatsparteien des Ostblocks teilen zu müssen, in verschiedene Fraktionen gespalten - von "Reformern" bis zu "Dinosauriern" - hatte sich anscheinend in eine tiefe Hegemoniekrise manövriert. Die Linke - trotz aller Heterogenität in den wichtigsten taktischen Punkten einig - schien in der Lage, die Hoffnungen und Bestrebungen der Mehrheit der sectores populares und eines großen Teils der Kleinbourgeoisie in ihrer konkreten Zukunftsvision zu vereinigen und eine politische Alternative zur abgewirtschafteten Staatsmacht zu bilden.

Was passierte?

Die Linke - und das trifft auf PRD, EZLN und CND gleichermaßen zu - hatte nur zwei Szenarien für den 22. August, den Tag nach den Wahlen, im Kopf. Entweder Cárdenas würde gewinnen, und die PRI hätte keine Wahl, als seinen Sieg anzuerkennen - ober aber es würde einen massiven Wahlbetrug geben, um die PRD um ihren legitimen Sieg zu bringen, was zwangsläufig eine "zivile Insurrektion", einen nationalen Generalstreik zur Verteidigung des Wählerwillens zur Folge haben würde. Die Wirklichkeit erwies sich allerdings als wesentlich komplexer als die Prognose.

Zunächst ist festzuhalten, daß es in der Tat massive Wahlmanipulationen gegeben hat. Die unabhängige Wahlbeobachterorganisation "Alianza Civica/Observación 94" führte in einem vorläufigen Bericht folgende Punkte an:

- Ein beträchtlicher Teil der Wahlberechtigten tauchte nicht im nationalen Wählerverzeichnis auf. Dieses rasuramiento beläuft sich auf 5.846.382 angezeigte Fälle. Das bedeutet, daß möglicherweise mehr als 15% der Wahlberechtigten ihre Stimme nicht abgeben konnten. Es gibt Indizien, daß gezielt (vermeintlich) oppositionelle Wählergruppen "ausradiert" wurden.

- Quasi als "Ausgleich" tauchten dafür andere Wähler gleich doppelt oder sogar mehrmals im Verzeichnis auf. Nun kommt es - wie das Bundeswahlinstitut versicherte - durchaus vor, daß mehrere Bürger auf denselben Namen hören, selbst wenn das - wie im Spanischen - mindestens ein Vorname und zwei Familiennamen sind. Allein traf dies in Mexiko-Stadt auf etwa 15%, im Staat Chiapas gar auf 37% der eingetragenen Wähler zu, was beim besten Willen nicht möglich ist. Mit diesen Phantomwählern konnte das Wahlergebnis verfälscht werden. In mehreren Fällen wurde nachgewiesen, daß die PRI Lastwagen für ihre Anhänger organisierte, die sie von einem Wahllokal zum nächsten brachten.

- Die sogenannte "korporative Stimmabgabe", Gewerkschaftsfunktionäre, Bürokraten der Partei und ihrer diversen Unterorganisationen fordern ihre Klientel zur Stimmabgabe für die PRI auf. Andernfalls drohen Entzug von Sozialleistungen, Arbeitsplatzverlust etc.

In 31% der beobachteten Wahllokale war die geheime Stimmabgabe nicht gewährleistet.

- Da Massen von Wählern nicht in den Listen verzeichnet waren und daher ihre Stimme nicht abgeben konnten, setzte ein Run auf die Spezialwahllokale für Bürger ein, die sich aus irgendeinem Grunde am Wahltag nicht an ihrem Wohnort aufhielten. Diese konnten den Ansturm freilich nicht bewältigen, da ihr begrenztes Stimmzettelkontingent meist sofort nach der Öffnung des Lokals von der nächstgelegenen Armee- oder Polizeieinheit aufgebracht worden war. Wie diese Einheiten überwiegend abgestimmt haben dürften, bedarf keines Kommentars.

- In 65% der beobachteten Wahllokale wurde Personen mit gültigem Wahlausweis die Stimmabgabe verweigert, obwohl sie in den Listen standen.

- Um zu verhindern, daß Personen mehrmals wählen, schrieb das Wahlgesetz vor, jeder Person, die ihre Stimme abgegeben hatte, den Daumen mit einer speziellen unabwaschbaren Tinte zu markieren. In 7% der beobachteten Lokale wurde die Tinte nicht durchgängig angewandt, in 8% der Lokale wurde Personen mit markiertem Daumen die Stimmabgabe gestattet; 7% der Beobachter bemerkten, daß sich die verwendete Tinte abwaschen ließ.

"Wir schätzen die Größenordnung der Manipulation auf zehn Millionen Stimmen", meint Cárdenas. Diese Zahl mag stimmen oder zu hoch gegriffen sein. Kaum bestreitbar ist die Einschätzung der "Alianza Cívica", nach der die Unregelmäßigkeiten so groß seien, "daß die Legitimität des Wahlprozesses qualitativ in Frage gestellt werden muß".

Glaubhafter Wahlbetrug

Schon 1988 hatte die PRI durch einen massiven Wahlbetrug Cuauhtémoc Cárdenas vermutlich um seinen Wahlsieg gebracht. Damals fiel in der Wahlnacht "plötzlich" das zentrale Computersystem aus, die Wahlurnen wurden versiegelt und vom Militär unter Verschluß gehalten, bis sie 1990 "unglücklicherweise" bei einem Großbrand vernichtet wurden. Die PRI rief ihren Kandidaten, den amtierenden Präsidenten Carlos Salinas de Gortari, zum Wahlsieger aus, ohne daß ein genaues Ergebnis festgestellt werden konnte. Damals löste dieses Vorgehen eine Protestwelle aus.

Heute ist die Situation anders. Wenn auch wie Cárdenas meint, der Umfang des Wahlbetruges eher noch größer sei als 1988, hat es doch den einen großen Betrug nicht gegeben, sondern eine Vielzahl kleinerer und größerer, im einzelnen teilweise schwer nachweisbarer Manipulationen, von denen jede für sich genommen vielleicht nur einige Zehntel oder Prozentpunkte ausmacht, deren kumulativer Effekt aber sehr wohl die Mehrheitsverhältnisse entscheidend verfälscht haben könnte.

Der wichtigste und überraschendste Unterschied ist aber das Ausbleiben massiver, das ganze Land erfassender Proteste. Diese Tatsache steht im krassen Widerspruch zu der offensichtlichen Stärke der PRD-Kampagne und der Aufbruchstimmung unter der Linken (EZLN, CND) vor den Wahlen. Mit dieser Situation hatte niemand gerechnet: Nicht einmal die Regierung und am allerwenigsten die Linke. Zwar gab es am Samstag nach den Wahlen eine Kundgebung von immerhin 100.000 PRDistInnen auf dem Zócalo von Mexiko-Stadt und diverse Proteste in anderen Orten, auf denen die Annullierung der Wahlen gefordert wurde. Der angekündigte zivile Widerstand, der nationale Generalstreik gar blieb jedoch aus.

Drei Faktoren scheinen mir bedeutsam, die in den Prognosen der Linken unterbelichtet waren und die dieses Phänomen wenn auch nicht erklären, so doch weniger überraschend erscheinen lassen.

1) Die Linke unterschätzte die Medienkampagne der PRI. Mehr als 90% der mexikanischen Haushalte besitzen einen Fernsehapparat, für die meisten ist das Fernsehen das einzige Medium, daß sie erreicht. Dieses aber ist in Mexiko hochmonopolisiert, fast ausschließlich in den Händen es Privatkonzerns Televisa, der 100%ig auf PRI-Linie eingeschworen ist und dessen Auffassung von journalistischem Ethos noch weit unter denen deutscher Privatsender liegt. In der Televisa-Kampagne wurde die PRD permanent als die Partei des Chaos und Bürgerkriegs, die PRI als die Partei der Stabilität, des Friedens und der Reformen dargestellt. Wer dieser platten Propaganda nicht auf den Leim gehen wollte, verstand immerhin die Drohung, die hinter dem Diskurs steckte: Wir geben die Macht nicht freiwillig aus den Händen: Wenn die PRD gewinnt, garantieren wir für nichts.

2) Die PRD und die Linke im weiteren Sinne unterschätzten die Angst breiter Schichten der Bevölkerung vor der Ungewißheit eines politischen Wandels und die immer noch fortwirkenden korporatistischen Mechanismen, mit denen die PRI nach wie vor diese Schichten unter ihrem Einfluß hält. Die Kampagne der PRD bewies letztendlich nicht mehr, als daß die mexikanische Linke eine hochmobilisierte und bedeutende Minderheit der Gesellschaft darstellt, die mobilisierungsfähigste gesellschaftliche Kraft überhaupt und abgesehen von der Staatspartei auch die bestorganisierteste. Aber derartige Qualitäten haben innerhalb der Spielregeln bürgerlicher Wahlen bekanntermaßen nur sehr beschränkten Wert. Die schweigende Mehrheit stimmte am 21. August für die PRI.

3) Die PRD und die Linke insgesamt verfügt nur über sehr geringen Einfluß in der Arbeiterklasse. Allein quantitativ ist dieser Umstand nicht zu vernachlässigen, denn Mexiko ist seit langem kein Agrarland mehr: drei Viertel der Bevölkerung leben in den Städten. Entscheidend aber ist, daß die Kontrolle über die Arbeiterklasse der PRI erlaubte, sich als die Partei der ökonomischen Stabilität darzustellen und damit größere Teile der Mittel- und Unterschichten (sowie die zentralen Sektoren der Bourgeoisie) an sich zu binden.

Wie stark diese Kontrolle ist, mag folgendes Beispiel veranschaulichen. Der Führer des mexikanischen Gewerkschaftskongresses CTM, der 94(!)-jährige Fidel Velázques, einer der konservativsten "Dinosaurier" der PRI, ein Politikertyp, vor dem das Breshnewsche Politbüro vor Bewunderung erblaßt wäre, kündigte kürzlich eine "Reform" des CTM-Statuts an: "Der CTM wird jede Reform durchführen, die nicht die Trennung von der Regierungspartei bedeutet, wie das die Opposition gern hätte. Einen freiwilligen, individuellen Beitritt von Gewerkschaftsmitgliedern zu anderen Parteien als der PRI werden wir weiterhin nicht zulassen. Ich weiß nicht, was der Dr. Zedillo darüber denkt, aber soweit ich verstanden habe, wird er so etwas nicht erlauben."

Chiapas:

"Kampf um die Macht"

Anders als im Norden des Landes, anders als in der Hauptstadt, sieht es in den konfliktgeladenen Staaten des Südens aus: Chiapas, Guerrero, Michoacán, Tabasco, Oaxaca und Veracruz, in denen die PRD eine starke Basis unter den radikalen Campesinogewerkschaften hat. Insbesondere in Chiapas, wo zugleich mit den

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auch noch Gouverneurswahlen stattfanden, scheint es ganz und gar nicht so, als würde die PRI die sozialen Spannungen unter Kontrolle bringen können.

Der Gouverneurskandidat der PRD, Amado Avendaño, der kurz vor den Wahlen nur knapp einen Attentatsversuch überlebte, soll nach offiziellen Angaben nur 34,94% der Stimmen erhalten haben. Offizieller Wahlsieger wurde natürlich der PRI-Kandidat Eduardo Robledo mit 50,46%. Im Falle von Chiapas scheint die Rechnung der PRI jedoch nicht aufzugehen. Zu massiv ist der Wahlbetrug, zu stark sind die radikalen Oppositionskräfte. Internationale Wahlbeobachter der Organisation "Global Exchange" sprechen von einem "kriminellen Wahlbetrug" in Chiapas. PRD und EZLN erkennen den "Wahlsieg" Robledos nicht an und sehen in Avendaño den legitimen Wahlsieger.

Seit Anfang September rollt eine Welle von Landbesetzungen über den Staat im Südosten Mexikos. So besetzten am 7.9. über 1.000 Campesinos neun Kaffee- und Bananenplantagen in der Umgebung von Tapachula an der guatemaltekischen Grenze. Einen Tag später besetzte eine Gruppe von Campesinos die Amtsgebäude der Agrarbehörde in Tapachula und nahm mehrere Angestellte fest. Die Bauern fordern die Freigabe staatlicher Ressourcen für ihre Gemeinden und die Anerkennung des Wahlsiegs von Avendaño. Am selben Tag besetzten Militante der Organización Campesina Emiliano Zapata, bewaffnet mit Knüppeln und Macheten, ein 190 Hektar großes Gut bei Villa Comiltan. Indígenas aus fünf Gemeinden im Norden des Staates blockierten am 13.9. die Fernverkehrsstraße Chilón-Yajalón und besetzten die Büros der Agrarkreditbehörde der Zona Norte, um staatliche Unterstützung für ihre Kaffeekulturen einzuklagen.

Diese Liste ist unvollständig und muß es bleiben, denn jeden Tag treffen neue Meldungen über Landbesetzungen in Chiapas ein. Organisiert werden sie größtenteils von den Campesinoverbänden des CEOIC (Staats-Rat der Arbeiter, Bauern und Indígenas).

Indessen bleibt die extreme Rechte nicht untätig: "Das ist kein Agrarproblem, das ist ein Kampf um die Macht", erklärte Jorge Constantino Kanter, Führer des am weitesten rechts stehenden Teils der chiapanekischen Viehzüchter (ganaderos). Seit zweieinhalb Monaten hält eine Gruppe von Ganaderos und Finqueros (Kaffee- und Bananenplantagenbetreiber) den Marktplatz von Tuxtla Gutiérrez, der chiapanekischen Hauptstadt, besetzt, um die Regierung zum "Durchgreifen gegen die PRD und die radikalen Campesinoorganisationen" zu bewegen. "Gegen die Radikalen in Chiapas werden wir das Gesetz anwenden", kündigte Salinas am 12.9. vor der kürzlich vom CEOIC abgespaltenen PRI-Fraktion, die sich jetzt "offizieller CEOIC" nennt, an. Einige Tage zuvor hatte die chiapanekische Polizei schon Haftbefehle gegen die Führer mehrerer radikaler Bauernverbände erbeten.

Die PRI sitzt in gewisser, Weise zwischen zwei Stühlen: Hat sie in Chiapas ihre Basis unter den Campesinos schon weitgehend verloren, läuft sie jetzt Gefahr, sich auch noch das Vertrauen der Ganaderos und Finqueros zu verscherzen, wenn sie nicht bald zu entschlossenen Repressionsmaßnahmen greift. Die chiapanekischen Großgrundbesitzer, die ebenfalls gut organisiert sind, formieren unterdessen ihre eigenen Milizen, für die sie zum beträchtlichen Teil kleinere und mittlere Grundeigentümer rekrutieren, die aus Angst vor den Erhebungen der Campesinos und Indígenas zu erbitterten Konterrevolutionären geworden sind. Seit Wochen gelangen immer wieder Indizien an die Öffentlichkeit, die die Existenz eines paramilitärischen Trainingscamps in Tuxtla belegen, in denen - finanziert von der Ganadero-Organisation FADT (Breite Front zur Verteidigung des Landes) - eine faschistische Söldnertruppe ausgebildet wird. "4.500 Nuevos Pesos (etwa 2.250 DM - J.Ch.) für vier Monate Ausbildung", so Subcomandante Marcos in einem Brief an den offiziellen Wahlsieger Robledo, "ist sehr wenig dafür, daß sie mit einer zapatistischen Kugel zwischen den Augen enden werden. Sie sollten eine Solderhöhung und Lebensversicherung erbitten (damit die Witwe noch etwas davon hat)."

EZLN und CEOIC:

Eigentliche Verlierer der Wahl?

Das politische Panorama, das sich mit dem Ergebnis der Wahlen vorläufig herauskristallisiert hat, wirft neue Probleme für das weitere Vorgehen der mexikanischen Linken auf.

Die PRD als eine breite Linkspartei, die sozialdemokratische und sozialistische Positionen einschließt, wurde im Wesentlichen durch die Kandidatur von Cárdenas zusammengehalten. Heute ist offensichtlich die elektoralistische Strategie gescheitert. "Solange das System der Staatspartei fortbesteht", so Cárdenas,

"macht es keinen Sinn, sich weiter an Wahlen zu beteiligen." Die Differenzierung der Partei, schon von jeher sichtbar, wurde durch die jüngsten Ereignisse nur noch beschleunigt. Während die Parteilinke einem strategischen Bündnis mit EZLN, radikalen Volksorganisationen und CND zuneigt (wie sie das im Süden des Landes schon praktiziert), streben die gemäßigten Kräfte eine schrittweise Reform der Institutionen auf dem Verhandlungswege mit der PRI an. Es erscheint fraglich ob sich das System der Staatspartei durch Verhandlungen beseitigen läßt. Aber es macht den Eindruck, daß die Parteirechte mit dieser konzilianten Haltung - angesichts des offensichtlichen Wahlbetruges und der Ermordung von 300 PRD-Aktivisten während der Amtszeit von Salinas - den hohen moralischen Kredit der Partei völlig verspielt.

Wenn es nicht in nächster Zeit zu einer Trennung der beiden Flügel kommt, dann wohl vor allem deshalb, weil die dialoguistas das politische Gewicht der radikalen Massenorganisationen als Druckmittel in ihrer Verhandlungsstrategie gut gebrauchen können, während die Linke in der gegenwärtigen Situation ihr Verbleiben innerhalb einer mehr oder minder etablierten Partei als gewissen Schutz vor der sich verschärfenden Repression sieht und sich von einer Spaltung in der gegenwärtigen politischen Konjunktur nicht viel verspricht. Auf dem letzten Kongreß der PRD am 10./11. September unterlag die linke Strömung Intransigencia Democrática dann auch der Mehrheit der Dialoguistas.

Die CND, wenngleich keine Bewegung der PRD, ist durch die Wahlniederlage stark zurückgeworfen worden. Ihre Strukturen sind nach wie vor schwach, und sie konnte bisher kaum ein eigenes Profil entwickeln. Immerhin hat sie in der Hauptstadt mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung begonnen. Eine zweite nationale Konventionstagung ist für den November anberaumt.

Die unerwartete Schlappe der PRD und der ausgebliebene zivile Widerstand hat zu einer Reihe von Repressalien gegen CND-Aktivisten geführt. Die berechtigte Angst und Frustration schwächt die Bewegung natürlich weiter. Die Beteiligung an der zweiten Versammlung der CND-Delegierten von Mexiko-Stadt am 10./11. September (der ersten nach den Wahlen) fiel dann auch erwartungsgemäß weit geringer aus als die der ersten. Immerhin sieht es nicht so aus, als ob sich die Bewegung im Sande verlaufen würde. Bis die CND ein eigenes, in der Öffentlichkeit beachtetes Profil gewinnt, dürften allerdings bestenfalls noch einige Monate Arbeit vergehen. Unter den Vorschlägen, die auf der nächsten Zusammenkunft des Präsidiums der CND (eines 100köpfigen Gremiums aus Vertretern aller 32 Bundesstaaten) diskutiert werden sollen, ist unter anderem die Durchführung einer Nationalen Konvention der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Anfang Oktober stattfinden soll.

Die EZLN ihrerseits, Initiatorin der Konventionsbewegung und in gewisser Weise der übersteigerten Hoffnungen auf einen Wahlsieg der PRD, könnte zum eigentlichen Verlierer dieser Wahlen werden. Ihr Versuch, durch die CND eine landesweite Bewegung für den gesellschaftlichen Wandel zu schaffen, in der die EZLN ein Bestandteil unter vielen sein würde, ist so nicht aufgegangen. Die Schwäche der CND und die Tatsache, daß der zivile Widerstand gegen den Wahlbetrug nirgends - außer in Chiapas - eine wirkliche Herausforderung für das Regime darstellt, hat die ZapatistInnen im Wesentlichen wieder auf die Probleme einer regionalen politisch-militärischen Kraft zurückgeworfen, die sich einem übermächtigen Gegner mit einem riesigen sicheren Hinterland gegenüber sieht. Wenn die so viel beschworene "Zivilgesellschaft" in Mexiko-Stadt und den anderen großen Städten des Landes noch ein paar Wochen und Monate länger in ihrer Scheintotenstarre verharrt, während in Chiapas die Dinge nahezu unausweichlich auf eine blutige Konfrontation zusteuern, könnten EZLN und CEOIC zu einer Entscheidungsschlacht unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen gezwungen sein. Schon jetzt verstärkt das Bundesheer seine Truppenteile im Südosten und Marcos spricht von den "Vorbereitungen eines Enthauptungsschlages gegen die ZapatistInnen, ausgeführt durch Elitetruppen".

Im Moment scheinen in der PRI die Befürchtungen vor den Konsequenzen eines unkontrollierbaren Blutbades noch schwerer zu wiegen als der Wille, mit dem politischen Gegner definitiv abzurechnen und das Vertrauen der chiapanekischen herrschenden Klasse wiederzugewinnen. Wenn diese Schranke fällt, dürfte es nicht bei einem Enthauptungsschlag gegen die EZLN bleiben. Die kürzlich wiederaufgeflammten Auseinandersetzungen zwischen guatemaltekischer Armee und URNG, machen ein konzentriertes Vorgehen beider Regierungen mindestens denkbar. Vor wenigen Wochen verkündete der guatemaltekische Verteidigungsminister, seine Armee hätte ein Waffenlager der URNG entdeckt, daß für die EZLN bestimmt gewesen wäre. Man machte sich nicht die Mühe, irgendetwas in der Art eines Beweises zu präsentieren.

Die Campesinogewerkschaften des CEOIC, meist nur mit Knüppeln und Macheten bewaffnet und ohne die Chance, sich in den Dschungel zurückzuziehen, dürften das erste Ziel der Repression sein.

Juan Chicoy

México D.F., 14.9.94

17. Spendenaufruf: Dürrekatastrophe in Nicaraguas Norden

Autor: Informationsbüro Nicaragua · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:37

"Die Kleinbauern und Kooperativenmitglieder wußten allesamt nicht, wie sie sich während der Zeit bis zur zweiten Ernte ernähren sollten und womit sie ihre Aussaat finanzieren sollten. Der Hunger hat dazu geführt, daß alle Arten von Tieren gejagt und gegessen werden, daß den Menschen nur noch die Ernährung durch in Wasser gekochte Wurzeln möglich ist. Vögel und Kleintiere sind inzwischen in manchen Gebieten fast vollständig aufgegessen ..."

(Bericht des Nicaragua-Forums Heidelberg in Anschluß an ihre Delegationsreise Juli/August 1994 über die Situation im Norden Nicaraguas.)

Seit drei Monaten wird der gesamte Norden Nicaraguas von einer absoluten Dürre heimgesucht. In den Gebieten mit größeren Umweltschäden wie Chinandega und Leon, in denen der bis vor einigen Jahren vorherrschende Monokulturanbau von Baumwolle ohnehin zur Bodenzerstörung, Erosion und dem Versiegen der Flüsse beitrug, zeigen sich nun besonders verheerend die Auswirkungen dieser Dürre.

In Leon und Chinandega wurden die Ernteerträge der ersten Aussaat des Jahres zu 100% zerstört. Betroffen davon sind vor allem die kleinen Kooperativen und Produzenten, die weder über finanzielle noch über Erntereserven verfügen, um sich über die Zeit bis zur nächsten Ernste zu retten.

Vor einigen Tagen startete die U.N.O.-Regierung Violetta Chamorros ein nationales Nothilfeprogramm, in dessen Rahmen sie vor allem Saatgut für die zweite Aussaat austeilen, oder zu günstigen Krediten vergeben ließ. In den Genuß sowohl der Kredite als auch der Verteilung des Saatgutes kamen bislang jedoch keine kleinen, mittleren Produzenten und Kooperativen, deren sandinistischer Hintergrund bekannt ist.

Zudem deckt das Notprogramm der Regierung weder die von der Dürre verursachten Schäden ab, noch gibt es eine Antwort auf die vor allem von den kleinen und mittleren Produzenten durch den Ernteausfall akkumulierten Bankschulden, die durch diese neuerlichen Kredite bei den nicaraguanischen Zinssätzen zunehmend unbezahlbar werden. Als Folge sind massive Landverkäufe abzusehen, wobei die Menschen, die auf diese Weise ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden, bei den aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen unter dem Zeichen des Neoliberalismus auch in keinem anderen Bereich ein Auskommen finden können.

Ebensowenig gibt das Notprogramm der Regierung eine Antwort auf die im Rahmen der Dürre steigenden Preise für Grundnahrungsmittel. Um ein Beispiel zu geben: Normalerweise kostet das Quintal Mais ca. 50 Cordoba. Momentan liegt der Preis für das Quintal bei 150-200 Cordoba, wodurch dieses für die arme Bevölkerung wichtigste und grundlegendste Nahrungsmittel unerschwinglich wird.

Schnelle, unbürokratische Hilfe ist notwendig!

Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrich Ebert Straße 141 b, 42013 Wuppertal

Sparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Konto: 976 738, Stichwort: Dürre

18. Produktion genormter Bananen. Hintergründe zum Streik in Costa Rica

Autor: Boris Scharlowski, Rudi Pfeifer; BanaFair · Rubrik: Costa Rica · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:02

Zwei Streiks der costaricanischen BananenarbeiterInnen auf Pflanzungen des britischen Bananenmultis Geest Caribbean Americas haben erneut die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Bananeros/as thematisiert.

Im Anschluß an den letzten Streik auf Plantagen der Geest in Costa Rica ist es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. 1.000 ArbeiterInnen hatten am 7. Mai 1994 auf den Bananenplantagen der karibischen Region Sarapiqui zum zweiten Mal innerhalb eines Monats ihren Ausstand erklärt. Die ArbeiterInnen protestierten gegen die willkürliche Kürzung von Löhnen und die Verlängerung der Arbeitszeiten; den ungeschützten Kontakt mit Agrochemikalien; die sexuellen Belästigungen gegenüber den Arbeiterinnen; und für die Rücknahme von bereits ausgesprochenen Entlassungen vornehmlich nicaraguanischer ArbeitsmigrantInnen.

Auf Veranlassung der Geschäftsführung der Geest hin zog die Polizei schwer bewaffnete Einheiten zusammen. Eine größere Anzahl von BananenarbeiterInnen wurde bei dem Angriff der Polizei mit Tränengas und M-16-Gewehren schwer verletzt, weitere wurden verhaftet.

Der aktuelle Streik der Bananeros/as richtet sich gegen die körperlich und geistig äußerst angespannte Arbeits- und Lebenssituation. Die Arbeit in den Pflanzungen ist in erster Linie eine manuelle Tätigkeit, bei der insgesamt ca. 300 verschiedene Arbeitsschritte anfallen, und die gut ausgebildete Arbeitskräfte erfordert. Die Tätigkeiten auf den Pflanzungen werden nach Akkord entlohnt; bei einem Arbeitstag von meist mehr als zwölf Stunden.

Die Arbeit ist auch in anderer Hinsicht extrem gesundheitsbelastend. So wird z.B. die Schädlingsbekämpfung aus der Luft mit hochgiftigen Chemikalien nicht ausgesetzt, wenn in den Plantagen gearbeitet wird. Die meisten der ArbeiterInnen können nicht mehr als zehn Jahre auf einer Bananenplantage tätig sein - spätestens dann sind sie berufs- oder sogar arbeitsunfähig.

Dabei haben die ArbeiterInnen wenig Möglichkeiten, sich gegen die extreme Ausbeutung durch die Bananenmultis zu wehren. So greifen die Bananengesellschaften bei der Anstellung der ArbeiterInnen zunehmend auf Subunternehmer (Contratistas) zurück. Die Finca-Besitzer haben somit keinerlei arbeitsvertragliche Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten. Die ArbeiterInnen solcher Subunternehmer sind meist illegal in Costa Rica lebende AusländerInnen (zumeist NicaraguanerInnen), denen selbst minimale Rechte vorenthalten werden. Mehr als 70% der Beschäftigten haben auf drei Monate befristete Arbeitsverträge; damit werden sie entlassen, bevor sie Ansprüche auf soziale Absicherung erhalten.

Weiterhin haben die Unternehmen ein Netz sozialer Kontrollen entwickelt, um Organisierungsbestrebungen der Arbeitenden schon im Ansatz zu verhindern. Streikende oder gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen werden auf schwarzen Listen notiert; eine weitere Anstellung, auch bei anderen Arbeitgebern, wird quasi unmöglich. Diese Form der Repression hat die in der Bananenregion aktiven Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Gleichzeitig werden, obwohl Costa Rica international den Ruf einer politischen Demokratie hat, auf den Bananenplantagen selbst die minimalsten Arbeitsrechte verletzt. De facto herrscht dort eine Art Ausnahmezustand. Die Arbeitgeber - zumeist multinationale Unternehmen - leisten selbst Gerichtsurteilen keine Folge, oder aber ziehen es vor, die fälligen Strafen zu zahlen, statt den ArbeiternInnen ihre Rechte zuzugestehen. Dabei wird die systematische Aushöhlung des Organisationsrechtes der ArbeiterInnen von der Regierung stillschweigend toleriert.

Sie reagiert damit auf den enormen Druck, der seitens der multinationalen Konzerne auf sie ausgeübt wird. Diese begründen ihrerseits ihre weitergehenden Forderungen nach Steuererleichterungen und finanzpolitischen Vergünstigungen mit dem Argument des Absatzrückgangs, der durch die aktuelle Quotenregelung der Europäischen Union verursacht sei.

Ökologische Folgen

Die Nachfrage nach Bananen bester Qualität seitens der KonsumentInnen in den Industrieländern hat dazu geführt, daß die multinationalen Fruchtkonzerne normierte Bananen (mit standardisierter Größe und ohne Flecken) produzieren.

Die Produktion dieser Bananen erfordert hochtechnisierte Produktionssysteme und den intensiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und chemischen Düngern.

Eines der größten Umweltprobleme wird durch das Spritzen der Plantagen mit hochgiftigen Pestiziden von Flugzeugen aus verursacht. Die ArbeiterInnen selbst werden während ihrer Tägigkeit in den Pflanzungen mit den Chemikalien besprüht, die Sprühnebel erreichen oft auch die Wohnungen der ArbeiterInnen. Die Auswirkungen der Pflanzenschutzmittel machen nicht bei den Pflanzen und den ArbeiternInnen halt - Luft und Wasser sind in den Bananenplantagen bereits hochgradig verschmutzt.

Ein Großteil der Pflanzenschutzmittelrückstände gelangt über die Böden in die Flüsse und in das Meer und schädigt auf diesem Weg die Flora und Fauna.

Gleichzeitig wird in Costa Rica weiterhin Regenwald gerodet. Die genauen Daten über die Zerstörung tropischer Regenwälder für die Bananenproduktion in Costa Rica liegen nicht vor, weil es noch keine umfassenden Studien dazu gibt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß vor wenigen Jahren ungefähr 35% der jetzigen Bananenplantagen noch von Wäldern bedeckt waren. Keine Frage, daß die Abholzung den Tod unzähliger wilder Tiere, wie z.B. bestimmter Affenarten, Faultiere, Vögel usw. verursacht hat und daß die Artenvielfalt kleinerer Pflanzen und Insekten stark zurückgegangen ist.

Die Böden, auf denen sich die Bananenplantagen befinden, gehören zu den fruchtbarsten Böden des Tieflands von Mittelamerika. Da diese Böden intensiv genutzt werden und nichts für den Erosionsschutz getan wird, degradieren sie innerhalb von ca. 15 Jahren und verlieren ihre Fruchtbarkeit.

Zusätzlich belastet die Bananenproduktion die Umwelt durch während der Produktion anfallenden Festabfall. Pro Kilo produzierter Bananen entstehen durchschnittlich 2,12 kg Festabfälle, z.B. Plastiksäcke, leere Pflanzenschutzmittelbehälter, Plastikschnüre und Bananen minderer Qualität.

Einige Worte zur Geest ...

Der britische Fruchtkonzern Geest war bislang in Deutschland weitgehend unbekannt. Durch ein spezielles Abkommen mit den Regierungen der Windward-Inseln (Kleine Antillen) hat der Konzern seit Beginn der 50er Jahre quasi das alleinige Vorkaufsrecht auf die gesamte Bananenproduktion der vier Inseln. Vertrieben wurden die Früchte in Großbritannien. Im Gegensatz zu den traditionellen Bananenmultis (United Brands, Standard Fruit, Del Monte) vertrieb die Geest lediglich Bananen. Die Produktion wurde zumeist von kleineren und mittleren nationalen ProduzentInnen besorgt.

Das unternehmerische Engagement der Geest in Costa Rica im Jahr 1990 steht für eine veränderte Unternehmensphilosophie. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Konzern erstmals als selbständiger Produzent aktiv, d.h. die Angestellten produzieren auf firmeneigenen Plantagen. Das Verhalten der Geest gegenüber ‚ihren` ArbeiterInnen und den Ressourcen des Landes stimmt allerdings besorglich: Der Konzern ist in den letzten vier Jahren durch mehrere Entlassungswellen, den Todesfall eines Jugendlichen und massive Rodungen von Primärregenwald aufgefallen. Der Versuch, den aktuellen Streik niederzuschlagen, stellt somit lediglich ein neues Kapitel des brutalen Vorgehens dar.

Der Konzern vermarktet in Europa (in Deutschland z.B. in Zusammenarbeit mit Edeka) unter den Handelsbezeichnungen ‚Amerigo` und ‚Tropical Eden` (sic!). Auf dem europäischen Bananenmarkt spielt er eine zunehmend wichtigere Rolle. Gemeinsam mit dem ebenfalls britischen Multi Fyffes hat Geest das Monopol der Vermarktung der zollfreien karibischen Bananen inne und hat außerdem Zugriff auf einen Großteil der mengenbeschränkten Lateinamerikaimporte. Geest ist neben Fyffes eindeutiger Gewinner der seit 1. Juli 1993 gültigen neuen europäischen Bananenmarktordnung. Dennoch zahlt der Konzern nach Auskunft costaricanischer BananenarbeiterInnengewerkschaften die schlechtesten Löhne in Zentralamerika (rund 155 DM für zwei Arbeitswochen à 12 Stunden Arbeit pro Tag).

... und ihre Geschäftspraktiken

Geest sowie andere in Costa Rica ansässige Unternehmen machten sich bislang die rechtliche Unsicherheit der vorwiegend nicaraguanischen ArbeitsmigrantInnen zunutze und ließen sie - zumeist für einen Hungerlohn - für sich arbeiten. Eine unter Druck von costaricanischen und nicaraguanischen Gewerkschaften entstandene Migrationsamnestie gibt derzeit illegal in Costa Rica tätigen ArbeiterInnen die Möglichkeit, ihren Status zu legalisieren. Einzige Voraussetzung ist jedoch, daß die Betroffenen eine aktuelle Anstellung vorweisen können. Geest hat sich bis heute dagegen gesperrt, den bei ihr beschäftigten ArbeitnehmerInnen die entsprechenden Papiere auszuhändigen. Denn als Illegale werden die Betroffenen auch in Zukunft keine Chance haben, sich auf rechtlichem Wege gegen den Konzern zu wehren.

Auch gegenüber den Gewerkschaften verhält sich der Konzern alles andere als kulant. Die costaricanischen ‚sindicatos` haben mit ihrem derzeitigen Streik ein neues Kapitel in den Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen aufgeschlagen und einen partiellen Sieg erringen können. Erstmals, seitdem vor 12 Jahren die einstmals starken PlantagenarbeiterInnengewerkschaften militärisch zerschlagen worden sind, haben sie ein Unternehmen an den Verhandlungstisch zwingen können. Sie machten sich damit eine Liberalisierung zunutze, die durch ein Ende letzten Jahres verabschiedetes Gesetz in die Wege geleitet worden ist. Dort wurde zumindest formal die rechtliche Situation der Gewerkschaften aufgewertet. Dies erlaubte ihnen, sich gegenüber den von den Unternehmen eingesetzten ‚Solidaristischen Vereinigungen` durchsetzen.

Dennoch handelt es sich z.T. um einen Pyrrhussieg. Denn ein im Anschluß an den Streik getroffenes Abkommen zwischen der Gewerkschaft der Bananeros/as, Geest und Vertretern des costaricanischen Arbeitsministeriums ist mittlerweile von Geest erneut gebrochen worden. Dies, obwohl von allen Seiten die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen anerkannt wurden: die Respektierung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, die Wiedereinstellung aller ArbeiterInnen, die während der Streiks entlassen wurden, die Zusage zu Verhandlungen über Lohnerhöhungen und die Zusage, keine ArbeiterInnen mehr über die berüchtigten Contratistas (Leiharbeitsfirmen) zu vermitteln. Bereits zwei Tage später, am 18. Mai, entließ der britische Multi erneut 60 Beschäftigte.

Da es sich bei den meisten der entlassenen ArbeiterInnen um aktive Gewerkschaftsmitglieder handelt, wird offensichtlich, daß es sich hier unter anderem um den Versuch handelt, die neue Gesetzgebung zu unterlaufen und die sich verstärkt formierenden ArbeiterInnenorganisationen zu schwächen. Nun ist die vordringlichste Aufgabe der Gewerkschaften, ihren neu gewonnenen Handlungsspielraum effizient auszufüllen und ihn sukzessive gegen die Interessen der Konzerne durchzusetzen. Hierzu suchen sie Unterstützung aus Europa.

Boris Scharlowski, Rudi Pfeifer;

BanaFair

BanaFair ist in ständigem Kontakt mit NROs in verschiedenen europäischen Ländern (Farmers' Link/GB, gebana/CH, Solidaridad/NL, u.a.), um gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der Gewerkschaften der BananenarbeiterInnen zu koordinieren. Daneben brauchen die Gewerkschaften finanzielle Hilfen zur Versorgung der Familien der entlassenen Bananeros/as und zur juristischen Durchsetzung ihrer Rechte.

Spendenkonto: BanaFair, Kto. 716057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 507 631 89, Verwendungszweck "Soforthilfe Geest-Streik"

Zwei Hintergrunddossiers zur neuen europäischen Bananenmarktordnung werden Ende Juli bei BanaFair erscheinen. "Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Portrait eines europäischen Bananenmultis" untersucht auf 24 Seiten die Geschäftspraktiken der Geest. Das zweite Dossier "Die Bananenproduktion in Costa Rica - ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Auswirkungen und mögliche Alternativen" des Costaricaners Foro Emaus gibt einen Einblick in die Diskussionen der Bananeros/as und deren Forderungen. Bezug und weitere Infos: BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen.

BanaFair e.V.

Als 1985 die USA ein Handelsembargo gegenüber Nicaragua verhängten, kamen erstmals Bananen aus Zentralamerika auf den Markt, die nicht von einem der Bananenmultis vermarktet wurden, sondern von dem produzierenden Land selber. Zuvor wurde z.B. die gesamte Bananenernte Nicaraguas von US-Multis aufgekauft und in die USA exportiert.

Die im Rahmen der Nicaragua-Solidarität entstehende Nica-Bananenkampagne wollte zum einen eine konkrete politische Unterstützung der sandinistischen Revolution leisten - wenn auch mit geringen ökonomischen Umfang - und zum anderen sollte bei den KonsumentInnen beispielhaft das Bewußtsein für ungerechte Weltmarktstrukturen geschärft werden. Im Zuge dieser Kampagne entstand in der BRD die "Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Bananen" (ab 1988 als eingetragener und gemeinnütziger Verein) mit den zwei regional verantwortlichen Büros "Liberación" in Hannover und "BanaFair" in Gelnhausen.

Die "AG Nica-Bananen" als bundesweite "Dachorganistation" hat sich im vergangenen Jahr in "Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel" (gebana) umbenannt. Im letzten Jahr mußte Nicaragua aus ökonomischen Gründen - unter anderem sanken im Zuge der Privatisierung der Bananenplantagen sowohl die Qualität wie auch die produzierten Mengen, so daß ein eigener Schiffstransport nach Europa nicht mehr rentabel ist - seinen eigenständigen Verkauf nach Europa aufgeben. Jetzt kauft der US-Multi "Dole" wieder die Produktion für den amerikanischen Markt auf und nutzt darüberhinaus die der nicaraguanischen Vertriebsorganisation BANANIC zugeteilten EU-Einfuhrlizenzen für seine eigenen Ware. Auch im Alternativhandel gibt es daher derzeit keine Nica-Bananen mehr. Seit Herbst 1993 werden statt dessen Bananen von kleineren und mittleren nationalen Produzenten aus Costa Rica importiert und mit einem Aufschlag für soziale und politische Projekte zugunsten der ArbeiterInnen verkauft.

Schwerpunkt der Arbeit von "BanaFair" sind derzeit die Unterstützung der Gewerkschaften in Nicaragua und in Costa Rica, der weitere Ausbau der Kontakte zu Kleinproduzenten in Zentralamerika und im AKP-Bereich (vor allem Karibik), die Auseinandersetzung mit dem Thema EG-Binnenmarkt, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD, die Ausweitung der Diskussion um "fairen Handel" mit Bananen und die Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen in der BRD bzw. innerhalb Europas.

BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, Tel.: 06051-16350, Fax.: 06051-16260

19. Eine böse Stunde. Interview mit E.F. Huidobro - MLN-Tupamaro

Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro (MLN-Tupamaro)

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:10

Ende August schossen in Uruguay Polizeikräfte eine Demonstration gegen die Abschiebung von drei baskischen Flüchtlingen zusammen. Wir fragten Eleuterio Fernández Huidobro, Mitbegründer und führendes Mitglied der MLN-Tupamaros, nach seiner Einschätzung der Vorfälle sowie deren Konsequenzen für die im November 1994 bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Vor wenigen Tagen kam es in Uruguay zum schwersten politischen Zwischenfall seit Beendigung der Militärdiktatur. Die blutige Bilanz: Zwei Tote und Dutzende zum Teil Schwerverletzte. Warum ging die Polizei derart massiv gegen die friedlichen Demonstranten vor?

E. Fernández Huidobro: In unserem Land ist es eine alte Tradition, Flüchtlingen politisches Asyl zu gewähren. In den letzten zwei Jahren entstand in Uruguay eine politische Bewegung, die sich mit asylsuchenden Basken solidarisierte, die von unserer Polizei verhaftet worden waren. Drei Basken befanden sich in einem Hungerstreik, damit sie dem spanischen Staat nicht ausgeliefert würden. Von diesem Moment an kam es zu einer breiten Solidarisierungswelle. Fast die gesamte Linke, Gewerkschaften, Studenten- und Rentnerverbände sowie eine enorme Zahl politischer Gruppen und Organisationen Uruguays riefen zu Streiks und Demonstrationen auf. In den Stunden vor der Abschiebung versammelten sich vor dem Hospital "Filtro", in das die drei Basken eingewiesen worden waren, mehrere tausend Bürger Montevideos, um zu verhindern, das sie zur "bösen Stunde" - Mittwoch, 18.00 - abgeschoben würden.

Warum ist denn Spanien so sehr an der Auslieferung von Jesús Goitía, Mikes Ibañez und Luis María Lizarralde interessiert?

Sie stehen zur Zeit in Spanien vor Gericht, weil sie beschuldigt werden, der ETA anzugehören. Diesen Vorwurf weisen sie zurück. Vor zwei Jahren wurden in Uruguay etwa 30 Personen verhaftet, fast ausschließlich Basken. Von ihnen wurden 13 in Haft gehalten. Der spanische Staat forderte, acht von ihnen auszuliefern. In fünf Fällen weigerte sich Uruguay. Die einzigen, die übrig blieben, sind die genannten drei Personen. Alle anderen wurden wieder freigelassen. Das heißt, daß der spanische Staat in den letzten zwei Jahren in dieser Frage eine schwere Niederlage hinnehmen mußte.

Wie ist zu erklären, daß die Polizei derart gewalttätig gegen die Demonstranten vorging?

Man darf nicht vergessen, daß es in unserem Land bis vor wenigen Jahren eine harte Militärdiktatur gab. Die Repressionsapparate sind intakt geblieben und wurden für ihre Verbrechen nicht bestraft. Es handelt sich also um exakt dieselben Apparate, gegen die die Tupamaros und die sozialen und politischen Organisationen Uruguays so viele Jahre lang gekämpft haben.

Gut, aber ich beziehe mich auf den Moment, in dem es zu diesen Übergriffen kam und ich beziehe mich auf die Schwere der Vorfälle. Die Polizei, wie sie skizziert wurde, existierte ja auch die vergangenen Jahre und hat dennoch nicht so zugeschlagen!

Das Vorgehen der Polizei hat auch uns überrascht. Wir sind gerade erst dabei, die politischen Gründe herauszufinden, warum der uruguayanische Staat derartig gewalttätig agierte. Sicherlich spielt es eine Rolle, daß in drei Monaten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden, die die Linke gewinnen könnte. Wir befinden uns mitten im Wahlkampf. Ein zweiter Faktor: Am Sonntag den 28. August, einige Tage nach den genannten Vorfällen, fand eine weitere Volksabstimmung statt. Es ging um die Frage, ob die Verfassung reformiert werden solle - was nahezu alle politischen Parteien favorisierten -, oder ob deren Vorschlag abgelehnt werden solle. Die Volksorganisationen forderten auf, mit "Nein" zu stimmen. Kurz vor dem Plebiszit wurde nicht nur ein in den letzten Jahren beispielloses Blutbad angerichtet, es wurden auch die einzigen zwei Radios geschlossen, in denen für das "Nein" beim Referendum geworben wurde. Drei Monate vor dem Urnengang wurden die zwei Radios der Opposition dichtgemacht, eins davon, Radio Panamericana, definitiv. Die Bevölkerung soll durch diese Akte des Staatsterrorismus eingeschüchtert werden. Die Leute sollen davon

abgehalten werden, aktiv zu werden und sich an Demonstrationen und Mobilisierungen zu beteiligen. Das Ziel ist, zu verhindern, daß die Linke weiter an Einfluß gewinnt. Die Botschaft ist: Rühr dich nicht, bleib ruhig. Diese Art staatlichen Handelns kennen wir zu genüge. Die Diktaturen in Argentinien, Chile und Uruguay gingen in den siebziger Jahren mit ähnlichen Methoden gegen die Bevölkerung vor. Zur Zeit strengen wir eine umfassende parlamentarische Untersuchung an, daß die Umstände rund um den "schwarzen Mittwoch" bekanntwerden.

Wie ist das Verhalten der Polizei einzuschätzen? Verlor sie in einer konkreten Situation den Überblick, oder handelte es sich um eine wohlvorbereitete Aktion?

Nein, nein. Da war nichts zufällig. Es liegen viele Hinweise und Zeugenaussagen vor, die darauf hindeuten, daß alles gut vorbereitet war. Es gab einen minutiös ausgearbeiteten und eiskalt verwirklichten Plan. So wurden am Mittwoch in mehreren Hospitälern bereits ab 9.30 Uhr Betten und Krankenwagen reserviert. Eine Stunde vor dem Schußwaffeneinsatz gegen die Demonstranten gab es in dem Viertel, in dem die Kundgebung stattfand, einen totalen Stromausfall. Außerdem hatte ein maßgeblicher Polizist einen Parlamentsabgeordneten aufgefordert, Frauen und Kinder vom Ort des Geschehens entfernen zu lassen. Das heißt, die Brutalität war Teil des Polizeiplans. Derzeit werden sowohl auf juristischer Ebene als auch von der Volksbewegung selbst Untersuchungen angestrengt.

Wie steht es um die Leute, die nicht auf Demonstrationen gehen, also die große Mehrheit. Ließen sie sich einschüchtern?

Im Moment nicht. Ganz im Gegenteil. Die Volksabstimmung, die kurz nach den blutigen Vorfällen stattfand, wurde für die Linke erneut zu einem Triumph. Eine überwältigende Mehrheit von 71% stimmte für das "Nein" und nur 29% votierten für den Vorschlag der Etablierten.

Als wir uns vor einem Jahr unterhielten, sagtest Du, daß die größte Gefahr für die Linke nicht die Repression sei, sondern vielmehr deren ideologische Entwaffnung durch die Integration ins herrschende System. Stichwort: Sozialdemokratisierung von Teilen des Oppositionsbündnisses "Frente Amplio", dem auch die MLN-Tupamaros angehören. Stimmt diese These noch?

Ja, das ist immer noch richtig. Aber ich würde darüber hinaus sagen, daß die Vorfälle der letzten Wochen beweisen, daß die Linke Uruguays sehr lebendig ist. Jetzt hat die Linke das Wort. Damit meine ich nicht nur die Organisationen, die man zur Linken zählt, sondern ihre soziale Basis. Denn diese einfachen und bescheidenen Leute waren es, welche an der Spitze dieser politischen Bewegungen standen. Sie standen nicht nur vor dem Hospital "Filtro" als geschossen wurde, sondern gingen auch an die Urne, als der Moment kam, um die Stimme abzugeben. Ich will nicht verschweigen, daß ein Teil der Linken, der von der internationalen Sozialdemokratie beeinflußt ist und sich hier unter dem Schlagwort "Für eine neue Kultur des Regierens" versammelt, eine sogenannte "Selbstkritik" leistet. Sie fragen, ob wir nicht alle einen Teil der Schuld hätten. Ob nicht auch uns Schuld träfe, weil wir zu der Demonstration gegen die Abschiebung aufgerufen hätten. Aber damit liegen sie ziemlich weit daneben. Denn wie erklären sie sich dann das Wahlergebnis vom Sonntag? Das geht sogar auch gegen diese Teile der Linken, denn sie hatten ebenfalls dazu aufgerufen, mit "Ja" zu votieren.

Offenbar hat diese moderate, pragmatische und an Vorstellungen der europäischen Sozialdemokratie angelehnte Strömung ein außerordentlich starkes Gewicht. Sie beeinflußten sowohl das Programm als auch die Kandidatenkür der "Frente Amplio" (FA) wesentlich. Wie stark ist denn die radikale Linke innerhalb der "Frente Amplio"?

Wir haben innerhalb der politischen Strukturen der "Frente Amplio" keine eindeutige Mehrheit. Wir kommen vielleicht auf etwa 50%. Aber die Bevölkerung hat in den letzten Wochen in den entscheidenden Momenten so agiert, wie es die radikale Linke vorgeschlagen hat.

Treten diese beiden Tendenzen der Linken in Form der "Frente Amplio" gemeinsam zu den Wahlen an?

So wie es bisher aussieht, ja. Man sollte auch nicht vergessen, daß die Repression beide Tendenzen traf. Die Rechte trägt also, wie schon in der Vergangenheit, ihren Teil dazu bei, die Linke zu einen.

Welche Chancen hat die "Frente Amplio" bei den Wahlen?

Laut Umfragen liegt sie an zweiter Stelle, nur knapp hinter der größten Partei der Rechten.

Die Linke ist also nicht in Gefahr zu gewinnen?

(Lacht) Doch, die Gefahr besteht. Gerade aufgrund der letzten Ereignisse. Der Triumph im Plebiszit war beeindruckend. Die Rechte steht wirklich ziemlich blöd da. Aber man sollte nicht voreilig sein. Bis zu den Wahlen vergehen noch drei Monate. Die Massenmedien werden weiterhin für ihre Option werben. Die größte Gefahr besteht darin, daß sie nun versuchen, alles zu vertuschen. Es wird ihnen sehr schwerfallen, aber sie werden es versuchen. So wie jenes Massaker auf der Bananenplantage, das Gabriel García Márquez in seinem Roman "Hundert Jahre Einsamkeit" beschreibt. Nach der Verwischung der Spuren hatte es das Massaker nicht einmal mehr gegeben.

Meine letzte Frage: Auf welche Verbündeten kann dann die revolutionäre Linke Uruguays zählen?

Auf die Bevölkerung. Auf die Jugendbewegung, die Alten, die Arbeiterschaft, die Marginalisierten, auf die Leute.

Und auf internationaler Ebene?

Auf die internationale Solidarität. Wir bekommen aus allen Teilen der Welt eine Menge Botschaften, in denen uns Mut zugesprochen und Unterstützung angeboten wird. Dies bezieht sich sowohl auf die Repression als auch auf die Schließung von Radio Panamericana. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich auf diesem Wege auch bei den vielen Menschen bedanken, die sich mit uns in Verbindung setzen, bei der Regierung protestieren und unsere Forderungen verbreiten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Albert Sterr, Nürnberg

20. Glasperlen für Gefangene. Uruguay liefert baskische Gefangene an Spanien aus

Uruguay liefert baskische Gefangene an Spanien aus und erschießt Demonstranten

Autor: Jonas, Berlin · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:17

In Uruguay hat die Frage der Auslieferung dreier baskischer Gefangener nach Spanien zu einer schweren Konfrontation der Solidaritätsbewegung mit der Regierung und der Polizei geführt. Die Auslieferung wurde durch einen blutigen Polizeieinsatz erzwungen: Erstmals seit der Militärdiktatur wurde wieder in eine Demonstration geschossen, wobei zwei Menschen getötet wurden. Kurz vor den Wahlen im November, bei denen ein Wahlsieg des linken Bündnisses Frente Amplio möglich ist, greift die Regierung auf die Mittel der Militärdiktatur zurück, um ihre Macht zu erhalten.

Am 11.8.94 traten die drei baskischen Gefangenen Luis Maria Lizzaralde, Jesus Goitia und Mikel Ibanez, die seit Mai 1992 in Montevideo inhaftiert sind, in einen unbefristeten Hungerstreik, um ihrer drohenden Auslieferung an Spanien, wo sie u.a. der "Mitgliedschaft in der ETA" angeklagt werden, zu verhindern. Sie forderten ihre Freilassung sowie politisches Asyl in Uruguay und erklärten, sie würden den Streik "bis zur letzten Konsequenz" führen. Nachdem das zuständige Gericht in Montevideo am Freitag, den 19.8. die Auslieferung letztinstanzlich beschloß, traten die Gefangenen zusätzlich in den Durststreik und erklärten, sie würden "lieber in Montevideo sterben als nach Spanien ausgeliefert zu werden." Die Gefangenen wurden daraufhin in die Klinik für Intensivmedizin "El Filtro" verlegt, die umgehend von Spezialeinheiten der Polizei umstellt wurde.

Am Montag, den 22.8., demonstrierten 10.000 UruguayerInnen für Freiheit und politisches Asyl der Basken. Die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes PIT-CNT erklärte für Dienstag einen unbefristeten Generalstreik und rief alle ArbeiterInnen Uruguays auf, auf die Straße zu gehen, um das Leben der baskischen Gefangen zu schützen. Die Universität unterbrach ihren Betrieb und LehrerInnen an öffentlichen Schulen traten in den Streik, um an der Mobilisierung teilzunehmen. Am Dienstag nahmen 15.000 Menschen an einer Demonstration vor der Klinik teil, zu der die Führungsgremien der Frente Amplio und der PIT-CNT aufgerufen hatte. Abgeordnete von Herri Batasuna sowie Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen trafen in Montevideo ein, um die Bemühung für die Freiheit der baskischen Gefangenen zu verstärken. Amnesty International forderte den uruguayischen Präsidenten Lacalle auf, die Auslieferung der Basken nicht zu vollziehen, da baskische politische Gefangene in Spanien gefoltert würden. Der Präsident entschied, die Basken auszuliefern.

Am Mittwoch, den 24.8., wurde bekannt, daß ein Flugzeug der spanischen Luftwaffe auf dem Militärflughafen von Montevideo gelandet ist. Um 17 Uhr traf eine Demonstration mit über zehntausend Menschen vor der Klinik ein, wo seit vier Tagen und Nächten mehrere Hundert Menschen wachten, um die Auslieferung zu verhindern. Die Polizei prügelte auf die Menschen ein, um den Platz zu räumen. Als um 20 Uhr mehrere Krankenwagen und Polizeifahrzeuge vorfuhren, begannen die Polizisten, willkürlich in die friedliche Menschenmenge zu schießen. Flüchtende wurden stundenlang von Polizeifahrzeugen durch das Viertel verfolgt und gezielt beschossen, berittene Polizisten drangen in das angrenzende Krankenhaus ein und prügelten auf Verletzte ein. Zwei Menschen starben durch die Kugeln der Polizei, über hundert wurden zum Teil schwer verletzt. Mindestens 63 Menschen erlitten Schußverletzungen, hauptsächlich im Brust-, Hals und Kopfbereich. Inzwischen ist bekannt, daß schon vormittags Plätze im Militärhospital reserviert worden waren, und daß sich während des blutigen Polizeieinsatzes ein "plötzlicher Stromausfall" in dem Viertel um die Klinik ereignete, die telefonischen Verbindungen waren ebenfalls unterbrochen.

Um 23.45, eine Viertelstunde vor Beginn des uruguayischen Unabhängigkeitstages, startete die spanische Militärmaschine mit den drei baskischen Gefangenen an Bord. Ein Abgeordneter von Herri Batasuna wurde am Tag danach des Landes verwiesen, die Sprecherin der Gefangenen, die ebenfalls schon im Mai 1992 verhaftet worden war, konnte sich ihrer Übergabe an die spanische Polizei nur durch Flucht an einen unbekannten Ort entziehen. Das Verteidigungsministerium schloß auf der Grundlage eines Gesetzes aus der Militärdiktatur für 48 Stunden die beiden Radiosender CX 44 Radio Panamericana und CX 36 Centenario, die pausenlos über die Mobilisierung berichtet hatten. Dem von der MLN-Tupamaros betriebenen populären Radio Panamericana

wurde inzwischen die Sendelizenz entzogen. Der Innenminister Ganiola erklärte, "bewaffnete Elemente in der friedlichen Demonstration" hätten auf Polizisten geschossen und Polizeiautos angezündet; in der Presse hieß es, die ehemalige Stadtguerilla MLN-Tupamaros hätte einen Aufstand angezettelt, wobei es sich um "internationalen Terrorismus" handele. Gegen mehrere führende GenossInnen der MLN-Tupamaros wird jetzt ein Prozeß, u.a. wegen "Verleumdung des Staates", angestrengt.

Der lange Arm

der spanischen Polizei

Die drei baskischen Gefangenen sind politische Flüchtlinge. Wie viele baskische GenossInnen waren sie schon vor Jahren dem Terror der spanischen Polizei und ihrer Todeskommandos nach Frankreich entflohen. 1984 lebten in Frankreich, hauptsächlich in Iparralde, dem französischen Teil des Baskenlandes, ca. 700 Flüchtlinge, die durch ihre Teilnahme am Unabhängigkeitskampf in Euskadi vom spanischen Staat verfolgt wurden und deshalb nach Frankreich geflohen waren. Die baskischen Flüchtlinge genossen in Frankreich, bis auf acht Ausnahmen, kein politisches Asyl. Unter dem Schutz der baskischen Bevölkerung konnten sie sich jedoch relativ frei bewegen, ohne einen legalen Aufenthaltsstatus zu besitzen. Normalerweise lebten sie offen mit Wohnung und Arbeitsplatz.

1984 änderte Frankreich seine Baskenland-Politik hin zu einer engen Zusammenarbeit mit Spanien im Rahmen der "gemeinsamen europäischen Terrorismusbekämpfung" (TREVI). 1983 war der von deutschen Sicherheitsberatern gemeinsam mit der spanischen Polizei konzipierte "Plan ZEN" (Zona Especial Norte) in Kraft getreten. Mit dem Plan ZEN wurde das Ziel verfolgt, die baskische Guerilla ETA von der Bevölkerung zu isolieren und den baskischen Unabhängigkeitskampf zu brechen.

Im August 1984 stimmte ein französisches Gericht erstmals einem Auslieferungsbegehren Spaniens für acht baskische Flüchtlinge zu. Das war der Auftakt für eine zunehmende Verfolgung und Kriminalisierung baskischer Flüchtlinge durch den französischen Staat: Sie wurden auf die Fahndungslisten von Interpol gesetzt; Verhaftete wurden ohne juristische Verfahren an das spanische Folterregime ausgeliefert oder gleich in Frankreich inhaftiert. Noch heute sitzen in Frankreichs Knästen, unter Sonderhaftbedingungen und voneinander isoliert, über 60 baskische Gefangene. Seit 1984 wurden mehrere hundert baskische Flüchtlinge nach Nordfrankreich oder in afrikanische und lateinamerikanische Länder verbannt oder deportiert. Zeitgleich mit der Aktivierung des Plan ZEN begann 1983 die aus faschistischen Polizisten rekrutierte spanische Todesschwadrone G.A.L. (Grupo Antiterrorista de Liberacion) in Iparralde zu operieren. Durch die staatlich gedeckten Mordanschläge der G.A.L. kamen bis 1986 über 30 baskische Flüchtlinge sowie französische ZivilistInnen ums Leben, 23 Menschen wurden schwerverletzt.

Der damalige spanische Innenminister Barrionuevos kommentierte diese Entwicklung so: "Der Geist der Solidarität und Kooperation zwischen den TREVI-Mitgliedsstaaten erlaubt es uns, die terroristische Bedrohung, eines der größten Risiken für freiheitliche Länder, mit einer umfassenden und effizienten Entschiedenheit zu bekämpfen."

Als es 1988 zu neuen Razzien mit nachfolgenden Massenverhaftungen und Deportationen kam, beschlossen viele baskische Flüchtlinge, sich der Repression durch Flucht in lateinamerikanische Länder zu entziehen. 13 BaskInnen reisten im Zeitraum 1988 - 1991 mit falschen Papieren in Uruguay ein. Sie lebten offen, zum Teil mit ihren Familien, in Montevideo. 1991 eröffneten sie die Kneipe "La Trainera", in der regelmäßig das uruguayische Establishment bis hin zu Regierungsmitgliedern, denen die Geschichte der RestaurantbetreiberInnen wohl bekannt war, verkehrten.

Ein Jahr später, am 12.5.1992 kam eine hochrangige Delegation der spanischen Polizei nach Uruguay, die ihren uruguayischen KollegInnen am 13.5. eine Schenkung, eine beträchtliche Anzahl Streifenwagen der Marke SEAT, überreichten. Am 15.5.1992 wurden in der "Trainera" 24 BaskInnen, die Flüchtlinge sowie ihre Angehörigen verhaftet.

Alle Gefangenen, auch die Kleinkinder, wurden ED-behandelt und von spanischen Polizeioffizieren, darunter das ehemalige G.A.L. Mitglied Martinez Torres, verhört. Ohne das Aussagen gemacht worden wären, wurden sie sofort von der Polizei den Medien als eine "aktive Zelle gefährlicher baskischer Terroristen" präsentiert. Die 13 baskischen Flüchtlinge blieben im Zentralgefängnis von Montevideo, das gleichzeitig das

Polizeihauptquartier ist, inhaftiert; die Angehörigen wurden wieder freigelassen. Im August 1992 stellte Spanien für acht dieser Gefangenen ein Auslieferungsbegehren, die anderen fünf kamen frei. Kurz nachdem das zuständige Gericht in Montevideo die Rechtmäßigkeit des Begehrens anerkannte, räumte Spanien Uruguay einen sehr großzügigen Kredit zur Sanierung des Gesundheitswesens ein. Eine weitere Gerichtsentscheidung erbrachte etwas später die Finanzierung für die Restaurierung des historischen Bahnhofs in Montevideo. Die Änderung des uruguayischen Asylgesetzes, was eine Voraussetzung für die Auslieferung der baskischen Gefangenen war, wurde mit einem Kredit über 67 Mio US-Dollar honoriert. Nach und nach mußte die uruguayische Justiz weitere Gefangene freilassen, da gegen sie - zu offensichtlich - nichts vorlag und sie ihre Strafe wegen illegaler Einreise längst abgesessen hatten. Um das weitere Auslieferungsverfahren reibungslos über die Bühne zu bringen, wurde daraufhin zuerst der Staatsanwalt, der zu sehr den Buchstaben des Gesetzes folgte, und später der Innenminister - er hat baskische Großeltern - ausgewechselt.

Im Oktober 1993 befanden sich noch Jesus Goitia, Mikel Ibanez und Luis Maria Lizzaralde im Zentralgefängnis Montevideo. Um ihre Freiheit zu erreichen, traten sie bereits damals in einen Hungerstreik, den sie, nachdem sie konkrete Zusagen vom Inneministerium erhalten hatten, nach 26 Tagen beendeten. Diese Zusagen wurden nicht eingehalten.

Die "erfolgreiche Zusammenarbeit" zwischen dem spanischen und dem uruguayischen Staat hat eine lange Geschichte: schon 1989 gab es zwischen den beiden Regierungen eine Übereinkunft zur Überwachung und Verfolgung der vom spanischen Geheimdienst entdeckten baskischen Flüchtlinge. Einige Monate später, im Oktober 89, wurden zwei baskische Flüchtlinge in Uruguay von einem spanischen Kommando entführt und gefoltert, um Informationen über weitere Flüchtlinge sowie zurückliegende Aktionen der ETA zu erlangen. Nach einer erneuten Flucht wurden die beiden vom gleichen Kommando 1991 in Frankreich verhaftet.

Jonas, Berlin

21. Urlaubsland Spanien. Menschenrechte in einem Mitgliedsland der EG

Zur Situation der Menschenrechte in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft

Autor: Rainer Keil · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:30

Als 1981 die Sozialdemokraten in Madrid die Macht übernahmen, wurde dies als Ende der Franco-Diktatur gefeiert. Aber einen wirklichen Bruch mit der Diktatur hat es auch in Spanien nicht gegeben. Jahr für Jahr erscheint das Land in den Berichten von amnesty international und der UN-Kommission für Menschenrechte als ein Land, in dem gefoltert wird. Im Norden des spanischen Staates, wo sich ein breites Bündnis von baskischen Gewerkschaften, Organisationen und Parteien für die Unabhängigkeit von Spanien einsetzt, wird die Folter als Instrument zur Bekämpfung der politischen Opposition eingesetzt.

Der Umgang mit gefangengenommenen Gegnern des spanischen Staates unterscheidet sich von Diktaturen wenig. So besteht zum Beispiel die unhaltbare Situation, daß Verhaftete oft erst nach mehreren Tagen dem Haftrichter vorgeführt werden und bis dahin von jedem Kontakt mit Außenstehenden (Anwälten, Verwandten, Ärzten) abgeschnitten sind ("Incomunicado-Haft"). In dieser Zeit sind die Verhafteten den Polizeikräften ohne öffentliche Kontrolle völlig ausgeliefert. Im Gegensatz zur Franco-Diktatur ist dieses Vorgehen heute legal und wird deshalb von anderen EG-Ländern nicht mehr kritisiert. Von einem wirksamen Bruch mit den alten Unterdrückungsorganen kann weder im organisatorischen noch im personellen Bereich gesprochen werden. Nach dem Tode Francos wurde keine Einheit der Guardia Civil und der Nationalpolizei aufgelöst, niemand entlassen. Und darüber hinaus rekrutierte die PSOE-Regierung aus den Reihen der alten Folterer und Mörder Killerbanden (GAL), die aus einem Geheimfonds des Innenministeriums bezahlt wurden - so festgestellt von einem Gericht während des Prozesses gegen die Führer dieser Kommandos.

Eine "ganz normale Verhaftung"

Aber auch eine "ganz normale Verhaftung" ist im spanischen Staat nicht immer das, was man sich darunter in Europa so allgemein und bequemerweise vorzustellen angewöhnt hat. Das jüngste Beispiel dafür, eine Reihe von Vorfällen in diesem Frühling, soll das etwas verdeutlichen.

Am 16. März 1994 wurden in Berriozar/Euskadi sechs junge Männer verhaftet und in der Kommandantur der Guardia Civil in Pamplona/Irunea schwer gefoltert. Einer von ihnen, Jaime Iribarren, mußte mehrere Stunden nach der Festnahme ins Krankenhaus von Pamplona eingeliefert werden. Auch im Krankenhaus selbst wurde er noch geschlagen. Nach einer ambulanten Behandlung durften ihn die Guardia Civiles mitnehmen, und die Mißhandlungen gingen noch bis zum 19.3.94 weiter, bevor er dann dem Richter vorgeführt wurde. Nach der Anhörung wurde er freigelassen.

Am 22.3.94 gaben er und die fünf Beschuldigten anderen eine Pressekonferenz, in der sie öffentlich über die Folter berichteten, der sie ausgesetzt waren. Sie verlangten eine Untersuchung der Vorfälle.

Der folgende Text ist dem "Egin" vom 12. April 1994 entnommen. Am Tag vorher war Jaime Iribarren erneut festgenommen worden. Er ist seitdem inhaftiert: "Verschiedene Organisationen verbinden seine Verhaftung damit, daß er öffentlich Anklage wegen Folter erstattete - Die Angehörigen sprechen von Anmaßung des Richters Carlos Bueren - Für den Jugendring (‚Consejo de la Juventud` handelt es sich dabei um eine Venebelungsaktion.

Die erneute Verhaftung des Präsidenten des Jugendringes von Navara fand statt, nachdem er öffentlich Anzeige wegen Folter erstattet hatte und Anschuldigungen - eine Beschuldigung vor drei Jahren betreffend - zurückwies.

Mehrere Organisationen klagten die Vorgehensweise der Audiencia Nacional an und bezeichneten sie als Reaktion auf die öffentliche Anklage wegen Folter, die Iribarren erhoben hatte. Der Richter des Bundesgerichtshofes Carlos Bueren scheint sich über das zukünftige Schicksal Iribarrens nicht ganz im klaren zu sein. Der Präsident des Jugendringes von Nafarroa verbrachte den gestrigen Tag im Gefängnis von Pamplona ohne irgendeine Aussage zu machen und ohne nach Madrid verlegt zu werden, wo er - nach einigen Quellen - vor den Richter geführt werden soll.

Iribarren wird jetzt vorgeworfen, an einer Aktion teilgenommen zu haben, die am 20. Februar 1991 in einem Stadtteil von Pamplona (Sandulezai) begangen wurde.

An diesem Tag setzte eine von zwei angebrachten Bomben eine Maschine der OTEIZA S L in Brand, die damals unter Vertrag der Cubiertas y MZOV stand, einer mit den Bauarbeiten an der Autobahn Irurtzun-Andoain beschäftigten Firma. Das Bundesgericht verficht jetzt die Ähnlichkeit der Fingerabdrücke Iribarrens mit denen, die damals auf einer der beiden Bomben gefunden wurden, obwohl diese Abdrücke den Polizei- und Gerichtsinstanzen die ganze Zeit vorgelegen haben. Darüber hinaus ist Jaime Iribarren seit diesem Datum zweimal vor dem Bundesgericht erschienen, ohne daß eines von beiden irgendeine Anschuldigung gegen den Präsidenten des Jugendringes von Nafarroa erhoben hätte.``

Am nächsten Tag ordnete der Richter an, daß Jaime Iribarren weiter im Gefängnis bleiben muß, obwohl der Richter zugeben mußte, daß der Fingerabdruck auch von ihm selbst hätte stammen können. Einziges "Beweismittel" ist das unter Folter entstandene "Geständnis". Iribarrens Verlegung in ein anderes Gefängnis, mit der die Guardia Civil betraut wurde, dauerte mehrere Stunden länger als notwendig.

Das ist keine einmalige Entgleisung. Im letzten Jahr wurden allein im Baskenland 77 Fälle von Mißhandlungen und Folter im Polizeigewahrsam bekannt. Drei Menschen starben an den Folgen. Die Liste der Mißhandlungen umfaßt Drohungen - auch gegen Angehörige -, Beleidigungen, Entzug von Essen und Trinken, Schläge, erzwungene "Gymnastikübungen", stundenlanges Stehenlassen in unbequemen Stellungen, Schlafentzug, Scheinhinrichtungen, Verbrennungen, die oben beschriebene "Bolsa", Ertränken in einer Badewanne mit Wasser, Exkrementen und Erbrochenem ("Banera"), alle Arten von sexuellen Aggressionen, Einführen von Gegenständen, z.B. der Pistole, in Vagina oder Anus, bis hin zu Vergewaltigungen und Elektroschocks. Die Täter werden so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen. Sie sind meist Mitglieder der Guardia Civil oder der spanischen Nationalpolizei, aber immer öfter auch der baskischen Landespolizei "Ertzaintza", die von deutschen Geheimdienstangehörigen ausgebildet wurde.

Es kommt selten zu Prozessen, weil die Identität der Täter angeblich nicht festgestellt werden kann. Die Opfer kennen oft nicht einmal ihre Gesichter, oder sie werden so eingeschüchtert, daß sie schweigen. Selbst nach Verurteilungen dienen die mehrmonatigen Suspendierungen vom Dienst, die in der Regel außer Geldstrafen die einzigen Konsequenzen sind, zum Teil Fortbildungskursen im Ausland, und nach der Rückkehr werden die so "Bestraften" oft sogar befördert.

Rainer Keil

Wir protestieren gegen die Folter, welche eine durchgängige Praxis in den Kommissariaten der spanischen und baskischen Sicherheitskräfte ist. Einer der letzten Fälle, aber nicht der einzige, ist die Verhaftung des Präsidenten des Landesjugendringes von Nafarroa, Jaime Iribarren, und fünf weiterer Jugendlicher, die auch gefoltert wurden. Sie wurden von Angehörigen der Guardia Civil beleidigt, bedroht, geschlagen - speziell auf die Genitalien - und mit Plastiktüten und durch Tauchen in mit Fäkalien verschmutztem Wasser bis zur Bewußtlosigkeit erstickt.

Die Anschuldigungen gegen Iribarren sind unbegründet und wir fordern seine unverzügliche Freilassung. Insbesondere ist es uns unbegreiflich, wie ein demokratischer Staat ein durch Folter in den Kommissariaten der Guardia Civil zustande gekommenes "Geständnis" als Beweis werten kann.

Wir fordern die Aufklärung der Vorfälle und die Verurteilung und Entlassung der schuldigen Polizeibeamten und auch der dafür verantwortlichen Politiker. In diesem Sinne verurteilen wir auch den negativen Einfluß der Bundesrepublik auf die Situation der Menschenrechte im spanischen Staat.

Die Praxis der Folter ist nur möglich, weil die Verhafteten isoliert in Incomunicado-Haft gehalten werden. Während dieser Zeit können sie weder mit ihren Anwälten noch mit Familienangehörigen noch mit Ärzten Kontakt aufnehmen. Aus diesem Grund gibt es in dieser Zeit kein Wissen über die Situation der/des Verhafteten. Wie amnesty international und die Kommission für Menschenrechte der UNO festgestellt und angezeigt haben, findet in der Mehrzahl der Fälle die Folterung während der Incomunicado-Haft statt.

Aus den oben angeführten Gründen fordern wir die Abschaffung der Incomunicado-Haft, die Verabschiedung eines Anti-Folter-Gesetzes sowie die sofortige Freilassung von Jaime Iribarren.

Bitte schickt/faxt die untenstehende spanischsprachige Resolution an die beiden Adressen/Faxnummern.

GOBIERNO CIVIL DE NAVARRA

Plaza Meriendades s/n

E-C.P.31002 PAMPLONA

Navarra/España

FAX: 0034-48-246650

CONSEJO@$$@ DE LA JUVENTUD DE NAVARRA

c/Sanquesa n 30

E-C.P.31005 PAMPLONA

Navarra/España

FAX 0034-48-245627

Protestamos contra la tortura, que sigue siendo pr ctica corriente en las comisarías de las fuerzas de seguridad espanolas y vascas. Uno de los últimos casos, pero no el único, es la detención del presidente del Consejo de la Juventud de Nafarroa, Jaime Iribarren, y otros cinco jóvenes en Pamplona que también fueron torturados. Fueron insultados, amenazados, golpeados -especialmente en los genitales-, y ahogados con una bolsa qe pl stico y con agua con fermento de miembros de la Guardia Civil.

Las acusaciones contra Jaime Iribarren no est n fundadas, y exigimos su inmediata liberacion. En particular creemos incomprensible que un estado democr tico utilice como prueba una "declaracion-confesión" que existe sólo tras la pr ctica de la tortura en las comisarías de la Guardia Civil.

Exigimos la aclaración de los hechos y el castigo y ewpulsión de los agentes policiales culpables, y también de sus responsables políticos. En este sentido, condenamos también la influencia negativa por parte de la República Federal de Alemania en la situación de los derechos humanos en el Estado Español.

La pr ctica de la tortura sólo es posible porque las detenidas y detenidos pueden ser aisladas/os en arresto incomunicado. Durante ese tiempo, no puden ponerse en contacto ni con sus abogados, ni con sus familiares, ni con los médicos. De esta forma no existe conocimiento de la situación del deternido.

Como han contestado y denunciado amnesty international y la Comisión de Derechos Humanos de la ONU, en la mayoría de los casos, la tortura se produce durante el arresto incomunicado.

Por las razones arriba expuestas, exigimos la derrogación del arresto incomunicado, la presentación de una ley contra la tortura y la inmediata puesta en libertad para Jaime Iribarren.

22. Die Welten des Islam. Rezension

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Kultur; Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:36

"Es ist ein Trommler im Osten, wenn der die Trommel rührt, dann erheben sich die Völker vom Atlas bis zum Hindukusch." (Marschall Lyautey, französischer Generalresident in Marokko von 1912- 1925)

"Saddam Hussein hat seinen Krummdolch an die Halsschlagader der westlichen Industriegesellschaft gesetzt." (Theo Sommer in "Die Zeit" vom 31.8.1990)

"Der Fundamentalismus ist die orientalische Variante des Faschismus." (A.S. in "Emma" vom Juli/August 93)

Beginnend mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak, die zum Zweiten Golfkrieg führte, wird einer schlecht informierten, nicht selten aber auch an Fakten desinteressierten Öffentlichkeit das alt-neue Feindbild "Islam" vorgeführt. Scheinbar untermauert wird die "Bedrohung des Westens" durch die Entwicklungen u.a. in Algerien und Ägypten. Eine mittlerweile größere Anzahl IslamwissenschaftlerInnen hat die für diese Zunft hierzulande übliche Ignoranz gegenüber der öffentlichen Meinungsbildung aufgegeben und in einem ersten Schritt in populär-wissenschaftlichen Publikationen die Auseinandersetzung mit den "Nahost-Experten" Konzelmann und Scholl-Latour aufgenommen - der erstere hat sich auf das Schreiben einer Oper zurückgezogen, der Ruf des letzteren ist angekratzt. Nun liegt in einem Taschenbuch eine Aufsatzsammlung zum Thema vor, in der, über die Entlarvung einzelner Feindbild-Konstrukteure weit hinausgehend, die grundsätzliche Problematik behandelt wird. Neunundzwanzig Vorschläge, das Unvertraute zu verstehen lautet der Untertitel der von Gernot Rotter, dem Autor der Streitschrift, die Konzelmann ins Abseits beförderte, herausgegebenen Aufsatzsammlung Die Welten des Islam.

Der Plural im Titel - die Welten - ist programmatisch: "Ob Khomeini, Kadhafi oder Saddam Hussein, ob steinewerfende Kinder im Gazastreifen oder auf Touristen schießende ‚Fundamentalisten` in Ägypten, der Islam wird stets in der einen oder anderen Weise damit assoziiert. Doch gibt es diesen Islam", fragt Gernot Rotter, "diese Islamische Welt in einer solchen Einheitsform überhaupt? Oder existiert sie in der Realität genausowenig wie das Christentum, die Christliche Welt?"

Die "Neunundzwanzig Vorschläge" beziehen sich im ersten Teil des Buches auf die Vorurteile gegenüber dem Islam als Religion, im zweiten Teil werden islamische Länder und Regionen vorgestellt, im dritten Einzelaspekte islamischer Kultur und das wechselseitige Feindbild erörtert. Einundzwanzig (zumeist) IslamwissenschaftlerInnen haben zu dem Band beigetragen.

Ein handlich-banales Geschichtsbild

Im Mittelpunkt anti-islamischer (und damit gleichzeitig anti-arabischer) Stimmungsmache stehen der "Fundamentalismus" und der "Heilige Krieg". Die Verklärung eines Kriegs zum "heiligen" ist tatsächlich eine originär "westliche" Auffassung: "Heilig" waren die Kreuzzüge, ausdrücklich als "Heiliger Krieg" wurde u.a. in deutsch-protestantischen Kriegspredigten die deutsche Teilhabe am Ersten Weltkrieg ausgegeben. Der Dschihad-Begriff ist hingegen keinesfalls mit "Heiliger Krieg" zu übersetzen oder als ein solcher zu verstehen. Allerdings sei, nicht zuletzt mit dieser Begriffsverfälschung, wie der Autor des Aufsatzes über den Dschihad, Albrecht Noth, schreibt, ein "handlich-banales Geschichtsbild" entstanden. Ausgehend von der Mißinterpretation des Dschihad - des individuellen oder kollektiven "sich Mühen(s) für Gott" - charakterisiert Noth diesen als "ein zentrales Konzept des Islam, (das) alles andere darstellt als ein undifferenziert-emotionales Gebilde aus Kriegslust und Beutegier, mit den Nichtmuslimen als Objekt und Opfer." Zudem betrachte das Dschihad-Konzept, sofern es sich auf den Krieg bezieht, Krieg und Frieden "als integrierende Bestandteile der rechtlichen Diskussion".

Häufiger noch als vom "Heiligen Krieg" ist vom "Fundamentalismus" die Rede, ein Übel, das nur noch vom "schiitischen Fundamentalismus" übertroffen wird. So informativ die beiden Beiträge von Heinz Halm über Die Schiiten und Die Schia an der Macht auch sind, so ist doch ihr Mangel, daß der Autor die neuere Entwicklung im Iran, dem einzigen islamischen Land, in dem Schiiten (etwa 90% der Muslime gehören der sunnitischen, etwa 10% der schiitischen Richtung des Islam an) die Macht innehaben, nur streift. Schließlich war es die "islamische Revolution" im Iran 1979, die als Ausgangspunkt "islamischer Bedrohung des Westens" aufgefaßt

wurde und die künftighin als Schablone für alle "fundamentalistischen" Entwicklungen im Islam diente. Darüberhinaus war bis in die jüngste Zeit von "iranischen Zuständen" die Rede, wenn, wie jüngst in Algerien, (militante) islamistische Kräfte an die Macht drängten. (Neuerlich sind es jedoch auch "algerische Zustände", die in - Ägypten befürchtet werden.) Gleichviel machen die Beiträge zum Islamismus der Sunniten wie der Schiiten im ersten Teil des Bandes hinreichend deutlich, daß es sich beim Islamismus lediglich um eine Strömung in den islamischen Welten handelt, die zudem in sehr verschiedenen Erscheinungsformen auftritt, während hierzulande gemeinhin "Fundamentalisten" mit Terroristen gleichgesetzt werden und der "Fundamentalismus" mit dem Islam - womit die runde Milliarde MuslimInnen der Welt insgesamt stigmatisiert wird.

Islamismen

Alexander Flores erörtert, ob es sich bei der Intifada um einen "islamischen Aufstand" handele, wie es die Berichterstattung aus den besetzten Gebieten nahelegt. Nach einem Aufriß der Entwicklung des politischen Islam in Palästina und einer Charakterisierung der vielbeschrienen Hamas (Bewegung des islamischen Widerstands) faßt Flores zusammen: "Der politische Inhalt der Intifada ist nicht islamisch und erst recht nicht islamistisch. Sprache und Inhalt der palästinensischen Politik sind allerdings ebenso wie das Alltagsleben in gewissem Maß islamisch geprägt, und das frappiert den ausländischen Beobachter." Flores greift hier, noch sehr dezent, das Grundübel an, an dem fast alle "westliche" Betrachtung nicht-westlicher (oder: nicht christlicher) Kulturen und Entwicklungen krankt: Der Beobachter urteilt vom Gipfel seiner - stillschweigend als überlegen aufgefaßten - Kultur und verteilt von hier aus seine Noten für das Betragen "fremder Völker".

Aus dem Beitrag Gudrun Krämers über Ägypten geht, ebenso wie aus den Darlegungen zum Libanon und Syrien, hervor, daß, wenn überhaupt, "iranischer Revolutionsexport" eine geringe Rolle spielt. Vielmehr entstehen (militant-)islamistische Bewegungen auf Grund (landes-)spezifischer Probleme. Eine etwaige "islami(sti)sche Drohung" richtet sich nicht nach außen, sondern gegen den jeweiligen eigenen Staatsapparat - woraus allerdings langfristig eine weitere Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens resultieren könnte.

Auch in Mittelasien könne von einer drohenden "islamischen Machtergreifung" in Mittelasien, wie sie nicht allein vom "Islamkenner" Scholl-Latour behauptet wird, keine Rede sein, konstatiert die Turkologin Petra Kappert: "Die ausgeprägten lokalen Nationalismen in den früheren islamischen Sowjetrepubliken wirken einer ‚allumfassenden muslimischen Einheit und Brüderlichkeit` entgegen (...) In Mittelasien entwickelt und behauptet sich der Islam vor allem als ethnic maker und Träger eines jeweiligen nationalen Erbes. Der Islamismus erscheint nur als eine von vielen Varianten, in denen sich diese Religion in der Gegenwart manifestiert." (Hervorheb. i. Orig.)

Ist vom Islam die Rede, sind fast immer nur die arabischen Länder und der Iran gemeint. Kaum bewußt ist, daß in vier Staaten Südostasiens - in Indonesien, Pakistan, Bangla Desh und Indien - mit etwa 450 Mio MuslimInnen fast die Hälfte der muslimischen Weltbevölkerung lebt, während es in den arabischen Ländern nur gut 220 Mio sind. Der indisch-pakistanische Islam sei, schreibt Munir D. Ahmed (der leider einzige nicht-europäische Beiträger des Buchs), "in vielerlei Hinsicht einzigartig und höchst bodenständig. Er hat einerseits zum Teil die alten hinduistisch-buddhistischen religiösen Vorstellungen und Praktiken beibehalten, andererseits aber bemühen sich die pakistanischen Muslime, die islamische Lehre strenger als irgendwo anders auf der Welt zu befolgen."

Auf die grundlegend unterschiedliche Entwicklung und Gestalt muslimischer Praxis verweist auch Ulrich Rebstock in seinem Beitrag Islam in Schwarzafrika - Black Muslims in den USA, mußten sich doch die "Black Muslims" in einer gänzlich anders gearteten Umgebung als der schwarzafrikanischen artikulieren und durchsetzen. "Schon in ihren Anfängen, zu Beginn der 30er Jahre, kommen die beiden beherrschenden Trennlinien zum Vorschein: rassischer und religionspolitischer Separatismus. (...) Afrikanismus war der kulturpolitische Leitgedanke, der Islam identitätsfördernde und erlösende Glaubenslehre."

Das Feindbild der anderen Seite

In den neun Beiträgen des dritten Teils geht es neben Aufsätzen über palästinensische Dichtung, arabische Musik und arabische Naturwissenschaften um generelle Probleme: die Suche nach der arabischen Einheit, die Selbstdarstellung des Islam, Frauen im Islam, das Islam-Bild der Deutschen, den (Begriff) Fundamentalismus, und schließlich um das Feindbild der anderen, der arabischen Seite.

Ähnlich wie heute "der Islam" unter den Begriff "Fundamentalismus" subsumiert wird, wurde vor hundert Jahren der Panislamismus als einheitliche und das Abendland bedrohende Bewegung verstanden. Tatsächlich handelte es sich jedoch, schreibt Reinhard Schulze, um "eine sehr unterschiedliche Sammlung verschiedener islamischer politischer und kultureller Strömungen, die im Unterschied zu den machtvollen nationalistischen Bewegungen nicht vorrangig die Unabhängigkeit der islamischen Staaten forderten, sondern darüber hinaus auch einen gewissen Zusammenschluß der islamischen Länder anstrebten." Die islamische umma (die Gemeinschaft der MuslimInnen) habe "niemals eine wirkliche politische Ordnung dargestellt. Sie war oft nicht anderes als ein rhetorisches Mittel, um den Machtanspruch gewisser Dynastien zu rechtfertigen, und glich so in der Funktion europäischen Begriffen wie ‚christliches Abendland` oder ‚Europa` selbst." Das seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts propagierte Konzept des Panarabismus wurde nach der Niederlage der arabischen Staaten im Krieg mit Israel 1967 wiederum vom Gedanken der "islamischen Einheit" abgelöst. "Islamische oder arabische Einheit: Beide Konzepte wirkten weiterhin als Mittel der politischen Mobilisierung." Saddam Husain versuchte 1990/91 - erfolglos - die beiden Konzepte miteinander zu verbinden.

Der Verklärung des Harem als "Vorläufer feministischer Selbsterfahrungsgruppen" wie der nicht weiter reflektierten Behauptung, die westliche Kultur biete den Frauen die größte Freiheit, hält Karin Hörner entgegen: "Nicht nur aus Solidarität, sondern aus wohlverstandenem Eigeninteresse sollten sich Frauen hier mit den politischen und alltäglichen Lösungswegen fremder Frauen beschäftigen. Dafür ist Abstand nötig. Der Königsweg dazu ist die fremde Perspektive auf uns und das Selbstbild, das in islamischen Ländern für Frauen propagiert wird." Diese "fremde Perspektive" stellt die Autorin vor und gelangt zu dem Schluß, daß das islamische Bild von der Frau "ein ideologisches Leitbild (ist), das dem christlichen Fundamentalismus erstaunlich gleicht", welches sich wiederum - sei hinzugefügt - gar nicht so sehr von der allgemeinen, durchschnittlich reaktionären Männerfantasie von der "idealen Frau" unterscheidet.

Gernot Rotter widmet den abschließenden Beitrag einem bisher kaum beachteten, aber außerordentlich bedeutsamem Aspekt des Konflikts zwischen "Orient" und "Westen", dem "Feindbild der anderen Seite". Während das westliche Feindbild von der angeblichen islamischen Bedrohung jahrhundertealte Wurzeln hat, ist das Feindbild "der Westen" in der arabischen Welt relativ jungen Datums. "Das Gefühl, durch den Westen in der eigenen kulturellen Identität bedroht zu sein, beginnt erst im 19. Jahrhundert mit der wachsenden Einflußnahme europäischer Staaten auf den Vorderen Orient um sich zu greifen - aber auch dann nur langsam und stets begleitet von einer mehr oder weniger großen Bewunderung für die technischen und naturwissenschaftlichen Leistungen des Westens und dem vor allem in gebildeten Kreisen weitverbreiteten Versuch, den Westen zu imitieren." Dies sei zwar auch heute noch zu beobachten, doch wachse "eine regelrechte Angst vor dem Westen, eine auf uns gelegentlich geradezu irrational und paranoid wirkende Furcht vor amerikanischen, zionistischen, christlichen oder schlicht ‚westlichen` Verschwörungen." Dieser Angst lägen allerdings "handfeste historische Erfahrungen" zugrunde. Im Rahmen dieser "Verschwörungs"auffassungen nimmt bei arabischen Nationalisten wie bei Islamisten die Entstehungsgeschichte des Staates Israel breiten Raum ein. "Ebenso undifferenziert, wie vielfach unser Feindbild vom Islam gezeichnet wird, ist oft auch das von islamistischen Autoren entworfene Zerrbild vom Westen." Hat z.B. im westlichen Feindbild die Behauptung einer generellen Unterdrückung der Frau im Islam einen zentralen Stellenwert, kritisiert der Islam die Schutzlosigkeit der Frau im Westen und den dortigen Sittenverfall. Das Zerrbild vom Westen und die Überhöhung der eigenen Kultur, wie sie in den letzten Jahren in einer stetig wachsenden Anzahl von Publikationen anzutreffen ist, "vermittelt bei allem Überlegenheitsanspruch, den sie ausdrücken wollen, ein tiefes Gefühl kultureller Verunsicherung angesichts der wissenschaftlichen und materiellen Überlegenheit des Westens."

War auch noch vor wenigen Jahren die Kritik berechtigt, die bundesdeutsche Islamwissenschaft überlasse selbsternannten Nahost-Experten und Medienstars das Feld, liegt nun - nach u.a. Allahs Plagiator (s. ak 344) und dem Schwert des Experten (s. ak 353) - mit diesen Neunundzwanzig Vorschlägen, das Unvertraute zu verstehen eine Publikation vor, die sowohl denen, die sich erstmals mit der Problematik vertraut machen wollen, einen auch für "Laien" fast durchweg verständlichen und überwiegend gut lesbaren Einstieg bietet, wie sie jenen, denen das "Unvertraute" nicht mehr feindlich ist, als schnelle Information zu einzelnen problem- oder länderbezogenen Fragestellungen dienen kann.

Klaus Mellenthin

Gernot Rotter (Hg.): Die Welten des Islam. Neunundzwanzig Vorschläge, das Unvertraute zu verstehen. Frankfurt a.M. (Fischer Taschenbuch 11480, Originalausgabe) 1993. 237 S., 16.90 DM

23. Eine Richtungsentscheidung? Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen und Bundestagswahl

Autor: he. Hamburg · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:49

Am 16. Oktober findet mit den Bundestagswahlen das Superwahljahr 1994 sein Ende. Alles Kohl? stand am Anfang dieses Jahres. Die Demoskopen waren sich noch Mitte 1993 einig, daß am Ende dieser Periode das Ende der konservativ-liberalen Regierung stehen würde. Inzwischen haben sich einige Veränderungen in der politischen Landschaft und im Parteiensystem ereignet, die keinen sicheren Ausgang erkennen, die jedoch gesellschaftliche Interessenskonstellationen durchscheinen lassen, die das bisherige Einmaleins der herrschenden Parteien in Frage stellen.

Die am 11. September in Sachsen und Brandenburg stattgefundenen Landtagswahlen haben zwei strahlende Sieger mit einer jeweils satten absoluten Mehrheit hervorgebracht. Gerecht verteilt zwischen den beiden großen Volksparteien CDU und SPD. In Sachsen gewann der Landesfürst Biedenkopf 58% der Stimmen, bei einem Zugewinn von 4,2% gegenüber der vorigen Landtagswahl im Jahr 1990, in Brandenburg der Landesvater Stolpe 54% bei einem Zugewinn von 16%. Vieles spricht für eine stark an diesen beiden Personen orientierte Wahl, einiges aber auch dafür, daß die WählerInnen sich für mit diesen Personen und ihren Parteien verbundene stabile Mehrheiten entschieden haben. Insofern geben diese beiden letzten unmittelbar vor den Bundestagswahlen stattgefundenen Landtagswahlen keinen Aufschluß über die Entscheidung am 16. Oktober. In mehrerer Hinsicht geben sie dennoch Hinweise über Veränderungen innerhalb dieses neuen, vereinigten Deutschlands.

Erstens gewannen mit Biedenkopf und Stolpe Vertreter der jeweils konkurrierenden Volksparteien eine Wahl, welche sich beide in unterschiedlicher Weise "Ostinteressen" widmen. Biedenkopf als Westimport der CDU, der die Interessen Sachsens, damit verbal der Ostdeutschen, besonders betont, ausgedrückt in dem von ihm ausdrücklich angeordnetem Verbot, Kanzler Kohl nicht im Wahlkampf auftreten zu lassen. Stolpe als Vertreter der aus der DDR kommenden Sozialdemokratie, der sich trotz aller Anfeindungen in Bezug auf seine "Kollaboration" mit dem DDR-Regime nicht hat unterkriegen lassen. Bei beiden Personen war im Wahlkampf politische Demagogie insofern im Spiel, als in Sachsen und Brandenburg die Situation der Menschen nicht besser ist, als in den übrigen ostdeutschen Ländern. Zugleich aber zeigt sich an diesen Personen auch der Wille einer großen Anzahl von Menschen, sich mit den Ergebnissen der deutschen Vereinigung, sowohl auf politischem als auch ökonomischen Gebiet, nicht abzufinden. Dies findet sich wieder in der von mancher vielleicht als absurd empfundenen Äußerung von Stefan Heym am 11. September, er hätte an diesem Tag in Sachsen Biedenkopf und in Brandenburg Stolpe gewählt.

Zweitens sind die in den beiden Ländern jeweils konkurrierenden Hauptparteien "unter Wert" geschlagen worden. Wenn der sächsische SPD-Vorsitzende erklärt, es sei ihm unerklärlich, wie sie mit dem gleichen politischen Programm in Sachsen 20% und in Brandenburg 56% der Stimmen erreichen würden, so ist dies ein Hinweis darauf, daß nicht nach Programmen, sondern nach Hoffnungen, die in Personen projiziert werden, entschieden worden ist.

Drittens gibt es, beide Länder zusammengenommen, nur eine Wahlsiegerin: die PDS. Sie gewann gegenüber den Landtagswahlen 1990 als einzige Partei nicht nur prozentual, sondern auch absolut hinzu. Sie hielt darüber hinaus in Sachsen auch prozentual ihr Ergebnis gegenüber den Kommunal- und Europawahlen 1994, verlor allerdings in Brandenburg sowohl gegenüber ihrem Spitzenergebnissen bei den Kommunalwahlen 1993 als auch ihrem prozentualen Anteil bei den Europawahlen. Mit beiden Ergebnissen hat sie sich im Osten, nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und den Europawahlen, als stabile drittstärkste Kraft in den ostdeutschen Ländern behauptet.

Viertens ist die FDP, der notwendige Koalitionspartner für die CDU, mittlerweile zu einer marginalen Größe geworden. Nach dem Scheitern in Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verpaßte sie den Einzug in die Landtage von Sachsen und Brandenburg mit jeweils unter 3% deutlich. Als einzige Partei läßt sich für sie sowohl in Ost als auch in West der Schluß ziehen, daß sie als überflüssig angesehen wird, womit noch nichts über ihre Chancen als Wahlhelfer der CDU bei den Bundestagswahlen ausgesagt ist.

Fünftens legen die Wahlergebnisse von Bündnis90/DIE GRÜNEN in Brandenburg und Sachsen nahe, daß sie nur als linke Opposition eine Chance haben. Der Versuch, sich in Sachsen auch als möglicher Koaltionspartner der CDU anzudienen, hat eine verheerende Niederlage gebracht. Der Bruch der mit der SPD geführten Koaltion in Brandenburg hatte ein gleiches Ergebnis. Die Schlußfolgerung, die Grünen hätten nur in Verbindung mit der SPD eine Chance, gilt allerdings nur für die ostdeutschen Länder.

Und sechstens hat die CDU erreicht, das rechtsradikale Lager wieder an sich zu binden. Haltlos ist die Behauptung des CDU-Generalsekretärs Hinze, die rechtsradikale Gefahr sei gebannt. Vielmehr hat die Politik der CDU dazu geführt, daß sie auch in diesem Lager wieder wählbar ist.

Noch im Frühjahr dieses Jahres war von der CDU/CSU der angebliche wirtschaftliche Aufschwung zum Hauptwahlkampfthema erkoren worden. Alle führenden Wirtschaftsinstitute prognostizierten wie auf Befehl günstige Daten für die Konjunktur. Wie 1990 wollte die CDU die Wahlen mit dem Versprechen der "blühenden Landschaften" gewinnen. Mitten in diesem Wahlkampf wurde die Taktik geänderet. Derzeit steht die PDS im Mittelpunkt der politischen Agitation. Dies umfaßt einen scharfen antikommunistischen Kurs mit der demagogischen Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten (Kohl spricht von "rotlackierten Faschisten", wobei bemerkenswert ist, daß er in Bezug auf die Republikaner noch niemals von Faschisten gesprochen hat), den Versuch, die PDS als Partei mit Nähe zu "terroristischen" Organisationen zu brandmarken (angebliche Nähe zu RAF und PKK) sowie die Gleichsetzung der PDS mit dem Gewalt- und vor allem Geheimdienstapparat der DDR. Ganz offenbar zielt diese Kampagne gar nicht in erster Linie darauf, mögliche PDS-WählerInnen abzuschrecken, denn sowohl die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen als auch die Umfrageergebnisse der Meinungsforschungsinstitute zeigen, daß diese Hetzkampagne in der Anhängerschaft der PDS wenig Wirkung zeigt. Sie zielt vielmehr auf die Mobilisierung des eigenen WählerInnenpotentials und der Einbindung des rechtsradikalen und faschistischen Lagers. Denn nur mit den Stimmen von REP und DVU kann die CDU die Mehrheit holen. Würden die REP etwa 4% Stimmen erhalten wären diese für das rechte Lager tatsächlich verloren.

Erfolge zeitigt diese Kampagne auch bei der SPD. Der Versuch, mit der Bildung einer Minderheitenregierung in Sachsen-Anhalt ein machtpolitisches Signal zu setzen, wurde von der CDU mit einer Kampagne gekontert, die SPD werde auch in Bonn eine Regierung unter Tolerierung der PDS eingehen. Das trifft die SPD-Führung ins Mark, denn ihr Ziel ist ja gerade die Kontinuität und nicht der Wandel. Wenn selbst die Bildung einer rot-grünen Koalition vor diesen Wahlen aus den Überlegungen ausgeschlossen wird, kann selbstverständlich eine durch die PDS tolerierte Regierung gar nicht erst in Frage kommen.

Die Wahlergebnisse von Sachsen und Brandenburg haben auch die Grünen hochschrecken lassen. Mit jeweils ca. 4% (in Brandenburg zusammen mit dem Bürgerbündnis ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Nooke) sind sie deutlich unter der 5%-Hürde geblieben. Dies hat nun auch die Bonner Führung der Grünen in die Allparteienkoalition gegen die PDS getrieben. Ihr Sprecher, Ludgar Volmer, erklärte umgehend, nun müsse allen WählerInnen der PDS deutlich gemacht werden, das ihre Wahl eine Wahl von Kohl bedeuten würde.

Rein rechnerisch ist nach wie vor eine Mehrheit gegen die CDU/CSU/FDP-Regierung möglich, vor allem dann, wenn die FDP unterhalb der 5% bleibt. Von einem gesellschaftlichen Wandel könnte aber selbst bei einer solchen Mehrheit nicht die Rede sein. Eine SPD, die nicht einmal ein rot-grünes Experiment wagen will, wird nur zu einer Regierungsbildung in der Lage sein, die die Übereinstimmung mit der CDU sucht. Dies kann eine große Koalition sein oder eine Minderheitsregierung der CDU bedeuten. Denkbar ist bei einer Mehrheitsentscheidung der WählerInnen für SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und die PDS aber auch die sofortige Annullierung des Ergebnissen und Ansetzung von Neuwahlen.

Gesellschaftlicher Wandel wird sich in diesen Wahlen also nicht ausdrücken. Mit dem möglichen Einzug der PDS würde jedoch ein Anfang gesetzt, daß die SPD Mehrheiten nicht nach rechts, sondern nach links suchen muß. Eine nicht unerhebliche Änderung in der politischen Landschaft könnte sich dann ergeben, wenn sich dieser Gedanke innerhalb der SPD durchsetzt.

Was bleibt als Hoffnung auf diese Wahl bezogen? Daß Kohl nicht als gewählter, sondern als abgewähler Kanzler in Rente geschickt wird.

he., Hamburg

Vor allem möchten wir mit diesem Brief auf einen anderen Umstand hinweisen. Bevor Asylheime, Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland brannten, gab es eine Wortschlacht von einem Teil der Politikerinnen und Politiker und leider auch einem Teil der Journalisten. Asylbewerberinnen und -bewerber wurden als Schmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge und in anderer Weise beschimpft. Es kreisten Begriffe wie "Asylantenschwemme" und "Asylantenflut". Gewarnt wurde vor einer "durchmischten" und "durchrassten" Gesellschaft. Mit dieser Sprache wurde der Eindruck vermittelt, daß es eine breite gesellschaftliche Übereinstimmung dahingehend gebe, daß die Flüchtlinge zu verschwinden hätten. Im Ergebnis dessen sank die Hemmschwelle rechtsextremistischer Gewalttäter. Diese glaubten davon ausgehen zu können, daß ihre rassistischen Einstellungen von großen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Natürlich waren sie sich im Klaren, noch einen Schritt weiter zu gehen als jene Politikerinnen und Politiker, die Flüchtlinge "nur" verbal angriffen. Aber offensichtlich war, daß sie unter dem Schutz solcher Vorgaben erwarten konnten, mit Nachsicht behandelt zu werden. Und leider gibt es inzwischen auch Gerichtsurteile, die ihr Verständnis für antisemitische und ausländerfeindliche Einstellungen zum Ausdruck bringen.

Nunmehr ist zu befürchten, daß ein gleiches Szenario in Bezug auf Linke in dieser Gesellschaft stattfindet. Am Beginn steht wieder die verbale Diffamierung, durch die rechtsextremistische Gewalttäter sich animiert fühlen können, gewalttätig gegen Linke vorzugehen. Mit Ihren Äußerungen nähren Sie die Vermutung, daß es eine Übereinstimmung mit der herrschenden Politik und mit einer Mehrheit in der Gesellschaft gibt. Die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt gegen Linke wird gesenkt. Da inzwischen solche Mechanismen in der Gesellschaft bekannt sind, können auch Sie, Herr Bundeskanzler, nicht so tun, als ob Sie dies nicht wüßten. Wir geben Ihnen zur Kenntnis, daß Ihre Formulierung inzwischen in Cottbus auf Wahlplakate der PDS geschmiert wurde, in der Prignitz und in Oranienburg verbunden mit Morddrohungen.

24. Gute Gründe zum Weitermachen. PDS/Linke Liste im Bundestag mit positiver Bilanz

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:26

Was Lenin von den bürgerlichen Parlamenten hielt, ist bekannt: "Schwatzbuden" nannte er sie, die es verdienten, "auseinandergejagt" zu werden, und die bis dahin allenfalls als "Tribüne des Klassenkampfs" genutzt werden sollten. Die Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste hat in vier Jahren parlamentarischer Arbeit jeden Verdacht entkräftet, sie könne heimlich doch noch dem Leninismus anhängen. In ihrer Broschüre "Vier Jahre Opposition. Viele Gründe, weiterzumachen" zieht sie eine Bilanz ihrer rekordverdächtigen Betriebsamkeit:

"Mit 17 Abgeordneten zog die PDS/LL im Dezember 1990 in den 12. Deutschen Bundestag ein. Zwei Abgeordnete haben die Gruppe verlassen, ihr Mandat aber behalten. Fast 1.000 Gesetzentwürfe, Entschließungs- und Änderungsanträge, Große und Kleine Anfragen legte die Gruppe in knapp vier Jahren auf den Tisch." (Vorwort)

Wochenenden und Parlamentsferien abgerechnet, ergibt das etwa einen Antrag pro Tag; durchschnittlich 59 Anträge und Anfragen stellte jedeR Abgeordnete in der Legislaturperiode. Was Lenin zu dieser Arbeitsweise zu sagen pflegte, soll hier lieber nicht zitiert werden. In diesem Artikel geht es vielmehr darum, die "vielen Gründe" zum Weitermachen - die in der Flut von 1.000 Einzelpapieren unterzugehen drohen - herauszuarbeiten und wesentliche parlamentarische Interventionen der Gruppe in Erinnerung zu rufen.

Insgesamt profilierte sie sich als Interessenvertretung der Minderheiten, der Armen und "sozial Schwachen". Im Unterschied zur SPD, die sich von den Positionen der Gewerkschaften immer mehr entfernt hat, übernahm sie gewerkschaftliche Forderungen zu wesentlichen Streitfragen, z.B. gegen die Privatisierung von Bahn und Post, gegen den "Pflegekompromiß" und für eine soziale Grundsicherung. Als einzige Kraft im Bundestag trat sie der Kriminalisierung der DDR als "Unrechtsstaat" entgegen und wies die politische Verfolgung von ehemaligen Funktionsträgern der DDR mittels Strafverfahren und Berufsverboten zurück.

In ihrer Lobbypolitik für den Osten machte die PDS/LL allerdings auch einen großen Fehler, der hier nicht verschwiegen werden soll: Ihr Votum für die Reichshauptstadt Berlin wurde u.a. damit begründet, "ein Stück DDR" in das größere Deutschland hinüberzuretten. Das von links vorgebrachte Argument, mit der Entscheidung für Berlin werde symbolträchtig an die wilhelminischen und nazistischen Traditionen angeknüpft und ein positives Bekenntnis zu dieser Kontinuität deutscher Geschichte abgelegt, wurde in der Bundestagsgruppe ignoriert.

In allen anderen großen politischen Kontroversen, die zu "Schicksalsfragen der Nation" hochstilisiert wurden, opponierten die Abgeordneten der PDS/LL deutlich gegen den herrschenden Kurs und widerstanden der Versuchung zum Mitmachen. Sie sind die einzige Gruppe oder Fraktion, die Auslandseinsätze der Bundeswehr generell ablehnt. In zwei Anträgen wurde der Abzug der Bundeswehr aus Somalia gefordert. In klarer Abgrenzung zu den Lügen von den angeblich humanitären Beweggründen erklärte Andrea Lederer im Bundestag: "Der Bundeswehreinsatz in Somalia verfolgte ausschließlich einen einzigen Zweck, nämlich die Gewöhnung der deutschen Bevölkerung, der europäischen Nachbarn und vor allem der künftigen Interventionszielländer an die weltweite militärische Präsenz der Bundesrepublik."

Nach dem Rostocker Pogrom stellte die PDS/LL im Bundestag einen bemerkenswert prägnanten Antrag: "1. Der Deutsche Bundestag fordert alle politischen Parteien auf, die Debatte über die Einschränkung, Aufhebung und den angeblichen Mißbrauch des Asylrechts sofort zu beenden. 2. Art. 16 Grundgesetz bleibt unverändert." Der Abschaffung des Asylrechts widersetzte sich die Gruppe geschlossen. Ein Antirassismus-Gesetzentwurf der PDS/LL wurde von allen anderen Fraktionen einschließlich Bündnis90/Grüne abgelehnt und soll im nächsten Bundestag erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auch in der Frage des § 218 wurde nicht gewackelt. "Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht" - diese Formulierung aus dem Verfassungsentwurf der PDS/LL wird von der gesamten Bundestagsgruppe mitgetragen. Daß sie hier wie auch in anderen Fragen als linke

Opposition konkurrenzlos dasteht, hängt allerdings auch damit zusammen, daß die (West-)Grünen nicht im Bundestag vertreten sind. Ein bißchen Wettbewerb links von der SPD würde der PDS nur gut tun.

Der an die Zigarettenreklame angelehnte Werbespruch "Ich wähle gern: PDS" erinnert potentielle WählerInnen natürlich daran, sich auch über unerwünschte Nebenwirkungen Gedanken zu machen. Hier kann der PDS besten Gewissens eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt werden. Sie wird auf absehbare Zeit Oppositionspartei bleiben, jedenfalls auf Bundesebene. Einwände von linker Seite, die PDS würde sich - wenn ihr denn Angebote gemacht würden - zumindest genauso opportunistisch verhalten wie die Grünen, sind einstweilen bedeutungslos, weil es entsprechende Angebote nicht geben wird. Die PDS wird also - so sie denn gewählt wird - die nächsten vier Jahre "in Opposition Verantwortung übernehmen", wie Parteivorsitzender Bisky formuliert. Radikale Linke würden das allzu staatstragend klingende Wort "Verantwortung" (wofür eigentlich?) lieber streichen; sie müssen die PDS auch nicht "gern" wählen. Es reicht, wenn sie es tun.

Mit Stefan Heym würde im übrigen ein Mensch in den Bundestag einziehen, von dessen unbefangenem Herangehen an die parlamentarische Arbeit viele Jüngere noch einiges lernen könnten. Mit der Formulierung von immer neuen Gesetzentwürfen, Anträgen und Anfragen scheint er wenig im Sinn zu haben. Als er bei einem öffentlichen Streitgespräch mit seinem Wahlkreiskontrahenten Thierse (SPD) aus dem Publikum gefragt wurde, "in welchen Ausschuß" er zu gehen gedenke, antwortete er mit entwaffnender Offenheit, er wisse noch gar nicht, welche Ausschüsse es überhaupt gebe. Solche Respektlosigkeit gegenüber dem "Hohen Hause", deren Mitglieder sich so furchtbar wichtig vorkommen, wäre auch den übrigen ParlamentarierInnen der PDS zu wünschen.

Js.

25. Für einen Wahlkampf gegen Rassismus

Berliner Aufruf zu den Bundestagswahlen am 16. Oktober

Rubrik: Wahlen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:03

In den vergangenen Jahren wurden wir Zeugen einer beispiellosen Reihe von Angriffen und Mordanschlägen auf Angehörige unterschiedlicher Minderheiten, vor allem auf Flüchtlinge, Einwanderer und als "andersartig" eingestufte Menschen. Dem Anstieg und offenen Auftreten des Rassismus und der rechtsextremen Gewalt hat nicht zuletzt die "Asyldebatte" mit der darauffolgenden Grundgesetzänderung den Boden bereitet. Vor diesem Hintergrund erfüllen uns die Aussichten für das "Superwahljahr 1994" mit Sorge: Wenn - wie in den Unionsparteien - die Einschätzung handlungsleitend ist, daß die Wahlen "rechts von der Mitte" gewonnen werden, dann droht die Fortsetzung dieser Anpassung nach rechts auf erweiterter Stufenleiter.

Die Nähe zu rechtsextremen Positionen und Vokabeln hat am deutlichsten die CSU mit ihrer Ankündigung erkennen lassen, die angebliche "Überfremdung" der Bundesrepublik zum Wahlkampfthema zu machen. Ein Wahlkampf, der irrationale Ängste vor ohnehin benachteiligten Minderheiten schürt oder mit "völkischen" Kategorien Stimmung machen will, schafft das Klima für weitere Anschläge.

Doch nicht nur mit der Warnung vor der "Überfremdung" wird das Geschäft der rechtsextremen Ideologen betrieben. Innere Sicherheit, organisierte Kriminalität und die Warnung vor dem politischen Chaos mit dem Hinweis auf "Weimarer Verhältnisse" sind weitere Themen, mit denen reale Ängste und diffuse Unsicherheit auf gefährliche Weise mißbraucht werden. Wer solche Stimmungen zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert und mit Scheinlösungen, die einen starken Ordnungsstaat nahelegen, auf Stimmenfang geht, gräbt am Fundament der Demokratie. Wer mit Scheindebatten von den tatsächlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer unsozialen Politik abzulenken versucht, statt die Probleme mit ihren komplexen Ursachen anzugehen, arbeitet den Rechtsextremisten in die Hände. Er braucht sich nicht zu wundern, wenn er sich in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfindet, der die Geister nicht mehr los wird, die er rief.

Statt im Wahlkampf mit Rassismus und Rechtsanpassung zu operieren, fordern wir alle Parteien dazu auf, sich offensiv für eine Politik einzusetzen, die ein demokratisches und gleichberechtigtes Miteinander ermöglicht. Dazu gehört die Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben ist, daß alle Mitglieder einer Gesellschaft über die Geschicke des Staates mitbestimmen können. Um dies zu gewährleisten, brauchen wir wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung und ein neues Staatsbürgerrecht. Der in allen westlichen Verfassungsstaaten gültige Grundsatz, daß Geburt oder Wohnsitz im jeweiligen Land für das Recht auf Staatsbürgerschaft ausreichen (ius soli), muß auch in Deutschland das Blutsprinzip der "Abstammungsgemeinschaft" ablösen (ius sanguinis). Einbürgerungen müssen erleichtert, die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft muß eingeführt werden. Wer die Folgen politischer Entscheidungen zu tragen hat, muß an deren Zustandekommen gleichberechtigt teilhaben können - auch wenn er oder sie keinen deutschen Paß hat. Das unabdingbare Minimum demokratischer Mitwirkung ist das Wahlrecht auch für "AusländerInnen".

Wir rufen alle Parteien und PolitikerInnen dazu auf, nicht mit rechtsextremen Positionen und Vokabeln Wahlkampf zu betreiben und sich für eine solidarische und demokratische Gesellschaft stark zu machen. Alle Wählerinnen und Wähler rufen wir auf, keine Parteien zu wählen, die mit Angst und Ausgrenzung Wahlkampf führen, sondern sich für solche politischen Programme zu entscheiden, die glaubwürdig gegen Rassismus und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben stehen.

Initiatoren und ErstunterzeichnerInnen (Stand: 27.6.94):

Elmar Altvater, Hochschullehrer; Karl-Otto Apel, Hochschullehrer; Nasrin Bassiri, Autorin, Vorsitzende des Vereins Iranischer Flüchtlinge; Ulrich Beck, Hochschullehrer; Elisabeth Beck-Gernsheim, Hochschullehrerin; Almuth Berger, Ausländerbeauftrage des Landes Brandenburg; Dagmar Birkelbach, Frauenbeauftragte; Micha Brumlik, Hochschullehrer; Hauke Brunkhorst, Hochschullehrer; Susanne Deufel-Herbolte, Sprecherin Pax Christi (Bistum Berlin); Eugen Drewermann, Schriftsteller; Helmut Essinger, Hochschullehrer; Klaus Farin, Autor; Iring Fetscher, Hochschullehrer, Peter Franck, Richter; Manfred Frank, Hochschullehrer; Helmut Frenz, Flüchtlingsbeauftragter der Nordelbischen Kirche; Hajo Funke, Hochschullehrer; Ralph Giordano, Schriftsteller; Günter Grass, Schriftsteller; Hans-Martin Gutmann, Theologe; Jürgen Habermas, Hochschullehrer; Winfried

Hartwig, Geschäftsführer Pax Christi (Bistum Berlin); Helmut Heißenbüttel, Schriftsteller, Eckhard Henscheid, Schriftsteller; Stephan Hermlin, Schriftsteller; Hanne Hiob-Brecht, Schauspielerin; Klaus Holzkamp, Hochschullehrer; Axel Honneth, Hochschullehrer; Walter Hornstein, Hochschullehrer; Annetta Kahane, Leiterin der RAA Berlin; Alfred Kerndl, Archäologe, Historiker; Dietrich Kittner, Kabarettist; Rainer Land, Philosoph, Sozialwissenschaftler; Erhard Laube, 1. Vorsitzender der GEW Berlin; Herbert Leuninger, Pro Asyl; Bahman Nirumand, Schriftsteller, Journalist; Ute Osterkamp, Hochschullehrerin; Andreas Pangritz, Theologe; Bernd Rabehl, Hochschullehrer; Ruth Rehmann, Schriftstellerin; Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker, Leiter des Sigmund-Freud-Instituts; Birgit Rommelspacher, Hochschullehrerin; Wolfgang Scheffler, Hochschullehrer; Gerhard Schoenberner, Autor; Lothar Schreiner, Hochschullehrer; Gesine Schwan, Hochschullehrerin; Eberhard Seidel-Pielen, Autor; Luis Sergio, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Berlin; Dorothee Sölle, Schriftstellerin; Traudl Vorbrodt, Kommission Asyl/Flüchtlinge Pax Christi BRD; Peter Weber, Richter; Albrecht Wellmer, Hochschullehrer

,,Wahlentscheidung gegen rassistische Positionen"

Interview mit Luis Sergio

Luis Sergio ist Sekretär der IG Metall in Berlin und dort zuständig für "Jugend-, Ausländer- und Kulturarbeit".

Die Fragen stellte Js.

Frage: Luis Sergio, Sie sind einer der Erstunterzeichner des "Aufrufs für einen Wahlkampf gegen Rassismus". Anlaß für diesen Aufruf war die Sorge, die in der "Asyldebatte" betriebene rassistische Hetze würde im Superwahljahr 94, speziell im Bundestagswahlkampf, fortgesetzt. Wie es aussieht, hat sich diese Befürchtung bisher nicht im vollen Umfang bestätigt.

Luis Sergio: Ja, diesen Eindruck teile ich auch. Ich habe den Eindruck, daß mit der Änderung der Asylgesetzgebung die offenen oder auch die verdeckten rassistischen Ressentiments ein bißchen abgenommen haben und auch nicht mehr so bewußt eingesetzt wurden. Offen rassistische Äußerungen findet man weniger. Ich habe aber auch den Eindruck, daß sich das ein wenig auch verlagert insofern, daß unterschwellig schon mit Ängsten gearbeitet wird. Stichwort ist da für mich die angebliche oder auch tatsächliche Bedrohung durch osteuropäische Mafia-Banden. Mit solchen Ängsten wird nach wie vor durchaus gearbeitet. Dabei geht es aber eher um die Einschränkung oder den Abbau des Rechtsstaates und den Aufbau eines noch verstärkteren Polizei- und Überwachungsapparates, also um die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten.

Zu dem Aufruftext möchte ich doch eine kritische Anmerkung machen. Zur Asyldebatte wird dort sinngemäß gesagt, daß sie gewaltauslösend gewirkt hat, indem sie den Leuten einen unmittelbaren Handlungsbedarf suggerierte, dem die Politik angeblich nicht gerecht werden konnte; was dann zu Brandanschlägen und Mordanschlägen geführt hat. Nun ist es aber ja so, daß das Asylrecht in einer großen Koalition abgeschafft worden ist. Dennoch ist die einzige Partei, die in dem Aufruf genannt wird, die CSU, wo natürlich die Formulierungen am drastischsten ausfallen; z.B. das Thema "Überfremdung" zum Wahlkampfthema gemacht wird. Trotzdem denke ich, daß bei einer solchen Zuspitzung auf die CSU die SPD geschont und aus ihrer Verantwortung für die Abschaffung des Asylrechts ein Stück weit entlassen wird.

Wenn man es allein daran mißt, wer in dem Aufruf genannt wird, kann man diese Meinung auch durchaus teilen. Gemeint ist es mit Sicherheit nicht so, weil ja z.B. die CDU auch nicht genannt worden ist, sondern ausschließlich die CSU. CDU und SPD hätte man aufnehmen können in diesen Aufruf. Ich hätte auch einen Aufruf tragen können, wo auf diese beiden Parteien Bezug genommen wird. Bei der SPD muß man nicht unbedingt auf Kronawitter verweisen, da gibt es ja noch andere, die die Asylrechtsänderung mitgetragen und auch forciert haben. Bei der SPD ist das ein bißchen zwiespältig nach meinem Eindruck. Einerseits gibt es da Kräfte, die die Asylrechtsänderung verhindern wollten. Andererseits hat sich die Partei als Ganzes aber von der CDU/CSU treiben lassen und sich inhaltlich immer mehr deren Positionen angenähert, so daß am Ende für viele - das gilt auch für mich - substantielle Unterschiede nicht mehr sichtbar waren. Nur mit der Zustimmung der SPD konnte ja diese Grundgesetzänderung durchgeführt werden. Daher gehört sie mit in die Reihe der Parteien hinein, die auf dieser rassistischen Klaviatur gespielt haben.

In dem Aufruf wird ja nun auch appelliert, einen Wahlkampf gegen Rassismus zu führen. Man kann sich sicher darüber streiten, wie sinnvoll es ist, unterschiedslos "alle Parteien und PolitikerInnen" aufzufordern, sich "für eine demokratische und solidarische Gesellschaft" stark zu machen. Meine Frage geht in eine andere Richtung: Wie sind hier die Möglichkeiten der Gewerkschaften, welche Möglichkeiten hat ein hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär, der für "Jugend-, Ausländer- und Kulturarbeit" zuständig ist?

Wir haben einerseits beschränkte Möglichkeiten, die wir aber bisher auch noch nicht völlig ausschöpfen. Im Rahmen der IG Metall gibt es in diesem Bereich verschiedene Initiativen. Es gibt z.B. ein Jugendbündnis unter der Überschrift "Macht mit mit Macht", wo der Antirassismus eine herausgehobene Position einnimmt. Wir mobilisieren in diesem Zusammenhang für die Wahl und für eine klare Wahlentscheidung gegen Parteien, die rassistische Positionen entweder teilen oder verbreiten oder sie stillschweigend mittragen, mit einer zentralen Großveranstaltung am 17. September in Dortmund und vielen lokalen Aktionen. Es gibt auf der Ebene der Verwaltungsstelle Berlin nicht nur im Jugendbereich Initiativen, sondern wir haben sowohl einen Arbeitskreis Antifaschismus und Antirassismus, der sich seit 1989, seit der Wahl der Republikaner in das Berliner Abgeordnetenhaus, mit dem Thema beschäftigt und Aktionen macht und auch versucht - mit mehr oder weniger Erfolg - diese Diskussionen auch auf die betriebliche Ebene herunterzutragen und dort auch Handlungsansätze zu finden.

Das ist ja nicht ganz einfach. Es ist ja nicht nur so, daß führende Gewerkschafter wie der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe im Bundestag gegen das Asylrecht gestimmt haben. Auch viele Gewerkschaftsmitglieder haben in der Asylfrage die "Argumente" der Bild-Zeitung übernommen. Wie geht man dagegen an?

Klar, es ist kein Geheimnis, daß die Gewerkschaftsmitglieder ein relativ repräsentativer Durchschnitt durch die Bevölkerung sind und natürlich auch die entsprechenden politischen Meinungen, Empfindungen und Auffassungen haben wie andere auch. Man kann aber auch, ohne es schön zu reden, sagen, daß die aktiven Funktionäre und Mitglieder der IG Metall in ihrer übergroßen Mehrheit z.B. gegen die Asylrechtsänderung waren, deutlich für eine klare Politik in Richtung Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Ausländerinnen und Ausländern in diesem Land sind und dafür - natürlich mehr oder weniger intensiv - auch eintreten. Ich würde das Bild nicht gar so düster zeichnen, zumindest im Bereich der IG Metall und für diejenigen, die bewußte Gewerkschaftsmitglieder sind.

Eine letzte Frage: Es ist ja nicht völlig auszuschließen, daß es im Oktober eine andere Regierung gibt. Wird es für diesen Fall so etwas wie Prüfsteine der Gewerkschaften auch zum Bereich Ausländerrechte geben wird, die offensiv in die Debatte gebracht werden?

Die Prüfsteine oder die Maßstäbe gibt es ja bereits. Es lief auf fast allen Gebieten so, daß die Beschlüsse und Forderungen der Gewerkschaften klar sind und auf dem Tisch liegen und mit fortschrittlichen Positionen übereinstimmen oder eine sehr große Nähe dazu haben. Dazu gehört die Forderung nach der Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, die Forderung nach der Änderung des Staatsbürgerrechts, dazu gehört die Forderung nach dem Wahlrecht, nach einem Antidiskriminierungsgesetz. Wir sind auch der Auffassung, daß im Zuge der Grundgesetzreform ein Minderheitenschutz mit rein müßte. Wir sind auch der Ansicht, daß die Bundesrepublik faktisch ein Einwanderungsland ist und auch mit Einwanderungsgesetzen ausgestattet werden muß. Und es gibt eine Reihe von weiteren Forderungen in bezug auf ausländerrechtliche Bestimmungen. Das sind die Maßstäbe für uns, an denen wir in diesem Bereich Politik messen. Damit werden wir auch jede zukünftige Bundesregierung konfrontieren, egal ob sie nun die alte ist - wobei da die Möglichkeit der Realisierung natürlich eingeschränkter wäre - oder ob das eine SPD-geführte Bundesregierung ist. Die Forderungen der IG Metall und des DGB insgesamt liegen auf dem Tisch und warten immer noch auf ihre Realisierung. Die werden wir einklagen.

Luis Sergio, vielen Dank für das Gespräch.

26. Kleine Wahlgeschichte von KB und AK

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Wahlen; Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:38

Seit 1971 gibt es diese Zeitschrift, damals als ARBEITERKAMPF, herausgegeben vom Kommunistischen Bund (KB). Sechs Bundestagswahlen sind seither vergangen, mit sechs ganz unterschiedlichen Empfehlungen auf diesen Seiten.

1972: Die CDU/CSU hetzte mit revanchistischen Parolen gegen die "neue Ostpolitik" der 1969 gebildeten sozialliberalen Koalition um Willy Brandt. Ein Mißtrauensvotum gegen den Kanzler war knapp gescheitert. Die SPD/FDP-Regierung setzte daraufhin vorzeitige Neuwahlen an. Der KB rief zu einer Stimmabgabe für die SPD auf, als sichtbares Zeichen gegen das reaktionäre Rollback. Damit stand der KB innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Linken allein auf weiter Flur. Eigenkandidaturen gab es u.a. von der DKP, dem KBW, der KPD, der KPD/ML und wie sie alle hießen.

1976: Die sozialliberale Koalition hatte ihren Slogan "Mehr Demokratie wagen" längst ad absurdum geführt. Willy Brandt war gestürzt und durch den eisernen Kanzler Schmidt ersetzt worden. Der KB versuchte sich erst- und einmalig an dem verrücktem Unterfangen, eine gemeinsame Kandidatur der sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Parteien zu initiieren. Der Gedanke war, die Wahl nicht als Zustimmung zu dem einen oder anderen speziellen Parteiprogramm zu verstehen, sondern sie zu nutzen, für links von der SPD stehende Kräfte einen gemeinsamen Kristallisationspunkt zu schaffen. Das Unternehmen scheiterte vollständig, da bei den in Frage kommenden Organisationen keinerlei Interesse an einer solchen Ausrichtung bestand, vielmehr auf der unverfälschten Programmkandidatur bestanden wurde. Da in solchen Wahlakten nur die eigene Schwäche dokumentiert wird, beteiligte sich der KB nicht mit einer eigenen Liste. Eine Wahlempfehlung wurde nicht abgegeben.

Exkurs 1978: Erst- und einmalig war der KB als Organisation an einer parlamentarischen Wahl beteiligt. Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen wurde unter maßgeblicher Beteiligung des KB (heute kann dies sicherlich so offen gesagt werden, ohne dem Verfassungsschutz Argumente in die Hand zu geben) die Bunte Liste gebildet, ein Zusammenschluß von Organisationen und Bürgerinitiativen. Sie erreichte 3,5%, womit der Auftakt für die Bildung von bunten und grünen Listen, schließlich der grünen Partei gesetzt wurde.

1980: CDU/CSU setzten auf ihre schärfste Waffe: Franz-Josef Strauß. Die Mobilisierung gegen die von ihm verkörperte Politik war der zentrale Inhalt der linken Politik. Erstmals trat mit den GRÜNEN eine Partei an, die auf der linken Seite der Gesellschaft mehr als die üblichen Promille-Ergebnisse linker Gruppen auf sich vereinigen konnte, auch wenn noch keine Chance bestand, die 5%-Hürde zu überspringen. Der KB empfahl die Wahl der GRÜNEN, "weil dies ein gutes Mittel (ist), Protest gegen die Fortsetzung der verhängnisvollen Politik der SPD/FDP-Regierung auszudrücken." Da die GRÜNEN jedoch gleichzeitig alles taten, ein linkes Parteienprojekt zu verhindern, und von daher schon damals für viele Linke nicht wählbar waren, wurde auch die Stimmabgabe für andere linke Listen empfohlen (speziell die DKP).

1983: Die vorgezogenen Neuwahlen nach dem Sturz von Kanzler Schmidt standen für die Linke ganz im Zeichen zweier Dinge: erstens der Diskussion um die "Nachrüstung" und damit der Frage der Kriegsgefahr und zweitens der erstmaligen Chance, mit den GRÜNEN eine im gesellschaftlichen Kontext eindeutig linke Kraft in den Bundestag zu bekommen. "Die Grünen in den Bundestag!" war unser Aufruf überschrieben. Zur Begründung hieß es unter anderem: "Allein der Kampf gegen die NATO-‚Nachrüstung` ist Grund genug, am 6. März für die Grünen zu stimmen. Wer immer heute von der Gefahr eines 3. Weltkriegs ausgeht und in dieser Hinsicht die ‚Nachrüstung` für einen Meilenstein ansieht, sollte diese Frage auch zur entscheidenden in dieser Wahl machen. Sowenig im Parlament dieser Kampf auch entschieden wird, sollte doch alles getan werden, diesen Kampf auch in den Bundestag hinein zu vermitteln. Und dazu sind derzeit nun einmal nur die Grünen in der Lage."

1987: In dieser Wahl lag wenig Brisanz. Die Kohl-Regierung machte zwar konservative Politik, aber so viel schlimmer als die Regierung unter Kanzler Schmidt war sie denn auch wieder nicht. Die noch 1983 fast greifbare Kriegsgefahr (heraufbeschworen durch den damaligen US-Präsidenten Reagan, der die UdSSR als "Reich des Bösen" erledigt wissen wollte) war gewichen. Die Grünen hatten sich etabliert und schon damals

viel von ihrem linken Charme verloren. Im AK gab es Pro- und Kontrastimmen zur Wahl der Grünen. Der KB entschied sich auf einer Versammlung, keine Empfehlung auszusprechen. Eine Alternative bot sich nicht.

1990: Wieder eine vorgezogene Bundestagswahl - die Wahl nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Im KB war ein heftiger Streit entbrannt, der schließlich zur Spaltung führte: U.a. ging es um die Kampagne "Nie wieder Deutschland!" und um die Rolle der PDS als neuer linker Kraft im vereinigten Deutschland. Erstmals entschied sich eine Strömung aus dem KB für die Empfehlung eines Wahlboykotts, weil mit dieser Wahl die deutsche Vereinigung abgesegnet werden solle. Die Strömung, die heute den AK herausgibt, empfahl mit gebotener Distanz die Wahl der PDS. Mit ihr gäbe es erstmals eine Organisation mit sozialistischen Anspruch, die den Sprung in den Bundestag schaffen könne. Und mit ihr könne sich ein Kristallisationspunkt für ein linkes Projekt herausbilden.

1994: Die Hoffnungen auf die PDS als neues linkes Sammlungsprojekt sind innerhalb der KB-Mehrheit schneller verflogen als seinerzeit die Hoffnungen, die in die Grünen gesetzt wurden. Trotz anderslautender Gerüchte gibt es innerhalb dieser KB-Mehrheit keine Mehrheit für eine Orientierung auf die PDS. Auf einer Versammlung im Frühjahr dieses Jahres fand ein Antrag, die PDS in ihrem Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag zu unterstützen, keine ausreichende Unterstützung. Sicherlich werden viele Mitglieder dieser Strömung ebenso wie viele LeserInnen dieser Zeitung diesmal der PDS ihre Stimme geben, wohl aber mehr aus der Überlegung, daß sie die meistgehaßte Kraft für die herrschenden Kräfte ist, nicht weil sie besonders anziehend wäre. Genauso wird es viele geben, die aus rationalen Überlegungen heraus die Grünen wählen, weil auch sie hier und dort für Linke wichtige Akzente setzen. Zum dritten Mal in unserer mehr als zwanzigjährigen Geschichte wird es also keinen Wahlaufruf geben. Unsere LeserInnen werden sich also selbst den Kopf zerbrechen müssen. Die in dieser ak-Ausgabe abgedruckten unterschiedlichen Statements sind als Entscheidungshilfe gedacht.

he., Hamburg

Die wenigen verbliebenen linken Parteien äußern sich zu den kommenden Bundestagswahlen überraschend einheitlich.

Die VSP: "Die Stimme abgeben, nicht den Kopf!"

Der Wahlaufruf der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) beschäftig sich zunächst mit den Folgen der Politik der CDU/CSU-FDP-Regierung und der Politik der SPD, zu der festgestellt wird: "Die Preisgabe eigenständiger Positionen hat bei der SPD ein Maß erreicht, daß es auch den gutwilligsten Anhängern und Anhängerinnen schwerfallen muß, diese Partei als eine Alternative zu Kohl zu wählen." Die Grünen werden kritisiert, weil sie sich bedingungslos der SPD andienen würden: "Sie wollen nicht Oppositionspartei, sondern Juniorpartner in einer ‚rot`-grünen Koalition sein." Da bleibt für eine Partei, die sich bei Bundestagswahlen entweder selbst beteiligte oder zur Wahl der SPD aufrief, nur noch eine Wahl: die PDS. Den Begründungszusammenhang wollen wir im folgenden etwas ausführlicher zitieren, da er sicherlich auch die Gedanken in anderen linken Zirkeln erfaßt.

Warum PDS wählen?

Bei diesen Bundestagswahlen läßt von den größeren Parteien lediglich die PDS die Erwartung zu, daß neue linke oppositionelle Stimmen im Parlament laut werden. In der letzten Legislaturperiode formulierte sie die entschiedensten Alternativen zur Regierungspolitik: Sie trat für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Beibehaltung des Rechts auf Asyl ein, bekämpfte den Einsatz der Bundeswehr im Ausland und deckte die heuchlerische Politik gegenüber dem rassistischen Terror auf. Darüber hinaus versucht die PDS, an einer Alternative zur kapitalistischen Profitgesellschaft festzuhalten.

Dabei sind die programmatischen Vorstellungen der PDS nicht einheitlich. Allgemein sind die scharfen Angriffe auf das soziale und kulturelle Elend, das der Kapitalismus produziert. Gleichzeitig gibt es bei großen Teilen der PDS einen positiven Bezug auf die "Marktwirtschaft", deren zerstörerische Kraft gerade in den neuen Bundesländern wieder unter Beweis gestellt wird. Die Mehrheit ihrer Führung formuliert ein positives Verhältnis zur deutschen Nation, ohne darüber nachzudenken, daß es gerade der Appell an ein gegensätzliche soziale Interessen nicht berücksichtigendes Gemeinschaftsgefühl, an das "Wir sitzen alle in einem Boot" ist, was schließlich in der Losung mündet: "Deutsche Interessen verteidigen!"

Die PDS versteht sich als Oppositionspartei und ist zur Bundestagswahl mit dem Anspruch angetreten, für konsequente Opposition zu stehen. Ein Teil ihrer Mitgliedschaft hat diese Haltung allerdings nach den Stimmengewinnen bei den Kommunalwahlen in Ostdeutschland schon wieder relativiert. Kaum bot sich die Chance, in Magdeburg eine "rot"-grüne Regierung zu tolerieren, wurde in der Berliner Parteizentrale schon laut darüber nachgedacht, auch auf Landes- und Bundesebene "Mitverantwortung" zu übernehmen, was derzeit nur auf Verantwortung für eine unsoziale und konservative Politik hinauslaufen würde.

Solche Vorstellung sind noch Minderheitspositionen und stoßen auf wenig Gegenliebe bei den angesprochenen Parteien (SPD und Grüne). Dabei macht eins die besondere Rolle der PDS im Spektrum der Parteien deutlich:

Sie wird von allen etablierten Parteien gehaßt, weil sie sich als einzige den Bemühungen widersetzt, positive Erinnerungen an eine Alternative zum kapitalistischen Staat, die einmal real möglich war, und einen positiven Bezug auf die kommunistische Tradition aus dem Gedächtnis der Gesellschaft auszulöschen.

Sie wird gehaßt, weil sie in Ostdeutschland die einzige Partei ist, die sich für die Interessen der Betroffenen einsetzt und versucht, sie zu organisieren. Damit trägt sie auch dazu bei, daß rassistischen und faschistischen Orientierungen Einhalt geboten wird.

Allein dies ist schon ein ausreichender Grund, für die Wahl der PDS in den kommenden Bundestag einzutreten.

Die Stimme abgeben, nicht den Kopf!

Allerdings liegt das Hauptdilemma sozialistischer Politik heute nicht in der Frage ihrer parlamentarischen Vertretung. Was heute fehlt, und das entwickelt sich von Jahr zu Jahr zu einem größeren Problem, sind breite soziale Bewegungen, innerhalb derer politische Alternativen gedacht werden können.

Der gesamtgesellschaftliche Einfluß der Gewerkschaften ist, bedingt durch ihre eigene Stillhaltepolitik, drastisch zurückgegangen. Zehntausende sind in - häufig zersplitterten - antirassistischen Initiativen und Umweltschutzgruppen organisiert, arbeiten dort häufig aber ohne übergreifende Orientierung.

Die Voraussetzung dafür, daß eine politische Partei der Linken wieder zum Ausdruck einer gesellschaftlichen Bewegung wird, liegt deshalb in den Bewegungen selbst, in der selbständigen Wahrnehmung der Interessen der Opfer der Bonner Kahlschlagpolitik auf Massenebene und in der Organisierung der Solidarität untereinander. Der Schlüssel zur Überwindung der Lähmung und Gleichgültigkeit, die heute in unserer Gesellschaft herrschen, liegt in der außerparlamentarischen Aktivität. Die Frage, wer in Bonn/Berlin die Republik regiert und ob oppositionelle Kräfte im Bundestag vertreten sind, wird allerdings auf das herrschende Klima der nächsten Jahre bedeutenden Einfluß ausüben.

PDS in den Bundestag!

Zeichen setzen gegen Nationalismus, Rassismus und Verarmung! Sozialistische Opposition beschränkt sich nicht aufs Parlament. - Dieses Land braucht täglich Widerstand!

(SoZ, Zeitung der VSP, Nr. 18/94)

Schon 1990 hatte die VSP zur Wahl der PDS aufgerufen, hatte selbst jedoch vorher stark auf die Bildung von roten Bündnislisten (Vereinigung der verbliebenen linken Organisationen) gesetzt. Diese Linie wurde in diesem Jahr nicht weiter verfolgt. In Baden-Württemberg kandidiert mit Winni Wolf einer der bekanntesten Vertreter der VSP auf der Offenen Liste der PDS.

DKP: "Zeigt Kohl & Co. die Rote Karte! Wählt PDS!"

Im zentralen Wahlaufruf der DKP wird in alter Tradition die ganze Misere des Landes und der Gesellschaft beschrieben. Es mündet in bei der Suche nach den Gegenkräften in der Feststellung: "Denkverbote statt Aufbruch, Anpassung statt Widerstand. Dieses Bild kennzeichnet die SPD, kennzeichnet das gesamte politische Leben im Wahljahr 1994.

Nur die kleine Gruppe der PDS/Linken Liste-Abgeordneten hat, von den Medien weitgehend verschwiegen, im Bundestag konsequent ihre Stimme gegen den Kurs des sozialpolitischen Kahlschlags, des Demokratieabbaus und der militärischen Weltmachtambitionen erhoben."

Die Grünen dagegen beteiligten sich "bereitwillig an der Diffamierungskampagne, die einzig den Zweck verfolgt, den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag zu verhindern." Die Kommunisten in der DKP sagen deshalb: "Die PDS muß im Bundestag bleiben. Von ihr kann kritisches Denken und Handeln im Sinne einer linken, fortschrittlichen Opposition ausgehen. Unser Land braucht linken Aufbruch! Demokratischen Widerstand! Soziale Gerechtigkeit!" Schließlich mündet dies in der Aufforderung: "Deshalb: Wer Kohl & Co. am 16. Oktober die Rote Karte zeigen will, wer mit uns der Meinung ist, daß der nächste Bundestag eine konsequente Opposition braucht, der hat nur eine Wahl: Gegen den Bonner Rechtskurs PDS wählen - für eine linke Alternative." (Zitate nach: unsere zeit, 2.9.94)

Was hier so klingt, als habe die DKP nur die Sache im Sinn, als wäre diese Entscheidung nur aus den Inhalten heraus begründet, sollte dennoch wissen, daß es lange gedauert hat, bis sich die DKP zu diesem Aufruf entschlossen hat. Eigentlich hatte sie ein Junktim zwischen der Aufstellung eines Vertreters des DKP-Parteivorstandes auf einem aussichtsreichen Listenplatz in einem der ostdeutschen Länder und ihrer Wahlunterstützung aufgestellt. Vom Bundesvorstand der PDS wurde eine solche Zusicherung verwehrt. Der Sprecher des Vorstandes, Heinz Stehr, kandidierte schließlich für einen Platz auf der Landesliste in Brandenburg, wo er allerdings mit dem 12. Platz vorlieb nehmen mußte. Er verzichtete daraufhin auf die Kandidatur und ließ die Frage der Wahlunterstützung offen. Zwischen den westlichen Landesverbänden der PDS und der DKP gibt es jedoch eine stärke Zusammenarbeit als noch 1990, was auch dazu geführt hat, daß eine Reihe von Mitgliedern der DKP auf den Offenen Listen kandidieren. Dies machte es schließlich dem Bundesvorstand unmöglich, aus der Zurückweisung des Junktims eine eigenen Kandidatur zu begründen, hätte dies doch wahrscheinlich zur Spaltung der DKP geführt.

Zusammengestellt von he.

27. Georg Fülberth: Warum PDS wählen?

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:34

Bis Juni 1994 war es für viele Linke Ehrensache, in diesem Jahr überhaupt nicht wählen zu gehen. Das machte immerhin noch den meisten Spaß angesichts der absoluten Verwechselbarkeit von Kohl und Scharping. Da die Grünen ihre Existenzberechtigung nur noch aus einer möglichen Koalition mit der SPD herleiteten, diese sich aber von der CDU nicht mehr unterscheiden wollte, waren (und sind) sie auch nicht wählbar.

Unverändert langweilig und abstoßend bleiben die Altparteien SPDCDUCSUFDPGRÜNE. Interessant wird die Sache aber dadurch, daß sie sich ungewollt auf eine absolute Außenseiterin beziehen müssen: die PDS.

SPD und Grüne werden keine gemeinsame Mehrheit erzielen. Wird ihr Kanzlerkandidat von der PDS mitgewählt, dann wird die neue Regierung nicht viel besser sein als die alte. Aber einige der Schandtaten der alten Koalition wird es nicht mehr geben, und falls doch, dann unter produktiven Reibungsverlusten.

Scharping beteuert, er wolle sich von der PDS nicht zum Kanzler wählen lassen. Wer dieser Partei die Stimme gebe, sei schuld an einer großen Koalition. Das ist aber ein Grund mehr, PDS zu wählen. Gibt es am 16. Oktober eine gemeinsame Mehrheit aus SPD, Grünen und PDS, dann ist das auf jeden Fall eine Richtungsentscheidung: Die CDU soll aus der Regierung. Wenn Scharping jetzt schon durchblicken läßt, daß er in diesem Fall lieber eine Große Koalition will, dann bestätigt er, was man ohnehin schon wissen konnte: daß er nur ein zweiter Kohl ist. Selbstverständlich ist das ein schlagender Grund, nicht die SPD (oder deren grünes Anhängsel) zu wählen. Die wirksamste Art, sie nicht zu wählen, ist eine Stimme für die PDS. Eine Große Koalition gegen Links wird die Sozialdemokratische Partei über kurz oder lang einer Zerreißprobe aussetzen. Aus ihr kann eine interessante Umgruppierung des Parteiensystems hervorgehen.

Das Schönste an der PDS ist, daß man mit ihr immer eine Oppositionspartei wählt. Wirtschaftspolitisch muß sie der Deregulierungs- und Privatisierungs-Kampagne entgegentreten. Wird diese nicht bald gestoppt, haben wir in der BRD rasch Berlusconi-Zustände: Unternehmer, welche häufig die Handpuppen der Banken sind, kaufen sich einen Staat.

Wo bleibt das Positive? Das Positivste gegenwärtig ist die Verhinderung des nahezu Unvermeidlichen. Das genügt.

Zum Beispiel: Entflechtung statt Privatisierung, insbesondere im Medienbereich. Ohne Anwendung des Sozialisierungs-Artikels 15 des Grundgesetzes wird das nicht zu haben sein.

Das alles sind kleine Brötchen, zugegeben. Die Stimmabgabe lohnt keine Aufregung. Es geht ja nur um eine Wahl. Manche haben ihr halbes Leben gebraucht, um zu der Einsicht zu kommen, daß parlamentarisch nichts zu verändern ist. Recht haben sie. Nichtwählen ändert aber ebensowenig (das ist dann das Lernprogramm der zweiten Lebenshälfte). Kandidatur und Stimmabgabe für die PDS sind die angenehmste Möglichkeit, das zu erreichen, was linke Nichtwähler(innen) schon immer mal wollten: bleierne Zustände ein bißchen durcheinanderbringen.

Wissen Sie etwas Besseres?

(Georg Fülbert tritt in Marburg als Direktkandidat auf der Liste der PDS an)

28. Abschöpfung oppositioneller Potentiale. Zur Funktion von Grünen und PDS im parlamentarischen System (aus: Graswurzelrevolution)

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:15

Den folgenden Artikel entnahmen wir der Zeitschrift "Graswurzelrevolution" (Nr.189), Sonderdruck "Wenn Wahlen was verändern würden, wären sie verboten".

Mal ehrlich: Haben wir sie wirklich vermißt, die westdeutschen Grünen im Bundestag in der letzten Legislaturperiode? Was wäre substantiell anders gekommen, wenn sie drin gewesen wären?

Das bürgerlich-parlamentarische System reagiert differenziert auf Krisen, Störpotentiale, oppositionelles und insbesondere systemkritisches Verhalten: einerseits durch Integration, andererseits durch Repression. Gerade diese Differenzierung unterscheidet die bürgerliche Demokratie vom früheren "realsozialistischen" Staat in Osteuropa und der DDR (auf politischer Ebene, abgesehen von weiteren gewichtigen Unterschieden in wirtschaftlicher Hinsicht), welcher auf Oppositionspotentiale in der Regel ausschließlich repressiv reagierte. Dadurch stellte jedes einzelne Durchbrechen der Repression sofort das ganze System in Frage (z.B.: erste Montagsdemo in Leipzig, für Polen in den 80ern: der Streik in Gdansk). Im Westen wäre Vergleichbares bestenfalls ein Skandal gewesen, der mit der Absetzung eines Polizeichefs oder des zuständigen Ministers geahndet würde. Die differenzierte Reaktion der bürgerlichen Demokratie, die Möglichkeit der Einbindung von Oppositionspotentialen durch Integration, ist daher ein Grund (von mehreren) für die größere Stabilität dieses Systems.

Für die westlichen und östlichen Landesteile der BRD haben sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschichte zwei verschiedene Parteien herausgebildet, um diese integrative Funktion des Parlamentarismus im Jahre 1994 zu füllen: die Grünen und die PDS.

Im Wester der BRD sind die Grünen ein reformistisches Ergebnis der sozialen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre. Aus den zusammenbrechenden linken Kleingruppen der StudentInnenbewegung oder enttäuschten SozialdemokratInnen rekrutierte sich ein großer Teil der FunktionsträgerInnen der Partei. Mit dem Slogan der "Anti-Parteien-Partei" oder dem Spruch vom "Spielbein" Parlament neben dem "Standbein" außerparlamentarische Bewegung, mit der Aufforderung zur Toleranz des "Sowohl als auch" wurde die parlamentarische Arbeit legitimiert. Letztlich wurde die angekündigte Nebenarbeit zur Hauptarbeit, die Abschöpfung organisatorischer und personeller Energien aus den sozialen Bewegungen umgedreht in die Konstatierung einer "Krise der Bewegungen", aus der dann die Legitimation der ausschließlichen Parlamentsarbeit gezogen wurde. Alle basisdemokratischen Mitbringsel aus den Bewegungen (Rotation, Basisdemokratie, Konsens usw.) wurden der parlamentarischen "Realpolitik" geopfert, der Spagat zwischen ursprünglichem Programm und Pragmatik wurde immer größer. Selbst heute wird programmatisch noch Bundeswehrauflösung und AKW-Ausstieg gefordert, doch in den bisherigen Rot-Grün-Regierungen wurde nicht ein einziger dieser Programmpunkte auch nur annäherungsweise umgesetzt. Die Vereinigung mit den parteiförmig organisierten Teilen der Ex-DDR-Opposition (Bündnis '90) brachte einen weiteren Anpassungsschub, weil die östliche Führungsriege (Jens Reich, Wolfgang Ullmann usw.) den Vereinigungsnationalismus - wenn auch auf gemäßigte Weise - bejahte und in die Westpartei trug.

Im Osten des Landes hat sich nach 1989 neben dem Bündnis '90 oppositionelles Potential entweder nicht dauerhaft parteiförmig organisiert (mehrere Spaltungen des "Neuen Forum") oder den Schwenk zu Vereinigung und kapitalistischer Marktwirtschaft grundsätzlich befürwortet und damit tatsächliches Oppositionspotential in den Augen der ostdeutschen BürgerInnen eingebüßt, die heute die Folgen von Westchauvinismus, Konkurrenzverhalten im menschlichen Umgang und kapitalistischer Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Die zur PDS gewandelten Ex-KommunistInnen sind eingesprungen und können die Protestpotentiale nun weitgehend abschöpfen. Mit ihrer großen, aber überalterten Mitgliederschar ehemaliger DDR-FunktionsträgerInnen kann die PDS für das parlamentarische System der BRD dieselbe funktionale Rolle übernehmen, die, unter anderen politischen Vorzeichen selbstverständlich, der neofaschistischen "Nationalen Allianz" in Italien zukommt: eine Regionalpartei für die Interessen einer strukturschwachen Region zu sein (das

ist die Funktion der sich für die Interessen des italienischen Südens einsetzenden NeofaschistInnen in der Berlusconi-Regierung). Die politische Tradition der PDS-Mitglieder im Osten kennt keine Praxis außerparlamentarischer Opposition und manche können sich die trotzige Beibehaltung sozialistischer Rhetorik nur als Rückkehr zum "Realsozialismus", also zur verstaatlichten Variante des Sozialismus, als DDR-Nostalgie, vorstellen. Im Westen gibt es eine Minderheit linker UnterstützerInnen der PDS, die meist nach enttäuschter Hoffnung auf die Grünen nun auf den nächsten parlamentarischen Organisationsversuch der Linken hereinfallen. Anstatt aus der Anpassungsgeschichte der Grünen antiparlamentarische Konsequenzen zu ziehen, lassen sie sich auf geradezu rührend naive Weise durch die sozialistischen Worthülsen in der PDS blenden.

Doch auf dem Wege der parlamentarischen Integration konnten trotz gelegentlich anderslautender Rhetorik auch programmatische Anpassungsleistungen bei Grünen und PDS nicht ausbleiben - mit fatalen Folgen für die Ausgangspositionen oppositionellen Verhaltens in der BRD. Die Verwirrung, ja geradezu Chaotisierung gesellschaftskritischen Bewußtseins in West und Ost läßt sich für die Grünen auf den Nenner "ökologische Marktwirtschaft" und für die PDS auf den Nenner "sozialistische Marktwirtschaft" bringen. Diese massenhaft falsches Bewußtsein produzierenden "Schwarze Schimmel"-Begriffe, in den Wahlkämpfen als eine Art programmatische Identität präsentiert, gehen auf je eigene Weise von der Möglichkeit ihrer Versöhnung mit dem kapitalistisch-parlamentarischen Staat aus. Doch "Ökologie" als inhaltliches Konzept, wie es von den ökologischen und libertär-gewaltfreien Bewegungen und Gruppen ursprünglich entwickelt wurde, läßt sich innerhalb des kapitalistischen Staates überhaupt nicht verwirklichen, sondern wird dort unweigerlich zur Begriffshülse für einen wachstumsdiktierten Vorrang der Ökonomie. Und "Sozialismus" im Sinne eines der freiheitlichen Traditionen der ArbeiterInnenbewegung entspringenden Selbstverwaltungssozialismus ist das absolute Gegenkonzept zum Kapitalismus und degeneriert innerhalb des kapitalistischen Rahmens zu nichts weiter als den nächsten sozialdemokratischen Beschäftigungsprogramm.

Der sozialdemokratische Slogan "Arbeit, Arbeit, Arbeit" erschlägt alles, was sich ihm nicht in offener Konfrontation entgegenstellt. Nur als Gegensatz zu sozialdemokratischer Versöhnung unversöhnlicher Inhalte, nur als Notwendigkeit einer libertären, ökosozialistischen Revolution lassen sich inhaltlich gefüllte Begriffe umsetzen.

Doch ein solches Bewußtsein wird durch die programmatische Anpassung beider Parteien systematisch verhindert. Der massenhafte Ausbau von AKWs, die "Baulinie 80" inclusive Wiederaufarbeitungsanlagen, wurden in den 70er und frühen 80er Jahren auch ohne Anwesenheit von Grünen in den Parlamenten gekippt. Die SED-Herrschaft wurde von der DDR-Opposition vollständig ohne Anwesenheit von Oppositionellen in der Volkskammer gestürzt. Wenn ein System zu Reformen fähig ist, wird es aus seiner Mitte immer Fraktionen bilden, die unter dem Druck gesellschaftlicher Opposition diese Reformen formuliert und durchsetzt, ob sich sich diese Fraktionen nun aus CDU-Wertkonservativen (Lothar Späth bei AKWs), SPD-Linken (Kippen des Raketenkurses in den 80ern) oder einer interfraktionellen Frauengruppe (Entwürfe zum Paragraph 218) zusammensetzt.

29. "Dem fühle ich mich verbunden." Christian Ströbele kandidiert für Bündnis 90/Grüne

Christian Ströbele kandidiert für Bündnis 90/Die Grünen

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:32

ak: Du giltst als Linker und siehst Dich vermutlich auch selber so.

Hans-Christian Ströbele: Ja!

Warum?

Weil ich mich seit mehr als zwanzig Jahren dafür einsetze, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern - früher haben wir das Revolution genannt -, daß sie demokratischer und sozial gerechter werden und daß die Ausbeutung von Menschen durch Menschen, auch im internationalen Bereich: also etwa des Südens durch den Norden, abgeschafft wird.

Wenn ich das richtig interpretiere, hat links zu sein für Dich noch immer etwas mit Antikapitalismus zu tun?

So ist es.

Wie würdest Du bezogen auf die Verhältnisse in Deutschland, Links-Sein charakterisieren?

Da gibt es alte Aufgaben, die schon vor zehn oder zwanzig Jahren richtig waren: Daß man sich für mehr soziale Gerechtigkeit und für mehr Freiheitsrechte eingesetzt hat, gewehrt hat gegen das immer weitere Zurückdrängen von demokratischen Beteiligungsformen in der Bundesrepublik und daß man sich dafür eingesetzt hat, daß alle Menschen, die hier wohnen, selbstverständlich die gleichen Rechte, gleiche Bürgerrechte haben. Dazugekommen ist in den letzten Jahren seit der Vereinigung, daß ein Linker sich dagegen einsetzt, daß das große Deutschland eine Großmacht wird, die andere Völker zunächst ökonomisch, vielleicht auch wieder mal anders unterwerfen will. Und daß man sich im Inneren dafür einsetzt, daß die rassistische und die rechte Gewalt zurückgedrängt und möglichst wieder in der Ecke verschwindet, in der sie vor zwanzig Jahren gewesen ist, nämlich so gut wie nicht sichtbar, nicht aktiv.

Wie gut findest Du denn Deine Anschauungen bei den Grünen wieder?

Es gibt drei Gründe, die mich als Linker veranlassen, weiter bei den Grünen Politik zu machen. Erstens sind die Grünen - und da war ich auch beteiligt -, aus einem Zusammenschluß von ökologischen Gruppen, Friedensgruppen, Dritte-Welt-Gruppen, aber vor allem auch linken Gruppen entstanden. Die Linke hat damals in der Bundesrepublik zum ersten Mal auch über ihre eigenen Zirkel und über die Straße hinaus wirklich Einfluß bekommen durch den Zusammenschluß mit anderen Gruppierungen, mit denen sie eine Reihe von Forderungen gemeinsam hatte, und wo man dann für gemeinsame Ziele gekämpft hat. Das ist der Ursprung der Grünen und dem fühle ich mich verbunden.

Zweitens, das ist ein pragmatischer Grund, sehe ich in der Bundesrepublik Deutschland keine Alternative für einen Linken, wo man sich mit Aussicht auf Einfluß auf die politische Entwicklung engagieren kann.

Drittens, das ist vielleicht der wichtigste Grund, sehe ich in den Grünen, vor allem bei der Basis der Grünen, in den Kreisverbänden, in den Städten, durchaus noch Mehrheiten für linke Positionen. Ich habe auf vielen Veranstaltungen, aber auch auf der Bundesdelegiertenkonferenz die Erfahrung gemacht, daß man durchaus auch für radikalere linke Positionen, die etwa einer Regierungsbeteiligung widersprechen könnten, Mehrheiten bekommt - einfach weil es die richtigen Positionen sind, ohne Rücksicht darauf, ob die nun mit der SPD oder anderen Parteien kompatibel sind. Da waren z.B. auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn die großen, über 90 Prozent starken Mehrheiten gegen Militäreinsätze im ehemaligen Jugoslawien oder sonst out of area oder die Mehrheiten bei der Verabschiedung des Wahlprogrammes für die Abschaffung der Bundeswehr und für einen Austritt aus der NATO.

Grüne Programmatik ist das eine, grüne Realpolitik ein Anderes.

Ich kann nicht übersehen, daß gerade in den oberen Etagen bei den Grünen auch sehr stark andere Positionen vertreten werden und vielleicht manchmal zu dominieren scheinen. Aber ich denke, es ist möglich, daran etwas zu ändern, wie es nach wie vor möglich ist, auch für radikalere gesellschaftliche Veränderungen bei den Grünen einzutreten, und eben nicht nur als einsames Blümchen auf der Wiese, sondern auch mit Mehrheiten.

Nehmen wir an, Du gewinnst Dein Direktmandat in Kreuzberg/Schöneberg und denken wir mal, es kommt zu einer rot-grünen Regierung: Dann müßtest Du womöglich bei Deinen Anschauungen im Bundestag gegen diese Regierung stimmen.

Das sehe ich nicht so. Man muß ja sehen, daß man, solange eine Partei wie die Grünen oder eine linke Partei nicht die Mehrheit in Deutschland hat, Einfluß auf Regierungsebene nur auf dem Wege von Kompromissen bekommt. Das heißt, wenn ich gleiche Rechte für EinwanderInnen erreichen will, muß ich möglicherweise, auch wenn ich es nicht für richtig halte oder es sogar schmerzt, in anderen Bereichen Positionen zurückstellen. Oder wenn ich zum Beispiel erreichen will, daß bestimmte Repressionsgesetze aus den vergangenen 15 Jahren im Strafrechtsbereich, Polizeibereich, im Bereich der Geheimdienste zurückgenommen werden, so muß ich auf anderen Ebenen Zugeständnisse machen. Das ist eben die große Frage, die ja schon immer bei den Grünen heftig diskutiert wurde: Kann man das verantworten? Ich denke, da muß man im Einzelfall entscheiden, ob man auf einem Gebiet, das man für wichtig hält, genügend erreicht, um dann auch Kröten zu schlucken, wie das in Berlin 1989 immer hieß, als wir um einen rot-grünen Senat verhandelten. Da wird man im Einzelfall unterschiedlicher Meinung sein, aber ich nehme für mich in Anspruch, daß ich mich schon früher in Berlin dafür eingesetzt habe, aber auch, wenn es in Bonn tatsächlich so weit kommen sollte, dafür einsetzen werde, daß nur eine Beteiligung an einer Regierung in Betracht kommt, in der wesentliche, auch linke Inhalte, durchgesetzt werden können.

Welche Inhalte könnten dies bei der real-existierenden SPD sein?

Das könnte sein die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft oder auch die Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts; weg vom Blutrecht hin zu einem Einbürgerungsanspruch für alle, die in Deutschland geboren sind. Oder das könnte auch eine staatliche Förderung der Umverteilung der Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung oder eine Mietpreisbindung in den Ballungszentren, auch für Gewerbemieten für Handwerker und kleine Geschäfte sein.

Und ich sehe ja, das haben wir schon in Berlin ausprobiert, daß es bei den Sozialdemokraten - nicht gerade in den Führungsetagen, aber in anderen Bereichen - durchaus auch Bündnispartner für solche Positionen gibt. Zum Beispiel im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik. Nicht umsonst war ja auch die Aufgabe des Grundrechts auf Asyl bei den Sozialdemokraten sehr umstritten und hat viele dazu gebracht, bei der SPD nicht mehr mitzumachen oder ihre Tätigkeit zu reduzieren.

Die Wahlkampfparole der PDS heißt "Veränderung beginnt mit Opposition". Das haben die Grünen doch auch einmal so gesehen und so falsch war das ja nicht. Nur - es wurde politisch nicht durchgehalten.

Sicher beginnt Veränderung mit Opposition. Der Satz ist weiter richtig. Aber gesellschaftliche Veränderungen können aus der Opposition heraus letztlich nicht durchgesetzt und vollendet werden. Irgendwann reicht Opposition nicht mehr, sondern müssen Veränderungen gestaltet werden. Und das geht zweifellos besser über die Schalthebel der Macht, durch Regierungsbeteiligung. Es wäre unverantwortlich und wir würden unsere politischen Forderungen selbst nicht ernst nehmen, wenn wir eine Gelegenheit ungenutzt vorbeigehen lassen würden, Veränderung über Regierungsbeteiligung durchzusetzen. Übrigens bin ich ganz sicher, daß die PDS sich an jeder Regierung beteiligen würde, wenn man sie nur ließe und sie dazu einladen würde.

Wie anders müßte denn die PDS aussehen, daß Du Dir eine Mitarbeit bei dieser Partei oder zumindest eine Zusammenarbeit mit ihr vorstellen könntest?

Also ich erlebe ja die PDS hier in Berlin - in Westdeutschland kann man ja von ihrer Existenz kaum etwas spüren, außer auf Wahlplakaten - sehr hautnah und muß feststellen, daß vieles, was in den Programmen steht, mit dem, was sehr viele Mitglieder denken und auch aussprechen, nichts zu tun hat. Ich bin skeptisch, ob in der PDS beispielsweise der Ausstieg aus der Atomenergie tatsächlich eine Mehrheit hat. Ob eine Position für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, die in der Programmatik der PDS enthalten ist, auch

tatsächlich von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wird. Da habe ich aus meiner konkreten Erfahrung große Bedenken. Und weil ich einen sehr großen Unterschied sehe zwischen den Leuten, die im Augenblick in der Öffentlichkeit für die PDS stehen und der großen Masse der Mitglieder, kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, daß wesentliche Positionen, die ich vertrete, von den Mitgliedern der PDS mitgetragen würden und daß ich deshalb dort mitmachen könnte.

Uns wird immer wieder vorgehalten, daß es sicher auch bei den Grünen Leute gibt, die etwa zur Asylfrage andere Positionen haben. Aber man kann nicht übersehen, daß gerade bei den Grünen sehr viele Leute engagiert sind, die in ihrer politischen Sozialisation, in ihrer früheren Arbeit gerade aus solchen Flüchtlingshilfegruppen kommen, so daß die Positionen, die derzeit sicher in der Bevölkerung keine Mehrheit haben, bei den Grünen sehr stark und auch emotional grundtief verankert sind.

30. "Linke Politik ist möglich." Gespräch mit der grünen Bundestagskandidatin Amke Dietert-Scheuer

Gespräch mit Amke Dietert-Scheuer

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:50

Amke Dietert-Scheuer kandidiert auf Platz 2 der Hamburger Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen und hat damit gute Aussichten auf ein Bundestagsmandat.

ak: Nenn doch mal ein paar Stichworte aus deiner politischen Biographie!

Amke Dietert-Scheuer: Meine politische Biographie fängt nicht mit der GAL an und bei der Bunten Liste war ich auch nicht. In der GAL bin ich erst seit 1989. Vorher war ich zwar Wählerin der GAL bzw. der Grünen, habe mich aber nie zu einer Mitgliedschaft entschlossen. Der Schwerpunkt meiner Arbeit ist Menschenrechtsarbeit: Ich bin seit langem bei amnesty international und arbeite dort hauptsächlich zur Türkei.

Gerade, was dieses Gebiet angeht, hat ja das hiesige System längst seine Unmenschlichkeit erwiesen.

Ja, genauso wie im anderen Schwerpunkt meiner Arbeit, der Asylpolitik.

Aber die Grünen sind eine Partei, die sich fürs Mitmachen in diesem System entschieden haben.

Na ja, mitmachen nicht in dem Sinne eines So-Weitermachen wie es ist, sondern mit dem Anspruch der Veränderung. Da kann man natürlich zwei Haltungen einnehmen: Entweder sagen, da wollen wir grundsätzlich nichts mit zu tun haben, oder versuchen, daran etwas zu ändern.

Meinst du denn, daß du sinnvoll im Bundestag für die Angelegenheiten arbeiten kannst, die dich besonders bewegen?

Hinsichtlich der Sachen, die ich machen will, ist mein Hauptziel der Unterausschuß Menschenrechte/humanitäre Hilfe vom Auswärtigen Ausschuß sowie dieser selber. Ich will auf den Vorrang für Menschenrechtspolitik in der Außenpolitik dringen - natürlich will ich mich dabei auf die Türkei und Nahost konzentrieren. Ein weiteres Interesse hätte ich am Innenausschuß unter dem Aspekt der Asylpolitik.

Was nutzt die Arbeit im Bundestag? Wäre Deine Kraft außerhalb dieser Örtlichkeit nicht besser aufgehoben?

Für mich war bei der Überlegung, ob ich mich um ein Abgeordnetenmandat bewerbe, gerade im Hinblick auf meine Türkei-Arbeit, die Frage: Mache ich weiter wie bisher oder versuche ich mal zu sehen, was ich da bewegen kann. Da gibt es jede Menge Ansatzpunkte, auch solche, auf die man im Falle einer rot-grünen Koalition die SPD festnageln kann. Zum Beispiel bei den Waffenexporten in die Türkei, wo sie immer gefordert hat, die müßten eingestellt werden - Originalton Klose: Die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen ist ein Skandal. Das gilt für andere Bereiche auch, etwa hinsichtlich einer besseren Unterstützung für die Kurden im Nordirak.

Kommt es zu einer rot-grünen Koalition, wirst Du wohl einige Kröten schlucken müssen.

Das ist zu befürchten. Zuerst ist aber vor allen Dingen zu fürchten, daß bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen eine Ampelkoalition zur Debatte stehen könnte. Das ist innerhalb der Grünen umstritten. Die Linken vertreten klar die Position: Eine solche Koalition geht nicht. Das würde ja gerade in dem Bereich, der mich betrifft, bedeuten, daß die FDP das Außenministerium behält. Ich könnte mir nicht vorstellen, gegenüber der Türkei Änderungen in der Menschenrechtspolitik mit einem Kinkel als Außenminister durchzusetzen.

Hältst du die Grünen insgesamt noch für eine linke Partei?

Die Grünen waren nie eine linke Partei im marxistischen Sinne. Den Anspruch stelle ich auch nicht unbedingt, obwohl ich grundsätzlich die Position vertrete, daß viele Probleme mit dem kapitalistischen System nicht lösbar sind. Aber ich meine schon, daß ich mich inhaltlich im Bereich der Sozialpolitik, mit der Mehrheitsposition in der Außenpolitik, bei der Menschenrechtspolitik noch immer mit der grünen Partei identifizieren kann. Es ist ja durchaus so, daß man in der Partei, was die Inhalte angeht, was die Programmdiskussion betrifft, linke Inhalte

durchbekommt. Das Problem ist, daß der Realo-Flügel Machtpolitik über Strukturen und Personalpolitik durchsetzt und im Grunde genommen die Linken keinen Weg gefunden haben, dem etwas entgegenzusetzen. Die Linken arbeiten hauptsächlich an inhaltlichen Konzeptionen und arbeiten sich vielleicht daran ab.

Nach den Wahlen hättet ihr dann aber das Problem, daß ihr in der Minderheit seid, jedenfalls da, wo grüne Politik entschieden wird.

Das ist der Punkt. Wenn erst die Alternative vor der Tür steht: entweder "Ampel" oder Opposition und, ehe ein Parteitag stattfindet, von einer Kommission schon längst in Richtung einer Koalition verhandelt wird, dann entwickelt das natürlich eine Eigendynamik. Wenn sich nach den Wahlen Dinge ergeben, wo ich meine, das kann ich nicht mehr mittragen, werde ich eben den Krach schlagen müssen, den sich viele Linke im Wahlkampf verkneifen.

31. Günter Deckert - brandgefährlich (aus Publikationen Mannheimer AntifaschistInnen)

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:33

In der skandalösen Begründung ihres Urteils gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (vgl. ak 369, Seite 1) machte sich das Mannheimer Landgericht nicht nur die antisemitischen Motive des Angeklagten zu eigen. Die Richter Müller und Orlet überhäuften Deckert auch mit Komplimenten. Er sei eine "charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen" und habe einen "guten Eindruck" hinterlassen - trotz seines "schweren Lebensschicksals", der zwangsweisen Entfernung aus dem Schuldienst. Die Strafaussetzung zur Bewährung wurde so begründet: "Einem so gearteten Mann glaubt die Kammer das Bekenntnis zur Rechtstreue ... und hat daher keine Bedenken, ihm eine günstige Sozialprognose zu stellen." Daß der vermeintliche Biedermann in Wirklichkeit ein politischer Brandstifter ist, zeigt ein näherer Blick auf sein bisheriges Treiben.

Seit Juni 1991 ist Günter Deckert aus Weinheim/Bergstraße Bundesvorsitzender der NPD. Sein Wunschtraum, die NPD zu der großen Wahlpartei der gesamten extremen und neonazistischen Rechten zu machen, ist offensichtlich geplatzt. Selbst mit seinem jüngsten Versuch, für die Bundestagswahl ein "Bündnis Deutschland 1994" zu schmieden, lassen ihn die Reps (und z.T. auch DVU-Chef Frey) abblitzen, obwohl Deckert richtig feststellte:,,Das Erarbeiten einer gemeinsamen Wahlplattform dürfte dabei wohl die wenigsten Schwierigkeiten machen." (Deutsche Stimme 8/93)

Deckert wird 1940 geboren; 1966 tritt er in die 1964 gegründete NPD ein und tut sich schon bald als Hauptakteur der NPD in der Region hervor. Schon während seiner Lehrerzeit (für Englisch und Französisch am Tulla-Gymnasium Mannheim 1968-1982, danach Abordnung ans Hasenleiser Gymnasium Heidelberg und ans Carl-Benz-Gymnasium Ladenburg, endgültige Suspendierung aus dem Schuldienst 9.11.88) ist er Orts- und Kreis-Vorsitzender (1968 Kreisvorsitzender in Mannheim-Land, 1969 in Mannheim, 1978-1982 im Kreis Rhein-Neckar). Von 1972 bis 1975 ist er Landesvorsitzender Baden-Württemberg der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), von 1973 bis 1975 auch Bundesvorsitzender. 1972 wird er auch Bundesvorstandsmitglied der NPD; auf Vorschlag der JN wird er 1975 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt, wobei ihm Gerhard Frey (senior) unterliegt. 1977 und 1978 kandidiert er nicht mehr zum Bundesvorstand, als seine Oppositionsbewegung im Richtungsstreit jeweils knapp unterliegt.

Auf dem Bundesparteitag 1979 in Ketsch kandidiert Deckert als Vertreter der "kämpferischsten Teile der NPD" gegen Mußgnug zum Bundesvorsitz. Er unterliegt mit 103 zu 164 Stimmen, betont danach seine "Eigenständigkeit" im "Gau Kurpfalz" und plant die Gründung eines überparteilichen "Nationalistischen Büros". Mit dem seit 1981 jährlich bis heute in Weinheim durchgeführten "Kurpfälzer Treff" versucht er, einen "Rahmen zu schaffen über alle Parteigrenzen hinweg"; das Projekt bleibt aber auf Dauer regional begrenzt.

Versuche

überparteilicher Bündnisse

Von Anfang an ist die Leitlinie von Deckerts NPD-Politik die Einigung des "nationalen Lagers" auf "modernisierter" Grundlage. Es gibt kaum eine überparteiliche, bundesweit arbeitende rechtsextreme Organisation und Zeitschrift, in der er nicht irgendwann eine Rolle spielt. Schon früh versucht er die Integration sowohl der Altnazis als auch militanter neonazistischer Gruppen innerhalb der NPD.

Mit offen als NS-Nachfolger auftretenden Neonazis strebt Deckert eine enge Verbindung an. So verstärkt er über die Jahre hinweg die Propaganda für sein "JA zum Revisionismus", also zur Leugnung des Holocaust und zur Verherrlichung des Hitlerfaschismus: "Daß dabei eine Menge Umerziehungsmüll (Kriegsschuldfrage, Kriegsverbrechen, Sechs-Millionen-Legende, Verzichtsdenken, Anti-Nationalismus, Herabwürdigung und Verunglimpfung nationalen Denkens u.a. mehr) beiseitegeräumt werden muß, versteht sich von selbst." (Deckert in Unabhängige Nachrichten 127/1977) "Für eine objektive Vermittlung unserer Geschichte, vor allem in diesem Jahrhundert, JA zum Revisionismus, NEIN zur Geschichtsklitterung und Schulbuchmanipulation

nach dem Grundsatz ‚Der Sieger schreibt stets die Geschichte`." (Deckert als NPD-Spitzenkandidat im Landtagswahlprogramm 1992)

Schon früh versucht Deckert, aggressiven Rassismus in Form des "Ethnopluralismus" zu einem Kern der "nationalen" Politik zu machen und mit dem "Befreiungsnationalismus" eine aggressive Osteuropapolitik auf die Tagesordnung zu setzen. Er will die NPD herausführen aus einer "bedeutungslosen Kameradschaftsvereinigung" in die "Partei der nationalen Bewegung", die "sich als Angebot und Ausweg für Unzufriedenheit präsentiert" - so sein Schlagwort Ende der siebziger Jahre.

1982 tritt er offiziell aus der NPD aus, führt die Zusammenarbeit aber weiter fort. 1989 kandidiert er wieder offen als NPD-Spitzenkandidat zu den Kreistagswahlen im Rhein-Neckar-Kreis. Im Januar 1991 tritt er wieder offiziell in die NPD ein, wird sogleich Kreisvorsitzender Rhein-Neckar und am 10.6.1991 Bundesvorsitzender. Er läßt keine Chance der Werbung für faschistische Ziele in Form von Wahlkandidaturen aus: Für die NPD tritt er bei allen möglichen Wahlen in der Region an (z.B. Bundestagswahl 1969 in Mannheim, 1972 in Sinsheim, 1976 Landtagswahl in Weinheim, dazwischen diverse Bürgermeisterwahlen).

Braune "Jugendarbeit"

Am 13.12.86 macht Deckert den Versuch einer ausdrücklich überparteilichen Parteigründung: Er wird Vorsitzender der in Weinheim gegründeten Partei "Die Deutschen", die er allerdings 1988 wieder verläßt; zu dem Zeitpunkt ist wohl klar, daß dieses Vereinigungskonzept nicht aufgeht - vermutlich wegen der etwa zeitgleich erfolgenden Vereinnahmung der organisatorisch noch schlagkräftigen NPD durch den DVU-Fürsten Frey in die "Liste D".

1979 hatte Deckert einen Antrag beschließen lassen, die NPD solle "Vorfeldgruppen ins Leben rufen, um die politische Wirksamkeit der NPD" zu erhöhen. Die Anzahl solcher Gruppen mit wechselnden Namen in Nordbaden ist in den folgenden Jahren beträchtlich. In Weinheim seien "die Rechtskräfte" längst zu einem überparteilichen Bündnis "geeinigt" ("Deutscher Kreis"): Deckert saugt alles auf und duldet nebenher weder Strukturen noch Köpfe. Nur einer darf sich öffentlich äußern: Stefan Wollenschläger, beschäftigt bei der Deutschen Bank in Mannheim, danach JN-Landesvorsitzender und Gründer der "Nordischen Jugend" und mit direkten Beziehungen zur Fascho-Skinhead-Szene im ganzen Rhein-Neckar-Kreis (vor allem nach Sinsheim und zur dortigen ehemaligen Wehrsportgruppe).

Entsprechend seiner Parole "unsere Hauptzielgruppe sind die Schüler" verbindet Deckert das alles mit einer intensiven "Jugendarbeit": Einmal in Form von verschiedenen Anläufen zum "Volkslauf National" und später dann "Volkswandertagen" (was die Vorfeldorganisation "Bürger für aktive Freizeit/BaF-Jugend" dauerhaft übernimmt und was jährlich immerhin rund 1.500 politisch unterschiedlich orientierte Menschen aus ganz Süddeutschland mobilisiert); zum zweiten aber in Form von bestehenden Sport- und Heimatvereinen, vor allem dem "Odenwald-Klub". Zum dritten knüpft und unterhält Deckert politische Beziehungen zu einer wachsenden Anzahl von Jugendlichen, deren politische Hinführung zur "nationalen Bewegung" er betreibt - mit Veranstaltungen, seinen Sprachreisen, Sonnwendfeiern und dergleichen. Mit einer "Jungdeutschen Akademie Kurpfalz" will er "junge Deutsche bilden und formen durch sinnvolle Schulungen".

Er schart bald auch Skinheads um sich, unter anderem aus der von Kühnen und der NF beeinflußten "Taunus-Front"; als "Spiritus rector" (RNZ) läßt er JN-Mitglieder einen "nationaldemokratischen Lehrlingsverband" und einen Schülerverband gründen; von ihm erstellte Flugblätter ("Auf dem Stundenplan - Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher"/Extrablatt der Unabhängigen Nachrichten) werden bald auch nicht nur von den JN, sondern auch von Mitgliedern der (mittlerweile verbotenen) "Nationalistischen Front" in Bielefeld verbreitet, die auch schon zu seinen Veranstaltungen in Weinheim angereist sind. Die neonazistische Wiking-Jugend, die älteste Nazi-Organisation in der BRD, führt er, vor allem seitdem er Vorsitzender ist, in ein engeres Verhältnis mit der NPD.

Ende der 70er Jahre führte er die Schlägertrupps noch höchstpersönlich auf antifaschistische Veranstaltungen, ohne sich allerdings selbst die Hände dreckig zu machen.

Braune Hochburg Weinheim

Deckerts dauerhafter Erfolg bei Wahlen in Weinheim, seine Verbindung zu den örtlichen "Vertriebenen"-Funktionären, die Breite, in der er sich in der örtlichen Monopolpresse zeitweise fast täglich

auslassen kann, seine geschickte Selbstdarstellung als lokaler Biedermann und Vereinsmeier, der in Wahrheit ein politischer Brandstifter ist - all das entfaltet einen erheblichen ideologischen Druck auf die ganze Stadt: Die Junge Union, die seit 1991 auch im CDU-Ortsvorstand die Macht hat, vertritt nicht nur offenen Rassismus, sondern schlägt im Zusammenhang mit aggressivem Revanchismus auch deutlich revisionistische Töne an. Und erst 1992 tritt der bundesweit bekannte Rechtsaußen-Rechtsanwalt Wolfgang Philipp, als Gemeinderatsmitglied, aus der CDU aus - wegen deren "Linkslastigkeit"!

Bei der Gemeinderatsarbeit versteht Deckert es, allgemeine rechtsextreme Forderungen auf der "erfahrbaren" örtlichen Ebene zu konkretisieren. Er nutzt dabei geschickt alle Widersprüche aus, die die "normale" reaktionäre Stadtpolitik in der Bevölkerung zwangsläufig immer wieder produziert. Ganz gezielt und systematisch hebt er Gräben aus und versucht, verschiedene Teile der Bevölkerung gegeneinander zu hetzen; sein Idealbild der "wohnlichen Gemeinde" wird bewohnt von "leistungskräftigen", "deutschen" Bürgern, die sich gegen allerlei "Sozialschmarotzer" zu verteidigen hätten. Seine Versuche (vor allem seit 1991), durch Kandidaturen bei den meisten Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg für dieses faschistische Ideal Propaganda zu machen, fallen vor allem in der Durchführung (aber auch im zählbaren Stimmergebnis) unterschiedlich aus - und oft genug für Deckert enttäuschend.

Bereits seit 1975 sitzt Deckert für die NPD, seit 1982 für sein Bündnisprojekt "Deutsche Liste" (DL) im Stadtrat von Weinheim. 1989 hatte die DL 5,2% erhalten. Deckert selbst wurde aufgrund der Möglichkeit des Panaschierens (der Vergabe persönlicher Vorzugsstimmen) mit 11,29% gewählt. Eine solche Zustimmung in der Provinzstadt Weinheim zeigt, wie gut sich Deckert hier bewegen konnte. Als "bei allen Differenzen" leidlich geachteter Mann konnte er seiner NS-Propaganda Seriosität verschaffen. Gerne nutzte er dazu seine Mitgliedschaft in vielen Weinheimer Vereinen, so z.B. als "Jugendwart" des Wandervereins "Odenwald-Klub", gefördert vom damaligen Vorsitzenden, einem überzeugten "Vertriebenen" und Deckert-Anhänger.

Keine Diskussion war es dem Weinheimer SPD-Oberbürgermeister wert, daß sich Deckert als "Volkszähler" zur Verfügung stellen konnte. Bei einer Abstimmung im Gemeinderat über die von der Stadt Weinheim zu delegierenden Schöffen befanden 13 Stadträte den Neonazi Deckert dieses Amtes für "würdig".

Immer und immer wieder erhielt Deckert von der Stadt öffentliche Räume zur Verfügung, um bekannten revisionistischen und rassistischen Rednern und sich selbst ein offiziöses Forum zu verschaffen. Die Proteste gegen diese Vergabepraxis bezeichnete der SPD-OB als "gebetsmühlenhafte Forderungen" kleiner Gruppen.

Abrücken vom braunen Führer

Das hat sich inzwischen geändert. Am 25.11.1992 faßte der Gemeinderat einen Beschluß, in dem er die Veranstaltungen der NPD und die rassistischen Äußerungen Deckerts verurteilt und Konsequenzen fordert: "Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, wie die uns unerträglich gewordene Mitgliedschaft des Herrn Deckert im Gemeinderat beendet werden kann. Wir erwarten, daß die Verwaltung alles in ihrer Macht stehende unternimmt, um zukünftige Veranstaltungen der NPD oder sonstiger radikaler Organisationen in Weinheim, besonders aber in städtischen Räumen zu verhindern."

Daß in den Protest gegen Deckerts Treiben auch eher bürgerliche Kreise Weinheims eingebunden werden konnten, drückt sich am deutlichsten in Deckerts Ausschluß aus dem Odenwald-Klub (21.2.1993) aus. Zu offen waren seine Verbindungen zu allen Gruppierungen der Nazis bekannt geworden. Bei fast jedem bundesweiten Nazi-Aufmarsch konnte Deckert im Fernsehen erkannt werden. Mitte Februar 1993 geriet er z.B. bei einer NPD-Veranstaltung in Cottbus in eine Polizeirazzia. Ebenfalls bei dieser Veranstaltung anwesend war der Führer der damals schon verbotenen "Deutschen Alternative" (DA), Hübner; der brandenburgische Verfassungsschutz sah die NPD als Rückzugsgebiet der DA und der ebenfalls verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) an. An fast allen Überfällen auf Flüchtlinge in der Rhein-Neckar-Region waren Anhänger Deckerts beteiligt, z.B. in Schriesheim am 30.1.1988, in Brühl 1992 oder in Hemsbach am 16.9.1992.

Eine gar nicht so kleine radikale Minderheit der Weinheimer BürgerInnen hält dennoch weiter zu Deckert. Bei der Kommunalwahl im Juni 1994 erhielt die "Deutsche Liste" immer noch 3,4% der Stimmen. Deckert, der über das Panaschieren 7% erreichte, ist weiter Mitglied des Stadtrats. 5,4% der WählerInnen der CDU und 3,3% der SPD gaben mindestens eine Vorzugsstimme für ihn ab.

Seinen Wahlkampf bestritt Deckert u.a. mit einem Flugblatt, in dem er ohne jede Verstellung seine Gesinnung offenbarte: "Erteilen Sie den Ausländer- und Asyl-Lobbyisten, den Schuldenmachern und Versagern, den Anti-Deutschen eine Abfuhr! Wählen Sie deutsch! Wählen Sie Stadt- und Kreisrat Günter Deckert, einen Mann aus dem Volk für das deutsche Volk! Ihm können Sie vertrauen!"

Deckert

und die Auschwitz- Leugnung

Der "Revisionismus-Kongreß" 1991 wurde erstmals von der Stadt Weinheim (nur auf Geheiß des Regierungspräsidiums) verboten. Zuvor hatte Deckert schon fast alle führenden Geschichtsrevisionisten (von Irving bis Walendy) nach Weinheim geholt. Bereits zwei Monate nach dem Kongreß-Verbot holte er (mit Wissen des CDU-Rechten und Ordnungsamtschefs Heckmann und trotz Verbots-Anweisung des Regierungspräsidiums) den "Revisionismus-Papst" Fred Leuchter nach Weinheim. Der US-amerikanische "Hinrichtungsexperte" trug dort am 10.11.1991 Auszüge aus einem "wissenschaftlichen Gutachten" vor: In Auschwitz sei niemand vergast worden, es habe dort lediglich "Desinfektionsanlagen" gegeben. Deckert übersetzte den Vortrag und fügte ihm zustimmende Kommentare hinzu.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim sorgte schließlich dafür, daß die Veranstaltung mit Leuchter nicht folgenlos blieb. Ein Jahr danach folgte der Prozeß am Landgericht Mannheim, in dem Deckert wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verleumdung der Opfer des Holocaust zu einem Jahr Gefängnis, ausgesetzt auf vier Jahre Bewährung, und 10.000 DM Geldstrafe verurteilt wurde.

Inzwischen kassierte er zwei weitere Verurteilungen wegen Beleidigung (zweimal 5.000 DM Geldstrafe im Oktober und Dezember 1993, beide noch nicht rechtskräftig).

Daß diese milden Strafen Deckert nicht beeindrucken, hätten die Mannheimer Richter, die ihm die "günstige Sozialprognose" stellten, ohne jedes Aktenstudium gemütlich vor dem Fernseher erleben können. In der Sat 1-Sendung "24 Stunden" vom 25.5.1993 drohte Deckert: "Wenn ich mal die Macht habe, werde ich es dem Klein (Mannheimer Staatsanwalt; Anm. ak) zeigen. Wenn ich mal die Macht haben sollte, dem Burschen zeige ich das, der wird Klowärter."

Auch gegen Leuchter war Haftbefehl erlassen worden, doch Ende November 1993 konnte er sich durch die kurzzeitige Aufhebung des Haftbefehls der weiteren U-Haft entziehen und in die USA ausreisen. Der gegen ihn am 14. September vor dem Mannheimer Landgericht eröffnete Prozeß wegen Volksverhetzung platzte, weil der Angeklagte nicht zur Verhandlung erschien. Anwesend war dagegen Günter Deckert - als Zuschauer.

Dieser Artikel besteht zum weitaus größten Teil aus Veröffentlichungen Mannheimer AntifaschistInnen, u.a. aus der Broschüre "lauter Einzeltäter. das Rechte Netz in der Rhein-Neckar-Region" und aus einer neuen Broschüre über Günter Deckert; zusammengestellt und aktualisiert wurde der Text von Js.

Die Deckert-Broschüre (Stand Juni 1994) kann bezogen werden über:

Pumuckl, Stichwort: Deckert, L 14,6; 68161 Mannheim

Bestellungen: 3 DM/Exemplar plus 3 DM/Bestellung. Lieferung erfolgt gegen Verrechnungsscheck oder Briefmarken.

"Was suchen Sie in unserem Land?"

In einem Offenen Brief an Michel Friedman, Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland, zog Günter Deckert erneut über die von den Mannheimer Richtern sogenannten "weitreichenden Ansprüche der Juden" her. Der Brief ist datiert vom 5. Mai 1994 und garantiert keine Fälschung. Einige Auszüge:

"Herr Friedman!

Sie sind mir in der letzten Zeit mehrmals durch Ihre überhebliche und selbstgefällige Art in der Medienöffentlichkeit sehr unangenehm aufgefallen.

Daß Sie sich zum Judentum bekennen, ist Ihr gutes Recht. Ich achte dies hoch und erkenne es vollauf an.

Doch... die Heimat, das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen Sie also noch hier in unserem Land? (...)

Da Sie sich hier, wie es den Anschein hat, nicht wohlfühlen, sich sogar bedroht fühlen, wäre es doch das Natürlichste und Nächstliegendste, wenn Sie und die Ihren Ihre Koffer packen und dort hingehen würden, wo sie hingehören: Nach Israel. (...)

Die Alliierten Hochkommissare und Bevormunder sind wir, zumindest offiziell, endlich los. Wir wollen nicht, daß diese Herrschaften durch einen ‚Jüdischen Hochkommissar` ersetzt werden.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung, die Ihnen gebührt...

gez.: Günter Deckert

Wie schrieben doch die Mannheimer Richter über Deckert: "Seine politische Überzeugung, die ihm Herzenssache ist, verficht er mit großem Engagement und erheblichem Aufwand an Zeit und Energie." Deckerts "Herzenssache" ist es, Deutschland endgültig "judenfrei" zu machen.

32. Europa: Made in Germany? CDU will europäische Integration nach deutscher Art

Autor: J., Westberlin · Rubrik: CDU/CSU; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:35

Eine gelungene Mischung aus Zustandsbeschreibung, unverblümter deutscher Interessenartikulation sowie ein Ins-Auge-Fassen der weiteren Entwicklung Europas: So läßt sich ein Papier aus der CDU-Bundestagsfraktion kennzeichnen, das mit dem Begriff eines "Kern-Europas" für erhebliches Aufsehen sorgte. Erstmalig werden hier die Interessen der BRD in bezug auf Europa politisch deutlich artikuliert.

An sich ist der Gedanke eines "Kerns" in der europapolitischen Diskussion der Herrschenden seit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht im Februar 1992 nichts Neues. Denn mit der darin anvisierten Einführung einer einheitlichen Währung für alle Staaten der Europäischen Union (EU) im Zeitraum von 1997 bis 1999 stellt sich das Problem, welche der EU-Mitgliedsstaaten dann eigentlich in der Lage sein werden, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Teilnahme an diesem Projekt zu erfüllen. Derzeit sieht es nämlich ganz danach aus, daß nur eine Minderheit der derzeit noch zwölf (ab 1.1.1995 13 bis 16) EU-Staaten den in Maastricht diesbezüglich formulierten Stabilitätskriterien (hinsichtlich der Höhe von Inflation, Staatsverschuldung, jährlicher Neuverschuldung und Zinsen) Genüge zu leisten vermag. (Derzeit erfüllt allein Luxemburg sämtliche Anforderungen.) Hinzu kommen unterschiedliche politische und ökonomische Interessen der "europäischen Partner", die einen Gleichschritt am Ende des Jahrzehnts wenig wahrscheinlich sein lassen. Anlaß genug also für alle an einer weiteren europäischen kapitalistischen Integration interessierten Kräfte, sich über die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses Gedanken zu machen, und naheliegend, hierfür die "zuverlässigsten" Staaten, etwa für ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten", ins Auge zu fassen.

Die Zukunft der EU liegt aber nicht nur auf Grund von ökonomischen Divergenzen im Nebel; diese haben ihre Ursache beispielsweise in den Interessen einiger nationaler (Klein-)Kapitalfraktionen, bestimmter staatlicher Betriebe oder aber in der Existenz kämpferischer Teile der Arbeiterklasse, welche ihre Regierungen zu gewissen Rücksichtnahmen zwingen können. Darüber hinaus gibt es etliche ungelöste politische Probleme, die die weitere Entwicklung der EU hin zu der vom Großkapital gewünschten Einheitswährung behindern könnten. Da ist zum Beispiel die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die in sämtlichen EU-Staaten herrscht. Als nicht ohne weiteres berechenbarer Störfaktor erweist sich etwa der in praktisch allen EU-Staaten sich ausbreitende Nationalismus (das CDU-Papier spricht von der Zunahme eines "regressiven Nationalismus") - in Deutschland zum Beispiel der von den Herrschenden selber geförderte dumpfe DM-Nationalismus, dessen Instrumentalisierung sich zwar einerseits gut zur Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber den anderen EG-Staaten eignet, der aber andererseits eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger um die Zukunft der "stabilen deutschen Mark" und damit vor einer einheitlichen EG-Währung fürchten läßt.

Des weiteren plagt sich die EU zunehmend mit ihrem bisherigen demokratischen Regelwerk. Das betrifft zum einen den Aspekt der Herrschaftslegitimation: Noch immer ist das Europäische Parlament ohne die für ein bürgerliches Parlament typischen Kompetenzen der Gesetzgebung, der Wahl der Regierung und der Verabschiedung des Haushalts. Dies trägt zweifellos zum Desinteresse der Regierten an der weiteren Entwicklung der EU bei. Zum anderen gilt im EU-Ministerrat vorerst noch das Prinzip der Einstimmigkeit: Bei Differenzen ist es nicht möglich, störrische Mitgliedsländer etwa mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu überstimmen. EU-Staaten, die, aus welchen Gründen und auf welchen Gebieten auch immer, eine gegen die Mehrheit der anderen EU-Staaten gerichtete Politik verfolgen, können davon allenfalls durch massiven Druck hinter den Kulissen abgebracht werden.

Es bestehen mithin reichlich Gründe, den steckenbleiben zu drohenden europäischen Integrationsprozeß wieder in Fahrt zu bringen und die Stagnation des Maastricht-Prozesses aufzubrechen.

Sagen, was man denkt

Nur zwei Tage vor der Veröffentlichung des CDU-Papiers hatte auch der französische Premierminister Balladur in einem Zeitungsinterview von einem "Kern" von Mitgliedsstaaten und einem "Europa verschiedener Geschwindigkeiten" gesprochen. Eine kleinere Gruppe von Mitgliedsstaaten müsse eine "besser strukturierte Organisation" in der Währungspolitik und in militärischen Fragen aufbauen. "Das läuft bereits, dank der

Initiative Frankreichs und Deutschlands." Selbstverständlich sollten hieran alle Mitgliedsstaaten beteiligt sein, "aber es ist wenig wahrscheinlich, daß alle zur gleichen Zeit mitmachen können". (nach FAZ, 3.8.94)

Balladurs Äußerungen erregten wenig Aufsehen, denn sie bewegten sich letztlich auf bekannten Gleisen. Daß es im EU-Europa handfeste Gegensätze und damit de facto auch "verschiedene Geschwindigkeiten" gibt, ist ein offenes Geheimnis; daß andererseits die französisch-deutsche Achse das politisch vorantreibende Element bei der europäischen Integration darstellt, ist ebenfalls nicht neu.

Wieso aber rief dagegen das CDU-Papier ein so erhebliches, größtenteils ablehnendes Echo hervor? Anders als Balladur belassen es CDU-Fraktionsvorsitzender Schäuble und der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Lamers (die beiden Protagonisten der "Überlegungen zur europäischen Politik") nicht bei einer allgemeinen Schilderung der Lage mit allenfalls vagen Andeutungen. Statt dessen skizzieren sie die weitere europäische Integration nach Maßgabe der Interessen der BRD.

Dezent wird deren Artikulation mit Andeutungen unterlegt, daß der Biedermann, den die Sorge um Europa treibt, auch der Brandstifter sein könnte: "Wenn wir sagen, daß Deutschland unumkehrbar in eine feste europäische Struktur eingebunden werden solle, damit aus der Lage in der Mitte nicht wieder eine Mittellage wird und so die Versuchung zu Alleingängen entsteht...", so Schäuble in einem Gespräch mit der "Süddeutschen Zeitung". (SZ, 12.9.94). Das CDU-Papier (auszugsweise abgedruckt in der FAZ, 8.9.94) beschreibt diese neue Dimension so: "Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und - was in diesem Zusammenhang noch wichtiger ist - nachdem der Osten als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt ist ... stellt sich die alte Frage nach der Eingliederung der Stärke Deutschlands in die europäische Struktur, die schon am Beginn des zunächst auf Westeuropa beschränkten europäischen Einigungsprozesses gestanden hatte, in neuer, ja in ihrer eigentlichen Bedeutung." Offenbar sehen die Verfasser ihre Offenheit als Verdienst an, wenn sie unmittelbar anschließend meinen, daß es "gerade für das deutsch-französische Verhältnis notwendig (ist), diese Problematik klar zu benennen, um Mißverständnisse zu vermeiden".

Motor Deutschland

Und eben aus diesen Gründen, so will jedenfalls das CDU-Papier suggerieren, müsse sich Deutschland geradezu zur Speerspitze der europäischen Integration machen: "Entscheidend ist natürlich, daß Deutschland durch seine Politik unter Beweis stellt, daß es unverändert und gerade jetzt an dem Ziel eines starken, handlungsfähigen, integrierten Europa festhält." In Wirklichkeit hat diese Motivation ihren Grund natürlich darin, daß der BRD-Imperialismus von dieser Basis aus am Besten seine weltweiten Geschäfte betreiben kann.

Realpolitisch dürften damit solche Erklärungen, wie sie der bayrische Ministerpräsident Stoiber vor knapp einem Jahr vom Stapel ließ, ad acta zu legen sein. Stoiber hatte damals erklärt, daß er gegen einen europäischen Bundesstaat sei und darin zugestimmt, daß dies einen Bruch mit der Europapolitik seit Adenauer darstelle und die CDU/CSU diesen Bruch "jetzt insgesamt" vollziehe. (vgl. ak 360, 16.11.93) So ist es nicht gekommen. Obwohl in dem Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm der CDU das Ziel der "Vereinigten Staaten von Europa" zunächst gestrichen worden war, tauchte das Bekenntnis zu einem Bundesstaat Europa dann doch wieder in dem vom CDU-Parteitag Anfang des Jahres verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm auf. Die CSU verabschiedete ihrerseits ein "Europa-Manifest", das ausdrücklich die Maastrichter Verträge und eine europäische Währungsunion bejahte.

Die aus Kapital-Sicht erforderliche europäische Einheit soll es jedoch zu deutschen Bedingungen geben. Wie denkt sich das CDU-Papier die Durchsetzung der deutschen Führung und welche Interessen und Interessenskonflikte werden angesprochen? Grundgedanke ist es, einen strategischen "Kern" zu bilden: "Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zwischen einer eher protektionismus-anfälligen Süd-West-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Frankreich und einer stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Deutschland zu verhindern." Offenbar geht es aus Sicht der CDU-Strategen nicht ohne Frankreich: "Den Kern des festen Kerns bilden Deutschland und Frankreich." Zusätzlich aber sollten "Belgien, Luxemburg und die Niederlande ... stärker in die deutsch-französische Zusammenarbeit einbezogen werden".

Selbstverständlich müsse die Kerneuropa-Gruppe prinzipiell allen EU-Mitgliedern ... nein, nicht offen stehen, sondern: "... ihre uneingeschränkte Bereitschaft glaubhaft machen, sie einzubeziehen, sobald sie bestimmte derzeitige Probleme gelöst haben und soweit ihre Bereitschaft reicht, sich in dem beschriebenen Sinne zu engagieren." Der "beschriebene Sinn" kommt in dem CDU-Papier im Absatz davor zur Sprache - es sind die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages. "Dies ist deswegen so bedeutend, weil die Währungsunion der harte Kern der Politischen Union ist ... Eine Währungsunion im vorgesehenen Zeitrahmen wird es ... voraussichtlich zunächst nur in einem kleineren Kreis geben - und im kleineren Kreis wird es sie nur geben, wenn der feste Kern der Fünf dies systematisch und mit starker Entschlossenheit vorbereitet."

Die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages sind die eingangs des Artikels erwähnten Stabilitätsvorgaben, mit denen die BRD erreichen möchte, daß die künftige europäische Einheitswährung dieselbe Stabilität wie die D-Mark aufweist. "Stabilität" ist natürlich an sich kein unabdingbares Prinzip und darüber hinaus eine relative Größe. In die Wirklichkeit übersetzt bedeutet diese Chiffre, dem deutschen Kapital auf dem Weltmarkt eine günstige Position zu ermöglichen. Je niedriger etwa die Staatsverschuldung, um so eher besteht Spielraum für Steuererleichterungen für die Unternehmen. (Nach dieser Logik kann eine Rückführung der Verschuldung der "öffentlichen Hand" auch nur auf Kosten von Sozialausgaben, Erhöhung von Lohn- und Verbrauchssteuern, Einführung eines "Solidarzuschlages" und ähnlichem mehr erfolgen. Keinesfalls aber werden im Interesse einer Schuldenreduzierung Einkommen aus Kapitalvermögen stärker herangezogen.) Zugleich führt eine niedrigere Staatsverschuldung auch zu niedrigeren Zinssätzen, welche den Unternehmen die Aufnahme billigen Geldes ermöglicht, da der Mittelbedarf der öffentlichen Haushalte sinkt. Eine niedrige Preissteigerungsrate wiederum läuft in der Regel auf eine Senkung der Löhne hinaus.

Mit der Bildung eines "Kerns" gemäß dem CDU-Papier soll die weitere europäische Entwicklung unwiderruflich auf die vom BRD-Imperialismus gewünschte Bahn gebracht werden. Dies erscheint um so dringender, als der Maastricht-Prozeß zuallererst deshalb in der Krise steckt, weil nicht absehbar ist, daß die meisten EU-Länder den Stabilitätskriterien bis spätestens 1999 werden genügen können. Logisch, daß dieser Zustand die Forderung nach einer "Aufweichung" der Kriterien begünstigt, was den weltweit operierenden und konkurrierenden deutschen Konzernen und ihren Strategen ein Greuel ist.

Erweiterung und Vertiefung

"Unsere Antwort muß in der stärkeren Festigung des Atlantischen Bündnisses, Europas und der Stabilisierung Osteuropas bestehen", so umreißt Schäuble in einem Zeitungsgespräch (FAZ, 7.9.94) das Ziel, die weltweiten Positionen des deutschen Kapitals zu verteidigen und auszubauen. Dabei droht jedoch die EU in ihrer jetzigen Verfassung zu einem Bremsklotz zu werden. Zugleich aber stellt sie mit ihrem relativ großen und hochentwickelten Binnenmarkt (bis zur Gründung der nordamerikanischen NAFTA der größte der Welt) auf noch unabsehbare Zeit das unverzichtbare zuverlässige Hinterland dar, in welchem das BRD-Kapital rund 55 Prozent seiner Exporte absetzt.

Die Bildung eines Kern-Europas, "die Methode ‚variable Geometrie` oder ‚mehrere Geschwindigkeiten`" (CDU-Papier) soll die aus Sicht der BRD bestehende Ambivalenz der EU ins Positive wenden. Dazu ist freilich eine Trennung in zwei (oder mehr?) Klassen von EU-Mitgliedern notwendig. "Die Bildung einer Kerngruppe ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel, an sich widerstreitende Ziele - Vertiefung und Erweiterung - miteinander zu vereinbaren."

"Erweiterung" meint dabei die nun anstehende Ostausdehnung der EU, nachdem West- und womöglich ab 1.1.95 auch Nordeuropa fast hundertprozentig vom gemeinsamen Binnenmarkt erfaßt sind. Deren größter Profiteur wäre allein schon auf Grund der geographischen Nähe zweifellos die BRD. Geradeheraus äußert das Papier der CDU: "Die Aufnahme Polens, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Ungarns (und Sloweniens) in die EU muß ... um das Jahr 2000 erfolgen." Zwar wird wahrscheinlich keines dieser Länder bis dahin die Maastrichter Stabilitätsanforderungen erfüllen, aber gilt erst die "variable Geometrie", dann können diese Staaten in der zweiten Reihe Platz nehmen, wahrscheinlich zusammen mit solch von der BRD ungeliebten EU-Mitgliedern wie Griechenland oder den politisch und ökonomisch etwas "unzuverlässigen" Staaten Italien, Spanien oder Portugal.

"Vertiefung" bedeutet aus CDU-Sicht die Einführung einer einheitlichen Währung in all jenen Ländern, deren wirtschaftliche Daten mit denen der BRD im Gleichklang sind und deren weitere Entwicklung politisch

berechenbar ist. Erst mit nur noch einer einzigen Währung ist der einheitliche Wirtschaftsraum und damit die unbehinderte Bewegungsfreiheit des Kapitals praktisch irreversibel hergestellt. Zugleich bringt dies zwangsläufig eine vertiefte, sehr enge politische Zusammenarbeit zuallererst außenpolitisch und sodann militärisch mit sich - dieser Aspekt soll gewissermaßen das Angebot an Frankreich sein, das freie ökonomische Schalten und Walten der BRD nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa zu akzeptieren.

Die möglichst schnelle Ostausdehnung der EU muß die BRD gegen Frankreich durchsetzen, das um die noch weiter wachsende ökonomische (und damit auch politische) Stärke Deutschlands fürchtet. Widerstand leisten aber auch die südeuropäischen EU-Staaten, die eine Verlagerung der EU-Subventionen nach Osteuropa befürchten. Bei einer Erweiterung der EU konnte die BRD aber bislang immer auf Großbritannien zählen, das an einem Europa im Sinne einer großen Freihandelszone interessiert ist und dem an einer Vielzahl von EU-Mitgliedern gelegen ist, weil dies die von Großbritannien abgelehnte politische und ökonomische Vereinheitlichung erschwert. Diese wiederum könnte die BRD mit Hilfe Frankreichs und dem Projekt eines "Kern-Europas" gegenüber Großbritannien durchsetzen. Originalton Schäuble-Papier: "Die Vorschläge sind ... von der Überzeugung getragen, daß die entschlossene Weiterentwicklung Europas das beste Mittel ist, um den Prozeß der Klärung des Verhältnisses Großbritanniens zu Europa und seinen Willen zur Teilnahme an weiteren Integrationsschritten positiv zu beeinflussen."

Letztendlich aber wollen die deutschen Konzerne weltweit präsent sein. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Stihl, hat schon mal formuliert, was seine politischen Vertreter in Zukunft formulieren werden: "Wir (haben) uns eine Zeitlang zu Recht, aber zu lange auf den Europäischen Binnenmarkt konzentriert." Die Impulse des Binnenmarktes seien nicht unerschöpflich. "Wir werden mehr denn je auf den Zugang zu außereuropäischen Märkten angewiesen sein." (nach SZ, 24.5.94) Und Daimler-Benz-Chef Reuter schlägt die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone vor. (nach FR, 10.9.94) Immerhin, Nach-Denker Schäuble macht schon mal eine Andeutung: "Wir wollen Frankreich dafür gewinnen, die europäische Einigung nicht als Alternative, sondern als Teil der atlantischen Beziehungen zu verstehen ... Das ist genau der Punkt, wo wir uns wünschen, daß sich England möglichst stark an der Aufgabe beteiligt, den Motor der Einigung zu spielen. (SZ-Gespräch, 12.9.94)

Reaktionen

Allgemein überwogen deutlich ablehnende Stellungnahmen, denen in der deutschen Presse auch bereitwillig Platz eingeräumt wurde. Interessantes Detail am Rande: Die FAZ, die sich in der Regel aufführt wie das offiziöse Organ der CDU/FDP-Regierung, ging erst einmal auf Tauchstation. Eine Woche mußte die Leser-Gemeinde warten, so lange brauchte man offenbar, um sich hinter den Kulissen zu verständigen. Am 8.9. (das CDU-Papier war schon ab 1.9. zur Veröffentlichung freigegeben) spendierte das Blatt dann eine halbe Seite für die auszugsweise Wiedergabe von rund der Hälfte der CDU-,,Überlegungen``. Am selben Tag erschien dann der erste Kommentar zur Sache. Tenor: Die Debatte um "Maastricht zwei" (die für 1996 vereinbarte Folgekonferenz, die konkrete Schritte für die Währungs- und politische Union beschließen soll) muß eröffnet werden, die FAZ wird dazu mit einer Serie von Artikeln beitragen, die alle unter einem dafür geschaffenen Zeichen erscheinen. (Das Zeichen ist der Europa-Fahne nachempfunden und zeigt 12 schwarze und vier weiße Sterne - symbolisiert sind also die zwölf EU-Mitgliedsstaaten und die vier aktuellen Beitrittskandidaten.) "Die Debatte über ‚Maastricht zwei` griffe zu kurz, würde sie nicht von der Erkenntnis getragen, daß es dieses Mal nicht um technische Einzelheiten geht, sondern um grundsätzliche Entscheidungen", so der FAZ-Leitartikel.

Den größten Widerspruch erntete das CDU-Papier, weil es mit der ausdrücklichen Nennung von fünf bestimmten Ländern andere Länder aus dem "Kern" hinausdefinierte. Die Kritiken an dieser Auslese bewegte sich freilich auf unterschiedlichen Ebenen, die zum Teil nur die Art des Vorgehens betrafen, und insofern genaugenommen nicht als Ablehnung zu nehmen sind. Das betrifft zum einen das Unverständnis über den Zeitpunkt der Veröffentlichung, welcher angesichts der im Oktober und November anstehenden Volksabstimmungen über den EU-Beitritt in Schweden, Finnland und Norwegen "größten Schaden anrichten kann", wie etwa der luxemburgische Außenminister Poos meinte. Der französische Außenminister Juppé monierte hingegen, daß auch der Mittelmeerraum beim europäischen Aufbau "eine wichtige Dimension" darstelle, und deshalb auch Spanien und Italien zum "harten Kern" gehören müßten. (Mittelmeerland Griechenland erwähnte er freilich nicht.) Der österreichische Außenminister Mock forderte, auch sein Land müsse zum Kern Europas gezählt werden.

Die Reaktionen aus der italienischen Regierung waren zweideutig. Schatzminister Dini versicherte, daß Italien eine verläßliche Wirtschafts- und Währungspolitik betreiben werde, um damit die Bedingungen für die "Erstklassigkeit" zu erfüllen. Außenminister Martino wunderte sich, warum ausgerechnet Belgien, "das mehr finanzielle Schwierigkeiten als Italien hat", dem harten Kern angehören solle. (Tatsächlich ist Belgien mit Staatsschulden in Höhe von 146 Prozent des Bruttosozialprodukts in der EU einsamer Spitzenreiter - nach den Maastricht-Kriterien dürften 60 Prozent nicht überschritten werden.) Zugleich aber erklärte Ministerpräsident Berlusconi das Kern-Konzept insgesamt für schädlich, es könne den Prozeß der europäischen Einigung gefährden.

Diese etwas grundsätzlichere Kritik war auch aus Dänemark und Belgien sowie von BRD-Außenminister Kinkel zu hören. Kinkel ebenso wie die wenigen anderen noch existierenden FDP-Repräsentanten äußerten vehemente Ablehnung. Kinkel erklärte, daß eine handlungsfähige Europäische Union nicht aus einer kleinen Staatengruppe, sondern aus allen Mitgliedern der Gemeinschaft bestehen müsse. Die EU in Gänze sei also der Kern Europas, um ihn herum gruppierten sich die anderen Staaten; den Ländern Mittel- und Osteuropas und des Baltikums müsse die Zukunftsperspektive zum Beitritt eröffnet werden. Lambsdorff fand die Thesen "in der Sache falsch" und Genscher stellte sein Politiker-Profitum mit der griffigen Formel "Kern-Europa heißt Kernspaltung" unter Beweis.

Nur ganz am Rande: In der SPD sagte mal wieder jede(r), was ihr und ihm einfällt. Während Lafontaine die Vorschläge zur Bildung eines Kern-Europas als wirtschaftlich begründet bewertete, und Glotz ebenfalls zustimmend meinte, daß das Gerede von einer gleichzeitigen Vertiefung und Erweiterung der EU aufhören müsse, erklärte Wieczorek-Zeul im Namen von Scharping und Klose, daß die SPD von Kohl verlange, er solle die CDU-Fraktion auffordern, das Papier zurückzuziehen, welches "so viele Mißverständnisse, Beunruhigung und erschrecktes Nachfragen aus dem Ausland verursacht hat".

Das wird den Angesprochenen kaum nachdenklich stimmen, dürfte es doch gerade Sinn des CDU-Papiers sein, die EU-Staaten nachdrücklich zu einer deutschen Wirtschaftspolitik zu zwingen und zugleich das Fallenlassen derer vorzubereiten, die dem deutschen Standard nicht genügen wollen oder können. Keinesfalls also distanzierte sich Kohl von dem Schäuble-Papier, und Regierungssprecher Vogel ließ durchblicken, daß Kohl das Papier vorab gekannt habe. "Ich könnte mir grundsätzlich vorstellen, daß es durchaus Bereiche gibt, in denen einige Mitgliedsstaaten, die dies wünschen, in der Integration stärker voranschreiten als andere", sagt es der Kanzler durch die Blume. Und Finanzminister Waigel gibt sich arglos: Jedes Land der EU werde in den kommenden Jahren die Chance haben, durch eine konsequente Stabilitätspolitik in die Währungsunion hineinzuwachsen, so daß sich für ihn die Frage nach einem Europa der zwei Geschwindigkeiten überhaupt nicht stelle.

Das ist die Sprache derer, die die stärkeren Bataillone, aber in gewisser Weise auch die Logik der Sache auf ihrer Seite wissen. Das Problem unterschiedlicher Interessen und wirtschaftlicher Gegebenheiten innerhalb der EU droht tatsächlich zu einer Stagnation des gesamten Projekts zu führen, wo der Sinn des ganzen Unternehmens unklar werden könnte. Von einem linken Standpunkt aus gesehen wäre dies ja an sich begrüßenswert. Doch solange die Linke ein "anderes" Europa als politisch vorstellbare Alternative nicht anzubieten vermag, folgt die weitere Entwicklung der europäischen Integration dem Takt der großen europäischen Konzerne, allen voran den deutschen. Gerät hier beim schon erreichten Stand der gegenseitigen ökonomischen Durchdringung der Motor politisch ins Stottern, besteht die Gefahr, daß das Kapital, wiederum zuerst das deutsche, nach anderen Wegen Ausschau hält. Europa zwischen Scylla und Charybdis: Es ist einfach schlecht, wenn das Kapital über die gesellschaftliche Hegemonie verfügt.

J./Westberlin

33. "Lebenslänglicher Knast." Bundestags-Kommission befindet über "SED-Diktatur"

Autor: Angela Martin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:23

Am 17. Juni, dem Jahrestag des Aufstands in der DDR vom Jahr 1953, wurde der Bericht der Bundestags-Enquete-Kommission zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" im Bundestag verhandelt. Die Medien haben die bundestagsoffizielle Aufarbeitung der DDR-Geschichte weitgehend einmütig als große historische Leistung gefeiert.

"Lebenslänglicher Knast" - das sei das Leben in der DDR gewesen. Jedenfalls findet das Rainer Eppelmann, der damit in seiner Rede vor den Bundestag das Fazit aus der Arbeit der Enquete-Kommission zog. Mehr als zwei Jahre lang hat das Gremium gearbeitet, unterstützt von rund 320 Wissenschaftlern und Zeitzeugen. 150 Gutachten wurden in Auftrag gegeben, über 40 öffentliche und ebenso viele interne Anhörungen veranstaltet. Nun liegt das Ergebnis dieser aufwendigen und kostspieligen Recherchen vor: ein knapp 300 Seiten langer Bericht (Drucksache 12/7820 des Bundestags). Die dazugehörigen Protokolle und Sachverständigengutachten sollen in den nächsten Monaten in Buchform erscheinen.

Der Bericht wurde unter großem Zeitdruck verfaßt. Die Parlamentarier erhielten ihn erst kurz nach Eröffnung der Debatte, und die Medien konzentrierten ihre Berichterstattung auf die Reden der Kommissionsmitglieder und die Diskussionen im Bundestag. Viel Neues war denn auch nicht zu erfahren, im Gegenteil: Daß die SED die Hauptverantwortung für das Unrecht in der DDR trage und die Täter zur Verantwortung gezogen werden müßten; die SED-Diktatur sei in vielen Punkten mit dem Naziregime vergleichbar, etwaiger DDR-Nostalgie müsse man entschieden entgegenwirken.

Damit hat die Bundestags-Enquete-Kommission zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" ihr Ziel erreicht: Die bereits in der Namensgebung der Kommission unmißverständlich formulierte Vorverurteilung von Staat und Gesellschaft der DDR wurde bestätigt und erhielt mit Hilfe der Aussagen von Zeitzeugen und Experten einen wissenschaftlichen Anstrich.

Mut zur Lücke

Schon ein erster Blick auf die Unterlagen zeigt, daß der Bericht der Enquete-Kommission in sich widersprüchlich und äußerst lückenhaft ist. Sondervoten von Kommissionsmitgliedern aus den Oppositionsparteien füllen etliche Seiten. Bestimmte Gewichtungen sind schwer nachvollziehbar: Der Rolle der Kirchen in der DDR z.B. ist ein 30 Seiten langes Kapitel gewidmet, während der Abschnitt über "Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft" nur zwei Seiten umfaßt. Fast jedes Kapitel endet mit einer langen Liste von offenen Fragen und Forschungsdesideraten, immer wieder wird auf die Vorläufigkeit der Ergebnisse hingewiesen. Das liegt nicht nur an Zeitmangel und dem Wunsch der Mitarbeiter, sich eine Einkommensquelle zu erhalten. Eppelmann selbst räumt in seinem Vorwort ein, daß einem parlamentarischen Gremium bei der historischen und politischen Aufarbeitung der Vergangenheit Grenzen gesetzt sind.

"Instrumentalisierung

für Wahlkampfzwecke"

"Zweifellos hat der 1994 beginnende Wahlkampf die Arbeit der Enquete-Kommission nicht erleichtert", heißt es zu Beginn des Berichts; "ihre Instrumentalisierung für Wahlkampfzwecke konnte nicht ganz verhindert werden."

Das wird z. B. im Kapitel über die Blockparteien deutlich. In dem von den Regierungsparteien formulierten Abschnitt werden CDU und LDPD als Parteien geschildert, in denen sich "durchgängig Traditionslinien bürgerlicher Politik" erhalten hätten. Ihre "Schutzfunktion" als "politische Nischen" wird betont. Weil sich CDU und FDP längst mit ihren "Schwesterparteien" aus der DDR zusammengeschlossen und z.T. deren Vermögen übernommen haben, sollen die Christdemokraten und Liberalen aus dem Osten nicht als Blockflöten dastehen: "Der überwiegende Teil der Mitglieder von CDU und LDPD entwickelte routinierte Ausweichmechanismen gegenüber den permanenten ideologischen Indoktrinationsversuchen." (S. 32)

Ganz anders die Einschätzung im Sondervotum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Die Blockparteien hätten vor allem eine Alibifunktion erfüllt; sie sollten die Einparteienherrschaft der SED verschleiern und der DDR einen demokratischen Anstrich verleihen. Ihren Mitgliedern wird "Anpassung und Loyalität gegenüber dem System" sowie "unkritisches Mitmachen" vorgeworfen. Im Verlauf der Wende traten die Blockparteien als Parteien überhaupt nicht in Erscheinung. Der bissige Kommentar im Sondervotum: "Für sie war die Anpassung an die jeweiligen Machtverhältnisse längst zur selbstverständlichen Verhaltensnorm geworden."

Der "feine" Stil

Nicht immer sind die Absichten, die die Wertungen des Berichts prägen, so deutlich erkennbar wie in dem Abschnitt über die Blockparteien. Oft sind es sprachliche Formulierungen, die bestimmte Einstellungen verraten bzw. Urteile suggerieren. So zum Beispiel im Kapitel "Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen 1945 - 1949". Dort heißt es, daß in den drei Westzonen "die Soziale Marktwirtschaft aufgebaut" wurde. Der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone hingegen wurde "das politische System der kommunistischen Diktatur, einschließlich der gesteuerten Staatswirtschaft, aufgenötigt." Eine argumentative Begründung für die sprachlichen Wertungen fehlt. Sie muß fehlen, denn auch die Westalliierten beseitigten in ihren Besatzungszonen gewaltsam die Herrschaft der Nationalsozialisten und setzten ihre eigenen politischen Ordnungsvorstellungen durch. (1)

Solcherart suggestiver Stil und das Messen mit zweierlei Maß sind im Bericht der Enquete-Kommission oft zu finden. Dem wissenschaftlichen Anspruch der Kommission dient das nicht. Fragwürdig sind auch bestimmte Auslassungen und schiefe Gewichtungen. Sie verraten mangelnde Unvoreingenommenheit und den starken Einfluß außerwissenschaftlicher Motive auf die Arbeit der Kommission. Das können parteipolitische Interessen sein (wie im Beispiel Blockparteien) oder außenpolitische: Die Verantwortung der westlichen Bündnispartner für die Spaltung Deutschlands wird diskret verschwiegen. Daß beispielsweise die französische Regierung die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse über Zentralverwaltungen und Wirtschaftseinheit in Deutschland immer wieder durch ihr Veto blockiert hat, wird nirgends erwähnt. Als ein entscheidender Impuls für die Gründung der BRD wird die sowjetische Blockade der Berliner Westsektoren genannt - nicht aber, daß diese Maßnahme der Sowjetunion eine Reaktion auf die Währungsreform in den Westzonen war.

"Schnellschüsse"

Einseitige Fragestellungen und Gewichtungen sind auch im Themenfeld "Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen" zu beobachten. Man erfährt dort kaum etwas über die Politik der DDR, während der Deutschlandpolitik der westdeutschen Großparteien etliche Seiten gewidmet sind. Dabei werden vor allem die Erfolge betont, und es entsteht der Eindruck einer nahezu ungebrochenen deutschlandpolitischen Traditionslinie von Adenauer bis Kohl.

Das wird im Sondervotum der SPD kritisiert, die in diesem Zusammenhang vor "Schnellschüssen auf noch immer unbefriedigender Quellenbasis" warnt. Mit Recht wird dort festgestellt, daß Adenauer zwar die Einheit Deutschland propagiert, in der Praxis aber keineswegs eine kontinuierliche, geschweige denn aktive Wiedervereinigungspolitik betrieben hat. Trotzdem bleibt die Kritik der SPD-Kommissionsmitglieder ungenügend. Denn auch sie machen keineswegs deutlich, in welchem Maße Adenauer die Teilung begünstigte: Mit der Remilitarisierung Deutschlands und der Schaffung übernationaler, westlich orientierter Gemeinschaften setzte er Tatsachen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands auf absehbare Zeit unmöglich machten. (2)

Die Kommission ist nicht nur bei der Darstellung von Fakten selektiv vorgegangen. Auch bestimmte neuere Forschungsergebnisse wurden aus dem Bericht herausgehalten. So wird die Stalin-Note vom März 1952 als bloße Propaganda-Finte abgetan. Stalin hatte die Wiedervereinigung Deutschlands und freie Wahlen in ganz Deutschland angeboten. Bedingungen waren die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Neutralität Deutschlands. Die Autoren des Kommissionsberichts behaupten, daß "eine ernsthafte Verhandlungsabsicht der Sowjetunion nicht festgestellt werden" könne - jedenfalls "auf Grundlage der bisher erschlossenen Akten". (S. 115). Der Historiker Wilfried Loth hingegen beurteilt die Frage, ob es 1952 eine Chance für die "Einheit in Freiheit" gegeben habe, positiv. (3) Seine Auswertung neuer Quellen zu Stalins Deutschlandpolitik sind jedoch nicht in den Bericht eingegangen. Die Enquete-Kommission hat den Archiven zur Erforschung der DDR-Geschichte ein ganzes Kapitel gewidmet; eine Delegation des Gremiums wurde sogar auf eine

Informationsreise nach Moskau geschickt. Dennoch ist die Quellenbasis für eine umfassende Sicht der jüngeren deutschen Geschichte noch immer ungenügend. Zu Recht betont Dietmar Keller (PDS/Linke Liste) in seinem Sondervotum, daß dazu auch die Öffnung der Archive der Alt-BRD und der Westalliierten notwendig wäre. Denn ohne die Kenntnis der Pläne von BRD und Westmächten bleiben viele Entscheidungen der Sowjetunion und der DDR unverständlich.

Geschichte der DDR

als Geschichte von Fehlern

Eine objektive Neubewertung der DDR-Geschichte ist daher noch immer nicht möglich. Aber auch die bereits heute zur Verfügung stehenden Quellen und Forschungsergebnisse wurden von der Enquetekommission nicht ausreichend genutzt. Die Geschichte der DDR sollte als eine Geschichte von Fehlern und Schwächen geschrieben werden. Daher hat man sich die Frage nach den positiven Errungenschaften des "Realsozialismus" gar nicht erst gestellt.(4) Sozialgeschichtliche Aspekte wurden weitgehend ausgeblendet. Wo dennoch bestimmte Leistungen der SED nicht geleugnet werden können, werden sie entsprechend kommentiert. Billiger Wohnraum, Arbeitsplatzgarantie, Subventionierung von Grundlebensmitteln und öffentlichen Verkehrsmitteln, soziale Sicherheit - das alles erscheint im Bericht der Enquete-Kommission als bloßes Mittel für die Gängelung der DDR-Bürger: "Die Einbindung der übrigen Bevölkerung (d.h. der Nicht-Privilegierten, A.M.) in die Herrschaftsstrukturen von Partei und Staat sollte erreicht werden durch ein von der Partei gesteuertes kollektives Sicherheitssystem versorgungs- und sozialpolitischer Art, wobei der einzelne einer lückenlosen Zuteilung von Lebenschancen unterworfen wurde." (S. 38)

Konsequenterweise ist der Abschnitt über die DDR-Ökonomie mit "Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft" überschrieben - eine nicht eben wertneutrale Formulierung. Auch hier wird vor allem durch polemische Formulierungen, vor allem aber durch Auslassungen ein schiefes Bild erzeugt. Die schwierigen Bedingungen, unter denen die Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone wieder aufgebaut werden mußte, die immensen Reparationslasten, die der kleinere, ärmere und dünner besiedelte Teil Deutschlands zu tragen hatte, die Embargo-Politik des Westens - davon ist nicht die Rede. Die Lektüre der in vieler Hinsicht interessanten Bewertung der Planwirtschaft bleibt daher unbefriedigend.

Frauen in der DDR

Ausgesprochen erfolgreich war die DDR-Frauen- und Familienpolitik. Der vergleichsweise sachliche Abschnitt des Berichts zu diesem Thema zeigt, daß die Gleichberechtigung der Frau in der DDR nicht nur propagiert wurde. Schon die Verfassung von 1949 sicherte den Frauen rechtliche, ökonomische und politische Gleichstellung. Ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit wurde durch Arbeitsgesetze, Sozialprogramme und Qualifizierungsmöglichkeiten gefördert.

Die Kommission hat dazu Listen und Zahlen zusammengetragen, die nur auf den ersten Blick bzw. für Machos eine trockene Lektüre zu sein scheinen. Wer die Plackerei mit Kindern und Haushalt kennt,

kann sich vorstellen, was das heißt: Bereitstellung von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten, Einrichtung betrieblicher Verkaufsstellen und Wäschereien, arbeitszeitliche Sonderregelungen und Kündigungsschutz für Schwangere, Förderung studierender Mütter, Arbeitsfreistellungen für Mütter kleiner Kinder bei Zahlung von Mütterunterstützung, Gewährung von Hausarbeitstagen, usw.

Die DDR-Frauen nutzten diese staatlichen Leistungen. Vor der Wende waren fast alle Frauen (91,3 %) im arbeitsfähigen Alter berufstätig oder hatten einen Ausbildungsplatz. Mehr als 80 % der beschäftigten Frauen hatten einen Berufabschluß. Trotzdem war für die DDR-Frauen das Leben nicht nur rosig. Auch sie litten an der geringen Bereitschaft ihrer Männer, sich an Hausarbeit und Kindererziehung zu beteiligen; das traditionelle Rollenverhalten konnte nur schwer aufgebrochen werden. Daher war Teilzeitarbeit unter Frauen weit verbreitet. Dies und die oft schlechteren Verdienstmöglichkeiten für Frauen erklärt die "weibliche Altersarmut" in der DDR.

Geschichtsschreibung

und Strafverfolgung

Die Bundestags-Enquete-Kommission hat pluralistisch gearbeitet. Mehr als 100 Sachverständige sind herangezogen, und die unterschiedlichen Auffassungen der Parteien haben sich in dem Bericht niedergeschlagen. Daher finden sich durchaus auch interessante Abschnitte und zutreffende Aussagen in dem Dokument. Trotzdem verstellen Vorurteile, schiefe Gewichtungen und selektive Fakten den Blick auf die historischen Möglichkeiten und Grenzen, die die Geschichte der DDR bestimmt haben; eine unvoreingenommene Betrachtung wird erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Das ist um so gravierender, als die bundestagsoffizielle Aufarbeitung der "Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" nicht nur das Geschichtsbild der Bundestagsmehrheit bestimmt. Sie bildet auch die ideologische Grundlage für die Diskriminierung eines Teils der DDR-Bevölkerung und für die politischen Verfolgungen, die heute in den neuen Bundesländern an der Tagesordnung sind. Denn daß zur Aufarbeitung der DDR weiterhin auch die Strafverfolgungsbehörden eingesetzt werden sollen - darin sind sich die Kommissionsmitglieder einig. (5)

Einig sind sie sich auch in der Beschwörung des "antitotalitären Konsenses", der den antifaschistischen ablösen soll und eigentlich ein antikommunistischer ist. Niemand soll an der "Überlegenheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" zweifeln. Eine Alternative dazu, das lehrt der Bericht, gibt es nicht.

Angela Martin

Anmerkungen:

1) Auch im Bericht der Enquete-Kommission kann man an anderer Stelle lesen, daß "die beiden Teile Deutschlands, die westlichen Besatzungszonen und die sowjetisch besetzte Zone, in die Wert- und Ordnungsvorstellungen der Besatzungsmächte eingebunden" wurden.

2) Man erinnere sich nur an Montanunion (1951), EVG (1952) oder die Mitgliedschaft in WEU und NATO (1954/55).

3) Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin März 1994, v.a. S. 184.

4) Entsprechend wurden auch nur Zeitzeugen angehört, die sich als Opfer des SED-Regimes verstehen.

5) Vgl. S. 284.

34. "Wie lange geht das noch gut?" Gedanken über mögliche Perspektiven von analyse & kritik

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:01

Vorbemerkung der ak-Redaktion:

Gelegentlich macht sich auch die ak-Redaktion Gedanken über die weitere Entwicklung von analyse & kritik, in letzter Zeit sogar verstärkt. Denn die Zukunft dieser Zeitung steht nach wie vor auf wackligen Füßen - sowohl finanziell als auch in Hinblick auf ihre konzeptionelle Gestaltung. Wir hoffen, daß der folgende Beitrag eines langjährigen KB-Genossen auch andere Leserinnen und Leser anregen wird, ihre Vorstellungen über den weiteren Weg von ak zu Papier zu bringen und damit zu der anstehenden Debatte beizutragen. Der Beitrag wurde leicht gekürzt.

You might say that I'm a dreamer, but I hope I'm not the only one (John Lennon)

Obwohl die (einstmals der) ak das Ende ihres einstigen Herausgebers KB bisher erstaunlich gut überlebte und gegenüber den letzten ein bis zwei Jahren als Zeitung des Kommunistischen Bundes (bzw. dessen politisch miteinander im Streit liegenden Zerfallsprodukten Minderheit und Mehrheit) qualitativ eher zulegte, frage ich mich schon seit längerem: Wie lange geht das noch gut? Da auch mein "Herzblut" immer noch an dieser Zeitung hängt, die ich viele Jahre in (West-)Berliner Kneipen, vor U-Bahnhöfen und bei unzähligen politischen Groß- und Kleinereignissen unter die Leute brachte, möchte ich einige Gedanken darüber kundtun, wie ich mir eine Perspektive der für die Linke in der BRD immer noch unverzichtbaren Zeitung ak vorstellen könnte.

Was ich vorschlagen möchte, wird allerdings ein Grunddilemma der Zeitung ak nicht ohne weiteres außer Kraft setzen können, obwohl meine Überlegungen auf die Aufhebung genau dieses Grunddilemmas gerichtet sind. Ich meine damit, daß der Pragmatismus, mit dem das sozialistische Zeitungsprojekt ak nun schon über zwei Jahrzehnte am Leben gehalten wurde, das Motto, "sich keine Aufgaben zu stellen, denen man kräftemäßig nicht gewachsen ist", nicht nur Erfolgsrezept war und ist, sondern daß dieses Ausgehen von dem derzeit (!) Machbaren auch einer der Hauptgründe für die Stagnation des Projektes auf vielen Sachgebieten ist. Ich bin sicher, daß der Redaktion dieses Dilemma bewußt ist und es sich für sie in etwa so darstellt: Durch den finanziellen Aderlaß und den Verlust an (wo)manpower seit dem Abbröckeln und der letztendlichen Auflösung des KB müssen die wenigen verbliebenen Aufrechten unter fast unmenschlichen Bedingungen die inhaltlich/politischen und technischen Voraussetzungen für das monatliche Erscheinen der Zeitung "allein" leisten. Zum Ausgleich für die ausgefallenen SchreiberInnen und weil neue Themen wichtig werden bzw. schon längst wichtig geworden sind (z.B. Tourismus, Klimaveränderungen, Obdachlosigkeit), müßten eigentlich "FremdautorInnen" gewonnen werden. Aber die zu finden, kostet erst einmal mehr Arbeit; außerdem wollen oder können die wenigsten Menschen heute - wie noch in den siebziger Jahren - "für umsonst" schreiben. Da beißt sich die Katze in den Schwanz! Es fehlen die einstigen Mitgliedsbeiträge und/oder entsprechende Auflagenzahlen, für die ja gerade die Voraussetzungen (mehr Geld, mehr SchreiberInnen) fehlen. Kein Wunder, daß erst einmal so weitergemacht und vordringlich an die nächste Aufgabe gedacht wird. Und so entstehen neben den vielen immer noch überraschend guten Beiträgen gähnende Abgründe, wo neue Themen bearbeitet werden müßten; tauchen zu Problemen, die im ak bisher tapfer ignoriert wurden (z.B. ökologische Fragen), Pamphlete auf, die vor Inkompetenz strotzen, aber dennoch den dort Aktiven zeigen sollen, was 'ne ideologische Harke ist; gibt es kaum Diskussionen, deren Beiträge sich dann auch noch in den seltensten Fällen aufeinander beziehen; macht alles insgesamt einen wenig zielgerichteten Eindruck.

Was kann geschehen?

Demokratie

und Kommunismus im KB

Zunächst ein Blick zurück: Wenn ich mich an Schilderungen von Versuchen erinnere, in der Zeit des Auseinanderbrechens des KB prominente SchreiberInnen für eine feste Mitarbeit an einem ak ohne KB zu gewinnen, so daran, daß das Ergebnis fast durchweg negativ war. Das lag möglicherweise weniger an der Frage der Finanzierung dieser AutorInnen, als an Unklarheiten über das (künftige) politisch/ideologische Profil des Projektes (z.B. über dessen Zielsetzung).

Eine dafür wichtige, einigermaßen fest umrissene "programmatische Grundlage" fehlte allerdings auch schon in der Zeit, als der Kommunistische Bund noch formal als Herausgeber des ak fungierte. Zwar gab es durchaus ein politisch/ideologisches Profil, doch das entwickelte sich fast ausschließlich naturwüchsig und war schon damals stark an wenige Persönlichkeiten gebunden. Bis auf einen Kongreß, den der KB 1980 infolge seiner ersten großen Spaltung durchführte, gab es meiner Erinnerung nach keinen umfassenden Versuch mehr, die programmatische Grundlage des gemeinsamen Wirkens nach einem längeren Prozeß der demokratischen Meinungsbildung und in einem demokratischen Abstimmungsverfahren - für alle nachvollziehbar - festzuschreiben.

"Das Programm ist die Zeitung", wurde nicht ohne Stolz über diese "undogmatische" Herangehensweise verkündet. Das schien auch mir lebendig, irgendwie offener (und daher auch demokratischer) als langweilige Programme, die eh keineR liest. Zumal es tatsächlich relativ leicht war, Artikel, auch solche, die von der bisherigen "Linie" abwichen, zu plazieren. In den Anfangsjahren wurden sogar gezielt einfache/neue Mitglieder in Schreibkollektive eingebunden und für das Schreiben mit wissenschaftlichem Anspruch ausgebildet. Ich erinnere mich, wie sehr mich die Ausführungen eines ak-Autors zu formaler und wirklicher (sozialistischer) Demokratie beeindruckten, als er den ak mit der links des Sozialistischen Büros verglich und erklärte, daß die Redaktion der links zwar formal gewählt würde, aber jedesmal dieselben Professoren, die auch fast ausschließlich die Gestaltung der Zeitung unter sich ausmachten. Der KB jedoch würde ArbeiterInnen, Lehrlinge, SchülerInnen usw. für eine qualifizierte Mitarbeit an der Zeitung ausbilden, und das sei tausendmal demokratischer.

Auch die 1971 in Abgrenzung zu den Vorstellungen des damaligen Konkurrenzvereins KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) gemachten Ausführungen gegen Programme als Basis des (von KBW wie KB damals projektierten) Wiederaufbaus einer kommunistischen Massenpartei schienen mir einleuchtend und sympathisch. Der KBW vertrat die irrige Ansicht, daß "Arbeiterklasse und Volk" eigentlich nach links strebten, aber durch die klassenverräterischen Führer in SPD und Gewerkschaften und deren reformistische Programme davon abgehalten würden. Es käme also nur darauf an, "die Massen" über ihre wahren Interessen (den Sozialismus zu erkämpfen) aufzuklären und sie durch das (KBW-)Programm "zusammenzuschließen".

Bewegung vor Programm

Der KB wandte sich nicht nur gegen die idealistische Verklärung der mehrheitlich eher zu reaktionären Haltungen tendierenden Bevölkerung, sondern auch gegen die undialektische Herangehensweise an den "Parteibildungsprozeß". Nicht per kommunistischem Programm, das von einer kleinen Gruppe relativ unerfahrener IdealistInnen im Hinterstübchen ausgedacht wird, werde die Kommunistische Partei neu entstehen. Kommunistische Programmatik könne sich wenn, dann nur in einem langwierigen Prozeß mit vielen Zwischenschritten herausbilden und zwar durch und infolge von Massenbewegungen, also aus den "Kämpfen relevanter Bevölkerungsteile selbst". Der KB verstand sich als eine Gruppierung, die durch "kampfbetonte" Politik dazu beitragen wollte, daß die Menschen selbst (d.h. durch eigene Bewegung) Erfahrungen machen und dabei Interessen und Bedürfnisse entwickeln (!), die zu einer aufmüpfigen, emanzipatorischen und eventuell auch sozialistischen Lebenshaltung führen mögen. Kommunistische Zirkel hätten demnach die Aufgabe, diese direkten Emanzipationsprozesse zu fördern und die Menschen, die bereits sozialistische Vorstellungen entwickelt haben, zu organisieren und damit die Möglichkeit zu organisierter Arbeit innerhalb der verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungsstrukturen (zuerst Gewerkschaften, Schüler- und Lehrlingszentren, Mietergruppen, später auch Bürgerinitiativen und Frauengruppen, alternative und grüne Wahlvereine und -parteien) zu geben.

Dieses Herangehen verhalf dem KB und damit auch dem ak zu einer meist recht realistischen Wahrnehmung der politischen (Eingriffs)möglichkeiten. Der ak war nicht nur für unorganisierte Linke und ideologisch nicht festgelegte AktivistInnen von großem Gebrauchswert (etwa durch die "Nachrichten aus dem Widerstand" gegen AKWs oder gezielte Hintergrundartikel z.B. zu militärischen Aspekten des Atomprogramms), er war auch für die im KB organisierten Menschen eine gute Wissensquelle. Durch das Studium des ak hörten für uns "die Phrasen von Bewußtsein" auf, und "wirkliches Wissen" trat an deren Stelle, wie Marx und Engels es als Wesen ihrer Methode beschrieben, sich Erkenntnisse anzueignen: nämlich sich im wirklichen Leben umzusehen und von den wirklichen Menschen und deren wirklichen (Produktions-)Verhältnissen auszugehen, statt von ausgedachten Menschen oder von dem, was die Menschen über sich denken. (Genauer in der sehr lesenswerten Kritik an der "Deutschen Ideologie" nachzulesen.)

Diese marxistische Herangehensweise des KB begründete viele interessante und richtige Politikansätze. Durch die Organisation von Aktionseinheiten sorgte der KB in vielen Fällen für (bewußtseinserweiternde) "Äktschn": Weil die Gewerkschaften den 1. Mai schon längst nicht mehr als Kampftag, sondern als Saalfeiertag begingen, wurden über viele Jahre hinweg autonom Demos und Kundgebungen organisiert, die Jahr für Jahr an Vielfalt und Unterstützung gewannen, bis sich die Gewerkschaften nicht mehr heraushalten konnten. Zu Anfang der sozialliberalen Koalition rief der ak sogar zur Wahl der SPD auf, weil allein schon die daran geknüpften Reformhoffnungen relevanter Bevölkerungsteile "Bewegung" versprachen. Bei der Entwicklung der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung war der KB ebenso (und nicht unwesentlich) beteiligt wie an der Herausbildung der grün/alternativen Wahlbewegung, als die Massendemos gegen AKW-Bauplätze sich erschöpft hatten bzw. die Bewegung durch die brutalen Einsätze der sozialliberal dirigierten Polizei in die Fast-Resignation getrieben worden war.

Es ließen sich noch viele Beispiele für die teilweise innovative Kraft von KB und ak aufzeigen, alles Beispiele für die Richtigkeit des Mottos: Die richtige "Äktschn" schafft die linken Einstellungen und nicht die "richtigen" Programme. Könnte mensch meinen!

Doch das flexible, aber informelle Einfließenlassen von aus der Praxis gewonnenen Erkenntnissen in die Begründung sozialistischer Politik ohne deren ausdrückliche Definition in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß hat seine Tücken (bewiesen!).

Meinungsverschiedenheiten: unbemerkt oder ausartend

Erstens: Die Programmatik bleibt mehr oder weniger unbewußt an "führende Persönlichkeiten" gebunden, die die Kontinuität wesentlicher Herangehensweisen und politisch/inhaltlicher Konzepte wahren oder nicht. Das ist dann kein gravierendes Problem und kann sogar gewisse Vorteile mit sich bringen, wenn diese Persönlichkeiten höfliche und zuvorkommende Menschen sind, die sich neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zeigen und sogar - wie ich erinnere - händeringend um mehr Einmischung von "unten" bemüht sind; und wenn dazu ein Organ mit guter Streitkultur vorhanden ist, in dem sich die notwendigen Korrekturen und Erweiterungen des Blickwinkels kontinuierlich und zur Zufriedenheit aller Beteiligten durchsetzen. Aber die Verhältnisse sind selten so.

Zweitens: Bei letzterem soll es bekanntlich manchmal hapern, und spätestens dann können die Nachteile einer informellen, stark an einzelne Persönlichkeiten gebundenen und daher (zu) wenig bewußt reflektierten (und gegebenenfalls gemeinsam zu verändernden) Programmatik in brutaler Härte offenbar werden. Unbehagen über die Konservierung von mittlerweile für falsch erachteten Sichtweisen oder Praktiken (oder über die schleichende Aufgabe geliebter Positionen) wird oft jahrelang mit sich herumgeschleppt. Einige verlassen den gemeinsamen Verbund, ohne daß der inhaltliche Grund dafür auch nur geahnt wird. (Manchmal nicht einmal von den so "abtrünnig" gewordenen selbst.) Bei anderen wiederum verkehrt sich die bisher geübte Lockerheit in wütenden Dogmatismus. Die als Programmersatz dienende These des KB der siebziger Jahre, Staat und Bevölkerung der BRD befänden sich in einem Prozeß einer "vom Kapital" bewußt betriebenen Faschisierung, begründete über Jahre hinweg zwar eine vernünftige, gegenüber den tatsächlichen Rechtstendenzen außerordentlich sensible und z.T. recht wirksame Politik (aus Furcht vor einem neuen Faschismus verbat man sich jegliches Sektierertum). Doch als nicht zu übersehen war, daß das gesellschaftliche Spiel der Kräfte sehr viel komplizierteren Regeln folgte als gedacht, und die Furcht vor dem Faschismus aufhörte, eine gemeinsame Linie zu begründen, schien es nicht mehr möglich, die "These" einer nüchternen, d.h. wissenschaftlichen Überprüfung zu unterziehen. Interessanterweise driftete ausgerechnet die Fraktion, die um des "Festhaltens" an der "These" willen eine wütende Schlacht um die Mehrheit im KB begann (die bekanntlich mit dessen Spaltung und letztendlicher Auflösung endete), in die wolkigen Gefilde reiner Ideologiekritik ab und "schiß" aus dieser bequemen Position heraus trotz angeblich akut drohendem neuen Faschismus und Nationalismus auf ein konkretes Einwirken auf die Widersprüche im Volk. Für mich belegt das, in welch großen Ausmaß programmatische Aussagen zu einem bloßen Fetisch verkommen können, wenn sie nicht im Rahmen demokratischer Mechanismen regelmäßig von den Beteiligten selbst überarbeitet werden.

Auch die in die Minderheit geratene Pro-Faschisierungsthese-Fraktion führte des öfteren das Wort "Demokratiedefizit" im Mund. Bezeichnenderweise war das aber kein Anlaß, über die formalen Bedingungen einer lebendigen innerorganisatorischen Demokratie zu debattieren. Das Wort war ausschließlich Munition in

der "Schlacht um die Mehrheit" und diente nur dazu, die politischen GegenspielerInnen als Personen zu diffamieren.

Was lehrt uns das? -

Ein Vorschlag

Warum dieses Rühren in alten Geschichten? Warum betone ich so vehement die bisher kaum reflektierte Bedeutung programmatischer Festlegungen im Rahmen demokratischer Spielregeln?

Weil ich mir eine dauerhafte (und sinnvolle) Perspektive der Zeitschrift ak letztendlich nur dann vorstellen kann, wenn sie wieder ein organischer Teil eines politischen Projektes würde, das sozialistische/kommunistische Ziele mit wissenschaftlicher Stringenz und Leidenschaft (neu) definiert und natürlich auch praktisch anstrebt. Das ist von der ak-Redaktion und den verbliebenen Aufrechten der KB-Mehrheit allein ganz sicher nicht zu leisten. Was also kann geschehen?

Ich möchte der ak-Redaktion und der wohl auch weiterhin als Herausgeberin fungierenden KB-Mehrheit vorschlagen, den Versuch zu unternehmen, so etwas wie einen Perspektivenkongreß der sozialistischen/kommunistischen Linken der BRD auf den Weg zu bringen, auf dem als Ergebnis einer etwa zwei- bis dreijährigen auf den Kongreß hin ausgerichteten Diskussion eine Aufgabenbestimmung für sozialistische/kommunistische Politik in Deutschland geleistet werden soll. Um einerseits eine gewisse Lenkung und Eingrenzung der Bandbreite des Experiments zu ermöglichen, den Prozeß andererseits aber genügend offen zu gestalten, möchte ich folgende Vorgehensweise vorschlagen:

Erstens: Die ak-Redaktion und die KB-Mehrheit rufen per Extra-Einlegeblatt zur Gründung bzw. zum Beitritt eines Vereins zur Unterstützung der Zeitschrift analyse & kritik auf. Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte sollte der Grund für eine Erweiterung der finanziellen und ideellen Basis der Zeitung benannt werden, vor allem, welche Schwierigkeiten es macht, mit den wenigen Kräften das Bearbeiten der Artikel, die Organisation von einigermaßen zielgerichteten Debatten und vor allem den notwendigen Einstieg in neue Themen/Aufgaben (in gewohnter Gründlichkeit) zu bewerkstelligen. Zu diesem Zweck sollte eine Reihe von neu zu schaffenden Rubriken benannt werden, deren Einrichtung für wünschenswert erachtet wird. Mir fallen z.B. folgende ein:

Obdachlosigkeit, Tourismus, Raubbau (Überfischung der Meere/Übernutzung der Böden), Artenvielfalt, Verkehrswesen, Klimaveränderungen/Ozonloch, Energie/Anti-AKW (u.a. Einsparstrategien), Arbeit und Freizeit (von gewerkschaftlichen Kampagnen gegen Mobbing oder sexuelle Belästigung bis hin zur Reflexion über Alltagskultur oder Fitneßwelle), Kinderarbeit (z.B. laufende Kampagne gegen die Beschäftigung von Kindersklaven in der Teppichproduktion), indigene Völker, Menschenrechte, Zähmung des Weltmarktes (EG-Zollpolitik, Freihandelsabkommen, Reformvorstellungen, Handelsverbote z.B. für Tropenholz oder gefährliche Agrargifte, Festlegung sozialer und ökologischer Mindeststandards als Voraussetzungen von Handelsfreiheit), Rechte (international/national, Verteidigung und Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten, Umwelt-, Mietrecht usw.), schleichende Vergiftung (Meere, Böden, Nahrungsmittel, Atemluft), kritischer Konsum (Reduzierung des Fleischverzehrs, des Kfz-Verkehrs, des Energieverbrauchs, Einwirkungsmöglichkeiten auf die Produktionssphäre), Landwirtschaft (u.a. Propagierung der ökologischen Landwirtschaft als Regel-Landbaumethode), sexuelle Selbstbestimmung, Medien, Stadtbau/Architektur usw.

Ich halte die Einrichtung einer solchen Vielfalt von festen Rubriken für sinnvoll, weil damit erreicht werden könnte, daß zum einen systematischer von den realen Problemen und tatsächlichen Versuchen, sie zu bewältigen, ausgegangen wird, und zum anderen eine gewisse Kontinuität in der Auseinandersetzung möglich wird. Ermöglicht würden dadurch eine kontinuierliche Darstellung und Unterstützung der Arbeit von auf dem jeweiligen Gebiet tätigen Bewegungen und deren "Analyse und Kritik". Außerdem könnten die Debatten um Ursachen und Lösungsmöglichkeiten innerhalb und/oder gegen die bestehenden (Produktions-)Verhältnisse und Kräftekonstellationen realitätsbezogener und zielgerichteter geführt werden.

Perspektivenkongreß

Zweitens. Der andere Zweck eines solchen UnterstützerInnenvereins sollte die inhaltliche Vorbereitung einer für 1996/97 anvisierten Aufgabenbestimmung für sozialistische/kommunistische Politik in Deutschland sein. Die inhaltliche Vorbereitung eines solchen linkssozialistischen Perspektivenkongresses könnte dann organisch

aus den ak-"Rubriken" heraus geleistet werden. D.h., dort könnten Vorschläge erarbeitet und danach der LeserInnenschaft zur Kritik, Ablehnung oder Weiterentwicklung vorgelegt werden. Die weitere Bearbeitung könnten offene AGs späterer Vorkongresse leisten.

An die Form der Rubrikenentwürfe einer solcherart projektierten Aufgabenbestimmung sollten einige Minimalansprüche gestellt werden: Z.B. sollten sie eine Darstellung der Problematik, deren Geschichte und mögliche Verlaufsformen enthalten; die auftretenden Interessen und Kräftekonstellationen und der aktuelle Stand der Auseinandersetzungen sollte dargestellt sein. Aufgaben sozialistischer Politik sollten in bezug auf den lokalen/regionalen, nationalen/europäischen und globalen Raum bestimmt werden. Schließlich müßte noch zwischen Aufgaben unterschieden werden, die sich auf eine Unterstützung von bzw. eine Mitarbeit bei Projekten und Kampagnen sozialer Bewegungen beziehen, und solchen, die mit dem Meinungsaustausch und der Zusammenarbeit zwischen Menschen und Organisationen zusammenhängen, die sich ausdrücklich der Entwicklung sozialistischer Perspektiven verschrieben haben.

Ich würde der Zeitschrift ak wünschen, daß die Frage nach einer globalen Umwälzung der Produktions- und Aneignungsweise, also die Frage nach der globalen kommunistischen Revolution nicht nur als resignativer Nachsatz eines Artikels über das weltweite Flüchtlingselend im Raume steht und damit beantwortet wird, daß es "weit und breit keinen Ansatz" dafür gebe. Ich würde der ak (und mir) wünschen, daß es auf ihren Seiten zu einer systematischen und ernsthaften Diskussion über mögliche Ansätze (Plural) für die Entwicklung globaler Alternativen kommt. Und ich hoffe vor allem, daß in und mit der Zeitschrift ak ein Prozeß der Neuformierung einer kommunistisch/sozialistischen Linken in Deutschland einsetzen möge, der sich nicht in reiner Anti-Haltung erschöpft, sondern wieder offensiv agiert, schöpferisch Ziele formuliert - einer Linken, die zwar nicht vorgibt, eine Antwort auf den Ruf z.B. eines Lester Brown vom Worldwatch Institute nach einer "globalen ökologischen Revolution" zu besitzen, aber die so etwas wenigstens zur Kenntnis nimmt und sich in die Debatte einmischt, Konzepte erarbeitet, Ansätze aufspürt und tätig wird!

hhH/Berlin

35. Zwangsrekrutierungen in Armenien

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:40

Der Krieg um Karabach ist ein unerklärter Krieg zwischen Armenien und und Aserbeidschan. Die Aseris haben den Krieg begonnen, doch armenische und karabachische Truppen befinden sich heute militärisch im Vorteil. Seit die Kriegsfreiwilligen nicht mehr in ausreichen, finden in Armenien Zwangsrekrutierungen statt. Die Menschen fliehen.

Offiziell ist die Republik Armenien nicht mit regulären Truppen am Krieg um Karabach beteiligt. Nur Freiwilligenverbände unterstützen nach den Verlautbarungen der Regierung die Karabach-Truppen. Die Republik verteidige lediglich die eigenen Grenzen gegen aserische Angriffe. Diese Schutzbehauptung Armeniens, das weitgehende Verschweigen des Krieges durch die bürgerliche Presse und die generell katastrophale Asylrechtslage in der BRD sind die Gründe dafür, daß 1993 von 6490 armenischen AsylbewerberInnen nur 0,2% anerkannt wurden.

Der Redaktion Graswurzelrevolution (GWR) liegen nun mehrere Dokumente einer christlichen Flüchtlingsinitiative aus Conow/Lüchow (Mecklenburg-Vorpommern/Niedersachsen) vor, aus denen unabhängig voneinander, mehrfach bestätigt und daher in den Grundaussagen zweifelsfrei hervorgeht, daß nicht nur Freiwillige, sondern auch reguläre Truppen der Republik Armenien, oft getarnt als Freiwilligenverbände, am Karabach-Krieg außerhalb Armeniens teilnehmen. Weiter geht daraus hervor, daß in Armenien selbst Zwangsrekrutierungen stattfinden, um den erhöhten Truppenbedarf für die Kriegsführung bzw. Besatzung von einem Fünftel des Territoriums von Aserbeidschan aufrechtzuerhalten.

Aussagen der Flüchtlinge

Die christliche Flüchtlingsinitiative wandte sich im Februar 1994 mit einer Dokumentation der Aussagen von 14 armenischen Flüchtlingen und der Forderung nach sofortigem Asyl und Abschiebestopp zunächst intern an alle asylrelevanten Stellen, Gerichte und Organisationen, sowie an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge selbst.

Die Kernaussagen der Flüchtlinge lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß reguläre Einheiten der armenischen Armee auf aserischem Territorium Krieg führen und in Armenien wehrfähige Männer mit Gewalt in die Armee oder armenische Freischärlergruppen gezwungen werden. Dabei gibt es eine Zusammenarbeit zwischen staatlichem Militärkommissariat, das laufend Einberufungen vornimmt, und den Freiwilligenmilizen, denen die Einberufenen dann zugewiesen werden oder die sich ihre Rekruten selbst, meist nachts und ohne Einspruchsmöglichkeit bei Behörden abholen. Nach Aussagen der Flüchtlinge geschieht dies durch Drohung und direkte körperliche Gewalt gegen die Betroffenen sowie ihre Familien. In einem der 14 Fälle wird die Vergewaltigung der Ehefrau bezeugt. Deserteure landen im Gefängnis oder werden in Kriegsgebiete verschleppt. Im April 94 wurden diese Aussagen in einer Ergänzung durch sechs weitere armenische Flüchtlinge ergänzt. Insbesondere wird dort ausgesagt, daß ca. 90 % der Zwangsrekrutierten sofort nach Karabach geschickt werden.

Unabhängige Gutachten

In einem Gutachten für das Verwaltungsgericht Schwerin hat Prof. Dr. Luchterhandt vom Seminar für Ostrechtsforschung an der Universität Hamburg, der im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung an der Ausarbeitung der neuen armenischen Verfassung mitgearbeitet hatte und dem daher ganz sicher keine gegen die armenische Regierung gerichteten politischen Interessen unterstellt werden können, die Angaben der Flüchtlinge bestätigt: "Die Republik Armenien unterstützt Berg Karabach aber nicht nur logistisch und mit materiell-technischen Ressourcen, insbesondere Waffen, sondern ist auch personell in den Krieg verwickelt." (S. 5) Bei der Abwehr von aserischen Versuchen, die geschaffenen Korridore von Armenien nach Karabach zu durchbrechen, zuletzt im März 94, "sind auch die Streitkräfte der Republik Armenien beteiligt, die dabei - natürlich - auch auf azerischem Gebiet operieren." (S. 5)

Zwangsrekrutierungen in Armenien sind Herrn Luchterhandt gegenüber bereits aus vier verschiedenen Quellen persönlich bestätigt worden: vom früheren Generalstaatsanwalt Nazarjan, von einem namhaften

Abgeordneten (Ramgavar) des armenischen Parlaments, von einer Fernsehreporterin von Radio Jerewan und sogar vom Justizminister Armeniens. Danach gibt es nicht nur Rekrutierungen von einzelnen Wehrpflichtigen (nach einem Gesetz von 1991 alle Männer von 18-45 Jahren betreffend), sondern "Uniformierte sperren z.B. die Ein- und Ausgänge einer Markthalle, von Metrostationen, die Zugänge von Parks oder Plätzen und ergreifen alle mutmaßlich Wehrpflichtigen, bringen sie unter Zwangsanwendung in bereitgestellte Busse und fahren sie zu diversen Dienststellen, sei es der Miliz, sei es der Militärbehörden." (S. 6)

Diese Praktiken sind innerhalb der letzten zwölf Monate so massiv geworden, daß junge Leute, "wie man mir gesagt hat, einfach fürchten, auf die Straße zu gehen, aus Furcht, eingefangen zu werden." (S. 7) Außerdem ist eine "wachsende Müdigkeit des armenischen Volkes" und ein "immer mehr um sich greifende(r) Wunsch nach Frieden, nach einer Beendigung des Krieges" (S. 7) zu beobachten. Luchterhandt will "nicht ausschließen, daß armenische Einheiten mit Wehrpflichtigen - deklariert als Freiwilligen-Verbände - an den Kämpfen in Aserbeidschan teilnehmen." (S. 7) "Repressalien werden nach den mir zugegangenen Informationen auch auf Angehörige von wehrunwilligen Wehrpflichtigen ausgeübt." (S. 8) Verwandte von Wehrpflichtigen werden "als eine Art Geisel" (S. 8) benutzt, Deserteure "müssen bei ihrer Rückkehr mit Sanktionen rechnen" (S. 9).

Außerdem liegt inzwischen ein Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der UN vom 5.5.94 vor, in welchem entgegen dessen vorangegangenen Erklärungen erstmals von einer "großangelegten Rekrutierung armenischer Männer" (S. 3) seit Anfang 1994 die Rede ist: "Seit Februar 1994 stehen Offiziere der Polizei und der Rekrutierungsbehörden an den Ausgängen der Metro; sie suchen aus den vorbeiströmenden Passanten alle Personen heraus, die einen wehrfähigen Eindruck machen, und bringen sie vor ein Rekrutierungsbüro. Weiter finden Kontrollen durch größere Einheiten der erwähnten Behörden auf Märkten, zentralen Plätzen und anderen geschäftigen Orten und in Flüchtlingslagern statt. Alle Männer, die einen wehrdienstfähigen Eindruck machen, werden festgenommen und ebenfalls vor ein Rekrutierungsbüro gebracht. (...) Es bestehen zuverlässige Anzeichen dafür, daß ein Teil der Rekruten an der Front in Nagornij-Karabach hinter den Kämpfern eingesetzt wird, die aus dem Gebiet selbst stammen." (S. 3)

Vermutet wird, daß jedem Rekrutierungsbezirk Armeniens ein Frontabschnitt in Karabach zugeteilt ist, für den dieser Bezirk eine ausreichende Anzahl Soldaten stellen muß. Seit Frühjahr 1993 würden armenische Deserteure von den armenischen Behörden bedroht, so daß "nicht davon ausgegangen werden (kann), daß die Betreffenden vor einer zwangsweisen Rückführung in die Region Nagornij-Karabach, Aserbeidschan, sicher sind." (S. 4)

Darüberhinaus liegt der Redaktion GWR eine weitere Stellungnahme aus Berlin vom 10.6.94 vor (Name ist der Redaktion bekannt), in welcher über Rekrutierungen aus einem Bus am 4.4.94, vom Flohmarkt in Jerewan ("Käufer und Verkäufer abgeholt") Ende März 94, und aus dem Kino von Abovian im April 94 berichtet wird, wo nach einem extra auf den Spielplan gesetzten "Sexfilm (...), den sich viele Jugendliche angesehen haben", alle Männer zwischen 18 und 45 eingesammelt wurden. Hinzu kommen der Redaktion der GWR ebenfalls vorliegende Übersetzungen von Artikeln russischer Zeitungen (Iswestija, Express Chronika, Rossijskaja Gaseta) aus dem Zeitraum von April bis Juli 94, in welchen über Zwangsrekrutierungen in Basaren, Märkten, Kaufhäusern und Metrostationen, Folterungen politischer Gefangener (z.B. des ehemaligen Präsidentenberaters Awakjan), Demonstrationen von Oppositionellen (z.B. am 1.7. beschuldigte Aschot Manutscharijan, ehemaliger Sicherheitsberater des Präsidenten Ter-Petrosijan, diesen vor 30.000 DemonstrantInnen der Einführung einer Diktatur) oder etwa Bedrohungen gegenüber Deserteuren (für sie seien "Schwarze Listen" angefertigt) berichtet wird.

Offizielle Stellungnahmen

Am 13.6.94 nahm das Auswärtige Amt der BRD gegenüber dem Verwaltungsgericht Schwerin erstmals dahingehend Stellung, daß ab Januar 94 ein "Einsatz armenischer militärischer (wohl eher paramilitärischer als regulärer) Einheiten außerhalb des Territoriums Armeniens nicht mehr ausgeschlossen werden" kann. (S. 3) Ein weiterer "Lagebericht Armenien" des Auswärtigen Amtes vom 5.7.94 wird deutlicher: Nach persönlichen Schilderungen, die "nicht bewiesen, jedoch glaubhaft sind" (S. 1) werden seit Januar 94 "auch Rekruten an der Front in Aserbeidschan eingesetzt." (S. 1) "Die Maßnahmen, die von armenischen Behörden ergriffen werden, um sicherzustellen, daß genügend Militärdienstleistende zur Verfügung stehen (z.B. Absperren des Zentralmarktes und Abtransport der Männer im Einberufungsalter im April diesen Jahres) werden vom

armenischen Verteidigungsminister bestätigt: der armenische Staat müsse, da kaum jemand den Einberufungsbescheiden der Mobilisationsverwaltungen Folge leiste (!, d. Verf.), auf seine Weise dafür sorgen, daß die Verteidigungsaufgaben erfüllt werden." (S. 1)

"Es wäre der aserbeidschanischen Großoffensive vom Dezember letzten Jahres wohl gelungen, die Karabacher zurückzudrängen, wenn sich Armenien nicht verstärkt engagiert hätte. Die öffentlichen Äußerungen des armenischen Präsidenten im Februar in London, Armenien werde in die Auseinandersetzung eingreifen, falls der Karabachbevölkerung Deportation oder Vernichtung drohe, passen zu diesem veränderten Engagement." (S. 2)

Schließlich hatte auch schon ein armenischer Parlamentsabgeordneter (A. Bleyan) Ende April 1994 die Regierung öffentlich beschuldigt, einen "nichterklärten Krieg zu führen und diesem unzählige Freiwillige zu opfern". (S. 2)

Aufgrund der veränderten Informationslage entschied am 20.6.94 das Verwaltungsgericht Lüneburg gegen die Abschiebung einer armenischen Flüchtlingsfamilie und erteilte aufschiebende Wirkung. Dabei wurde insbesondere die Dokumentation der christlichen Flüchtlingsgruppe mitberücksichtigt. Armenische Asylbegehren können nun zumindest nicht mehr mit einem Federstrich als "offensichtlich unbegründet" abgewiesen werden.

Trotzdem steht ein Durchbruch bei Asylverfahren für armenische Flüchtlinge noch in weiter Ferne: Angesichts der harten Haltung des eigentlich zuständigen Innenministeriums sind weiter große Anstrengungen nötig, um zunächst einen Abschiebestopp und dann das Asyl für armenische Flüchtlinge durchzusetzen. Lediglich das Land Thüringen hatte bis zum 30.6.94 einen Abschiebestopp verfügt, der jedoch mit der schlimmen Versorgungslage in Armenien während des Winters 93/94 begründet wurde, deshalb von vorneherein befristet war und nun ausgelaufen ist. Eine von Thüringen erbetene Verlängerung hat das Bundesinnenministerium abgelehnt. Abgeschobene Flüchtlinge gelten dem armenischen Staat von heute als Deserteure und werden verfolgt oder zwangsrekrutiert. In Armenien entziehen sich Menschen massenhaft dem Kriegsdienst und drücken auf diese Weise ihren Wunsch nach Frieden aus. Für sie stellt sich die existentielle Frage: Krieg oder Asyl? Für UnterstützerInnen in der BRD kann die Forderung deshalb nur lauten: generelles Asyl für Kriegsdienstverweigerer!

36. Der Krieg um Karabach

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:43

Um die Ursachen des heutigen Krieges um Karabach (armenisch: Arzach) zu verstehen, sind die historischen Gebietsaufteilungen unter den regionalen Hegemonialmächten Zarenreich/Sowjetunion und Osmanisches Reich/Türkei von grundlegender Bedeutung. In der Phase der Gründung neuer Nationalstaaten nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden die geschichtlichen Ungerechtigkeiten wieder ins öffentliche Bewußtsein getragen, gleichzeitig aber nationalistisch aufgeladen und zum Zwecke der Kriegsführung instrumentalisiert.

Heute stehen sowohl Armenien als auch Aserbeidschan vor dem Scherbenhaufen selbst geschürter nationalistischer Begeisterung und können die nationalstaatliche Raison nur durch zunehmende Repression aufrechterhalten: nicht die Nationen opfern sich, sondern Individuen werden massenhaft im Namen der Nation geopfert.

Die Ursachen des Krieges

Schon als im 19. Jahrhundert das zaristische Rußland die osmanischen Truppen nach Süden zurückdrängte, wurde in den eroberten armenischen Siedlungsgebieten im Jahre 1840 die Region der heutigen Republik Armenien von Karabach getrennt.

Die junge Sowjetunion knüpfte nach 1917 an diese zaristische Politik des "teile und herrsche" unmittelbar an - jetzt allerdings im Bündnis mit der als "antiimperialistisch" bezeichneten Türkei Atatürks. Lenin verzichtete im Moskauer Vertrag von 1921 auf die westarmenischen Gebiete. Auf Drängen der Türkei wurde die aserbeidschanische Enklave Nachitschewan geschaffen, die vordem zu Armenien gehört hatte. Dort ist es 1918-20 zu aserischen Pogromen gegen ArmenierInnen gekommen, und heute sind die ArmenierInnen nahezu vollständig von den Aseris aus Nachitschewan vertrieben.

Dagegen schien es zunächst so, daß Karabach der neu geschaffenen Sowjetrepublik Armenien hinzugefügt werden sollte. Am 4.7.1921 wurde diese Entscheidung durch das Kaukasische Büro der Kommunistischen Partei (KP) gefällt. Doch die Abstimmung wurde auf Drängen des aserischen KP-Chefs Narimanov in Verbindung mit dem nun angereisten Nationalitätenkommissar Stalin schon am nächsten Tag wiederholt: Nun ging die Entscheidung dank Stalins Stimme knapp für Aserbeidschan aus. Aus dieser ebenso absurden wie vom strategischen Kalkül Stalins getragenen Mehrheitsentscheidung ist die Enklave "Berg-Karabach" als autonomes Gebiet innerhalb der Sowjetrepublik Aserbeidschan entstanden.

Karabach umfaßt nach armenischer Deutung nicht nur den Gebirgsteil (Berg-Karabach) mit seinem Wasserreichtum, fruchtbaren Böden und den Bodenschätzen Kupfer, Gold und Uran, sondern auch nördlich und südlich davon gelegene Gebiete, die Aserbeidschan hinzugefügt wurden. Die von der Sowjetunion 1921 zugesicherte "weitreichende Gebietsautonomie" ist in den nachfolgenden Jahrzehnten in den Augen der KarabacherInnen nie wirklich durchgesetzt worden. Asebeidschan hat vielmehr Karabach wie eine Art Kolonie behandelt: Es wurde von der Industrialisierung Aserbeidschans abgeschnitten. Von den erwirtschafteten landwirtschaftlichen Überschüssen bekam das autonome Gebiet nur 50%. Der mit Geldern aus Karabach gebaute Staudamm von Sarsang diente der Bewässerung der aserischen Landwirtschaft und führte zu Wasserknappheit in Karabach selbt. Schließlich kam es auch zu Eingriffen auf kulturellem Gebiet: Armenische Geschichte wurde als Schulfach gestrichen, die christlichen Kirchen wurden allesamt geschlossen, oft zerstört.

In Aserbeidschan wurde ab 1949 der armenische Bevölkerungsanteil mittels Zwangsumsiedlungen in andere Sowjetrepubliken kontinuierlich zurückgedrängt (z.B. von 12% 1959 auf 8% 1979).

Unabhängigkeitserklärung und Karabach-Bewegung

Seit Mitte der 60er Jahre gibt es neue nationalistische Gruppen in Armenien, die meist in einem Zweiphasenmodell zunächst die internationale Verurteilung der Türkei wegen des türkischen Völkermords an den ArmenierInnen 1915/16 sowie Wiedergutmachung. In der zweiten Phase soll dann die Bildung eines armenischen Nationalstaats in den Grenzen des Vertrags von Sèvres folgen (aus dem Jahr 1920, ausgehandelt unter den alliierten Siegern des Ersten Weltkriegs, aber nie in dieser Größe - mit den in der Türkei liegenden westarmenischen Gebieten - verwirklicht.)

In den 70er Jahren wurden diese Forderungen vorwiegend von militanten Untergrundorganisationen (v.a. "Asala - Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia") weitergetragen, die Anschläge auf türkische Einrichtungen verübten. Daneben haben die KPs in Karabach und in der Sowjetrepublik Armenien immer wieder erfolglose Petitionen an die KPdSU gerichtet.

Eine besondere Dynamik erhielten diese Proteste, als nach dem GAU von Tschernobyl (1986) in der Sowjetrepublik Armenien eine breite Umweltbewegung entstand. Denn auch dort gab es ein AKW: das seit 1976 in Betrieb befindliche AKW Medsamor, nur ca. 25 km von der Hauptstadt Jerewan entfernt und auf tektonisch aktivem Untergrund gelegen. Die Umweltbewegung richtete sich zudem gegen die durch Wasserkraftwerke und Bewässerungsprogramme hervorgerufene drastische Pegelabsenkung des großen Sewan-Sees.

Während nun die ökologische Bewegung in Armenien protestierte, hatte die armenische KP in Karabach eine erneute Bittschrift an die Perestrojka-Regierung unter Gorbatschow gerichtet, welche schnell abgelehnt wurde. Kurz zuvor war es zu einer aserischen Gewaltaktion gegen das nord-karabachische Dorf Tschardachlu gekommen. Aus dieser Konstellation heraus kam es Anfang Februar 1988 zu Massenprotesten und Streiks in Karabach. Am 20.2. beschloß der Gebietssowjet von Karabach "die Überprüfung der Zugehörigkeit zu Aserbeidschan". Als zur gleichen Zeit eine Karabacher Delegation nach Jerewan kam, verband sich deren nationalistische Wiedervereinigungstendenz mit der ökologischen Bewegung. In Massendemonstrationen vom 21.-27.2.88 in Jerewan mit bis zu 1 Mio. TeilnehmerInnen wurde die Angliederung Karabachs an Armenien gefordert. Die Bewegung organisierte sich in "Karabach-Komitees", die vom späteren armenischen Präsidenten Lewon Ter-Petrosjan mitbegründet wurden.

Das AKW Medsamor ist übrigens seit Dezember 1988 außer Betrieb, als ein großes Erdbeben große Teile Nordarmeniens (um die Stadt Spitak) zerstörte und ca. 45.000 Menschenleben forderte. Doch noch 1994 soll Medsamor mit russischer Hilfe angesichts der Energieblockade durch die Türkei und Aserbeidschan nach Ansicht eines Teils der damaligen Opposition, jetzt an die Macht gekommen, wieder ans Netz gehen - Triumph des Nationalismus (und dessen Folgen: Krieg und Energiemangel) über die Ökologie!

Aserische Pogrome

und "ethnische Säuberungen"

Die aserischen NationalistInnen reagierten auf die armenisch-nationalistische Karabach-Bewegung von 1988 mit Pogrom und Krieg. Nach vorgefertigten Wohnungslisten wurden noch Ende Februar 1988 in der aserischen Industriestadt Sumgait mindestens 400 ArmenierInnen ermordet. Die Politik der "ethnischen Säuberungen" begann. Noch 1988 wurden etwa 40.000 ArmenierInnen aus Kirowabad und seit 1990 mehr als 150.000 ArmenierInnen aus der aserischen Hauptstadt Baku vertrieben. Insgesamt mußten bis heute etwa 500.000 ArmenierInnen aus Aserbeidschan fliehen. Als Ende 1988 das Erdbeben in Armenien bekannt wurde, kam es zu Freudendemonstrationen in Baku.

Von Januar bis November 89 wurde Karabach direkt von der sowjetischen Zentralregierung verwaltet, was jedoch hauptsächlich zur Entmachtung des Gebietssowjets Karabachs und zur Teilentwaffnung der karabachischen sogenannten "Selbstverteidigungstruppen" führte. Auf Druck Aserbeidschans wurde die Direktherrschaft wieder aufgehoben. Mitte 1990 begann der direkte aserische Angriff auf Karabach. Oftmals kam es seither zu Luftangriffen. Bis Mitte 1991 wurden in der "Operation Ring" mehr als dreißig armenische Dörfer brutal "gesäubert". Aserische Verbände begingen Plünderung, Vergewaltigung und Folter. Ca. 170 ArmenierInnen wurden ermordet und ca. 10.000 vertrieben. Aserbeidschan hat den Krieg gegen Karabach von Anfang an auch als Krieg gegen Armenien interpretiert. Luftangriffe auf armenische Städte und Grenzgefechte zeugen davon ebenso wie die seit August 1989 verhängte totale Wirtschaftsblockade Armeniens.

Auf der anderen Seite ist die aserische Minderheit in Karabach (ca. 40.000 bei einer Gesamtbevölkerungszahl von ca. 180.000) seit 1988 ebenso vertrieben worden wie die aserische Minderheit in der Republik Armenien (ca. 200.000 Aseris bei einer Gesamtbevölkerungszahl der Republik von ca. 3,5 Mio.).

Karabach ist das einzige Gebiet, von welchem die armenischen EinwohnerInnen noch nie vertrieben werden konnten. Die traditionell patriarchalisch strukturierte bäuerliche Bevölkerung von Karabach hat einen sehr kämpferischen Ruf. Karabach-Kämpfer waren auch in der Roten Armee bei der Eroberung Berlins 1945 in

vorderster Front zu finden und dort allgemein für ihr Draufgängertum bekannt. Es gibt auch einen gewissen Chauvinismus Karabachs gegenüber der Republik Armenien, der sich im Vorwurf der Verweichlichung oder des ungenügenden Kämpfertums äußert.

Armenien selbst hat den karabachischen Selbstverteidigungskräften jedoch von Anfang an enthusiastisch mit freiwilligen Kriegsteilnehmern und später mit regulären Truppen geholfen. (1) Im Juni 1988 hat die Regierung Sowjetarmeniens unter dem Druck der Opposition die Angliederung Karabachs gefordert. Mitte 1989 hat sich aus den "Karabach-Komitees" die "Armenische Pan-Nationale Bewegung" (APB) gebildet (2), deren Kandidat Ter-Petrosjan 1991 mit ca. 80% der Stimmen zum ersten Staatspräsidenten des unabhängigen Armenien (Volksabstimmung ebenfalls 1991: 92 % für nationale Unabhängigkeit) gewählt wurde. Mit dem sofortigen Beitritt zur GUS verzichtete Armenien dann offiziell auf Karabach und forderte nun nur noch die "nationale Selbstbestimmung" Karabachs. Das ebenfalls 1991 unabhängig gewordene Aserbeidschan sah darin lediglich eine Kriegstaktik und einen Versuch, die GUS auf die armenische Seite zu ziehen. Schon 1990 war Baku von sowjetischem Militär besetzt worden, weniger zum tatsächlichen Schutz der bedrohten armenischen Minderheit als zur Aufrechterhaltung der sowjetischen Macht, was weit über 100 Tote auf aserisch-nationalistischer Seite forderte. Das unabhängige Aserbeidschan trat denn auch bald (1992) aus der GUS aus. In der Folge beschuldigte der aserische Präsident Eltchibej die GUS-Truppen, mittels militärischer Unterstützung Karabachs die Rückkehr Aserbeidschans zur GUS erzwingen zu wollen. Auf der anderen Seite beschuldigten die ArmenierInnen die türkische Militärführung, ca. 45 türkische Offiziere seien an den aserischen Militäroperationen unmittelbar beteiligt, türkische Waffenlieferungen an die Aseris üblich. In der Tat entspricht es panturkistischen Interessen innerhalb der Türkei, Aserbeidschan zu unterstützen. Der "ethnischen" Vereinigung aller Turkvölker stehen die KurdInnen und die ArmenierInnen im Weg. Kurdistan wird bereits militärisch brutal bekämpft - und seit der armenisch-karabachischen Offensive 1993 beteiligt sich auch die Türkei an der wirtschaftlichen Totalblockade der Republik Armenien.

Wende im Krieg

Am 19.1.1992 hat sich Karabach als unabhängiger Staat erklärt.

Der Verlauf des beiderseits unerklärten Krieges nahm seit Mai 1992 eine bis heute andauernde, entscheidende Wende. Den armenischen und Karabacher Truppen gelang über den kürzesten Landweg, den sogenannten "Latschiner Korridor", die territoriale Verbindung zur Republik Armenien. Von März bis August 1993 führte eine weitere armenisch-karabachische Offensive zur Besetzung des gesamten südaserischen Gebietes, ca. ein Fünftel des Gesamtterritoriums Aserbeidschans. Dabei sei es nach Angaben aserischer Flüchtlinge von armenisch-karabachischer Seite ebenfalls zu "ethnischen Säuberungen", zu Brutalitäten und zu Vertreibungen aserischer DorfbewohnerInnen gekommen; Dominique le Guilledoux spricht in einem Artikel in Le Monde von einem "Exodus von 520.000 Aseris (aus Südaserbeidschan, d.Verf.) und der systematischen Zerstörung von Dörfern." (3)

Angegriffen von aserischen Truppen, angetreten als Verteidigungsarmee, haben die armenisch-karabachischen Truppen spätestens bei dieser Offensive zu ähnlich brutalen Formen der Kriegsführung gefunden wie ihre Gegner. Sie sind zum Eroberungskrieg übergegangen.

Eine aserische Gegenoffensive Ende 1993 wurde inzwischen mit Hilfe regulärer armenischer Truppen zurückgeschlagen. (4) Für die Besatzungspolitik in Südaserbeidschan werden Wehrpflichtige in Armenien zwangsrekrutiert, um Karabach-Kämpfer freizustellen. (5) Insgesamt gibt es heute ca. 1 Mio. aserischer Flüchtlinge in Aserbeidschan selbst, mehr als 200.000 davon allein in Baku. (6) Auch in Aserbeidschan finden Zwangsrekrutierungen statt. (7) Infolge der militärischen Erfolge armenisch-karabachischer Truppen putschte das aserische Militär im Juni 1993 gegen Eltchibej. Der neue Präsident, der vormalige aserische KP-Chef Alijew, trat sofort in die GUS ein, ließ die Erdölvertragsabschlüsse seines Vorgängers mit westlichen Firmen platzen und bot Rußland eine stärkere Beteiligung bei der Neuregelung des Erdölflusses aus Baku an. Seit Sommer diesen Jahres gibt es in Karabach einen Waffenstillstand, der angeblich eingehalten werden soll. (8) Doch die armenischen und aserischen Kriegsziele stehen sich weiter unvereinbar gegenüber und die Blockade Armeniens wird aufrechterhalten. Die militärischen Siege Karabachs sind daher Phyrrussiege, solange in der Republik Armut, Hunger, Zwangsrekrutierungen und mafiose Strukturen annehmen.

Anmerkungen:

(1) Vgl. dazu Artikel über die Zwangsrekrutierungen

(2) Die Bezeichnungen variieren in der Literatur. Hier wurde die Bezeichnung gewählt, die auch im Munzinger-Archiv/IH Länder aktuell 44/92 gewählt wird. Tessa Hofmann benutzt in dem von ihr herausgegebenen Buch "Armenier und Armenien" die Bezeichnung "Armenische Gesamtnationale Bewegung", S.159.

(3) Dominique le Guilledoux: Guerre sans merci dans le Haut-Karabach, in Le Monde, 17.2.94, außerdem Zoltan Grossmann: Der vergessene Krieg im Kaukasus, in Graswurzelrevolution 186, März 94, S.14; Erich Wiedemann: Smartes Stück Kolonialismus, Spiegel 43/93, S.30ff. und Jürgen Gottschlich: Ein Flüchtlingslager mitten im Ölfeld, taz, 4.8.94, S.11.

(4) "Angst und Not treiben Armenier ins Ausland", in: Süddeutsche Zeitung, 18.5.94. Dort heißt es: "Nach Informationen westlicher Diplomaten kämpfen auch reguläre armenische Truppen mit den Verbänden der Karabach-Armenier gegen die aserbeidschanischen Truppen." Vgl. dazu auch Artikel über Zwangsrekrutierungen.

(5) Nach einem Bericht des Reuter-Korrespondenten Richard Balmforth vom 17.5.94, zit. nach ai-Brief v. 3.6.94 des Referats für politische Flüchtlinge, Berlin.

(6) Nach Jürgen Gottschlich, taz, 4.8.94, S.11.

(7) So spricht Nariman Ramazanov, als Vertreter des lesghinischen Minderheit in Aserbeidschan von Zwangsrekrutierungen junger lesghinischer Männer, die in Karabach-Kämpfen eingesetzt würden, vgl. Vicken Cheterian: Les mille et une guerres du Caucase, in: Le Monde diplomatique, S. 20, Spalte 5.

(8) Vgl. Gottschlich, taz, 4.8.94, S.11.

37. Kälte, Hunger, Massenflucht. Die aktuelle Lage in Armenien unter den Bedingungen der Blockade

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:44

Die aktuelle Entwicklung des zweiten Nationalstaates in der armenischen Geschichte gleicht auf fatale Weise derjenigen des ersten von 1918-20: einem wirtschaftlich im Grunde nicht lebensfähigen, in Kriege verstrickten Land läuft ein großer Teil der Bevölkerung davon.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Armenien läßt sich mit einem Wort beschreiben: katastrophal. Bedingt durch die seit 1989 anhaltende Wirtschaftsblockade durch Aserbeidschan und die Verschärfung durch die türkische Blockade seit Frühjahr 1993 - nachdem die Türkei vordem wenigstens noch einige Getreidelieferungen durchgelassen hatte -, ist jegliche Industrieproduktion zum Erliegen gekommen. Armenien ist derzeit ein Land, das praktisch nichts produziert.

Dabei ist die Republik Armenien ohnehin kaum fähig, seine Bevölkerung selbst zu versorgen: Im Energiebereich etwa ist das Land zu 95 % von Einfuhren abhängig. Lediglich um den Sewan-See herum können Wein, Obst, Gemüse und Tabak angebaut werden, ansonsten dominiert extensive Viehwirtschaft mit Schafen und Ziegen. Substantielle Rohstoffvorkommen gibt es in Armenien nicht.

Folgen der Blockade

Erdöl, Erdgas und Eisenerze für die Industrie kamen bisher aus Rußland über aserbeidschanisches Gebiet. Diese wirtschaftlich wichtigste Versorgungsverbindung ist seit Kriegsbeginn abgeschnitten. Die einzig verbliebene Erdgaspipeline über Georgien wird seit Jahren mehrmals von aserbeidschanischen Kommandos auf georgischem Gebiet gesprengt, bei Reparaturarbeiten zuweilen täglich. Auch LKW-Transporte über Georgien wurden infolge mehrerer innergeorgischen Bürgerkriege und durch aserbeidscharische Milizen überfallen und erreichten selten ihr Ziel. Eine im Oktober 93 begonnene Sicherung der Transportwege durch russische Soldaten wurde schon im Dezember 93 wieder eingestellt. Ansonsten kann Armenien nur aus einigen Wasserkraftwerken Energie gewinnen, was aber zu einem dramatischen Absinken des Sewan-See-Pegels geführt hat.

Jetzt soll das auf erdbebengefährdetem Gebiet gebaute und seit dem verheerenden Erdbeben 1988 stillgelegte AKW Medsamor mit russischer Unterstützung wieder in Betrieb genommen werden.

Der größte Teil der Fabriken kann entweder gar nicht mehr oder nur wenige Stunden am Tag produzieren. Seit dem Winter 92/93 gibt es nur noch ein bis zwei Stunden Strom pro Tag. Der private Energieverbrauch wird zunehmend durch Holz abgedeckt, wodurch es im waldarmen Armenien und besonders um die Zwei-Millionen-Stadt Jerewan praktisch keine Bäume mehr gibt.

Im November 93 wurde eine neue Währung (der "Dram") eingeführt, welche innerhalb eines halben Jahres aufgrund fehlender Rücklagen und der desolaten Situation eine Inflationsrate von ca. 200 % aufwies und heute praktisch wertlos ist: Nach Berechnungen des armenischen Wirtschaftsministeriums von Anfang März 94 wären ca. 1000 Dram nötig, um den Grundnahrungsbedarf pro Person zu decken. Selbst die besten Monatslöhne liegen aber nur bei ca. 400 Dram, Normallöhne bei 100 Dram, die Rente bei 40 Dram. Hinzu kommt, daß fast alle Firmen derzeit ihre ArbeiterInnen ohne offizielle Kündigung nach Hause schicken und sie, wenn überhaupt, nur zwei Drittel ihres Grundlohns erhalten. Die inzwischen völlig privatisierte Landwirtschaft deckt nur ein Drittel des mindestens benötigten Getreideaufkommens. Brot ist streng rationiert. Ca. 85% der armenischen Bevölkerung leben demnach unter der Armutsgrenze, damit gehört Armenien zu den ärmsten Ländern der Erde. Im Dezember 93 warnte das World Food Program (WFP) der Vereinten Nationen vor einer drohenden Hungersnot in zwölf armenischen Provinzen. Besonders in den Wintern 92/93 und 93/94 litt die Bevölkerung gleichzeitig an Nahrungsmangel und an Kälte, mit Temperaturen um minus 20 bis zu minus 30 Grad, letzteres in den ohnehin noch zerstörten Erdbebengebieten um die nordarmenische Stadt Spitak.

Schulen und Kindergärten sind die meiste Zeit geschlossen. Mehrere hunderttausend Menschen in Armenien sind obdachlos, davon immer noch viele Erdbebenopfer (ca. 500.000) und die meisten armenischen Flüchtlinge aus Aserbeidschan. In den Krankenhäusern kann die Versorgung der PatientInnen nicht mehr gewährleistet werden. Besonders die Stadt Jerewan versinkt im Müll, Infektionskrankheiten treten verstärkt

auf. Für den Sommer 94 wurde die Ausbreitung von Epidemien befürchtet. Im Winter 93/94 starben allein an Kälte und Hunger ca. 30.000 ArmenierInnen. (1)

Chaos und Staat

Kurzum: Heute in Armenien zu leben, ist die Hölle. Als Folge der Tatsache, daß sich kaum noch jemand mit dem selbst verdienten Geld ernähren kann, haben sich Chaos und Staat ausgebreitet. Wirtschaftliches Chaos legt nämlich staatliche Macht nicht etwa lahm, sondern verstärkt ihre Willkür, ihre Loslösung von jeglichen gesellschaftlichen Kontroll- und Einflußmöglichkeiten.

Aufgrund der Aussagen armenischer Flüchtlinge kommt es zunehmend zu mafiosen Strukturen, zu Cliquenbildungen zwischen Parteikadern, Milizen, Regierungs- und Verwaltungsbeamten. Gegen Zwangsrekrutierung, Diebstahl und Verbrechen könne sich kaum jemand wehren, weil in vielen Fällen Polizei und Regierungsbeamte in die Vorgänge verstrickt seien oder zumindest vom Schweigen profitierten. Schutzgelder würden erpreßt, bei Widerstand werde getötet oder Familienangehörige würden bedroht und angegriffen. Die nach dem Erdbeben von 1988 bereitgestellte humanitäre Hilfe sei nicht bei den Opfern angekommen, sondern von diesen staatlich-mafiosen Strukturen aufgesogen worden. Was die nahezu stillgelegte Industrie überhaupt noch produziere, fließe nicht in den zivilen Sektor, sondern komme unmittelbar dem Krieg und der Versorgung der Soldaten zugute. (2) Selbst Innenminister Siradegjan hat inzwischen in einer Erklärung die Verbindung zwischen organisiertem Verbrechen und den Behörden zugegeben. (3)

Angesichts dieser Situation kam es in den letzten Jahren zu einer Massenflucht von 500.000 bis zu 1,5 Mio. Menschen allein aus der Republik Armenien, d.h. von ca. einem Drittel der Gesamtbevölkerung (4) - und das, obwohl es den 18- 45jährigen mittlerweile offiziell verboten ist, das Land zu verlassen. Von den ca. 15.000 Flüchtlingen, die es in den letzten beiden Jahren bis in die BRD geschafft haben, wurden bisher nahezu alle Asylanträge als "unbegründet" oder größtenteils sogar "offensichtlich unbegründet" abgewiesen. Mit einer Anerkennungsquote von 0,2% im Jahre 1993 und weniger als 0,1% in den ersten drei Monaten 1994 liegen Flüchtlinge aus Armenien noch unter der Quote von Bulgarien oder Rumänien. Armenische Flüchtlinge wurden in der BRD-typischen Manier als "Wirtschaftsflüchtlinge" behandelt.

Doch die Wirtschaftskrise in Armenien ist Folge des Krieges und die Republik Armenien ist kriegsbeteiligt. Die Blockade ist seit 1989 aserisches Kriegsmittel. Allerdings haben weder die armenische Unterstützung des Karabach-Krieges mit regulären Truppen noch die militärischen Erfolge in Südaserbeidschan die Blockade gelockert, im Gegenteil: Durch den fortdauernden Krieg wurde sie noch verschärft.

Anmerkungen:

(1) Alle Angaben aus: Gesellschaft für bedrohte Völker, Stichworte zur Lage in Armenien (Stand: Juni 1994); und Europäischer Presseservice (eps): Länderdienst-Spezial 1993.

(2) Dokumentation "Flüchtlinge aus Armenien", christliche Flüchtlingsgruppe Conow/Lüchow, Februar 1994, sowie: Ergänzung "Berichte armenischer Flüchtlinge" vom 19.4.94.

(3) vgl. Aschot Manutscharjan: Sehnsucht nach dem Imperium, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 12.11.93.

(4) Presseberichte in der FR vom 11.6. und in der Süddeutschen Zeitung vom 18.5.94 nennen die Zahl von 500.000 bis 750.000; die Dokumentation "Flüchtlinge aus Armenien" nennt 1-1,5 Mio., so daß hier die ganze Spannweite unterschiedlicher Einschätzungen angegeben wird.

38. Die deutsche Mitschuld. Völkermord an den ArmenierInnen 1915/16

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Geschichte; Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:45

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß es beim türkischen Völkermord an den ArmenierInnen eine aktive deutsche Beteiligung gegeben hat. Auch aus dieser deutschen Mitschuld begründet sich die Forderung nach bundesdeutschem Asyl für armenische Flüchtlinge ebenso wie die Forderung, den gesellschaftlichen Druck auf die Türkei (etwa durch Tourismus-Boykott nicht nur wegen Kurdistan) zu erhöhen, die seit 1993 bestehende Wirtschaftsblockade Armeniens aufzuheben.

Es hat nur wenige deutsche Gesandte, Geistliche oder auch Soldaten gegeben, die den jungtürkischen Völkermord an den ArmenierInnen dokumentierten und kritische Berichte an die deutschen Behörden sandten. Zu erwähnen sind dabei der langjährige Zeuge der Verfolgung von ArmenierInnen, Pfarrer Lepsius, nach welchem heute ein Archiv und eine "Armenologische Arbeitsstelle" an der Universität Halle-Wittenberg benannt ist, und besonders der damalige Sanitätsgefreite und spätere Mitbegründer des "Bundes der Kriegsdienstgegner" (1919) Armin T. Wegner.

Wegner hat trotz türkischem Verbot Fotos von den Deportationen und den Morden an den ArmenierInnen in der syrischen Wüste gemacht. Er versuchte in zahlreichen Veröffentlichungen in der pazifistischen Presse auf das Schicksal der ArmenierInnen aufmerksam zu machen und forderte Konsequenzen aus den erlebten Kriegsgreueln: Kriegsdienstverweigerung, Ächtung jeglicher Produktion für den Krieg, Generalstreik gegen den Krieg, Anarchopazifismus im Sinne Leo Tolstois und der 1920 gegründeten Internationale "War Resisters International". 1919 hatte Wegner einen offenen Brief an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, geschrieben, um für die Rechte der ArmenierInnen in den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg einzutreten. (1)

Doch die übliche Reaktion der im Ersten Weltkrieg mit den Jungtürkei verbündeten Deutschen die Auslieferung geflüchteter ArmenierInnen an die türkischen Behörden - in vollem Bewußtsein, daß das ihr Todesurteil bedeutete.

Schon 1883 begann die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem instabilen Osmanischen Reich. Der deutsche General von der Goltz reorganisierte die osmanische Armee und blieb auch nach 1909 bei den Jungtürken Generalinspekteur der türkischen Streitkräfte. Der Einführung preußischer Militärstandards folgten Waffenlieferungen. 1901 übergab die osmanische Regierung der Deutschen Bank die Konzession zur Finanzierung der großen Bagdad-Bahn, die von Istanbul bis zum Persischen Golf führen sollte. Gleichzeitig wurden die Militärmissionen weiter ausgebaut und Schlüsselpositionen der türkischen Armee von deutschen Militärberatern eingenommen (z.B. wurde General Liman von Sanders Kommandeur des Ersten Korps der türkischen Armee in Istanbul). Im Frühjahr 1914 heiratete der jungtürkische Kriegsminister Enver Pascha eine Prinzessin aus dem deutschen Kaiserhaus.

Die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg deckten sich mit den sogenannten turanischen Großmachtambitionen der Jungtürken: ein türkisch-nationalistischer Durchbruch zu den turksprachigen Aseris nach Baku oder mittels der Bagdad-Bahn an den Persischen Golf würde auch eine direkte Ölversorgung Deutschlands nach sich ziehen. Außerdem konnte eine fertige Bagdad-Bahn der Truppenverlegung nach Ägypten dienen, wo England die Herrschaft über den Suez-Kanal entrissen werden sollte.

Militärische Beteiligung deutscher Offiziere

Zur Zeit des Völkermords an den ArmenierInnen war die Bagdad-Bahn in Südostanatolien noch im Bau. Teile der Deportationen wurden schon mittels Viehwaggons der Bagdad-Bahn durchgeführt. Für den weiteren Bau gingen die deutschen Geldgeber davon aus, daß die versklavten und daher kostenlosen Armenier das Hauptarbeitskräftepotential stellen würden.

Angesichts dieser sich ergänzenden wirtschaftlichen Vorteile aus der Vernichtung durch Arbeit und den nationalistischen Interessen der türkischen Führung überraschen auch militärische Beteiligungen von Deutschen am Völkermord keineswegs mehr: So befehligte etwa ein deutscher Oberst im September 1915 die

türkische Belagerung des "Musa Dagh" ("Mosesberg"), auf dem sich eine Gruppe armenischer Flüchtlinge lange Zeit bewaffnet wehrte, bis schließlich einige von ihnen gerettet wurden - ihren aussichtslosen, aber symbolisch-moralisch geführten Kampf hat Franz Werfel in seinem Roman "Die vierzig Tage des Musa Dagh" literarisch verarbeitet. Auch in Urfa (Stabschef von Reichenberg) sowie in Setjun haben deutsche Offiziere türkische Truppen bei "Säuberungen" im Rahmen des Völkermords befehligt. Wieviel Einfluß deutsche Militärs hatten, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß auf einen Protest des Generals von Sanders hin im November 1916 die Deportationen von ArmenierInnen aus Smyrna gestoppt wurden. Das ist jedoch der einzige bekannte Fall, in welchem deutsche Offiziere aktiv die Mordprogramme behinderten.

Politik des Schweigens erleichtert Nazis das Lernen

Den deutschen Behörden waren die Massaker an den ArmenierInnen sehr wohl bekannt, die deutsche Öffentlichkeit erfuhr von ihnen dagegen erst Jahre später, nach dem Sturz des Kaisers. Während der Kriegsjahre verhinderte die Pressezensur jegliche öffentliche Berichterstattung. Einer der jungtürkischen Haupttäter, Talaat Pascha, floh nach dem verlorenen Krieg nach Berlin, wo er am 15.3.1921 vom armenischen Studenten Teiliran erschossen wurde, welcher bei den Deportationen seine Familie nahezu vollständig verloren hatte. Beim Berliner Prozeß gegen Teiliran wurde die Verantwortung des jungtürkischen Regimes für den Völkermord erstmals dokumentarisch belegt. Teiliran wurde sensationell freigesprochen.

Über die deutsche Mitschuld wurde im Prozeß jedoch kein Wort verloren. Selbst Zeugen, die es besser wußten, wie etwa der armenische Bischof Palakjan, schwiegen - aus prozeßtaktischen Gründen - zur Beteiligung deutscher Offiziere an den Massakern. Da auch Lepsius als Sachverständiger am Prozeß teilnahm, muß davon ausgegangen werden, daß auch ihm die Aufdeckung des Völkermords an sich wichtiger war als die Denunziation der deutschen Beteiligung.

Nach dem Berliner Prozeß wurde der Völkermord an den ArmenierInnen wieder schnell vergessen. Kein ständig diskutiertes gesellschaftliches Tabu forderte öffentlich ein, alles zu tun, damit so etwas nicht noch einmal passiere. Das sollte sich rächen. Die Nazis nämlich waren im Gegensatz zur deutschen Öffentlichkeit sehr gut über die beim Völkermord angewandten Vernichtungsmethoden informiert. Hitlers späterer zeitweiliger Berater von Scheubner-Richter war zur Zeit des Völkermords deutscher Vizekonsul in Erzurum. Die Nazis nahmen sich den Völkermord offensichtlich zum Vorbild. Sie wußten nicht nur von den Deportationen mit den Viehwaggons der Bagdad-Bahn, von der Vernichtung durch Arbeit, sondern auch zum Beispiel von der Tötung mittels Injektionen von Typhus- Erregern oder von der Erstickung armenischer Kinder im nordtürkischen Trapesunt mittels Giftgasen in einem als "Dampfbad" getarnten Gebäude. Auch die Methode, öffentlichem Aufsehen oder gar Soldaritätsbekundungen besonders in Städten durch Deportationen (anstatt dem Mord an Ort und Stelle) zu entgehen, dürfte den Nazis nicht entgangen sein.

Die von den Jungtürken errichteten Todeslager (das berüchtigste war "Der-es-Sor") hatten diese wiederum bewußt den britischen Sammellagern in Südafrika abgeschaut. Die Täter lernen von den jeweils früheren Tätern offenbar genauer und intensiver als die Weltöffentlichkeit und die designierten Opfer aus den schrecklichen Erfahrungen ihrer VorgängerInnen. So fühlte sich Hitler durch die Taten der Jungtürken in seinen Kriegsplänen ermutigt. Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg ist von ihm die folgende Äußerung vom 22.8.1939 dokumentiert: "Ich habe den Befehl gegeben, daß das Kriegsziel nicht im Erreichen von bestimmten Linien, sondern in der physischen Vernichtung des Gegners besteht. (...) Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier? (...) Die Welt glaubt nur an den Erfolg." (2)

Anmerkungen:

(1) Armin T. Wegner: Die Verbrechen der Stunde - die Verbrechen der Ewigkeit, Hamburg 1982, eine Sammlung seiner Texte über das Leid der ArmenierInnen und gegen den Krieg. Fotos von Armin T. Wegner, sein offener Brief an Wilson sowie ein Interview sind zudem abgedruckt in: Hofman, Koutcharian (Hrsg): Armenien. Völkermord, Vertreibung, Exil, Göttingen und Wien 1987, S. 17ff, S. 61ff und S. 65.

(2) Rede Hitlers vom 22.8.1939 vor den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen, zit. nach Koutcharian: Der Völkermord an den Armeniern und seine Auswirkungen, in: Armenien, a.a.O., S. 25ff, hier S. 30. Es gibt eine Minderheit von Historikern, die das Zitat als direkt von Hitler kommend anzweifelt, die Mehrheit der mit der Materie Befaßten hält es jedoch für authentisch.

Literatur:

Tessa Hofmann: Verfolgung und Völkermord. Armenien zwischen 1877 und 1922, in Tessa Hofmann (Hrsg.): Armenier und Armenien, Reinbek 1994, S. 15-32.

Ralph Giordano: Kleines Volk mit großem Erbe. Zur Geschichte der Armenier, in Wilm Sanders (Hrsg.): Kleines Volk mit großem Erbe, Hamburg 1989, S. 9-38.

Gerayer Koutcharian: Der Völkermord an den Armeniern und seine Auswirkungen, in Hofmann/Koutcharian: Armenien. Völkermord, Vertreibung, Exil, Göttingen und Wien 1987, S. 25-36.

St. Stepanjan: Die imperialistische Politik des kaiserlichen Deutschland gegenüber Westarmenien während des Ersten Weltkrieges, ebenda, S. 49-55.

Rosa Luxemburg: Das Engagement der deutschen Imperialisten in der Türkei (1916), ebenda, S. 57-60.

Armin T. Wegner: Die Verbrechen der Stunde - die Verbrechen der Ewigkeit, Hamburg 1982.

39. Deportationen ins "Nichts". Armenien: Verfolgungen (1977-1922) und der Völkermord von 1915/16

Armenien: Verfolgungen (1877-1922) und der Völkermord von 1915/16

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:41

Die Geschichte Armeniens ist eine Geschichte der Verfolgung - mit dem traurigen "Höhepunkt" des nationalistisch motivierten türkischen Völkermordes an den ArmenierInnen in den Jahren 1915/16.

Das historische armenische Siedlungsgebiet rund um den geheiligten Berg Ararat umfaßt ehedem russisch bzw. sowjetisch dominierte ostarmenische Gebiete im Kaukasus und die gesamte Osttürkei (Westarmenien) mit deren historischem Zentrum am heute kurdisch geprägten Van-See.

Die Massaker 1894/96

Die neuzeitliche Verfolgungsgeschichte der ArmenierInnen beginnt am Ende des 19. Jahrhunderts. Durch Aufstände auf dem Balkan und mehrere verlorene Kriege gegen das von Norden her expandierende Zarenreich wankte das Osmanische Reich bereits. Die vorwiegend bäuerliche, traditionell christlich geprägte armenische Bevölkerung unterstützte dabei einerseits die russischen Eroberer gegen die muslemisch-osmanischen Truppen, meldete andererseits aber auch schon nationale Unabhängigkeitsforderungen an, so etwa nach einem armenischen Aufstand in der Stadt Setjun im Jahre 1862.

1877 hatten die russischen Truppen Ostarmenien besetzt. In den Friedensverträgen von 1878 wurde das Osmanische Reich von den europäischen Mächten zur Einleitung von Reformen über die rechtliche Gleichstellung der westarmenischen Bevölkerung verpflichtet. Die westlichen Mächte hatten jedoch kein wirkliches Interesse an der Durchsetzung ihrer Forderungen, während die osmanische Führung die christlichen ArmenierInnen als fünfte Kolonne der mit Rußland verbündeten Westmächte einordnete. Diese von Vorurteilen und horrender Überschätzung der armenischen Rolle geprägte Sicht wandelte sich unter Sultan Abdul Hamid II. (1876-1909) zur religiös motivierten Vernichtungsstrategie.

Er hetzte alle muslemischen Völker seines Herrschaftsbereiches gegen die "Ungläubigen" (vor allem GriechInnen, christliche AssyrerInnen und ArmenierInnen) auf. Insbesondere spaltete er die KurdInnen, indem er die nomadisch lebenden KurdInnen privilegierte und sie gegen die seßhaft gewordenen KurdInnen ausspielte. Aus den kurdischen Nomaden formte er die Kavallerietruppe "Hamdiye" und stationierte sie in armenischen Gebieten. Ein von der nationalistisch-armenischen "Hntschaken"-Partei in Sassun gegen kurdische Grundherren geführter Aufstand und eine gewaltsam endende Massendemonstration 1895 in Konstantinopel wurden jeweils zum Anlaß für die Massaker von 1894-96 genommen, bei denen ca. 300.000 ArmenierInnen unter maßgeblicher Mittäterschaft der kurdischen Reitertruppen brutal abgeschlachtet oder in armenischen Kirchen massenhaft verbrannt wurden. (1)

Der Völkermord

Nach dem Niedergang des osmanischen Sultanats und der Machtergreifung der nationalistischen "Jungtürken" 1908/9 wandelte sich der ideologische Hintergrund der Verfolgung von einer religiösen zur völkisch-nationalistischen Motivation. Dabei hatte die mit der Hntschken-Partei konkurrierende, stärker sozialrevolutionäre armenische "Daschnaken"-Partei die Jungtürken beim Sturz der Sultansherrschaft noch unterstützt.

Doch die Versprechungen der Jungtürken stellten sich schnell als zweckgebundene Lügen heraus. Das jungtürkische Herrschaftstriumvirat Enver, Talaat und Djemal Pascha führte im Rahmen des Ersten Weltkriegs den ersten "modernen", staatlich geplanten Völkermord durch.

Ende 1914 wurden alle westarmenischen Männer zwischen 18 und 50 Jahren (ca. 300.000) zum türkischen Wehrdienst eingezogen, im Februar 1915 von den Fronten abgezogen und entwaffnet, erschossen oder zu Arbeitseinsätzen unter schlimmsten Bedingungen eingesetzt, u.a. beim mit deutschen Geldern betriebenen

Bau der strategisch wichtigen Eisenbahnlinie Istanbul-Bagdad, wo sie an Hunger oder an den Schlägen der Aufseher massenhaft starben: Vernichtung durch Arbeit. Ebenfalls im Februar 1915 wurden alle ArmenierInnen aus dem Staatsdienst entlassen, im April bei einer Razzia in Istanbul 600 führende armenische Intellektuelle verhaftet und ins Landesinnere deportiert.

Erst dann setzte die Deportation der westarmenischen Stadt- und Landbevölkerung ein. Das Muster dabei: Die führenden Mitglieder der Dorf- oder Stadtgemeinde wurden vor den Ort geführt und dort direkt ermordet; Greise, Frauen und Kinder wurden ohne Verpflegung auf gewaltige Fußmärsche zu den syrischen und mesopotamischen Wüsten geschickt. Unterwegs starben viele an Hunger oder durch Überfälle, die von extra dafür entlassenen Strafgefangenen durchgeführt wurden. Der deutsche Pfarrer Johannes Lepsius, ein Zeuge des Völkermords, vermutete, daß nur ein Drittel der Deportierten die Märsche überlebte und in den wüstennahen Lagern, Vorformen von Konzentrationslagern, eintrafen. Die Deportierten wurden von den Lagern gruppenweise in die Wüste getrieben und dort massenhaft ermordet. Der jungtürkische Innenminister Talaat beschrieb das Ziel der Deportationen zynisch: "Das Verschickungsziel ist das Nichts." (2) ArmenierInnen schätzen die Opfer an den damals ca. 2,5 Mio. WestarmenierInnen auf bis zu 1,5 Mio., andere BeobachterInnen schwanken zwischen 600.000 und 1 Mio. Bis auf wenige armenische Restgemeinden z.B. in Istanbul floh die überlebende armenische Bevölkerung ins russisch besetzte Armenien oder in andere Exilländer, v.a. die USA und Frankreich.

Die kemalistischen Verfolgungen bis 1922

Nach der sowjetischen Revolution 1917/18 wollten türkische Truppen bis nach Baku vorrücken, wobei sie jedoch von ostarmenischen Truppen in der Ararat-Ebene gestoppt wurden. Dieser militärische Sieg war gleichzeitig die Geburtsstunde des ersten armenischen Staates (1918-1920), bis auf einige heute türkische Gebiete ungefähr von der Größe der späteren Sowjetrepublik Armenien. Schnell erwies sich der neue Staat als nicht lebensfähig: 1 Mio. OstarmenierInnen waren mit ca. 500.000 westarmenischen Flüchtlingen konfrontiert. Hunger, Kälte und Seuchen verursachten einen Bevölkerungsrückgang um ca. 500.000 in den zwei Jahren der Republik.

Die zusammen mit den Deutschen am Ende des Ersten Weltkriegs eigentlich geschlagene türkische Armee reorganisierte sich in der Folgezeit unter Mustafa Kemal, genannt "Atatürk", dem "Vater" der modernen laizistischen Türkei. Atatürk war als Stabschef der Jungtürken bereits am Völkermord 1915/16 aktiv beteiligt gewesen und setzte 1920 zu einem nationalen Befreiungskrieg gegen die Westmächte an, die eben im Friedensvertrag von Sèvres noch Garantien für einen armenischen Staat festlegten, der auch die westarmenischen Gebiete umfassen sollte. Dies wurde jedoch nie umgesetzt. Die neue Sowjetunion gestand dem kemalistischen Nationalismus einen antiimperialistischen Charakter zu und verbündete sich mit ihm auf Kosten des armenischen Staates. Der Türkei Atatürks wurden Finanz- und Militärhilfen gewährt, beide Staaten vereinbarten die Ansiedlung von ca. 600.000 muslimischen Bauern/Bäuerinnen aus Sowjetgebieten auf den ehemals westarmenischen Grundstücken in der Tükei.

1920 schließlich wurde die Republik Armenien von kemalistischen Truppen im Westen, von sowjetischen Truppen im Norden und aserbeidschanischen Truppen im Nordosten in die Zange genommen. Beim Vorrücken Atatürks kam es erneut zu Massakern an ArmenierInnen (z.B. in Kars mit ca. 6.000 armenischen Opfern; Kultachtschi mit ca. 12.000; Alexandropol mit ca. 50-60.000 usw.), die erst nach der Eroberung Smyrnas (ca. 10.000 armenische Opfer) 1922 endeten. Die Restrepublik Armenien versuchte schließlich, sich den sowjetischen Truppen zu unterwerfen, von denen noch die am vergleichsweise wenigsten Repressalien zu erwarten waren. Trotzdem wurde die ursprünglich sozialistisch orientierte Daschnaken- Partei, die die armenische Regierung dominiert hatte, von den Sowjets vertrieben. Die enttäuschten Daschnaken vertraten seit dieser Zeit einen nationalistischen, prowestlichen Antisowjetismus.

Im Vertrag von Moskau 1921 verzichtete die Sowjetunion gegenüber der Türkei auf die westarmenischen Gebiete sowie zusätzlich auf die kemalistischen Eroberungen Kars, Ardahan und Surmalu. Die ostarmenische Restrepublik wurde zur Sowjetrepublik Armenien.

Im gesamten Zeitraum von 1877-1922 wurden insgesamt ca. 2 Mio. ArmenierInnen ermordet oder in den Hungertod getrieben, fast die Hälfte der in der gesamten Region lebenden ArmenierInnen. Der Völkermord und die kemalistischen Massaker werden in der Türkei bis heute offiziell verschwiegen oder sogar als angeblich

notwendige Kriegsmaßnahme gerechtfertigt. Von der fehlenden innenpolitischen Diskussion über den Völkermord profitiert das türkische Militär nicht zuletzt auch bei den gegenwärtigen KurdInnenverfolgungen.

Wie zynisch die türkische Regierung heute mit der Hypothek des Völkermords umzugehen bereit ist, mag folgendes aktuelles Beispiel zeigen: Im September 1992 machte die Türkei Weizenlieferungen an die durch aserische Wirtschaftsblockaden leidende Republik Armenien von einem Abkommen abhängig, nach welchem Armenien u.a. die heutigen Grenzen anerkennen und auf die internationale Behandlung des Völkermords von 1915/16 verzichten sollte. Das Abkommen war bereits beschlossen - die Regierung Armeniens hatte sich in dieser Situation die Zusage tatsächlich abkaufen lassen -, als sich die türkische Regierung nicht etwa aufgrund moralischer Bedenken, sondern auf Druck der innertürkischen Rechten (vor allem der Mutterlandspartei des antiarmenischen Chauvinisten Özal) und auf Druck des Verbündeten Aserbeidschan im Dezember 1992 wieder davon distanzierte. (3)

Anmerkungen:

(1) zit. nach Tessa Hofmann: Verfolgung und Völkermord. Armenien zwischen 1877 und 1922, in: Tessa Hofmann (Hrsg.): Armenier und Armenien - Heimat und Exil, Rowohlt, Reinbek 1994, S. 20f, sowie: Tessa Hofmann: Zur Lage der Armenier, in: Hofmann, Koutcharian (Hrsg.): Armenien - Völkermord, Vertreibung, Exil, Göttingen und Wien 1987, S.6ff, hier besonders S.8.

(2) zit. nach Tessa Hofmann u. Gerayer Koutcharian (Hrsg.): Armenien - Völkermord, Vertreibung, Exil, Göttingen und Wien 1987, S.52.

(3) vgl. Munzinger Archiv/IH-Zeitarchiv 50/93, S.29.

Literatur:

Wolfgang Gast: Der Völkermord an den Armeniern, München 1993.

Tessa Hofmann: Verfolgung und Völkermord, in: dies. (Hrsg.): Armenier und Armenien, Reinbek 1994, S.15-43.

Hofman/Koutcharian (Hrsg.): Armenien. Völkermord, Vertreibung, Exil, Göttingen und Wien 1987.

Ralph Giodano: Kleines Volk mit großem Erbe, in: Wilm Sanders (Hrsg.): Armenien, Hamburg 1989, S. 9-38.

40. Abschied vom Marxismus? Rezension

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:08

Philosophie will Welterklärung sein; Großphilosophien wollen die ganze Welt erklären. Dialektisch-materialistische Philosophie will dabei noch weiter gehen: Sie will die objektiven Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung darstellen und Aussagen über eine nähere Zukunft ermöglichen, auf deren Basis der Aufbau des Sozialismus erfolgen kann. Diesem Anspruch stellt sich Robert Steigerwald ganz ausdrücklich.

Dabei darf materialistische Philosophie keine Widersprüche zu gesicherten Erkenntnissen der Fachwissenschaften haben. Der Materialismus bräche zusammen, müßte seine Welterklärung auch nur an einer einzigen Stelle Zuflucht zu einer transzendentalen Macht wie "Gott" oder "Weltgeist" oder "Idee" nehmen. Es geht also nicht nur um Widerspruchsfreiheit zu den - vor allem naturwissenschaftlichen - Fachdisziplinen, sondern auch darum, ihre Ergebnisse in einem eigenständigen wissenschaftlichen Akt zu einer vollständigen Erklärung der Welt ganz aus ihr selbst heraus zusammenzufassen.

Natur-Theorie

Der Gang durch die wichtigsten Ansätze moderner Naturwissenschaft, den Steigerwald zu diesem Zweck unternimmt, ist imposant - wenngleich für den geisteswissenschaftlichen Rezensenten nicht immer ganz einfach mitvollziehbar. Er geht aus von der Annahme des "Urknalls" als Beginn des Universums in seiner bekannten Form, was nicht mit dem Beginn der Materie verwechselt werden darf. Deren vorherige Existenz ist nicht nur nötig, um eine "Schöpfung" auszuschließen, sondern muß vor allem deshalb angenommen werden, weil die Existenzweise des Universums diesen Rückschluß erzwingt. Auf diesem Hintergrund werden Inhalte und Funktion der Speziellen und der Allgemeinen Relativitätstheorie einerseits und der Quantenmechanik andererseits entwickelt.

Diese beiden großen physikalischen Theorien befassen sich mit dem Makrokosmos ("dem unendlich Großen") und dem Mikrokosmos ("dem unendlich Kleinen") und stehen im Widerspruch zueinander. Steigerwalds Vorschlag, in welche Richtung eine Klärung gesucht werden müßte, versucht, widersprüchliche Kräfte - namentlich Ausdehnungs- und Kontraktionsvorgänge - als Einheit zu denken: Dialektik ist keine philosophische Erfindung, kein Mittel, über dessen Verwendung das wissenschaftliche Denken frei entscheiden könnte, Dialektik hat eine objektive Grundlage in den Naturvorgängen und -gesetzen. (S. 77 f. und andere Stellen)

Das wiederholt sich bei der Darstellung der beiden Theorien, die die Entwicklung des Lebens zu erklären versuchen: der Thermodynamik und der biologischen Evolutionstheorie. Ihre Hauptprobleme bestehen darin, Entwicklung als einen Prozeß zu erklären, der eine Richtung hat und sich nicht beständig wieder selbst aufhebt, und darzulegen, wie in dieser Entwicklung Neues auftreten kann. Eine Reihe von Einzeltheorien beschäftigt sich mit diesen Aufgaben und wird vorgestellt; die Theorie der Selbstorganisation, die Synergetik und die Katastrophentheorie auf Seiten der Thermodynamik, die Theorie präbiotischer Evolution, das Konzept der Autopoiese und Organismustheorien auf biologischer Seite sind die bedeutendsten. Mit ihrer Hilfe gelingt ein zusammenfassender Versuch, streng naturwissenschaftlich die Entstehung von Leben bis hin zum Menschen zu erklären. (S. 146 ff.)

Die Philosophie hat diese naturwissenschaftlichen Erkenntnisse mit ihren eigenen Methoden zu verarbeiten, sie muß diese zu einem stimmigen Gesamtbild zusammenfügen. Dabei muß es Kriterien geben, um Wissen von Nichtwissen zu unterscheiden, die nur aus der menschlichen Praxis stammen können. (S. 151 und viele andere Stellen) Schon ganz früh haben Menschen Widersprüche im Geschehen um sich herum wahrgenommen und z.B. als "gute" und "böse" Kräfte personalisiert. Steigerwald faßt den "Widerspruch (als) die Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit" (S. 154) und zeigt, daß "die moderne Naturwissenschaft aus ihren eigenen Entwicklungsbedingungen heraus zu Einsichten getrieben wird, die philosophisch angemessen ihren Ausdruck nur in modernen dialektisch-materialistischen Konzeptionen finden können" (S.179).

Um vollständig zu sein, muß materialistische Philosophie nicht nur Naturprozesse, sondern auch menschliche Gesellschaft und Geschichte erklären können; zu beidem benötigt sie eine Vorstellung vom Funktionieren menschlicher Erkenntnis. Diesen Fragen hat sich Philosophie immer gestellt, und der moderne Materialismus

entsteht aus ihr heraus. Dabei hebt er sowohl den alten Materialismus auf als "auch die große idealistische Philosophietradition" (S. 168). "Aufheben" ist hier im Sinne Hegels doppelt zu verstehen: Das Aufgehobene gilt nicht mehr und wird auf einer neuen Ebene in seinen richtigen Elementen bewahrt. "Es geht um das Beerben dessen, was im Prozeß der Denkentwicklung an wissenschaftlichen Einsichten, Methoden, Verfahren gewonnen wurde." (ebd.)

Geschichtstheorie

Der Materialismus ist in diesem Sinne Teil der kulturell-geistigen Menschheitsentwicklung, aber er hat natürlich auch ganz spezielle Quellen. Ausführlich dargestellt werden die klassische deutsche Philosophie und Geschichtstheorie, die klassische deutsche Dichtung, die klassische bürgerliche (vor allem englische) politische Ökonomie, die französische Revolution und ihre wissenschaftliche Verarbeitung und der utopische Sozialismus. Steigerwald geht es nicht nur darum, den Materialismus als "ureigenstes, innerstes, höchstes Produkt" der europäischen Kultur (S. 227) darzustellen, sondern auch zu begründen, warum er praktisch und wissenschaftlich notwendig wurde, nachdem "England das ökonomische Material für seine Kapitalismus-Analyse, Deutschlands Philosophie das Ausgangsmaterial seiner eigenen weltanschaulichen Position im engeren Wortsinne, Frankreich (...) das Material für seine politische Theorie" (S. 238) geliefert hatte.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den beiden anderen großen Gegenwartsphilosophien - Lebensphilosophie und positivistisch-analytische Philosophie - und einzelnen ihrer Strömungen und Repräsentanten (die männliche Form ist Absicht: es handelt sich nur um Männer) schließt sich an. Interessant ist die Schlußfolgerung, die Steigerwald aus der Bedeutung dieser Denkrichtungen zieht: "Marxisten (erzeugen) den Eindruck des Erstarrtseins und der Unfruchtbarkeit (...) Aus dem äußerst elastischen Instrument der von Marx, Engels und Lenin begründeten Geschichtstheorie wurde eine Art Abakus zur Errechnung geschichtlicher Zeitabläufe, und waren die nicht willig, so half die Gewalt." (S. 303)

Erkenntnistheorie

Der dritte Hauptteil des Buches handelt von den erkenntnistheoretischen Debatten um den Materialismus. Da geht es um die Auseinandersetzung mit aktuellem philosophischen Denken vergleichbar dem ersten Teil bezüglich der Naturwissenschaften. Eine Darstellung im einzelnen verbietet sich hier aus Gründen des Platzes und der wissenschaftlichen Redlichkeit, würde doch nur eine völlige Verkürzung herauskommen, die Standpunkte in laufenden Auseinandersetzungen als endgültig, Ansätze von Theoriebildung als abgeschlossene Systeme darstellen müßte. Steigerwalds Anliegen besteht in der Zurückweisung "apriorischer" (d.h. solcher, die Erkenntniskategorien vor aller Erfahrung in unserem Bewußtsein ausmachen wollen) und einseitiger, speziell biologistischer Konzeptionen von Erkenntnistheorie. Parallel zu Fragen der Naturwissenschaft (z.B. Welle-Korpuskel-Dualismus, d.h. Licht etwa hat nicht nur Wellenform, sondern auch eine quantifizierbare, "körperliche" Struktur) sieht er auch Erkenntnis als Lösung des "uralten Problem(s) von Kontinuum und Diskontinuum" (S. 361) (des Dauernden und des Abgeschlossenen): "Die objektive Realität (befindet sich) in einem ständigen Evolutionsprozeß und (...) weder ihre Masse, noch ihre Energie (können) quantitativ vermehrt oder vermindert werden" (S. 371). Erkenntnisfähigkeit hat sich "evolutiv herausgebildet", ihre "entscheidende Grundlage" ist im "gesellschaftlich betriebenen Arbeitsprozeß" (S. 383 f.) zu suchen. "Erkenntnis (ist) an natürliche und gesellschaftliche Bedingungen geknüpft" (S. 393): "die genetische Evolution wird durch eine soziale überlagert" (S. 406). Nur eine materialistische Philosophie kann beide zusammenhängend betrachten und erklären.

So ist Abschied vom Materialismus? zuallererst ein Selbstvergewisserungsbuch. Das muß kein Nachteil sein, ist es auch im vorliegenden Fall sehr weitgehend nicht: Steigerwald hat, um den eigenen Ansatz zu begründen, eine riesige Menge Material zusammengetragen, so daß ein umfassender Überblick über den aktuellen Stand wissenschaftlichen Denkens ermöglicht wird. Das geschieht in einer im allgemeinen sehr gut verständlichen Sprache. Vor allem im naturwissenschaftlichen Teil bemüht sich Steigerwald, Pauschalurteile zu vermeiden und Forschungsansätze differenziert zu betrachten.

Die Auseinandersetzung mit aktuellen philosophischen Strömungen gerät allerdings manchmal zur Polemik, etwa wenn er die Frankfurter Schule in eine Reihe stellt mit dem Neukantianer Dilthey (in dessen Tradition der Nazivorbereiter Spengler stand) und dem Naziapologeten Heidegger. (S. 259) Steigerwald nimmt sich so die

Möglichkeit, danach zu fragen, wieso nichtmaterialistische oder zumindest nicht im strengen Sinn marxistische Philosophien so aktuell sind, ohne daß sich diese Frage auf Plattheiten reduziert. So, wie neue naturwissenschaftliche Theorien entstanden, weil die Erklärungskraft der alten nicht mehr ausreichte, ohne daß sie dadurch falsch wurden, könnte es sich ja auch in den Geisteswissenschaften verhalten. Dann hätten Materialisten nicht nur dort, sondern auch hier nach Richtigem, Orientierendem, Weiterführendem zu suchen.

Die Beschränkung auf die Betrachtung europäischer Philosophie mag arbeitsökonomisch naheliegend sein, führt aber zu Problemen: Manche asiatischen religiös-idealistischen Vorstellungen etwa werden von einer Argumentation nicht erfaßt, die "idealistisch" ausdrücklich mit "gottgläubig" gleichsetzt. Auch die oft recht nachlässige Lektoratsarbeit (der Text enthält viele, z.T. den Sinn berührende Fehler) ist störend, aber nicht Steigerwald anzurechnen.

Insgesamt aber handelt es sich trotz dieser Mängel um einen gelungenen Versuch, materialistische Philosophie und Geschichtsbetrachtung umfassend darzustellen und zu begründen.

Werner Rätz, Bonn

Robert Steigerwald: Abschied vom Materialismus? Materialismus und moderne Wissenschaft. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 1994. Hc., 435 Seiten, 48 DM

41. Gegenwelten. Notizen über eine ungewöhnliche Frau. Rezension

Autor: gg. · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:20

Anläßlich des siebzigsten Geburtstages von Gisela Wiese wurde von Pax Christi/Deutsches Sekretariat eine Festschrift herausgegeben, um diese in Hamburg lebende Frau zu würdigen. Seit 1967 ist Gisela Wiese Mitglied von Pax Christi und seit 1990 Vizepräsidentin der deutschen Sektion. In Interviews mit ihr, in Texten von Gisela Wiese selbst und in Beiträgen von Menschen, die mit ihr zusammengearbeitet haben und noch zusammenarbeiten, wird das Bild einer Frau deutlich, die sich in kein Schema pressen läßt.

Beiträge von Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen (wie es in der linken Szene so schön heißt) finden sich in dieser Festschrift wieder. Mag sein, daß einige aus "unseren Zusammenhängen" mit den Augen rollen angesichts eines einleitenden Gedichtes von Gisela Wiese mit dem Titel "Was sind 40 Jahre vor Dir, o Herr?". Mag sein, daß einige das Buch beiseite legen, wenn sie die nächste Überschrift lesen, die da lautet: "Zwischen Gebet und Demonstration". In dem Interview mit Gisela Wiese, geführt vom Pastor der Hamburger Johanniskirche, Ulrich Hentschel, geht es um Versöhnung, Wiederholung der deutschen Geschichte, um Giselas Jugend, die Bedeutung des Glaubens während des Faschismus, um jüdische Tradition in Deutschland, um Pax Christi, um Knastarbeit. Hierbei wird ein Einblick gegeben in die Motive, die Gisela Wiese bewegen, die Arbeit zu tun, die sie tut.

Sie selbst schreibt: "Geprägt vom Widerstand gegen den deutschen Faschismus, war für mich der Wiederaufbau in Kirche und Gesellschaft, der wenig Zeit ließ für ein Umdenken und Umkehr, sehr befremdend. In der Pax-Christi-Bewegung fand ich Menschen, die sich der Vergangenheit stellten, Auschwitz nicht verdrängen wollten und Begegnungen mit den Opfern suchten."

Während der NS-Prozesse in Hamburg, von 1967 bis 1974, unterstützt Gisela Wiese zusammen mit anderen Zeuginnen und Zeugen aus Israel, Polen, der UdSSR und den USA. Sehr eindringlich wird von der Antifa-Gruppe von Pax-Christi Hamburg das Klima, in dem die NS-Prozesse stattfanden, beschrieben; die Schwierigkeiten bei der Unterstützung der Opfer, die qualvollen Erinnerungen der ZeugInnen, der Zynismus der Justiz und der Täter.

Die Rechtsanwältin Barbara Hüsing erinnert in ihrem Beitrag an die Nichtverfolgung desjenigen, der für den Tod von 20 jüdischen Kindern am 20. Juli 1945 verantwortlich war. Der Vereinigung "Kinder vom Bullenhuser Damm", der Gisela Wiese als Vorstandsmitglied angehört, gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, den SS-Obersturmführer Arnold Strippel, der heute in Frankfurt lebt, vor Gericht zu bringen. Esther Bejerano stellt in einem weiteren Beitrag die bisherige Arbeit des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland, zu dessen Gründungsmitgliedern Gisela Wiese gehört, vor.

Man stellt sich zwangsläufig die Frage: Wie hält ein Mensch diese quälenden Auseinandersetzungen über einen solch langen Zeitraum aus? Woher nimmt sie die Kraft? Günter Schwarberg deutet an, woher diese Kraft kommen könnte. "Vom Himmelreich auf Erden - und einem Kindergarten" ist sein Beitrag überschrieben, und im Interview, das Ulf Ansorge mit Gisela geführt hat, heißt es: "Die Kinder haben mich durchhalten lassen". Über 30 Jahre hat Gisela Wiese im katholischen Kindertagesheim St. Theresien in Hamburg gearbeitet. Schon 1943 machte sie ihr Examen als Kindergärtnerin im Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin. Durch ihre Arbeit habe sie die Kraft gehabt, schwierige Dinge zu tun, "z.B. ins Gefängnis nach Fuhlsbüttel zu gehen oder Menschen zu helfen, die es im Leben sehr schwer hatten; aber nur, weil ich dann acht Stunden Heiterkeit und Zärtlichkeit bekommen habe."

Worum es Gisela Wiese geht, beschreibt der katholische Pfarrer und ehemalige Gefängnisseelsorger in Limburg, Hubertus Janssen. 1993 begleiteten beide den Prozeß von Ingrid Jakobsmeier in Stammheim. "Die schlimmen Erfahrungen des Stammheimer Prozesses, die nochmalige Verurteilung von Ingrid Jakobsmeier und die Demütigung eines Menschen, dem ‚im Namen des Volkes` ein ganz konkretes Unrecht angetan wurde, wirkten sich prägend auf unsere Kommunikation aus. Wir sprachen immer wieder darüber, daß es sowohl in unserem Staat als auch in unserer Kirche um eine radikale Humanität gehen muß."

Dieser radikale Humanismus zieht sich durch alle Beiträge. "Wieder schäme ich mich in einem deutschen Gerichtssaal" ist der Beitrag von Gisela Wiese zum Jakobsmeier-Prozeß überschrieben. Scham empfindet sie über die Demütigungen, über den Versuch, Identitäten zu zerstören. Für sie ist es vollkommen klar, daß Ingrid Jakobsmeier ihre Solidarität, ihr Vertrauen und ihre Freundschaft erfahren wird. Solidarität ist für sie mit Sicherheit keine Floskel. Von Anfang bis zum Ende war sie beim sogenannten Plattenlegerprozeß (58 Prozeßtage lang) gegen Ralf und Knud im Itzehoer Gerichtssaal dabei. "... ich wünsche mir, daß die Solidarität stärker ist als das Machtstreben des Justizapparates ...", war ihre Aussage im Interview mit der Prozeßzeitung "spreng-sätze". Zumindest teilweise ging dieser Wunsch in Erfüllung.

Beiträge über die Schalom-Gemeinde, über Gefangenenbetreuung, über Pax Christi finden sich ebenfalls in diesem Buch. Im Beitrag mit der Überschrift "Verwirrend katholisch" heißt es: "Schöne Verwirrung. Aber so läßt einen Gisela Wiese eben zurück mit ihrer katholischen Seele nebst autonomen Freunden.... Den Rest der heilsamen Verwirrung soll Gisela Wiese in den nächsten Jahren gefälligst selbst stiften."

Und, gilt es hinzuzufügen: Anregungen zum Verwirrungstiften lassen sich aus der vorliegenden Festschrift einige holen. Gisela Wiese wird sich über Unterstützung bei der Schaffung der "Gegenwelten" sicherlich freuen.

gg.

"Gegenwelten" - Notizen über eine ungewöhnliche Frau - ist in der Komzi Verlags GmbH, Kreuzgasse 33, 65510 Idstein erschienen. 170 Seiten; 19,80 DM

ISBN: 3-929522-13-6

42. Rechts and Crime: Das sind Amigos!

Von Peter Kratz

Autor: Peter Kratz · Rubrik: SPD; Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:09

Ein Quintett hat sich gefunden, um gemeinsam Politik zu betreiben: Dieter Schinzel, Tilman Fichter, Peter Brandt, Erich Schmidt-Eenboom, Helmut Lölhöffel. Die Kontakte der fünf zum Neofaschismus haben wir, das Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion (BIFFF), vielfach öffentlich gemacht. Nun schrieben sie gemeinsam einen Brief an den "Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer" der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, in dem sie ein Berufsverbot für einen sozialdemokratischen Antifaschisten fordern, der seit Jahren Assistent von SPD-Bundestagsabgeordneten ist: Ein Anschlag auf das Grundgesetz, auf die freie Entscheidung der Abgeordneten.

Weniger die kaum verhohlene Forderung an Struck als vielmehr ihre positive Resonanz in der Spitze der SPD-Fraktion ist ein Novum in der Geschichte des demokratischen deutschen Parlaments. Die Resonanz findet allenfalls noch in den Verbotsgründen des Bundesverfassungsgerichtes gegen die KPD eine Parallele. Das Quintett spricht diejenigen in der SPD an, die seit Jahren für den Niedergang der Sozialdemokratie Verantwortung tragen und erhofft sich wohl - nicht zu Unrecht - eine Politik der verbrannten Erde gegenüber den Sozialisten in der Partei. Berufsverbote sind wieder angesagt, denn freie Bahn muß her für eine Politik des Sozialabbaus und der weltweiten Bundeswehr-Kriegseinsätze. Unfaßbar ist es, wenn hierbei sogar - wie selbstverständlich - ein Milieu ins Spiel kommt, das vielfach zum Kriminellen hin ausfranst.

"Wann wir schreiten

Seit' an Seit'"

Das gemeinsame Auftreten dieses Quintetts beweist, was wir seit Jahren in Einzelfällen immer wieder nachgewiesen haben: Es existiert in der SPD eine einflußreiche nationalrevolutionäre Hintergrund-Szene. Die "Konservative Revolution" hat in der SPD einen Brückenkopf, von dem aus Partei- und Fraktionsspitze erreichbar sind.

Daß auch Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Norbert Gansel und andere auf seiten dieses Quintetts intervenierten, zeigt die Verbindung nach "ganz oben", sogar bis in die Wahlkampfmannschaft von Rudolf Scharping.

Affäre Heckelmann -

Affäre Fichter

Wer sich darüber wundert, warum die SPD ihre Rücktrittsforderung gegen den Berliner Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) so schnell zurückzog, mag die Rolle Tilman Fichters in der Affäre nicht kennen. Denn es war nicht nur Heckelmanns Pressesprecher Hans-Christoph Bonfert, der an dem rechtsextremen "Dienstagsgespräch"-Kreis teilnahm, sondern auch Fichter, Referent für Bildung und Schulung beim Parteivorstand der SPD und als Chef der Parteischule für die Aus- und Weiterbildung der hauptamtlichen SPD-Funktionäre zuständig.

Die "Dienstagsgespräche", bei denen sich Ideologen der "Konservativen Revolution"/"Neuen Rechten" mit Wirtschafts- und Medienpraktikern treffen, werden von dem Neofaschisten Hans-Ulrich Pieper geführt, der aus der NPD-Studentenorganisation "Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB) kommt und 1990 für die REPs zum Bundestag kandidierte. Ende der 60er arbeitete Pieper in dem rechtsextremen Berliner Sammelbecken "Außerparlamentarische Mitarbeit" (APM) mit, dessen damaliger Vorsitzender Sven Thomas Frank heute für das Fascho-Blatt "Junge Freiheit" arbeitet. Zu den APM-Mitbegründern zählte der 1982 rechtskräftig zu einer 13jährigen Freiheitsstrafe verurteilte Nazi-Terrorist Manfred Roeder.

Fichter bewegt sich mit seiner Nationalismus-Politik mindestens seit zehn Jahren in einer Szene, die teilweise ebenfalls aus dem NHB und der APM kommt. Dazu gehören seit 1984 z.B. Sven Thomas Frank und der frühere NHB-Aktivist Henning Eichberg.(1)

Kein Wunder, daß die "Junge Freiheit", die Fichters Buch "Die SPD und die Nation" lobt und daraus zitieren darf, bei Piepers "Dienstagsgesprächen" vertreten war. Andere Gesprächsteilnehmer des Pieper-Kreises wie Jörg Haider, Ullstein-Verleger Herbert Fleissner (er brachte früher Schönhubers Waffen-SS-Buch "Ich war dabei" heraus) oder Rainer Zitelmann sind für Fichter keine Unbekannten: In Fleissners Ullstein-Verlag veröffentlicht Fichter 1993 sein "Nation"-Buch, hier erscheint auch Jörg Haiders Buch, Zitelmann war Ullstein-Lektor, Zitelmann hält bei der Fichter-Buch-Vorstellung 1993 die Festrede (im Beisein des SPD-Vize Wolfgang Thierse), für Zitelmann setzt sich Fichter 1994 öffentlich ein, als die Redaktion der Zeitung "Die Welt" Zitelmann rauswerfen will.

Der Pieper-Kreis wurde bereits seit längerem von der Berliner Polizei und dem Verfassungsschutz beobachtet. Doch das Berliner SPD-Mitglied Fichter behauptet, er habe Pieper für einen FDP-Mann gehalten. Fichter hat seine Partei-Hausmacht in Berlin, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Hans-Jochen Vogel, hält über ihn seine schützende Hand auch in der Bonner SPD-Zentrale.

Die Kumpanei der großen Parteien kehrt den Skandal um Innensenator Heckelmann unter den Teppich. Kontakte zum organisierten Neofaschismus werden gemeinsam vertuscht. Devise: "Schont Ihr unseren Heckelmann, schonen wir Eure Fichter/Vogel/Thierse".

Dieter Schinzel

"Der Vorfall ist dramatisch und in seiner Auswirkung auf die Politik insgesamt noch gar nicht absehbar. ... Der jetzige Vorfall zeigt andere Dimensionen als nur finanzielle Schwierigkeiten", so kommentiert der Aachener SPD-Oberbürgermeister Jürgen Linden am 1. Juni 1994 die Verhaftung des SPD-Europaabgeordneten Dieter Schinzel. Sofort eilt SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen nach Aachen, um die Sprachregelung der Parteispitze durchzusetzen: "Private Probleme einer Einzelperson".

Der prominente SPD-Politiker Schinzel sitzt als einziger deutscher Abgeordneter in Untersuchungshaft. Am 27. Mai 1994 wurde er in flagranti bei einem Millionen-Geldgeschäft mit Polen und Ex-Jugoslawen in Aschaffenburg erwischt und festgenommen. Offizieller Vorwurf: Verdacht der Hehlerei mit mehreren Millionen gefälschten Schweizer Franken. Ein schwerwiegender Kriminalfall: Seine Anwälte bekommen auch nach Wochen Untersuchungshaft nicht einmal Akteneinsicht. Spekulationen über Waffenhandel nach Bosnien werden in der Aachener Lokalpresse laut, nachdem Schinzel sich kurz vor seiner Verhaftung noch für eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien ausgesprochen hatte.

Schinzel hat beste Verbindungen in den Nahen Osten, begleitete 1990 Willy Brandt nach Bagdad, um die deutschen Geiseln freizubekommen. 1993 berichtet die Zeitschrift "Capital", Schinzel wolle gegen Zahlung von 600 Millionen Dollar rund 600 gefangene Kuwaitis aus Bagdad herausholen und bekomme ein Prozent Provision: Menschenhandel.

1985 schon leitete Schinzel eine hochkarätige Delegation aus Wirtschaft und Politik nach Libyen, wo er ein Treffen mit Oberst Gaddafi vermitteln wollte. "Aufgrund seiner hervorragenden Kontakte in den Nahen Osten hat er Verträge mit verschiedenen Großunternehmen über Akquisition und die Vermittlung von Großprojekten abgeschlossen", wissen die "Aachener Nachrichten" über die Vermischung von Politik und Geschäft. "Focus" schreibt über den Abgeordneten, der bisweilen als Risiko-Spieler in Casinos und auf dem Immobilienmarkt erscheint: "Ein bekannter Zocker und Pleitier".

Dessen ungeachtet legt sich die Aachener SPD-Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt, Mitglied der Wahlkampfkommission Rudolf Scharpings, auf seiten des Quintetts in Bonn für Schinzel und gegen unsere Schinzel-Kritik ins Zeug. Die Aachener Lokalpresse schreibt später nicht nur von Schmidts politischer Unterstützung für Schinzel, sondern auch davon, sie habe den notorischen Spieler mehrmals bei seinen Roulette-Eskapaden ins Casino Valkenburg nach Holland begleitet.

Millionen-Spiel

Anfang Dezember 1993 veröffentlichen wir die Verbindungen Schinzels zum Rechtsextremismus. Er ist von Alfred Mechtersheimer für den Präsidentenposten des "Deutsch-Arabischen Friedenswerkes" (beziehungsreiche Abkürzung: DAF) angeworben worden, zu dessen Gründung etliche Nationalrevolutionäre auf Mechtersheimers Initiative hin aufgerufen haben, darunter Henning Eichberg und sein langjähriger Freund Rolf Stolz, der 1994 unter Zitelmann in der "Welt" gegen Muslime in Deutschland hetzte.

Eichberg propagierte immer wieder, die Deutschen sollten sich an der Methode der libyschen Revolution des Muhammad al Gaddafi ein Beispiel nehmen und - wie man dort in der islamischen Version des Faschismus zu alten mystischen Traditionen zurückkehrt - zum naturreligiösen "Kelto-Germanentum" als Basis einer Gesellschaftsveränderung zurückkehren. Er bereiste Libyen und publiziert fast ausschließlich im Verlag Siegfried Bublies (Ex-NPD-Jugend, REP-nah), der die deutschsprachigen Rechte an Gaddafis Grünem Buch hat und sich hierüber z.T. finanziert.

Schinzel braucht Nahost-Kontakte für seine Geschäfte, da kommt ihm die DAF-Präsidentschaft von Mechtersheimers Gnaden gerade recht, nachdem ihn die renommierte "Deutsch-Arabische Gesellschaft" wegen seiner undurchsichtigen Geschäfte als dortigen Präsidenten abgesetzt hat.

Mechtersheimer hat sich als Weggefährte der Neofaschisten geoutet, als er für die "Junge Freiheit" warb, und als das militante Neonazi-Blatt "Sieg" seine Schrift "Antiamerikanisch - warum eigentlich nicht!" veröffentlichte, die - auf arabisch übersetzt - auch über die DAF-Adresse verschickt wird. Chef von "Sieg" ist der wegen "Auschwitz-Lüge" im Knast sitzende Österreicher Walter Ochensberger (vgl. Verfassungsschutzbericht). Mechtersheimer verbreitete 1993 über das DAF auch das Buch "Die Israel-Lobby. Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik", das in der "Verlagsgesellschaft Berg" (VGB) erscheint, die seit Jahren im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch aufgeführt wird. VGB-Chef Gerd Sudholt - ebenfalls seit Jahren im Verfassungsschutzbericht erwähnt - wurde 1992 rechtskräftig wegen "Auschwitz-Lüge" zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, zu deren Verbüßung er Mitte 1993 verhaftet wird.

Mechtersheimers Buch "Friedensmacht Deutschland", in dem er dem neofaschistischen Konzept des "Ethnopluralismus" (Eichberg) und der "Homogenität" des Volkskörpers das Wort redet, in dem er vom Anschluß Österreichs, der Zerschlagung Belgiens und der Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze träumt und gegen die multikulturelle Gesellschaft hetzt, erscheint in Fleissners Ullstein-Verlag, unter Zitelmanns Lektorat. Weder Schinzel noch Mechtersheimer gaben jemals Auskunft, wer das DAF finanziert. 1989 jedoch berichtete die "Süddeutsche Zeitung", auf einem Schweizer Konto lägen über zehn Millionen US-Dollar, mit denen Mechtersheimer eine "Muhammad al Gaddafi-Stiftung" (MAG) zu gründen versuche, die aber niemals zustande kam. Über den Verbleib des MAG-Geldes ist nichts bekannt, doch wird heute vermutet, es stecke u.a. in dem DAF-Projekt. Kein Zweifel besteht mehr daran, daß Mechtersheimer tatsächlich eine größere Geldsumme aus Libyen bekam.

Als die SZ ihre Recherchen hierzu jedoch abrupt abbrach, als Mechtersheimer - noch als MdB der Grünen-Fraktion und als einziger westlicher Politiker überhaupt - die libysche Giftgasfabrik in Rabta besichtigte, dort die Baupläne ausgehändigt bekam und sich anschließend weigerte, diese Pläne der Grünen Bundestagsfraktion vorzulegen, als dann Rabta abbrannte und Gaddafi den Bundesnachrichtendienst beschuldigte, in die Brandstiftung verwickelt zu sein, da glaubten manche an Gerüchte, der ehemalige Bundeswehr-Soldat aus der Abteilung für psychologische Kriegsführung, Alfred Mechtersheimer, sei ein Geheimdienstmann.

Wahlkampf-Spiel?

Mechtersheimers enge politische Beziehungen zu dem Quintett - namentlich zu Peter Brandt, Fichter, Schmidt-Eenboom und Schinzel - haben wir vielfach veröffentlicht. 1994 wird Mechtersheimer vor allem von der Sozialdemokratie hofiert. Das ist erstaunlich, denn auf der Linken gilt er inzwischen als Wirrkopf, der nur noch bei Neofaschisten Applaus bekommt. Was weiß er, was tut er, warum resozialisiert ihn nun die Sozialdemokratie? Er darf bei den DGB-nahen Recklinghausener Ruhrfestspielen im Juni 1994 - mitfinanziert vom SPD-Land Nordrhein-Westfalen - gemeinsam mit SPD-MdB Norbert Gansel über Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt diskutieren und sich hierbei - geschickte Regie - als einziger bei der Podiumsdiskussion als "Pazifist" präsentieren. Schon im Februar 1994 lud ihn der SPD-Minister Florian Gerster - im rheinland-pfälzischen Kabinett von Rudolf Scharping Bundesrats-und Europaminister - zum "Gesprächskreis Sicherheit und Abrüstung" der "Friedrich-Ebert-Stiftung" nach Bonn ein.

Peter Brandt

1981 veröffentlichte Peter Brandt gemeinsam mit dem Eichberg-Freund Herbert Ammon Texte der Nationalrevolutionäre Ernst Niekisch und Henning Eichberg, die er beide als "Linke" ausgab. Den antidemokratischen und antisemitischen Mordhetzer Niekisch bezeichnet der Verfassungsschutzbericht als

Vordenker des militanten Neonationalsozialismus. Gleichzeitig veröffentlichten Brandt und Ammon mit dem Niekisch-Schüler Wolfgang Venohr schmalzig-nationalistische Texte. Venohr schreibt heute in der "Jungen Freiheit".(4)

Mitte der 80er veröffentlichen Herbert Ammon und der SPD-Völkerrechtler Theodor Schweisfurt gemeinsam mit Fichter, Stolz, Brandt, Mechtersheimer, Venohr, zwei Ex-NPD-Jugend-Leuten aus dem Bublies-Verlag, Hubertus Mynarek von der Nazi-Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" und etlichen weiteren Alt- und Neofaschisten eine "Denkschrift" gegen die Deutschland- und Friedenspolitik der SPD. Schweisfurt, der wie Brandt und Ammon immer wieder in der Zeitschrift "Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" schreiben konnte (herausgegeben u.a. von Holger Börner für die "Friedrich-Ebert-Stiftung", "Ständiger Mitarbeiter": Tilman Fichter), hatte bereits 1984 mit Sven Thomas Frank (früher APM, heute Pieper-Kreis und "Junge Freiheit", mit Venohr, dem Ex-"Unitarier" Wolfram Bednarski, Udo W. Reinhard (ebenfalls früher APM, heute "Junge Freiheit") und weiteren Alt- und Neofaschisten unter Bezug auf Niekisch ein wiedervereinigtes, blockfreies, starkes Deutschland gefordert.

Mit Faschisten

gegen SPD-Friedenspolitik

In einer "Koordination Friedensvertrag", die Rolf Stolz Mitte der 80er gegen die Friedenspolitik der SPD gründet, engagieren sich auch Peter Brandt und der Grünen-Politiker Roland Vogt, der mit Mechtersheimer nach Libyen reiste. Die Veröffentlichung dieser Gruppe druckt das Blatt "wir selbst" aus dem Bublies-Verlag, das als Eichbergs Hausblatt gilt und in dem auch Mechtersheimer und Schmidt-Eenboom ihre "Friedensplattform" publizieren.

In einer "Memorandum"-Gruppe zum Besuch Gorbatschows im Frühjahr 1989 fordert Brandt gemeinsam mit Mechtersheimer, Ammon, Stolz, Schweisfurt, Schmidt-Eenboom, der "Unitarier"-nahen Gerda Degen und dem heutigen Schinzel-Verteidiger Manfred Coppik - der den Inhaftierten im Aschaffenburger Gefängnis betreut - ein bündnisfreies, vereintes Deutschland als sein eigener starker Block: Im Quintett kennt man sich wohl seit Jahren!

Erich Schmidt-Eenboom

Unter anderem die politische Rechtslastigkeit der "Memorandum"-Gruppe und die "wir selbst"-Veröffentlichung diente dem Oberlandesgericht Köln im Mai 1994 dazu, uns die Behauptung zu erlauben, Erich Schmidt-Eenboom habe "Kontakte zu völkischen Gruppen". Bereits vorher mußte Schmidt-Eenboom sich vom Landgericht Bonn sagen lassen, angesichts seiner Äußerungen über eine angebliche "Friedensbewegung NPD" sei unsere Behauptung, er lasse den nötigen Abstand zur NPD vermissen, wohl nicht zu beanstanden.

Schmidt-Eenboom war Berufssoldat und behauptete wissentlich falsch an Eides Statt, er sei seit 1989 anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen dieses Eid-Deliktes.

Der Schüler Mechtersheimers betreibt in Starnberg ein "Friedensforschungsinstitut", in dem nach seiner eigenen Aussage vor dem LG Bonn und dem OLG Köln der rechtskräftig verurteilte "Auschwitz-Lügner" Gerd Sudholt verkehrt. Bei Sudholts "Verlags-Gesellschaft Berg" (VGB, Starnberger See) veröffentlichte Schmidt-Eenboom 1993 ein Buchprojekt, das Sudholt ihm bereitwillig finanzierte. Besonderer Clou: Die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul schrieb ebenfalls in diesem Buch und wollte mit Schmidt-Eenboom ein weiteres bei VGB herausgeben. Wieczorek-Zeul arbeitet seit Jahren mit Schmidt-Eenboom zusammen und behauptete schließlich - wen wundert's -, sie habe von Sudholts Hintergrund - trotz der Verfassungsschutzberichte! - nichts gewußt.

Schmidt-Eenboom war nach eigener Aussage vor dem OLG Köln "Wahlkampfleiter" der SPD in Oberbayern für die Europawahl vom 12. Juni 1994. Parteifürst von Oberbayern ist Peter Glotz, Chefredakteur der "Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte", Ziehvater von Tilman Fichter in der SPD und Mitglied der Wahlkampf-Mannschaft Rudolf Scharpings. Alle Achtung, Doktor Glotz, da haben Sie ja Amigos!

Jetzt wird auch verständlich, weshalb die bayrische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt auf seiten des Quintetts intervenierte: Die Beziehungen ihres Parteifunktionärs Schmidt-Eenboom - rundum ein Ehrenmann! - sollen wohl vor der Landtagswahl noch vertuscht werden.

Helmut Lölhöffel

Der Bonner Redakteur der "Frankfurter Rundschau" kann es nicht verwinden - wie Schmidt-Eenboom -, seinen eigenen Gerichtsprozeß gegen uns verloren zu haben. Lölhöffel veröffentlichte als junger Mann innerhalb der Nazi-Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) Lobeshymnen auf den (Neo-)Faschismus und setzte sich 1990 für die DUR ein, die gerade einen Prozeß gegen uns verloren hatte. Seinen Sektenfreunden log er allerlei Gemeinheiten über uns vor, damit diese seine Aussagen gegen uns verwenden könnten.

Nach rechtskräftigen Urteilen von Oberlandesgerichten darf die DUR als "völkisch-rassistische Sekte" (gegen den Protest Lölhöffels), "nazistische Tarnorganisation" und "Nazi-Sekte" bezeichnet werden, weil dies eine genügend große "Sachnähe" zur Wirklichkeit der DUR aufweise. Zum Beispiel: Im DUR-eigenen "Haus der Deutschen Unitarier" in Hamburg sprach im Oktober 1993 der Rechtsextremist Wolfgang Juchem, der kurz vorher auf dem "Rudolf-Heß-Marsch" in Fulda mit dem gesamten militanten Neonazismus Deutschlands aufgetreten war. Dessen ungeachtet wurde die DUR immer wieder von SPD-Politikern unterstützt, vor allem von Holger Börner.(2)

Als wir 1990 Lölhöffels Rechtskontakte erstmals publik machten, verklagte er uns und verlor 100prozentig. Es sei "als Tatsachenbehauptung wahr", entscheidet das OLG Köln 1992 rechtskräftig, "daß der Kläger (Lölhöffel) bis heute Verbindungen zur DUR unterhalte". Weiter sei es "wahr", daß Lölhöffel "gegenüber seinen früheren Sektenfreunden falsche Behauptungen über die Bonner Initiative gegen Neofaschismus aufgestellt" habe.

Angesichts der eindeutigen Rechtslage mobilisiert Lölhöffel u.a. seinen Freund SPD-MdB Norbert Gansel gegen uns, der politisch retten soll, was juristisch verloren ging. Nicht nur Lölhöffels Rechts-Kontakte sind inzwischen öffentlich, bekannt ist auch sein gutes Informations-Verhältnis zum SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck: SPD-Hofjournalismus.

Tilman Fichter

Bereits 1987 veröffentlichten wir im SPD-Pressedienst "ppp" - noch vorsichtig ausgedrückt - die Kontakte Fichters zum Neofaschismus, der daraufhin - wenig vorsichtig - seine Bataillone marschieren ließ. Unter dem Datum vom 9. März 1987 schrieb der Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Helmut G. Schmidt, an Fichter: "Ich übernehme die volle politische Verantwortung für diesen Vorfall und habe heute Willy Brandt den Rücktritt von allen meinen Funktionen angeboten."

Heftig, doch der Zeitpunkt war schlecht gewählt, denn Willy Brandt kam H.G. Schmidt rücktrittsmäßig zuvor, wegen Margarita Mathiopoulos.

Sein Nachfolger Hans-Jochen Vogel - für den Deutschsein ein warmes Gefühl ist und der immer wieder von der "Gefühlsgemeinschaft der Deutschen" spricht, die angeblich bedroht sein soll - löste das Problem auf administrative Art: Schmidt durfte bleiben, Fichters Rechts-Kontakte wurden nie mehr innerparteilich thematisiert, wir brachten keinen Artikel mehr in der SPD-Presse unter. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn sich der ehemalige Justizminister Vogel, Spezialist für Verfassungsrecht, heute auf seiten des Quintetts engagiert - ungeachtet der Verfassungslage nach Artikel 38 des Grundgesetzes. (Bemerkenswert auch, daß der SPD-Pressedienst nach unserer Schinzel-Veröffentlichung vom Dezember 1993 den Schinzel mehrmals mit mehrseitigen Interviews als "Arabien-Experten der SPD" hofierte.)

Inzwischen hat sich sogar Peter Glotz von Fichter distanziert, nachdem er ihn jahrelang förderte. Fichter habe sich "in deutsch-nationale Positionen verrannt" und handele "ohne Augenmaß", erklärte er im März 1994. Gegen dieses Urteil waren wir ja noch zurückhaltend im "ppp Hintergrund-Dienst" vom 20. Februar 1987, den Glotz wohl damals nicht gelesen hat.(3)

Am 26. März 1994 - zehn Tage nach seiner Unterschrift unter den Quintett-Brief mit der Berufsverbots-Forderung, mit der Forderung an Peter Struck, er solle als Übervater endlich die starke Existenz-Vernichtungs-Hand gegen SPD-Antifaschisten schwingen - meint Fichter auf die Frage der "taz": "Sind Sie wegen Ihrer Position innerhalb Ihrer Partei kritisiert worden?"

Fichter: "Nein, die heutige SPD ist eine erstaunlich liberale Partei. ... Ich trete seit vielen Jahren für die Freiheit der Andersdenkenden ein. ... Rosa Luxemburg hat recht, wenn sie sagt, daß Freiheit nicht nur ein hohes Gut für die eigenen Leute ist, sondern auch für die Andersdenkenden."

Freiheits-Lüge der SPD.

Anmerkungen

(1) Vgl. unsere Schrift "Die nationalrevolutionäre Connection: Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber", Bonn 1990.

(2) Mehr zu den SPD-DUR-Verbindungen und zu Lölhöffel in dem Buch von Peter Kratz: Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von "Neuem Denken", Faschismus und Romantik, Elefanten Press Verlag Berlin 1994.

(3) Zu Fichter vgl. unsere Schrift: "Chef der SPD-Parteischule stellt die Demokratie in Deutschland zur Diskussion", Bonn, November 1993.

(4) Vgl. unsere Schrift "Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber"

43. Neue Nachbarn: Die NPD erbt eine Villa

Autor: Antifaschistische Aktion Reutlingen und Gruppe AK · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:21

Von der Kreisstadt Eningen unter der Achalm würde mensch normalerweise kaum Notiz nehmen, es sei denn, er machte einen Ausflug in diese schöne Landschaft direkt am Rande der Schwäbischen Alb.

Der Antifa-Bewegung in Eningen und vor allem im direkt angrenzenden Reutlingen geht es aktuell um die Verhinderung eines Faschistentreffpunktes im Ort. Wie dem örtlichen Gemeinderat schon lange bekannt und am 3. Juni dann im Reutlinger Generalanzeiger nachzulesen war, haben die Schwestern Frida und Charlotte Krieg ihre Villa in der Schillerstraße 73 der NPD vererbt. Sie verfügten dabei testamentarisch, daß die Villa nach ihrem Tod als "nationale Begegnungsstätte" genutzt werden soll. Und damit erst gar keine rechtlichen bzw. fiskalischen Hemmnisse diesem Ansinnen entgegenstehen, hat Notar Günter Fahrbach, der das Testament aufgesetzt und jetzt mit seiner Umsetzung betraut ist, es so formuliert, daß das Haus mindestens fünf Jahre im Besitz der NPD bleiben muß. Eine andere Nutzung oder ein Verkauf scheinen bis dahin ausgeschlossen.

Das Anwesen steht auf einem großen Grundstück gegenüber der katholischen Kirche und hat zwei Stockwerke. Im oberen trafen sich in den letzten Jahren immer wieder Faschisten, zum Beispiel, um dort Hitlers Geburtstag zu feiern. Im unteren wohnen seit Jahren Leute, die mit dem Besitzerwechsel offenbar nichts zu tun haben. Die NPD hat anscheinend auch nicht vor, ihren Mietern zu kündigen. Soweit die äußeren Umstände.

Günter Deckerts Dienstreise in Sachen Erbschaft führte schon vor geraumer Zeit nach Eningen, wo ihn Bürgermeister Steinhilber (Freie Wählervereinigung) empfing. Der NPD-Vorsitzende aus Weinheim, seit den siebziger Jahren führend in Faschistenverbänden aktiv, aber erst 1985 vom Dienst des Oberstudienrats suspendiert und 1988 endgültig entlassen, erregte im Sommer wieder zweifelhaftes Aufsehen, als das Mannheimer Landgericht ihn in der zweiten Instanz wegen der Leugnung des millionenfachen Mordes an Juden zu einer überaus milden Strafe mit beigefügter Rehabilitierung in der Begründung "verurteilte". Die Worte des Vorsitzenden Richters vorwegnehmend, soll der Eninger Bürgermeister nach dessen Amtsbesuch von einer "verantwortungsbewußten und rechtstreuen Persönlichkeit Deckert" gesprochen haben. Davon will Steinhilber jetzt verständlicherweise nichts mehr wissen.

Gleich nachdem bekannt wurde, daß die NPD dieses Haus geerbt hat, wollten Leute aus dem katholischen Kirchengemeinderat und den Pfadfindern die ganze Sache an die Öffentlichkeit bringen. Doch der grüne Landtagsabgeordnete Manfred Renz beschwichtigte im Verein mit Steinhilber erfolgreich. Zitat: "Man soll keine schlafenden Hunde wecken...".

Sicherlich hat die Gemeinde Eningen kein Interesse daran, daß die NPD sich in der Stadt häuslich niederläßt, doch setzt mensch dort eher auf Verhandlungen mit der Nazipartei in der Hoffnung, dieser die Villa doch noch abkaufen zu können. Diese Hoffnung gründet Steinhilber auf den Bericht des Verfassungsschutzes, demzufolge die NPD bei Bund und Land ca. 1 Millionen Wahlschulden drücken und darum das Anwesen verkauft wird bzw. gepfändet werden kann. Deshalb wollen die verantwortlichen Kommunalgrößen die Angelegenheit ohne weiteres Aufsehen über den Amtsweg abgewickelt sehen. Dies wird, wenn überhaupt, nur auf sehr lange Sicht Erfolg haben. Der NPD auf juristischem Weg das Haus zu pfänden, wird sicher Jahre beanspruchen, derweil sich die Faschisten dort in aller Ruhe einrichten können, womit sie in den letzten Wochen offensichtlich schon begonnen haben: Es wurden des öfteren Faschos mit Autos aus Heilbronn, Heidelberg und Sigmaringen gesichtet, wie sie das Haus ausräumten und wahrscheinlich auch renovierten. Ermutigt kündigte Deckert jetzt in einem internen Brief an die Landesverbände an, daß die Villa ab Ende September als "billige Ferienwohnung" genutzt werden kann.

Um diesem Vorhaben effektiven Widerstand entgegenzusetzen, wird es notwendig sein, möglichst viele Menschen aus Eningen selbst miteinzubeziehen. Dabei soll die Ausrichtung über eine bloße Anti-NPD-Kampagne hinausgehen. Bislang kam es zu ersten Treffen zwischen der Antifaschistischen Aktion Reutlingen, Einzelpersonen und VertreterInnen des Kirchengemeinderates sowie den Pfadfindern. Ganz schnell wurde klar, daß es in einem Provinznest wie Eningen, einer sehr langwierigen und guten

Öffentlichkeitsarbeit bedarf, bis sich etwas bewegt. Die relativ anonyme Öffentlichkeitsarbeit, wie wir sie sonst von den Städten her kennen, wird hier wenig Erfolg haben.

Eine erste Infoveranstaltung ist für den 20. Oktober im Ort geplant. Die Kampagne '94, ein Reutlinger Antifa Bündnis im Superwahljahr, hat jetzt die relative Ruhe um die Villa von sich aus mit einer "öffentlichen Wortmeldung" beendet: "Verharmlosung oder politische Naivität sind bei der Praxis und den programmatischen Zielen dieser Partei und ihrer Nähe zum Nationalsozialismus absolut fehl am Platze. Was den Umgang und die Toleranz gegenüber diesen rechtsextremen Demagogen in der Schillerstraße betrifft, scheint uns die Schwelle der Zumutbarkeit und die Schwelle des Zulässigen schon länger überschritten!"

Antifaschistische Aktion Reutlingen

und Gruppe AK

Weitere Informationen über die Entwicklung am Ort können von der Antifaschistischen Aktion Reutlingen, Postfach 1952, 72709 Reutlingen bezogen werden.

44. "Deutsche Demokraten." Ein wichtiges Buch über die rechte Elite und ihre Pläne

Ein wichtiges Buch über rechte Elite und ihre Pläne

Autor: Js. · Rubrik: CDU/CSU; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:07

Der Kanzler auf allen Kanälen, "Sachthemen" Fehlanzeige, statt dessen eine wüste antikommunistische Kampagne gegen die PDS und ihre angeblichen sozialdemokratischen Helfershelfer: Der Bundestagswahlkampf der CDU vermittelt das Bild einer Partei, deren einziges Ziel der Machterhalt um jeden Preis ist. Politische Initiativen wie Schäubles Kerneuropa-Vorstoß scheinen eher störend; schon im Dezember letzten Jahres war in Kohls Beraterstab festgelegt worden, im Wahlkampf möglichst wenig anzuecken.

Das im Göttinger Verlag Die Werkstatt erschienene Buch "Deutsche Demokraten", Untertitel "Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?", belegt nachdrücklich, daß der Schein trügt: Die Unionsparteien sind nach wie vor zu politischer und ideologischer Führung in der Lage. Bei den wesentlichen politischen Themen schaffen sie es auch, die sozialdemokratische "Opposition" vor sich her zu treiben. Charlotte Wiedemann, Redakteurin der Zeitschrift Die Woche, nennt wesentliche innen- wie außenpolitische Elemente der neuen, "abrupt nach rechts verschobenen Politik" der CDU und folgert: "In der Summe übertrifft dies selbst frühere Karikaturen dessen, was man von der CDU befürchten konnte. Dennoch begreift der deutsche Alltag diese Politik nicht als Zäsur, weil sie durch die Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums sowie des geistig-kulturellen Klimas gleichsam nivelliert erscheint. Doch hat die CDU bei dieser Entwicklung eindeutig die Rolle des Vorreiters und Antreibers." (Vorwort)

In einem weiteren Beitrag ("Die Union und die Nation") analysiert dieselbe Autorin die in die Zukunft weisenden politisch-ideologischen Projekte maßgebender Politiker der CDU und jungkonservativer Ideologen an deren rechtem Rand. Sie beginnt mit den "totalitären Visionen" des ersten Mannes hinter Kohl, der auch sein Nachfolger werden soll: Wolfgang Schäuble, der als "Chefideologe" der Partei bezeichnet werden könne, "weil er als einziger über ein relativ geschlossenes Denksystem verfügt." Schäubles Ziel ist es, "die heterogene deutsche Gesellschaft zu einer nationalen Gesinnungsgemeinschaft umzuformen". Wie besessen streitet er deshalb gegen all "jene Züge der deutschen Gesellschaft, die bei der Wiedervereinigung als Beleg neuer deutscher Harmlosigkeit galten: Individualismus, Distanz gegenüber dem Staat, Vorrang des Privaten vor dem Nationalen, der Innenpolitik vor der Außenpolitik."

Mit Kurt Biedenkopf, dem gerade glorreich wiedergewählten sächsischen Ministerpräsidenten, porträtiert Charlotte Wiedemann einen weiteren potentiellen Erben des amtierenden Kanzlers, "der in seiner Hinwendung zum Deutschnationalen und in seiner Abwehr einer europäischen Integration eindeutig rechts von Kohl steht". Was Schäuble und Biedenkopf mit den deutschnationalen Historikern in der Konrad-Adenauer-Stiftung und anderen rechten Denkfabriken gemein haben, ist ihr bedingungsloser Einsatz für die Rekonstruktion "nationaler Identität". Die "Normalisierung im Umgang der Deutschen mit ihrem Deutschsein" (Ansgar Graw) ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß den "deutschen Interessen" weltweit und frei von historisch begründeten Fesseln Geltung verschafft werden kann.

Was hier nur stichwortartig zusammengefaßt werden kann, leitet die Autorin differenziert und streckenweise stilistisch brillant her. Mit Zukunftsprognosen und vereinfachenden Etikettierungen hält sie sich dabei zurück. Unter Kohl sei die CDU "eine Partei mit stark nationalkonservativen Zügen" geworden - "sie bereits deutschnational zu nennen, verwischt die Grenze zu dem, was womöglich noch kommt". Das ist nicht nur eine sachlich richtige Einschränkung, sondern auch eine Warnung vor einem linken "Radikalismus", der vor allem auf drastischer Wortwahl beruht.

Das genaue Gegenstück zu Charlotte Wiedemanns durchdachten Beiträgen findet sich in dem Buch leider auch. Unter der Überschrift "Deutsch-nationale Außenpolitik von CDU & CSU" holzt Jürgen Elsässer in bewährter Weise drauflos. "Jetzt lacht Hitler in der Hölle" - dieser Ausspruch des damaligen US-Außenministers Shultz zum deutsch-amerikanischen Shakehands von Bitburg dient ihm zur Kennzeichnung der neuen deutschen Außenpolitik. Er verwendet ihn als ersten und als letzten Satz seines Aufsatzes. Worüber lacht Hitler am Schluß? Über den Satz des reaktionären Historikers Arnulf Baring: "Das

Dritte Reich ... war ein außerordentlich moderner Staat, in vielerlei Hinsicht der modernste Staat Europas." Da kommt er wohl aus dem Lachen nicht mehr heraus, der Hitler in der Hölle: Die Entschuldung und Rehabilitierung des Nazismus gehört spätestens seit dem Historikerstreit zum deutschen Alltag.

Während der Autor den Erzbösewicht Genscher für den Urheber des jugoslawischen Bürgerkriegs hält, ist für ihn die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung verantwortlich für die Spaltung der CSFR. Beweis: Sie "unterstützte den Aufstieg des heutigen slowakischen Ministerpräsidenten Meciar finanziell und hat ‚maßgeblich` zu dessen Wahlsieg beigetragen (der die Sezession einleitete)." Suggestion als Argumentationsersatz ist ein nicht unübliches Verfahren bei der politischen Meinungsbildung. Wo die LeserIn Fakten über die real betriebene Außenpolitik, auch über "militärische Sonderwege" und "Deutsche Annexionen" (Zwischenüberschriften), erwartet, liefert der Autor Stimmungsbilder. Nach Lektüre der beiden ersten Aufsätze des Buches wird der Qualitätsunterschied um so deutlicher: Während Charlotte Wiedemann Schäubles Denksystem richtigerweise als "totalitäre Visionen" bezeichnet, gibt Elsässer die Visionen der deutschnationalen Ideologen als die Außenpolitik der CDU/CSU aus. Der Schlußabschnitt muß dann zwangsläufig mit "Die Wiederkehr der Geschichte" überschrieben werden; mit anderen Worten: Die Katastrophe ist unabwendbar - und der Erkenntniswert von Elsässers Aufsatz zu vernachlässigen.

Solide Informationen und fundierte Einschätzungen werden dagegen in drei weiteren Beiträgen zu innenpolitischen Themen geboten. Ursel Sieber schreibt über "Die Union und die Frauenfrage". Hier steht der Zwang zur wahltaktischen "Modernisierung" gegen die "Restauration des alten Familienmodells" - "An der Frauenfrage wird sich mitentscheiden, ob die neue konservative Revolution in der Union gelingt." "Die Asylkampagne als Modellfall" beschreibt Jürgen Voges; angewandt wird das Modell gegenwärtig vor allem auf dem Feld der "inneren Sicherheit", die als von "organisierter Kriminalität" bedroht dargestellt wird. Diesem Thema widmet sich auch Bernd Siegler. Die von der CDU betriebene Einschränkung oder Abschaffung bürgerlicher Freiheiten laufe sinngemäß nach der Formel: "Innere Erneuerung + nationale Identität = Innere Sicherheit".

Einen besonders hohen Gebrauchswert für politische Praktiker (und auch für Journalisten) hat das fast ein Drittel des Gesamtumfanges einnehmende Schlußkapitel "Die Macher" - ein Who-is-who der rechten Ideologen und ihrer Zusammenhänge. Ernesto Schweitzer - ak-LeserInnen unter dem Kürzel ES wohlbekannt - läßt hier die gefährlichsten christdemokratischen Propagandisten deutscher "Größe", "Skinheads mit Schlips und Kragen", Deutschtümler und Rassisten aufmarschieren: die "Bonner Schiene" mit Schäuble, Rühe, Kanther und Konsorten; die "bayerische Schiene": Stoiber, Waigel, Huber, Bötsch, Gauweiler; ferner Leute von der "Ersatzbank", "vom Platz Gestellte" und "Hooligans", darunter Figuren wie Mayer-Vorfelder, Seiters, Heitmann, Lummer und viele andere mehr. Was fehlt, ist ein Namensregister, das auch die in den übrigen Beiträgen erwähnten Protagonisten auflisten würde. Die flächendeckenden Aktivitäten der schwarzen Elitetruppen, ihre Verbindungen untereinander, zu rechten "Studienzentren" und zu dem rechtsextremen Kampfblatt Junge Freiheit wären dadurch noch leichter nachvollziehbar.

Js.

Ursel Sieber, Bernd Siegler, Charlotte Wiedemann u.a.: Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU? Göttingen (Die Werkstatt) 1994, 208 Seiten, DM 24,-

45. Jeschajahu Leibowitz, 1903-1994. Zum Tod eines jüdischen Staatsfeinds

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Kultur; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak370/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:51

Erst nach dem Beginn der Intifada wurde der bereits im neunten Lebensjahrzehnt stehende israelische Universalgelehrte Jeschajahu Leibowitz von den internationalen Medien entdeckt. Einige der am Nahost-Konflikt interessierten nicht-israelischen Linken waren schon ein paar Jahre zuvor auf Leibowitz aufmerksam geworden, als er während des Libanonkriegs zur Verweigerung des Wehrdiensts in diesem Krieg und später auch in den besetzten Gebieten aufrief.

Den Medien (von einigen der jetzt erschienenen Nachrufe abgesehen) wie den Linken war gemein, daß ihnen Leibowitz nur als Produzent "scharfer Sprüche" über den Staat Israel und dessen Besatzungspolitik bekannt (und genehm) war. Die besondere Attraktivität von Leibowitz bestand für Linke darin, daß er als einer der "Sogar"-Zeugen angeführt werden konnte. "Sogar" der "berühmte Wissenschaftler", der "tiefreligiöse", der "Zionist" usw.usf. sagt, daß ... (Der Autor nimmt an, auch selbst schon einmal Leibowitz in dieser Weise mißnutzt zu haben.)

Die tatsächlich bemerkenswerte, außerordentlich scharfe Kritik der Entwicklung des Staates Israel macht zwar einen wesentlichen, aber eben nur einen Teil von Leibowitz' Schaffen aus. Und es wurzelt in einem der Linken kaum zugänglichen Bereich - dem Glauben, genauer: dem jüdischen Glauben in fundamentaler Auslegung, im "Glauben der Väter".

Jeschajahu Leibowitz wurde 1903 in Riga (Russisches Reich) geboren, erhielt im Elternhaus eine jüdische Erziehung und besuchte das allgemeine Gymnasium. Im mehrsprachigen Milieu - Russisch, Deutsch, Jiddisch, Hebräisch - aufgewachsen, beherrscht er neben diesen Sprachen in späteren Lebensjahren auch Englisch, Französisch, Latein und Neuhebräisch.

Nach der Revolution in Rußland gehen seine Eltern mit ihm nach Berlin. Er studiert Chemie und Philosophie, graduiert 1924 zum Doktor der Philosophie. Von 1926-30 arbeitet er an der Kaiser-Wilhelm-Universität in Berlin als Assistent des Biochemikers Karl Neuberg, später ist er an der physiologischen Abteilung der Universität Köln tätig. 1929 nimmt er das Studium der Medizin auf, das er 1934 mit der Graduierung in Basel abschließt, da ihm dies in Deutschland nicht mehr möglich gewesen wäre.

Im selben Jahre emigriert er nach Palästina. 1935 wird er Assistent für Ernährungsphysiologie an der (1923 eröffneten) Hebräischen Universität in Jerusalem, an der er 1961 zum ordentlichen Professor für organische Chemie und Physiologie berufen wird und wo er ebenfalls Wissenschaftsgeschichte und -philosophie sowie in allgemeinen Themenbereichen lehrt.

Er ist Redakteur der "Encyclopaedia Hebraica" für den naturwissenschaftlichen Bereich vom ersten Band an und Chefredakteur der Enzyklopädie seit 1953. Neben Artikeln auf seinen Spezialgebieten ist er auch wesentlich für Artikel zur Judaistik und zu den Geisteswissenschaften verantwortlich. Er habe, sagte Leibowitz, zwanzig Jahre seines Lebens diesem Werk gewidmet.

Soweit ist zwar deutlich, daß Leibowitz zu der schon fast ausgestorbenen Gattung der Universalgelehrten gehörte. Aber was machte ihn zu einem der radikalsten Kritiker des Staates Israel und des gegenwärtigen Zustands des Judentums?

Nationalismus

Vor der Gründung des Staates Israel wies Leibowitz auf die religiöse Bedeutung hin, die einer nationalen Befreiung zukomme, wenn es in ihrer Folge zu einer Gesetzgebung nach der Halacha (das gesamte gesetzliche System des Judentums) zur Gestaltung des Staates kommen werde.

Leibowitz' Religionsphilosophie - und das heißt hier: das gesamte ihn leitende Denken wie seine Handlungen - gründet auf der Auffassung, daß das Judentum seinen Ausdruck in der Erfüllung der Mitzvot (der Gebote), im "Tragen des Joches der Mitzvot", finde, nicht aber in Glaubenssätzen und Dogmen. Die Gottesverehrung

bestehe in der Erfüllung der Mitzvot um ihrer selbst willen - nicht mit dem Ziel der Weltverbesserung, der Erlangung einer Gunst im Dies- oder Jenseits.

Von diesem (hier aufs äußerste komprimierten) Gedankengang gelangte Leibowitz zu weitreichenden Konsequenzen. Er lehnte das israelische Parteiensystem, das auf einem Status quo zwischen religiösen und säkularen Kräften besteht, völlig ab, und trat - seit 1959 verstärkt - für eine Trennung von Staat und Religion ein. Zwischen einer jüdischen und einer nicht-jüdischen Regierung bestehe kein wesentlicher Unterschied, da die "Wertvorstellung der Tora mit keinem politischen System übereinstimmen und auch nicht mit ihm in Übereinstimmung zu bringen sind."

Entsprechend wandte er sich gegen die Auffassung, die Staatsgründung Israels bedeute den "Anfang unserer Erlösung": "Dieser Staat wurde nicht wegen des Judentums gegründet, nicht auf Anregung des Judentums und nicht für das Judentum. Der Staat Israel ist der Rahmen der staatlichen Unabhängigkeit des jüdischen Volkes", für die er zeitlebens eintrat. Ben Gurion warf er vor, daß für ihn nicht die Nationalität (im Sinne der Unabhängigkeit), sondern die Staatlichkeit die Hauptrolle gespielt habe. Ben Gurion habe nicht verstanden, "daß man auf einen Hitler, wenigstens aber auf einen Mussolini zusteuert, wenn man den Staat zum höchsten Wert erklärt. Ein Volk, das durch seinen Staat definiert wird, kann nur ein Volk im Sinne Mussolinis sein - das heißt: eine Gruppe von Menschen, die miteinander in den Krieg ziehen."

In Leibowitz' Kritik des Staates und der Staatsauffassung eingeschlossen ist auch die Verurteilung der religiösen Parteien und Institutionen Israels. Das Abkommen zwischen religiösem und säkularem Lager habe "ein politisches und soziales System geschaffen, das im Grundlegenden zwar weltlich und doch mit Symbolen aus der religiösen Tradition des jüdischen Volkes versehen ist. Dieses Abkommen basiert auf Heuchelei und ist die Quelle für religiöse, moralische und soziale Korruption."

Der siebte Tag

Bereits unmittelbar nach dem sog. Sechs-Tage-Krieg 1967 äußerte Leibowitz, daß sich dieser Krieg und seine Folgen, die Besetzung umfangreicher Gebiete, als Ausgangspunkt für die Niedergang des Staates Israel erweisen würde. Seit jenem siebten Tag, sagte Leibowitz 1988, "ist der Staat Israel nicht nur der Rahmen für die politische und nationale Selbständigkeit des jüdischen Volkes, sondern auch ein Instrument der Gewaltherrschaft über ein anderes Volk." Es sei selbstverständlich, daß das unterdrückte Volk unter Anwendung aller Mittel für seine Befreiung kämpfen werde, die herrschende Macht aber auch alle Mittel anwenden werde, diese Erhebung zu unterdrücken. Wenn dieser Zustand einträte - Leibowitz betont das "wenn" - dann seien die Folgen für Israel innen- und außenpolitisch unvermeidlich. Schon Mitte der 80er Jahre hatte er gewarnt: "Das nationale Rowdytum schafft eine Atmosphäre, die von einer nach innen gerichteten Gewalt durchtränkt ist. Ich fürchte sehr, daß in Israel Konzentrationslager für jüdische ‚Verräter` entstehen werden und es zu Pogromen gegen nicht ‚national` eingestellt religiöse Juden kommen wird." Zu Beginn der Intifada äußerte er, es bestünden bereits "Konzentrationslager für Araber". Außenpolitisch drohe ein Krieg auf Leben und Tod mit der gesamten arabischen Welt.

Wenn Leibowitz hier seine Kritik begrifflich überzog, so sind hieraus doch für einen außer-israelischen Bedarf nicht, wie oft geschehen, "Argumente" abzuleiten - die zitierten Passagen stammen zwar aus einem Interview für eine deutsche Zeitung und er äußerte sich 1988 in einem deutschen Magazin ähnlich. Gleichwohl sind diese Äußerungen für die inner-israelische, mehr noch: die inner-jüdische Debatte bestimmt. In einer Betrachtung vom Jahr 1984, also während des Libanonkriegs, äußerte Leibowitz, wiederum ausgehend vom "siebten Tag", er habe großen Zweifel, "ob unter dem Panzer von gemeinsamem mörderischem Nationalismus ein gemeinsamer Inhalt von Werten existiert, die wir an zukünftige Generationen weitergeben können. Die Zukunft des jüdischen Volkes und der Judenheit geht jeden an, der mit jüdischem Bewußtsein erfüllt ist."

Die Lösung der "fürchterlichen, der erschreckenden Situation", daß zwei Völker in einem Land beide dieses Land als das ihrige beanspruchen, sah Leibowitz, lange vor der Entstehung von "Frieden Jetzt" 1977 und noch länger vor der Intifada und der allmählich breiteren Akzeptanz der Lösungsformel "Zwei Staaten für zwei Völker" im Abzug Israels aus den besetzten Gebieten und, eine Anerkennung Israels durch die Palästinenser vorausgesetzt, einem palästinensischen neben dem israelischen Staat.

Naheliegend ist, daß eine "Palästina-Soli"- Szene Leibowitz' "scharfe Sprüche" aus ihrem Zusammenhang gerissen begierig aufgenommen und verbreitet hat. Aber auch im (kleinen) Kreis derer, die in der BRD eine

relativ ausgewogene Auffassung über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts vertraten und die nie, wie Leibowitz, Vergleiche zwischen Nationalsozialismus und israelischer Politik gezogen hätten, war er sehr angesehen. Leibowitz übte zwar nie, wie ihm vorgeworfen wurde, die "Negation um der Negation willen", sondern, wie es im Nachruf eines israelischen politischen Magazins hieß, "Negation um des Himmels willen". Aber so umfassend und tiefgehend seine Kritik auch sonst war - auf zwei Gebieten setzte seine Rationalität aus. Entsprechend seiner Auffassung, daß der Gottesdienst um seiner selbst willen geschehe, gibt es in Leibowitz' Weltanschauung "keinen Platz für eine rationale Begründung der Mitzvot"; und auch der Begriff "Schöpfer" habe für ihn keinen eindeutigen Sinn, sondern erfahre verschiedene Interpretationen. Auf säkularem Gebiet spart Leibowitz den Zionismus von seiner Kritik aus und beschränkt sich auf die Feststellung, der Staat Israel sei "der Rahmen der staatlichen Unabhängigkeit des jüdischen Volkes", ohne auf die Entstehung dieses "Rahmens" kritisch einzugehen. Indem Leibowitz einer generellen kritischen Erörterung des Zionismus (deren logische Konsequenz keineswegs eine Ablehnung staatlicher Unabhängigkeit des jüdischen Volkes sein muß!), sofern sie überhaupt von ihm gefordert wird, ausweicht und seine tiefgreifendste Kritik am Staat Israel mit dem Jahr 1967, dem "siebten Tag", beginnen läßt, trifft er sich mit dem größten Teil der israelischen Protestbewegung wie mit den Fürsprechern einer israelisch-palästinensischen Aussöhnung hierzulande: Für beide Kreise sind Zionismus und Staat Israel erst seit der Besetzung der 1967 eingenommenen Gebiete in die Irre gegangen.

Jeschajahu Leibowitz ist im Alter von 91 Jahren am 18. August gestorben. Die Gelegenheit, ihn zu einer Antwort auf die Frage, nach dieser Kritik-"Lücke" zu bewegen, ist vergangen. Hätte er geantwortet, hätte er zumal einem Deutschen geantwortet? Wohl kaum. "Die Deutschen sind Menschen wie alle anderen Menschen", ließ er wissen. Aber: "Ein anständiger Deutscher wird sich hüten, muß sich hüten, über uns zu schreiben."

Klaus Mellenthin

Quellen und Literaturhinweise

Yeshayahu Leibowitz. Jüdischer Philosoph und politischer Querdenker. Sonderheft 18 der DIAK-Zeitschrift "israel & palästina". April 1989, 45 S., 3 DM plus Porto. Bezug: DIAK, Bahnhofstr. 148, 67480 Edenkoben.

Jeshajahu Leibowitz mit Michael Shashar: Gespräche über Gott und die Welt. Frankfurt (Insel) 1994. (Die Originalausgabe erschien 1987.)

Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1972 ff. - Eli Barnavi (Hg.): Universalgeschichte der Juden. Wien (Christian Brandstätter) 1994. - FR, 13.5.88; FR, 19.8.94; The Other Front, 25.8. u. 5.9.94; The Jerusalem Report, 22.9.94.

46. Quelldatei 12.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:12

Leserbrief

Absatzprobleme

Betr.: Tolerieren, Koalieren, Opponieren? (ak 369)

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit gemischten Gefühlen haben wir den Artikel von Heini Eckhoff unter dem Titel "Tolerieren, Koalieren, Opponieren" zur Kenntnis genommen.

Gefreut hat uns, daß Ihr dem Diskussionsangebot des Berliner Landesvorstandes der PDS, noch vor dessen Erscheinen, die ihm gebührende Aufmerksamkeit verschafft habt. Zudem habt Ihr uns auf einen sinnentstellenden redaktionellen Fehler aufmerksam gemacht. Die beiden Absätze, die da so flott hintereinander stehen, die Ihr dementsprechend auch zitiert und zueinander in Beziehung setzt, gehören natürlich nicht zusammen. Bei der Produktion des Textes sind da Absätze durcheinander geraten.

Was uns betrübt, ist die Tatsache, daß Ihr uns zutraut, wir würden aus der Tatsache, daß momentan außerparlamentarische Bewegungen rechts-dominiert sind, eine Chance für die PDS ableiten. Das wiederum stimmt uns befremdlich.

Der Absatz: "Ohne Zweifel liegt in dieser Situation eine große Chance für die PDS als konsequente linke Opposition ..." gehört selbstverständlich hinter den Absatz auf Seite 11, der beginnt mit "Indem sich die PDS bewußt zur Interessensvertretung der sozial Benachteiligten ...". Dann macht das Ganze wieder Sinn.

Leider habt Ihr uns auf diesen Lapsus zu spät aufmerksam gemacht. So müssen wir den Fehler mit Hilfe eines Zusatzzettels ausbügeln, der der Broschüre beigelegt wird.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr künftig bei solchen Vorkommnissen der Einfachheit halber zum Telefon greift und nachfragt, ob uns da ein Fehler unterlaufen sein könnte. Wenn auch die Ursache des Mißverständnisses bei uns liegt, würde ein solches Vorgehen Euch erfrischend von Herman L. Gremlitza und seinem Umgang mit PDS-Texten unterscheiden.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Nord

47. Quelldatei 13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:13

Kalender

Jüdisches Leben

Der Rest der Nation darf mal wieder auf Hamburg neidisch sein, bietet doch die Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule im nun beginnenden Volkshochschuljahr 1994/95 neben den schon "üblichen" Veranstaltungen - Hebräisch- und Jiddisch-Kurse, Stadtgänge zur Geschichte der Juden in Hamburg - wiederum eine Reihe interessanter Kurse und Vorträge. Am 21.9.94 beginnt der von Michael Studemund Halevy geleitete Kurs "Jüdische Identität im Film" (11 Abende). Das Thema eines Einzelvortrags von Erika Hirsch am 26.9., 19.30 Uhr, ist die im Oktober 1943 organisierte Massenflucht von Juden aus Dänemark. Am 10.10.94 beginnt der Kurs über die sog. Kristallnacht in Hamburg, deren Geschehen insbesondere anhand zeitgenössischer Berichte erhellt werden soll (5 Abende). Amir Eshel, in der BRD Germanistik studierender Israeli, leitet den Kurs "Sprache und Herkunft im Werk Celans" (16 Abende, ab 20.10.94). Vom 1.11.94 an läuft, geleitet von Andrea Ajzensztejn, der Kurs zur rechtlichen Gleichstellung der Juden in Preußen (12 Abende). Alle Veranstaltungen finden statt in der

Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, 20357 Hamburg. Anmeldungsunterlagen sind bei der Hamburger VHS, ein ausführliches Programm der Gedenkstätte ist dortselbst zu erhalten.

Faschismusanalyse

Die "Junge Linke", ein lt. Selbstdarstellung "niedersachsenweit tätiger, unabhängiger, aber dennoch offiziell anerkannter Träger von Jugendbildungsarbeit", veranstaltet Seminare, die speziell für EinsteigerInnen in die jeweils angebotene Thematik konzipiert sind. Unter den klugen ak-LeserInnen gibt es da wohl keinen Bedarf, gleichviel ist es eine Adresse, die (nicht-ak-lesenden) Jugendlichen sowie etwaigen Töchtern, Söhnen (und Enkeln?) empfohlen werden kann.

30.9.-2.10.94: Einführung in die Faschismusanalyse.

14.-16.10.94: Parlamentarismuskritik.

20.-26.10.94: Politische Herbstferien - Grundlagen der politischen Theorie.

Anmeldung und weitere Informationen bei: Junge Linke, Borriesstr. 28, 30159 Hannover.

Linke Medienarbeit

Die "Initiative Wochenzeitung" lädt nach Bielefeld ein zum Gedankenaustausch über die Perspektiven linker Medienarbeit. Des weiteren soll "weitestmöglich geklärt werden", ob "die Gründung einer neuen Wochenzeitung angesagt ist".

1./2.10.94, Bielefeld. - Weitere Informationen, Vorbereitungstexte und Anmeldung über: Initiative Wochenzeitung, c/o Weddinger Neueste Zeitung, Sparrstr. 21, 13353 Berlin.

PDS zwischen Opposition und Tolerierung

Nach der Tolerierung von Madgeburg stellt sich für viele Linke die Frage, ob die PDS den Weg von der Opposition zur Regierungspolitik in noch schnellerem Tempo zurücklegen will, als die Grünen. Verabschiedet sich die PDS als Hoffnungsträger linker Politik? Oder ist dies die längst fällige Abkehr von fruchtloser Systemopposition und plattem Antiparlamentarismus? Chancen für eine neue linke "Realpolitik"?

Zur Diskussion dieser Fragen lädt die KB-Mehrheit/Hamburg ein: 5.10.94, 20 Uhr, Haus für Alle, Amandastraße

Innere Sicherheit

Die Edition ID-Archiv stellt während der Frankfurter Buchmesse auf einer Veranstaltung "Staat 94: Bad Kleinen, Innere Sicherheit, Drogen" ihre neuen Publikationen vor. Zu den Themen referieren u.a. Thomas Kieseritzky, einE VertreterIn aus Zürich zur Drogenpolitik, Jutta Koether und Diederich Diederichsen.

9.10.94, 20.30 Uhr. Café Karin, Großer Hirschgraben, Frankfurt/M.

Anarchistische Bildung

Uns bisher entgangen findet nunmehr schon zum dritten Male ein "anarchistisches Bildungsprogramm" in Berlin statt. Diesmal sind vorgesehen neben "der traditionellen Geschichtsbetrachtung über die KlassikerInnen des Anarchismus" (eine Ankündigung, die der Kalender-Redakteur nicht so recht versteht) Seminare zu "Medien und Anarchismus", "Bedürfniswirtschaft", "Andere Kulturen in Berlin" und "Anarchie und Solidarität".

18.10.-26.11.94, Berlin. - Seminarprogramm (drei DM in Briefmarken beilegen) zu beziehen bei: Anarchistisches Bildungsprogramm, c/o COLPO, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin.

Palästina/Israel

Die Euphorie nach der Unterzeichnung der Declaration of Principles - populär: Gaza-Jericho-Abkommen - war bald verflogen. Der angestrebte Zeitplan war in keinem Punkt einzuhalten. Die israelische Repression nimmt anscheinend unvermindert ihren Fortgang, eine spürbare Verbesserung der Lage auch in den Gebieten der Teilautonomie in Jericho und einem Teil des Gazastreifens ist noch längst nicht eingetreten. Gleichwohl finden in der palästinensischen wie der israelischen Gesellschaft einschneidende Veränderungen statt. Auf diese wird sich das Hauptaugenmerk der vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Buntstift und Evangelischer Akademie Arnoldshain in der Nähe Frankfurts veranstalteter Tagung "Ein Jahr nach dem Gaza-Jericho-Abkommen" richten. Auf dem Programm stehen Vorträge zu den Themen: Anerkennung und Amnesie: Israelis und Palästinenser danach (Dan Diner, Tel Aviv/Essen), Oslo, Kairo - wohin führen die Verhandlungen (Helga Baumgarten, Universität Bir Zeit, Westbank), Auswirkungen des Abkommens auf die innergesellschaftliche Entwicklung Israels (Avishai Ehrlich, Tel Aviv), Auswirkungen des Abkommens auf die inneren Entwicklungen der palästinensischen Gesellschaft (Aziz Haidar, Universität Bir Zeit, Westbank), Wirtschaftliche Entwicklung und Perspektiven der palästinensischen Gesellschaft (Salah Abdel-Shafi, Gaza). Die Tagung wird beschlossen mit einer Podiumsdiskussion unter dem Thema "Auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat - Probleme und Chancen des Aufbaus der palästinensischen Gesellschaft", TeilnehmerInnen sind VertreterInnen von Kav La'Oved, Women's Studies Center, Palestinian Institute for the Study of Democracy, Hanna Zohar, Suha Hindiye-Mani, Chérifa Magdi, Helga Baumgarten u.a., und einer Diskussion zwischen dem Palästinenser Aziz Haidar und dem Israeli Avishai Ehrlich über die "Aussichten des Friedensprozesses". Eine Tagung, die sich kaum entgehen lassen kann, wer auf fachkundige und authentische Information über den Friedensprozeß in Israel und Palästina Wert legt!

21.-23.10.94. Anmeldung bei: Evangelische Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, 61389 Schmitten, Tel. des Tagungssekretariats: 06084- 944-123. (Die Tagungskosten betragen - inkl. Unterkunft im Doppelzimmer und Verpflegung - 140 DM, ermäßigt 80 DM.)

Mythen in der Politik

Im Rahmen einer Seminarreihe, die es sich zum Ziel gesetzt hat, rechtsextreme Weltbilder zu analysieren, wird es bei der anstehenden Veranstaltung des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE) um den Gehalt an Mythen in politischen Bewegungen allgemein und besonders in den neofaschistischen und neu-rechten Strömungen gehen. Referenten sind die Österreicher Roman Schweidlenka und Eduard Gugenberger, die mehrere Bücher zum Thema veröffentlicht haben.

4.-6.11.94, Vlotho. - Nähere Information und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho.

48. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:22

Brasilien

Häufig ist nicht einmal in Buchform (und bei entsprechend hohem Preis) zu haben, was nun als reguläre Ausgabe der Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika ila an Informationsfülle über Literatur und Politik in Brasilien erschienen ist. Thomas W. Fatheuer eröffnet die Ausgabe mit einem Beitrag zur Lage vor den Wahlen. In seinem wie den anderen Beiträgen zeigt sich - im Gegensatz zu üblichen dürftigen Agenturmeldungen und den Berichten von Auslandskorrespondenten, die vornehmlich "Exotisches" aus den Ländern der sog. Dritten Welt rapportieren - die Stärke des "Blicks von innen", der intensiven Auseinandersetzung mit einem Thema. Fatheuer versteht es z.B., dem Außenstehenden bestenfalls skurril erscheinende Reaktionen der brasilianischen Bevölkerung wie etwa die landesweite Trauer um den Tod des Rennfahrers Senna als Ausdruck einer "erwünschten und nie gegenwärtigen Identität Brasiliens" zu erläutern. Die weiteren Artikel und Interviews des Hefts haben die Politik der linken Arbeiterpartei PT zum Gegenstand, die Frauenbewegung, Literatur und Theater.

ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 178 (Sept. 1994). A4, 76 S., 7 DM.

Sudan

Ignoriert wie zahlreiche andere Verbrechen an ganzen Völkern (und von Völkern untereinander) wird, was pogrom als "Völkermord in den Nuba-Bergen" qualifiziert. Der Hauptteil der aktuellen Ausgabe behandelt die Islamisierung unter der fünfjährigen Regierungszeit der "Nationalen Islamischen Front", die staatsterroristische Auslegung der Scharia (des islamischen Gesetzes) sowie die Versklavungs- und Ausrottungspolitik des sudanesischen Regimes gegenüber den Volksgruppen in den Nuba-Bergen.

pogrom - zeitschrift für bedrohte völker. Nr. 178 (Aug./Sept. 1994). A4, 64 S., 8 DM.

Auschwitz-Prozeß

Seit langer Zeit vergriffen ist Bernd Naumanns Bericht über die Strafsache gegen Mulka u.a. vor dem Schwurgericht Frankfurt, der Bericht über den Auschwitzprozeß 1963-1965. Mit diesem Prozeß bekam die Auseinandersetzung um den Völkermord an den europäischen Juden erstmals eine öffentliche Dimension. Aus Anlaß des 1993 stattgefundenen Kongresses "Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozeß" (der hessische Generalstaatsanwalt Bauer war der wesentliche Initiator der Anklageerhebung) hat die Arbeitsstelle Fritz Bauer-Institut (Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust) diesen 1968 als Fischer-Taschenbuch erschienenen Bericht in limitierter Auflage erneut herausgegeben.

Bernd Naumann: Auschwitz (Sonderausgabe des Fritz Bauer-Instituts). 297 S., 15 DM.

Jüdischer Kalender

Alle Jahre wieder und auch im Jahr 5755 (nach jüdischer Zeitrechnung) erscheint der von Henryk M. Broder und Hilde Recher herausgegebene Jüdische Kalender. Und zwar nicht alle Jahr wieder, aber dann und wann sei auch hier dieser Kalender angezeigt. Als Terminkalender denkbar ungeeignet (wie ebenso alle kleinformatigen Anarcho-, Öko-, Frauen- etc.pp. Kalender), bietet er zum Ausgleich übers ganze Jahr Lesestoff: zur Erinnerung, Mahnung, Trauer, Belehrung, Erheiterung. Der Effekt: "Ach, der war ja auch Jude" bleibt, wem das wichtig ist, auch in der Ausgabe für das Jahr 5755 erhalten.

Der jüdische Kalender. Fünftausendsiebenhundertfünfundfünfzig. 1994-1995. Ölbaum Verlag (Augsburg) 1994. A6, 16.80 DM.

Europastrategien

Das von Reinhard Opitz herausgegebene mehr als tausend Seiten starke Quellenwerk Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, das auch in vielen Schulungen und Seminaren (u.a. des weiland KB) seinen Nutzen erwiesen hat, ist seit rund zehn Jahren vergriffen. Der Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger plant eine Nachauflage dieses Bandes mit 190 Dokumenten, die die unterschiedlichen Wege und Mittel widerspiegeln, mit denen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts deutsche Vorherrschaft in Europa angestrebt wurde. Da

jedoch Filme und Druckplatten des Werks nicht mehr existieren und der Wälzer eines soliden Einbandes bedarf, ist der Verlag auf eine ausreichende Anzahl von Vorbestellungen angewiesen, um das Buch zu dem "verbraucherfreundlichen Preis" von 68 DM herausbringen zu können.

InteressentInnen wenden sich zwecks näherer Information direkt an den Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Breite Str. 47, 53111 Bonn.

De zwaarte draad

Aus Utrecht wird uns mitgeteilt, daß ein links-radikaler, autonomer Kalender erscheinen solle, in niederländischer Sprache natürlich - und nicht "so ‚typisch deutsch`". Zwar sei den KalendermacherInnen bekannt, daß es bei uns weniger Leute gibt, die Niederländisch lesen als in den Niederlanden Deutschkundige. Aber: "Wir wollten euch doch fragen, ob ihr den Leuten die Existenz des Kalenders mitteilen könnt." Und was steht drin? "Seven thema's, autonoom verzet (Europa), culturen, woonstrijd internationaal, volksopstand in L-Amerika, bewust consumeren, vrouwenstrijd, media en censuur (...) Verder zijn er een aantal vaste, internationale axiedata (kein orthografischer Fehler, sondern, dem deutsch-autonomen Volxküche entsprechend autonomes Niederländisch! - Anm. d. Red.) in verwerkt, samen met een uitgebreide adressenlijst en een menstruatiekalender." Wer will mehr? Wer hat noch nicht genug?

De zwaarte draad. Agenda 95. 288 S., 13,50 Gulden. - Bezug: Agendagroep Schism, Postbus 85306, 3508 AH Utrecht, Niederlande.

West-Ost-Zeitschrift

Souverän Teile des alten wie des angeschlossenen Staates umfassend, erscheint die revue regional mit dem Obertitel Zeitschrift für Politik und Kultur in Südniedersachsen, Westthüringen und Nordhessen. In der ersten Ausgabe wurde der Arbeitskampf in Bischofferode analysiert, die vorliegende zweite Nummer bringt einen längeren Rückblick "Zur politischen Bedeutung des Aufruhrs in Bischofferode 1993". Schwerpunkt der zweiten Nummer sind Rassismus und Rechtsextremismus. Neben Artikeln, die auch anderswo zu finden sind, bezieht sich - insofern dem Sinn eines Regionalmagazins entsprechend - die Mehrzahl der Beiträge auf das Verbreitungsgebiet der Publikation: Ein Interview mit Antifaschisten aus der Göttinger Autonomen Szene, ausländerfreundliche Dörfer in Südniedersachsen, Arisierungen in Göttingen u.ä.

revue regional. H. 2 (Aug. 1994). A4, 56 S., 5 DM (West), 3.50 DM (Ost). - Bezugsmöglichkeiten sind ggf. zu erfragen bei: revue regional, p.A. Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen.

Kommunalpolitik

Nach knapp zehn Jahren liegt eine vollständige Neubearbeitung des Handbuchs für alternative Kommunalpolitik vor. 58 AutorInnen aus der kommunalen Praxis äußern sich in insgesamt 45 Kapiteln zu den Themen kommunaler Politik - von Abfallwirtschaft bis zur Wohnungspolitik.

Herbert Klemisch, Gerald Munier u.a. (Hg.): Handbuch für alternative Kommunalpolitik. Bielefeld 1994. 416 S., 45 DM. Bezug über: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld.

100 Jahre HEW

Im letzten ak hatten wir leider versäumt, die Bezugsadressen der Broschüre 100 Jahre HEW - ein alternativer Bericht, aus der wir einen der Aufsätze entnommen hatten, anzugeben:

Anti-Atom-Büro / Gewaltfreies Aktionsbündnis, Nernstweg 32, 22765 Hamburg; oder: Robin Wood, Nernstweg 32, 22765 Hamburg. Die Broschüre - A4, 44 S. - kostet 3 DM plus Versandspesen.

49. Quelldatei 46.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:46

Krieg oder Asyl?

Krieg oder Asyl - das ist die Frage für die ca. 15.000 in den letzten beiden Jahren in die BRD gekommenen armenischen Flüchtlinge! Sie kommen zumeist nicht direkt aus dem Kriegsgebiet Karabach (armenisch: Arzach), sondern aus der neugegründeten Republik Armenien. Geflohen sind sie vor Hunger und Zwangsrekrutierung.

Denn Armenien befindet sich de facto im Kriegszustand und ist am unerklärten Krieg um Karabach längst mit regulären Truppen beteiligt. Weil die armenische Regierung das leugnet, das Bonner Auswärtige Amt das lange geleugnet hat und die bürgerlichen Medien kaum über diesen vergessenen Krieg berichten, gelten armenische Flüchtlinge nicht als staatlich verfolgt und können leichter abgeschoben werden als Flüchtlinge aus anderen, öffentlich bekannten Kriegsgebieten wie zum Beispiel Ex-Jugoslawien. Das Versagen der bürgerlichen Presse setzt sich bei Menschenrechtsorganisationen wie etwa Amnesty International dadurch fort, daß diese weder asylrelevante Informationen liefern können noch die Mittel und Möglichkeiten zu eigener Recherche haben. Gegen dieses selektive Desinteresse der Medien haben sich armenische Flüchtlinge mit der Unterstützung christlicher Flüchtlingsgruppen gewehrt und ihre Fluchtgründe dokumentiert. Obwohl es sehr schwierig ist, sich ein eindeutiges Bild von den Vorgängen im Kriegsgebiet zu machen und nicht der Propaganda einer der beiden Kriegsparteien aufzusitzen, obwohl Sprachschwierigkeiten und kleinere Widersprüche im Detail bei den Berichten der Flüchtlinge die Suche nach sicheren Informationen nicht einfach gestaltet haben, ist die Grundtendenz ihrer Aussagen inzwischen von verschiedensten Seiten bestätigt worden: Bei Abschiebung droht ihnen entweder die Verfolgung als Deserteure oder Zwangsrekrutierung und Verschickung ins Kriegsgebiet.

Zwar herrscht seit Mai 94 nach sechsjährigen blutigen Kämpfen ein Waffenstillstand, dessen Bestand jedoch unsicher erscheint und auf militärischen Siegen von armenischer Seite basiert, die ca. ein Fünftel des aserbeidschanischen Territoriums besetzt hält. Die Zwangsrekrutierungen in Armenien müssen nun schon deshalb fortgesetzt werden, um die Besetzung aufrechterhalten zu können. Es geht um die Frage, welche Konsequenzen aus der langen Verfolgungsgeschichte der ArmenierInnen, deren trauriger "Höhepunkt" der Völkermord von 1915/16 war, gezogen werden müssen. Und es ist ein weiteres Lehrstück darüber, daß die Gründung neuer Nationalstaaten nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion nicht etwa zu Befreiung, wirtschaftlicher Blüte und dem wirksamen Schutz von Minderheiten geführt hat, sondern zu Krieg, Hunger und "ethnischen Säuberungen".

50. Quelldatei brandenb.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/brandenb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:brandenb

Wahlberechtigte 1934648 1955403 1956684 1938179 1934724

Abgegebene Stimmen 1086758 1312120 1444184 1157649 800851

Davon gültig 1069596 55,29 1273906 65,15 1423440 72,75 3160787 163,08 785842 40,62

CDU 200227 18,72 374572 29,40 516671 36,30 649595 20,55 183917 23,40

SPD 579048 54,14 487134 38,24 468294 32,90 1090734 34,51 290201 36,93

PDS 200169 18,71 170804 13,41 157022 11,03 669994 21,20 177682 22,61

GRÜNE 30940 2,89 117963 9,26 94386 6,63 132622 4,20 35831 4,56

FORUM 11274 1,05 0 0,00 0 0,00 0 0,00 0 0,00

FDP 23471 2,19 84501 6,63 138586 9,74 223752 7,08 21488 2,73

DSU 1935 0,18 12552 0,99 6012 0,42 25791 0,82 0 0,00

REP 12104 1,13 14631 1,15 23504 1,65 0 0,00 18327 2,33

ANDERE 11274 1,05 11749 0,92 19029 1,34 368309 11,65 58396 7,43

51. Quelldatei sachsen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak370/sachsen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:370:sachsen

Wahlberechtigte 3585237 00000 3709210 00000

3707677 000 3232514 3582751 000

Abgegebene Stimmen 2094330 00000 2699724 00000

2825162 000 2332989 2529111 000

Davon gültig 2063926 57,57 2633422 71,00

2780670 75,00 6159471 2392648 66,78

CDU 1200052 58,14 1417332 53,82

1376055 49,49 2345553 38,08 938929 39,24

SPD 342695 16,60 502722 19,09

505176 18,17 1330891 21,61 501352 20,95

PDS 339576 16,45 269420 10,23

251217 9,03 1001526 16,26 398150 16,64

GRÜNE 85497 4,14 0 0,00

163192 5,87 472266 7,67 135069 5,65

FORUM 13659 0,66 147543 5,60

0 0,00 0 0,00 0 0,00

FDP 36062 1,75 138376 5,25

345471 12,42 387567 6,29 90352 3,78

DSU 12803 0,62 94347 3,58

48365 1,74 0 0,00 0 0,00

REP 26191 1,27 0 0,00

33605 1,21 7067 0,11 84373 3,53

ANDERE 7391 0,36 63682 2,42

57589 2,07 614601 9,98 244423 10,22